DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7.50 sfr Nr. 7 Juli 1990 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:

Völkerrechtliche Probleme mit Nachkriegs-Grenzen

Deutschlands »New Look«: Europas Superstaat zielbewußt, wirtschaftlich mächtig wie Japan

Deutsche Bank:

Der Umgang mit der Wahrheit

Trilaterale Kommission:

Neue Profite durch Umwelt-Politik

SPD:

Politik der Fehlprognosen

Naher Osten:

Kriegswolken brauen sich zusammen

Revisionismus:

Warum hetzte der Westen Deutschland in den Zweiten Weltkrieg?



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Konrad Adenauer, der damalige CDU-Bundeskanzler forderte die Saarländer mehrfach öffentlich auf für die Abtrennung von Deutschland zu stimmen.



Bundeskanzler Helmut Kohl: »Niemals darf vergessen werden, daß unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Berlin aus der Völkermord an den europäischen Juden vorbereitet und gesteuert wurde.

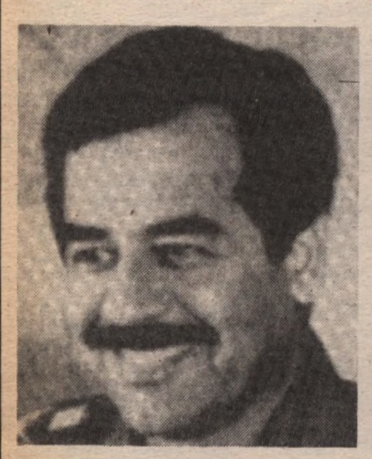
Finanzen



David Rockefeller ist der Gründer und die dominierende Macht in der Trilateralen Kommission

Internationales

4. Jahrgang Nr. 7 Juli 1990



Saddam Hussein Staatspräsident: »Wir brauchen keine Atombombe, weil der Irak zweifache chemische Waffen hat.«



Lyndon B. Johnson versorgte Israel während seiner Präsidentschaft mit nuklearen Militärgeräten.

Revisionismus

Medizin

Ständige Rubriken

Bonn

Vorsicht heißt die Parole

C. Gordon Tether

Das aus der Neugestaltung Europas hervorgehende Deutschland des »New Look« könnte für die amerikanische Wirtschaftsführung zu einer mächtigen Herausforderung werden.

Bislang haben sich die Diskussionen über die Bedeutung der in Aussicht stehenden Wiedervereinigung der beiden Deutschland hauptsächlich auf die stillschweigenden Folgen konzentriert, die dies für die »Friedensoffensive« haben könnte, die mit dem Auslaufen des kalten Krieges in die Wege geleitet wurde. Könnte die Wiedererrichtung eines Deutschlands in seiner Größe von vor 1945, so wird gefragt, den Weg zu einer Rückkehr der Veranlagung der Deutschen ebnen, andere Europäer umherzustoßen, die ihren Höhepunkt in zwei Weltkriegen fand?

Der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow (links) ließ es zu, daß Bundeskanzler Kohl Deutschland zum mächtigsten Land in der EG vereinigt.

Ambitionen sind wirtschaftlicher Natur

Die Frage ist verständlich. Otto von Bismarck, der Architekt der deutschen Einigung von 1871, bemerkte später, daß die »Ambitionen der Deutschen keine Grenzen kennen«.

Und die Kosten für Deutschlands militärische Abenteuer während des darauffolgenden Dreiviertel-Jahrhunderts – für die Deutschen selbst wie für die übrige Welt – sind nicht leicht zu vergessen. Und doch, wer die Möglichkeit, daß die Deutschen zu ihren Gewohnheiten der Zeitepoche von 1871 bis 1945 zurückkehren könnten, als Hauptgrund der Sorge über die deutsche Wiedervereinigung ansieht, ist fast mit Sicherheit an die falsche Adresse geraten. Die internationale politische Umgebung, in der sich der kriegerische Konkurrenzkampf allgemein einer großen Popularität erfreute, ist verschwunden – und fast mit Sicherheit für immer.

Alle ehemaligen europäischen Überseereiche sind nach und nach von der Bildfläche verschwunden, und territioriale Vergrößerungsansprüche haben – zumindest in der industrialisierten Welt ihren Reiz verloren.

Da die Deutschen augenscheinlich wie jede andere Nation weitgehend für eine solche Änderung in der Strategie eintreten, haben sich ihre Ambitionen seit Ende des Zweiten Weltkriegs hauptsächlich auf die Wirtschaftsentwicklung konzentriert. Ihre Erfolge bei diesen Bemühungen sind einmalig. Alle übrigen Erwägungen beseitegelassen, scheint es fast unvorstellbar zu sein, daß sie bereit wären, diese gewaltige Errungenschaft dadurch in Gefahr zu bringen, daß sie sich in militaristische Vorgänge alten Stils verwickeln lassen.

Dies ist ein unzweideutiger Hinweis auf die Art von Herausforderung im internationalen Spiel um die Vorherrschaft, die das Auftreten eines Deutschlands des »New Look« auf der Weltbühne erwarten läßt. Die Verschmelzung der beiden Deutschland wird, daran muß man sich gewöhnen, hinsichtlich der Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Stärke weit und breit das größte Land in Europa schaffen – und als Folge davon Großbritannien, Frankreich und die übrigen Schwergewichtler wie Zwerge erscheinen lassen.

Und zwei neue Faktoren sind jetzt in die europäische Mischung injiziert worden, die es sogar noch wahrscheinlicher machen, daß das neue Deutschland stärker dazu neigen wird, sein Gewicht auf dem Gebiet der Wirtschaft in die Waagschale zu werfen.

Das größte Land in Europa

Der erste ist in der Tatsache zu sehen, daß Deutschlands Führungskräfte augenscheinlich zu dem Schluß gelangt sind, daß die Zeit gekommen ist, um von einem Herangehen an auswärtige Angelegenheiten mit niedrigem Profil wegzukommen – von jener Haltung also, die im Lichte der Katastrophe von 1939 bis 1945 und des in derem Kielwasser hinterlassenem tiefen Schuldgefühls als höchst angemessen erachtet wurde.

Schon bevor die bundesdeutsche Regierung die vier Mächte, die 1945 bei der Zerstückelung des Landes den Vorsitz führten, konsultiert hatte, verhielt sich der Bundeskanzler Helmut Kohl so, als sei die baldige Aufhebung dieser Teilung eine ausgemachte Sache.

Wer beherrscht Europa?

Kohl bestand sogar darauf, bis klügere Ratgeber die Oberhand gewannen, so zu reden als hätten die Deutschen ein mehr oder weniger automatisches Recht darauf, zu fordern, daß alle internationalen Gespräche über die Zukunft Deutschlands nicht davor Halt machen sollten, die Neufestlegung seiner Grenzen zu Nachbarstaaten einer sachlichen Untersuchung zu unterziehen.

Der Aufstieg der Japaner

Das andere neue Element in der Gleichung, das große Relevanz zu der Frage hat, was Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg im Sinne der weltweiten Machtverhältnisse bedeutet, ist in dem Tempo der Abwicklung des Planes zur wirtschaftlichen und politischen Integration der Länder, aus denen die Europäische Gemeinschaft besteht, zu sehen. Nachdem fast zwei Jahrzehnte lang wenig mehr getan wurde als träge herumzusitzen, ist der Vorstoß in Richtung auf ein größeres Zusammensein in Westeuropa kürzlich auf eine viel höhere Gangart geschaltet worden.

Dazu gehört die Schaffung eines die ganze Region umfassenden Einzelmarktes bis Ende 1992. Und das von den sogenannten Eurovisionären entworfenen Drehbuch würde kurz danach zur Wirtschafts- und Währungsunion – mit anderen Worten zur Bildung dessen führen, was in jeder Hinsicht, ein europäischer Superstaat wäre.

Es ist nicht schwierig zu erkennen, daß ein größeres und zielbewußteres Deutschland in der Lage wäre dieses neue Gebilde zu beherrschen – und in Weltwirtschafts-Angelegenheiten die Schaffung einer ebenso furchtbaren neuen mächtigen Kraft wie Japan bedeuten könnte. Die stillschweigenden Auswirkungen für andere Länder im allgemeinen

und für die Vereinigten Staaten im besonderen brauchen daher kaum unterstrichen zu werden.

Wie im Falle der Deutschen, haben sich die Ambitionen der Japaner seit Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend mit dem wirtschaftlichen Fortschritt befaßt. Und sie haben auch so gut gearbeitet, daß ihr Aufstieg am Wirtschaftsfirmament den Punkt erreicht hat, wo Japan Amerikas seit vielen Jahren bestehendes Recht als König des Wirtschaftsschlosses angesehen zu werden, ernsthaft in Frage stellen kann.

Wenn Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg jetzt durch seine Fähigkeit, bei der Leitung einer vollständig geeinten Europäischen Gemeinschaft ein größeres Mitspracherecht zu fordern, weiter verbessert wird, werden die Vereinigten Staaten unweigerlich



Auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher duldet gezwungenermaßen den Aufstieg Deutschlands.

eine weitere Minderung ihrer Bedeutung in der weltweiten Machtliga erleiden.

Eigenartigerweise scheint diese neu aufgetretene Erscheinung als weltweite politische Realität von der Bush-Regierung völlig übersehen worden zu sein. Dies wird offensichtlich durch ihre kürzlich getroffene Entscheidung, sich in die europäische Argumentation darüber einzuschalten, wie weit und wie schnell die Eingliederung der Länder der Europäischen Gemeinschaft an der Seite derjenigen voranschreiten sollte, die, wie der französische Staatspräsident François Mitterrand und der Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors, kaum abwarten können, den Traum der europäischen Einheit verwirklicht zu sehen.

Es muß erkannt werden, daß die explosionsartig auftretenden Reformen in Osteuropa einen neuen und äußerst schwerwiegenden Faktor in die Debatte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft über die Verwirklichung der Vision der Vereinigung eingebracht haben.

Vorsicht auf dem Weg nach Europa

Sie hat dadurch die Hand jener – vor allem der britischen Premierministerin Margret Thatcher – gestärkt, die von Anfang an dahingehend argumentiert haben, daß es wichtige Gründe dafür gebe, daß der Gedanke daran, sich eine so weitgehende Form des wirtschaftlichen Zusammenseins wie die europäische Wirtschafts- und Währungsunion zueigen zu machen, auf äußerst vorsichtige Weise ins Auge gefaßt werden sollte.

In dem verstärkten Gerangel zwischen den miteinander wetteifernden Gedankenschulen der Europäischen Gemeinschaft halten die Verfechter einer schnellen Einigung viel davon, daß die Wandlung eines wiedervereinigten Deutschlands zur Komponente eines europäischen Superstaates ein schneller und einfacher Weg wäre, die Sorgen darüber, daß Deutschland zu seinen alten militärischen Gewohnheiten zurückkehren könnte wären damit einfürallelmal zerstreut.
Es kann jedoch kaum ernsthaft bestritten werden, daß die Lage in Osteuropa das gesamte europäische Bild auf eine derart allumfassende Weise verwandelt hat, daß ein völliges Umdenken über den Eurovisionsplan stattfinden muß, bevor irgendwelche weitere unumkehrbare Entscheidungen getroffen werden.
Wenn Washington sich die Implikationen des wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands für die Vereinigten Staaten einmal näher betrachten würde, käme es vielleicht zu der Entdeckung, daß es gut daran täte, sich verbal denjenigen anzuschließen, die sagen, daß von jetzt an Vorsicht die Parole an der europäischen Einigungsfront sein sollte. □



Deutschland

Falschmünzer und Wendehälse

Siegfried Gärtner

Als im Jahre 1955 das sogenannte Saarstatut ausgehandelt wurde, lief das Ganze unter dem Schlagwort »Europäisierung« des Saargebiets. Die Absicht der Franzosen war klar: Das dicht besiedelte und kohlereiche Saarbecken sollte endgültig von Deutschland abgetrennt und zunächst wirtschaftlich, später auch politisch Frankreich angegliedert werden. Der wirtschaftliche Anschluß war seit 1945 praktisch vollzogen.

Die französische Besatzungsmacht hatte vorher zur Pfalz gehörende Gebiete dem Saarland zugeschlagen und den Brocken somit vergrößert. Man hielt die Deutschen für so zerknirscht und desorientiert, daß sie – in diesem Fall die Saardeutschen – nicht wagen würden, gegen ein »europäisches Statut« zu stimmen, hätte dies ihnen doch leicht den Vorwurf eines »engstirnigen« Nationalismus einbringen können, den man sie fürchten gelehrt hatte wie den Teufel das Weihwasser.

Mitteldeutschland hat genug von Marx

»Europäisierung« hieß also die heuchlerische Maske, die Tarnkappe für einen politischen Betrug und den Verrat an der Saarbevölkerung. Adenauer forderte die Saarländer mehrfach öffentlich auf, für das »Saarstatut«, also die Abtrennung von Deutschland zu stimmen, da sonst die mühselig erreichte »Aussöhnung und Verständigung« mit Frankreich in Frage gestellt sei, ja gänzlich in die Brüche gehen müsse.

So die bekannte Litanei. Doch das Saarvolk ließ sich nicht beirren, sondern verwarf in einer beeindruckenden Volksabstimmung das verlogene Statut und erreichte somit seine Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland. Die von Adenauer und der veröffentlichten Meinung vorausgesagte Katastrophe blieb nicht nur aus, sondern das klare Votum der Wähler hatte einen Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich endgültig aus der Welt geschafft.

Daran fühlen wir uns erinnert, wenn wir an die dramatischen Ereignisse der letzten Monate in Mitteldeutschland denken. Hier wie seinerzeit im Saargebiet hat das Volk gesprochen, und zwar hat es gesprochen gegen den Willen der Politiker in Ost und West, gegen die verkrusteten »Realitäten« einer 45jährigen Besatzerordnung und des Jaltaer Siegersystems, das auch den Stempel Stalins trug und Europa spaltete.

In Mitteldeutschland trat nach fast eineinhalb Generationen währender Besatzer- und SED-Diktatur ganz spontan die Stimme des Volkes hervor: »Deutschland einig Vaterland!« Die Mitteldeutschen haben genug von der Marx- und Murkswirtschaft wie so viele Millionen im Osten Europas und anderen Teilen der Welt unter roten Diktaturen. Politik ist nämlich nicht nur die »Kunst des Möglichen«, hinter der jeder Stümper seine Untätigkeit und Unfähigkeit so gerne tarnt, sondern sie ist vor allem auch die Kunst, das Notwendige möglich zu machen.

Plötzlich setzen alle auf Einheit

Und nun erleben wir beiderseits der deutsch-deutschen Grenze und auch jenseits der Grenzen die Hochkonjunktur der Wende-

Deutschland

Falschmünzer und Wendehälse

hälse und Falschmünzer. Einen solch wendigen Hals erhielten selbst Betonköpfe von der SPD und SED. Nur Gysi versucht noch, vom alten System soviel wie möglich zu retten, und auch Modrow versteckt hinter einer Biedermannsmaske, die alten Machtgelüste einer Partei, die Mitteldeutschland wirtschaftlich und ökologisch ruiniert hat. Nur moralisch konnte sie die Menschen dort nicht brechen.

Und hier im Westen? Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Die SPD, die vor kurzem noch erklärt hat, es gäbe keine »deutsche Frage« mehr, das Wort Wiedervereinigung sei eine Lebenslüge, eine überholte Floskel, die Marotte ewiggestriger Chauvinisten, die die Zeichen der Zeit ohnedies nie verstünden, dieselbe SPD springt nun behende auf den fahrenden Konjunkturzug auf, als wäre sie nicht eine 130jährige alte Tante, sondern ein übermütiger Backfisch. Plötzlich setzen sie alle auf Einheit, die CDU, die FDP, die SPD.
Vor Tisch hörte man es, wie gesagt, anders. Die junge Generation wurde nicht nur jeweils am »17. Juni« dahin belogen, der mitteldeutsche Aufstand vom Jahre 1953 hätte keineswegs die deutsche Wiedervereinigung zum Ziel gehabt, sondern lediglich ein paar bürgerliche Freiheiten. Man hat diejenigen nationalen Kräfte, die unbeirrt an dem grundgesetzlichen Ziel der Einheit festhielten, an den Rand gedrängt, als extremistisch und verfassungsfeindlich verfemt, während die Grünen, die öffentlich die grundgesetzwidrige Zerstückelung des eigenen Vaterlandes forderten, als wohlgelittenen »Demokraten« in die Parlamente und Koalitionen aufgenommen wurden.

Das legitime Ziel der Einheit des deutschen Volkes, eine selbstverständliche Forderung der Volkssouveränität und demokratischen Willensbildung wurde als friedensgefährdend verketzert. Wohlgemerkt, nicht die waffenstarrenden Militärblöcke in Ost und West mit ihrer unvorstellbaren Vernichtungskraft, die sich in Mitteleuropa gegenüberstanden und noch stehen, wurden als störend empfunden, sondern diejenigen, die aus Verantwortung für Frieden und Nation deren Verschwinden aus Europa forderten. NATO und Warschauer Pakt und die innerhalb dieser Systeme andauernde Spaltung Deutschlands wurden von den Etablierten zu Sicherheitsfaktoren umgelogen.


Konrad Adenauer trieb immer ein gegen die deutsche Einheit gerichtetes Doppelspiel, und seine Enkel setzen die gleiche nach Westen ausgerichtete Politik fort.

Es ist eine politische Lehre

Noch bei der »Europawahl« am 18. Juni sahen sich nationale Parteien, die die natürliche Parole ausgaben: »Erst Deutschland, dann Europa« schärfsten Angriffen ausgesetzt. Nun sollte immer der erste Schritt vor dem dritten oder fünften erfolgen, und die anderen Europäer besitzen alle ihre nationale Einheit. Folglich muß diese organische Rangfolge auch für Deutschland gelten.
Um wieviel ehrlicher würden wir heute dastehen, wenn die Bonner Diplomaten immer und überall klar zu verstehen gegeben hätten, daß bei allen sonstigen Verpflichtungen die Einheit Deutschlands unverzichtbares und unabdingbares Ziel ihrer Politik bleiben würde. Stattdessen wurde stets der Vorrang einer sogenannten Westintegration der Bundesrepublik betont, was das Ausland als Verzicht auf die nationale Einheit auffaßte. So gelten die Deutschen wieder einmal als die besten Schauspieler, obwohl sie dies am allerwenigsten sind.
Kann man daraus folgern, daß der Wähler die richtige Sicht der Dinge durch die volkstreuen Kräfte in Zukunft honorieren wird? Leider nein, zumindest was die nähere Zukunft betrifft. Es ist eine politische Lehre, daß das Volk als Wahlkörper zwar richtige Entscheidungen trifft, wenn es um echte Herzensangelegenheiten geht, daß es leider aber auch ein sehr kurzes Gedächtnis hat.

Wie war es 1955/56 nach der Verwerfung des »Saarstatus« durch den saarländischen Volksentscheid? Im Herbst 1957 fanden Bundestagswahlen statt, die zu einem triumphalen Erfolg für Konrad Adenauer gerieten. Über 51 Prozent der Stimmen erhielt die CDU damals, obwohl derselbe Adenauer keine zwei Jahre zuvor in separatistischer Manier die Lostrennung des Saargebiets von Deutschland betrieben hatte. Der schließliche Anschluß und die Heimkehr des Saarlandes wurden als Erfolg der Bundesregierung gefeiert.

Ähnliches scheint sich in dem Wahljahr 1990 zu wiederholen. Die sturaten Verteidiger des Status quo, die größten West-Europa-Fetischisten und Wortführer eines bundesrepublikanischen Separatchauvinismus lassen sich plötzlich als Herolde der deutschen Einheit und Volksfreiheit beweihräuchern. Geht die Rechnung auf? Nach aller Erfahrung ja!

Aber wir, die Volkstreuen, sollen wir über die überraschende »Wende«, den Sinneswandel traurig sein? Natürlich nicht. Wir wurden mit unseren Ansichten, mit unserem jahrelangen einsamen Kampf bestätigt. Aber traurig muß man sein über den skrupellosen Opportunismus, die charakterlose Wendigkeit der »Wendehälse« und die daraus zu folgende unaufrichtige Gesinnung.

Beim Blick über die Grenzen gewahren wir die süßsauren Gesichter des Monsieur Mitterrand, der Madame Thatcher und des Signor Andreotti. Daß sie über die Entwicklung nicht glücklich sind, liegt auf der Hand. Ein bis zur Oder-Neiße vereinigtes Deutschland bahnt sich an, das sich wieder seiner natürlichen Bestimmung als Herz Europas nähert.

In der Hoffnung, daß sie ohnedies nie realisiert wird, haben die Westmächte sich sowohl im Deutschlandvertrag als auch beim NATO-Beitritt der Bundesrepublik verpflichtet, sich für die Einheit Deutschlands einzusetzen. Falschmünzer? Nun naht auf jeden Fall die Stunde der Wahrheit. Die Völker sind auch in ihrer europäischen Gesinnung weiter als die Politiker. Sie, die Völker nämlich, sind keineswegs gegen eine deutsche Wiedervereinigung, wie Umfragen klar bestätigt haben. □

SPD

Politik der Fehlprognosen

Bruno Unger

Woran erinnert werden muß: SPD gegen Wiedervereinigung. Wer so rücksichtslos geirrt und dem Volk Fehlprognosen eingeimpft hat wie die Mehrzahl der Deutschland- und Ost-Politiker der etablierten Parteien, der muß gerade in diesen Tagen, in denen sie sich mit fremden Lorbeeren schmücken, an seine fundamentalen Fehler erinnert werden.

Der gewaltige politische Fortschritt im Deutschland dieser Tage hat die Politiker der etablierten Parteien nicht an der Spitze, sondern allenfalls am Endes des Zuges gesehen. Wir erinnern uns an die Grundgesetzverräter.



Oskar Lafontaine über die Wiedervereinigung: »Welch ein Glück für uns alle, daß dieser Traum eine Schimäre bleiben muß.»

Die Lebenslüge der zweiten Republik

Der jungsozialistische Nachwuchs der SPD in Niederbayern zur Wiedervereinigung, Januar 1990: »Geradezu widerlich, wie die SPD der angeblichen Stimmung in den beiden deutschen Staaten nachläuft.«

SPD-Ehrenvorsitzender Willy Brandt zur Wiedervereinigung am 14. September 1988: »Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.«

SPD-Chefideologe Egon Bahr über jene, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands forderten, November 1989: »Objektiv und subjektiv eine Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung.«

SPD-Vorsitzender Hans-Jochen Vogel, November 1989: »Leichtfertiges und illusionäres Wiedervereinigungsgerede.«

Rudolf Schöfberger, SPD-Vorsitzender in Bayern, November 1989: »Heute kann die stereotype Wiederholung der Formel von der Wiedervereinigung außer ein paar Rückwärtsgewandten niemanden mehr befriedigen.«

SPD-Mann Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin, 23 Oktober 1989: In der DDR »redet kein Mensch von der Wiedervereinigung«.

Egon Bahr: »In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chance, die beiden deutschen Staaten zusammenzuführen ... Wer die deutsche Frage aufwirft, stört Europa. Die Deutschen dürfen keine Störenfriede mehr sein.«

Der SPD-linke »Frankfurter Kreis«, Februar 1986: »Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden.«

SPD-Propagandist Klaus Bölling: »Es gibt, wir müssen uns das endlich eingestehen, nichts wiederzuvereinigen.«

Stellvertretender SPD-Vorsitzender und Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine in Ost-Berlin, November 1985: »Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt.«

Die Jungsozialisten in Baden-Württemberg, August 1989: »Für die Jusos ist die DDR Ausland.«

Karsten Vogt, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, April 1984: »Der Kern der deutschen Frage ist für eine lange große Weile eben nicht die Freiheit.«

Willy Brandt, 1984: ... daß »die deutsche Frage im Sinne der staatlichen Einheit nicht mehr eigentlich offen ist ... Der heftige Streit darüber, wie offen die deutsche Frage heute sei, ähnelt der Dramatik eines Traums, der nachschwingt, aber vorüber ist, wenn man aufwacht. Der Traum ist vorbei ... Die Diskussion darüber, wie offen die deutsche Frage sei, kann Illusion und Selbstbetrug verlängern.«

Gerhard Schröder, SPD, Niedersachsen: »Reaktionär und hochgradig gefährlich« sei es, von der Wiedervereinigung als realistisches Ziel zu sprechen.

SPD-Mann Hans-Jürgen Wischnewski »nach sorgfältigem Studium der Dokumente der verschiedenen Oppositionsgruppen« in der DDR, November 1989: »Das Wort Wiedervereinigung kommt in diesen Dokumenten nicht vor. Das Wort Wiedervereinigung kommt auch bei Demonstrierenden nicht vor.«



Egon Bahr: »Es gibt keine Chance, die beiden deutschen Staaten zusammenzuführen.«

Oskar Lafontaine in seinem 1988 erschienenen Buch »Die Gesellschaft der Zukunft«: »So ist gegenwärtig ... die Frage der deutschen Wiedervereinigung erneut auf die Tagesordnung der allgemeinen politischen Debatte gesetzt worden. Doch besteht zur Zeit weder irgendeine realistische Perspektive, noch scheint die Wiedervereinigung in dem Sinne wünschenswert, daß es zur Wiederherstellung eines – wie auch immer konstituierten – deutschen Nationalstaates kommt.«

Oskar Lafontaine im gleichen Buch an die Adresse jeder, die den »rechten« Traum von der deutschen Einheit träumen: »Welch ein Glück für uns alle, daß dieser Traum eine Schimäre bleiben muß.«

Oskar Lafontaine im »Spiegel«, September 1989: »Vorsicht also mit unbedachten Wiedervereinigungsparolen ... Haben einige hierzulande denn schon wieder die Lektion der Geschichte vergessen, daß in der Vergangenheit ein vereinter deutscher Nationalstaat weder den Deutschen selber noch ihren Nachbarn gut bekommen ist.«

Alles muß zusammen mit der SED geschehen

Egon Bahr im »Spiegel«, Oktober 1989: »Die DDR hat jetzt eigentlich zum ersten Mal die Chance, ihre Identität zu gewinnen, das heißt, einen Zustand zu schaffen, in dem die Regierung von der Bevölkerung akzeptiert wird ... Es ist das Ergebnis der SPD-Kontakte, daß wir eine denkbare nächste Führung auch schon gut kennen.«

Nachfrage vom »Spiegel«: »Können Sie uns einige Namen nennen?« Bahr: »Nein.« »Spiegel«: »Aber eine SED-Führung wird es sein?« Bahr: »Aber ja. Daß der ganze Prozeß mit der SED passieren muß, ist unbezweifelbar. Wir stehen doch nicht vor der Übernahme der DDR durch die heutige Opposition.«

Der ehemalige ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der »DDR« und einstige Staatssekretär Helmut Schmidts, Klaus Bölling, am 17. Mai 1982: »Wir müssen die Souveränität der ›DDR‹ ohne inneren Vorbehalt anerkennen ... Alles, was wir erreicht haben, was wir noch erreichen wollen, können wir nur mit der ›DDR‹ und nicht gegen die ›DDR‹ erreichen.« □

Deutschland

Das Problem mit den Grenzen

Werner Symanek

Gesamtdeutschland beruht seit dem 8. Mai 1945 auf fünf grundsätzlichen völkerrechtlich relevanten Daten, die noch heute für seinen Fortbestand die wesentliche Grundlage bilden. Dabei ist davon auszugehen, daß Gesamtdeutschland im Sinne des Staats- und Völkerrechts das Deutsche Reich war, und zwar in seiner Form, wie es vor dem 8. Mai 1945 rechtlich und auch tatsächlich bestand.

Diese fünf völkerrechtlich relevanten Grunddaten für das Fortbestehen des Deutschen Reiches sind: Erstens, dieses Deutsche Reich ist durch die Kapitulation vom 8. Mai 1945 nicht untergegangen, da nach allgemeinen Kriegsvölkerrecht immer nur die Streitkräfte eines Staates, niemals aber dieser Staat selbst, und das sie auch wieder immer nur vor den gegnerischen Streitkräften und nicht etwa vor deren Staat kapitulieren.

Die Briten verhafteten die geschäftsführende Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz in Flensburg und brachten sie am 23. Mai 1945 nach Luxemburg in die Gefangenschaft.

Das Deutsche Reich besteht fort

Zweitens: Dieses Deutsche Reich ist auch nicht durch eine entsprechende Erklärung der Reichsregierung untergegangen, da diese nach dem 8. Mai 1945 fortbestand und erst zum Ende dieses Monats von der britischen Besatzungsmacht »verhaftet« wurde.

Die Siegermächte sind nach allgemeinem Völkerrecht nicht berechtigt, sich darauf zu berufen, sie hätten nach dieser »Verhaftung« die deutsche Staatsgewalt übernehmen müssen, da keine mehr vorhanden gewesen sei. Denn wer selbst Unrecht schafft, der ist nicht berechtigt, sich danach auf dieses so geschaffene Unrecht als Rechtsquelle für seine angeblichen Befugnisse zu berufen.

Drittens: Dieses Deutsche Reich ist auch nicht durch Annexion untergegangen. Abgesehen davon, daß diese auch noch nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht spätestens durch den Briand-Kellogg-Pakt von 1928 völkerrechtlich allgemein verboten worden ist, ist sie auch rein tatsächlich gar nicht einmal erfolgt. Vielmehr erklärten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion in der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945, daß sie das Deutsche Reich nicht annektieren wollten und es vielmehr für künftige Friedensverhandlungen in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 als fortbestehend ansehen wollen.

Viertens: Dieses Deutsche Reich ist auch nicht durch das Potsdamer Abkommen vom August 1945 untergegangen, da in Potsdam beschlossen wurde, den Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland vorzubereiten.

Fünftens: Dieses Deutsche Reich ist ausschließlich weder durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 noch durch das Inkrafttreten der ersten Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 untergegangen, da beide Verfassungen ausdrücklich vom Fortbestehen Gesamtdeutschlands ausgegangen sind.

Die deutsch-polnische Grenze und ihre »Anerkennung«

Das Bundesverfassungsgericht hat zuletzt in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987 ausdrücklich einerseits diese Rechtslage Gesamtdeutschlands nochmals als geltendes deutsches Verfassungsrecht und dabei auch wieder andererseits das Fortbestehen der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit bestätigt.

Für hier und heute ist daher noch immer vom Fortbestand des Deutschen Reiches und von der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit als für alle Deutschen und ihre staatlichen Organe verbindliches Verfassungsrecht auszugehen. Es besteht keinerlei Zweifel, daß jedenfalls diese gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit auch wieder die künftige Staatsangehörigkeit der vereinten Teilstaaten sein wird, nachdem dieser Zusammenschluß hoffentlich in nächster Zukunft nunmehr endlich erfolgen wird.

Was aber werden oder was können die Grenzen dieses künftigen Gesamtdeutschlands sein, und wer wird darüber so zu entscheiden haben, daß eine solche Entscheidung auch vor dem deutschen Staatsrecht und damit vor allem vor dem Völkerrecht Bestand hat?

Es mehren sich die Vorschläge aus dem Ausland, vor allem natürlich aus Polen als unmittelbar betroffenem Nachbarn jedenfalls in Zukunft, schon jetzt durch eine Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer als der seit dem 18. März 1990 erstmals halbwegs frei gewählten Vertretung der Deutschen in Mitteldeutschland festzustellen, daß »die polnische Westgrenze« garantiert bleiben solle.

Staats- und Völkerrechtler sind unterschiedlicher Auffassung über die Grenzen, von denen auszugehen ist. Nach fortgeltendem Völkerrecht wird die Grenze von 1918 genannt. Bei Anerkennung des Versailler Diktats gilt die von 1920/21, die sogenannten »Grenzen von 1937«, die sogar die Siegermächte 1945 anerkannten. Andere Völkerrechtler begründen die Geltung der Grenzen von 1939 oder von 1945.

Abgesehen davon, daß die heute geforderte »polnische Westgrenze« offenbar eine andere ist, ist es die Frage, ob beide Parlamente in West- und Mitteldeutschland eigentlich überhaupt berechtigt sein könnten, Gesamtdeutschland völkerrechtlich wirksam dem Ausland gegenüber zu verpflichten.

Das Deutsche Reich ist nicht handlungsfähig

Das Volk eines Staates ist als solches niemals völkerrechtlich berechtigt, mit einem fremden Volk völkerrechtlich relevante Verhandlungen abzuschließen. Solche Vereinbarungen sind vielmehr nur dann völkerrechtlich wirksam, wenn sie von den völkerrechtlich hierzu legitimierten Vertretern abgeschlossen werden. Das sind aber nach dem jeweiligen Staatsrecht immer die Regierungen der Staaten, die nach dem vom Volk selbst ge-

benen Staatsrecht geschaffen wurden, auf dem dann auch insoweit Völkerrecht aufbaut.

Noch immer gibt es, wie dargestellt, staats- und völkerrechtlich seit dem 8.Mai 1945 unverändert das deutsche Volk als Staatsvolk des Deutschen Reiches, also Gesamtdeutschlands. Doch gibt es bis heute Gesamtdeutschland noch nicht wieder auch als zu eben diesem Staatsvolk staats- und völkerrechtlich gehörenden Staat. Das Deutsche Reich ist staats- und völkerrechtlich zwar nicht untergegangen, vielmehr besteht es noch bis auf den heutigen Tag fort.

Doch ist es staats- und völkerrechtlich als solches noch nicht wieder handlungsfähig, da ihm gesamtdeutsche Organe fehlen. Jeder deutsche Politiker ist daher nicht nur berechtigt, sondern zugleich auch verfassungsrechtlich sogar verpflichtet, von sich aus gesamtdeutschen Interessen, also nicht nur die seines Staatsteils im Westen oder in der Mitte Deutschlands, zu vertreten.

Derartige gesamtdeutsche staats- und völkerrechtliche Entscheidungen deutscher Politiker können aber wiederum mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit für Gesamtdeutschland immer nur dann abgegeben werden, wenn diese Politiker Abgeordnete eines gesamtdeutschen Parlaments sind und die Erklärungen in einem solchen staatsrechtlichen Gesamtrahmen abgegeben werden. Denn nur dann sind sie ja auch Vertreter des gesamten deutschen Volkes im Sinne des Staats- und Völkerrechts.

Bonns Erklärungen sind völkerrechtlich belanglos

Eine staatsrechtliche Vertretung des gesamten deutschen Volkes kann nur ein Parlament sein, das sich aus Vertretern des deutschen Volkes in West-, Mittel- und Ostdeutschland zusammensetzt. In Ostdeutschland lebt auch heute noch eine beträchtliche Anzahl deutscher Staatsangehöriger. Sie müssen das Recht haben, über das völkerrechtliche Schicksal ihrer Heimat und über ihre eigene künftige Staatsangehörigkeit abzustimmen. Ohne ihre Mitwirkung wäre jeder Vertragsabschluß völkerrechtlich unwirksam.

Verträge über die künftigen Grenzen Gesamtdeutschlands wären völkerrechtlich nur dann wirksam, wenn nicht nur die deutschen Staatsangehörigen aus West- und Mitteldeutschland, sondern auch diejenigen deutschen Staatsangehörigen – in welcher Weise auch immer – dabei staatsrechtswirksam mitwirken dürften, die im polnisch verwalteten Ostdeutschland leben.

Mit anderen Worten: Der Deutsche Bundestag kann immer nur eine Erklärung mit völkerrechtlicher Wirkung auf die Bundesrepublik Deutschland abgeben und die am 18. März 1990 gewählte Volkskammer nur solche Erklärungen allein für die ja auch noch weiter fortbestehende DDR. Beide Erklärungen zusammengenommen wären also völkerrechtlich relevant, das heißt ohne Rechtsbedeutung, wenn sie die Ostgebiete des Deutschen Reiches betreffen, die derzeit von Polen und der Sowjetunion besetzt sind, die also zu keiner Zeit der bisherigen Geschichte jemals Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR waren.

Beide Erklärungen gelten also auch zusammengenommen immer nur für den Staat, für den sie abgegeben wurden, und das wieder auch nur so lange, wie dieser Staat als solcher überhaupt noch fortbesteht.

Das bedeutet: Niemals kann die Bundesregierung oder die DDR-Regierung nach dem 18. März 1990 heute noch Gesamtdeutschland etwa mit völkerrechtlicher Verpflichtung durch Erklärung dieser Regierungen zur künftigen gesamtdeutschen Grenze binden. Solche Erklärungen verlieren vielmehr ihre völkerrechtliche Gültigkeit mit dem Zeitpunkt, an dem der jeweilige Staat, also die Bundesrepublik Deutschland oder die DDR, aufhören zu bestehen, wenn nämlich ein Gesamtdeutschland entstanden ist, wie es etwa Artikel 146 des Grundgesetzes vorsieht.

Ostdeutschland bleibt ein Teil Deutschlands

Denn es gilt auch im Völkerrecht der altrömische Rechtssatz: »Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet« (»Was mir nicht zusteht, darüber kann ich auch nicht rechtlich wirksam verfügen«).

Je eine entsprechende Erklärung des Bundestages und der neu gewählten Volkskammer als »Garantie« der deutsch-polnischen Grenze der Zukunft wäre daher völkerrechtlich von gleicher Bedeutung, als ob beide Parlamente die gegenwärtige Grenze zwischen Chile und Argentinien garantieren würden, die jedenfalls am südlichen Ausgang der Magellan-Straße keineswegs etwa unumstritten ist. Jedes künftige gesamtdeutsche Parlament könnte, ja müßte sogar völkerrechtlich über solche Erklärungen jederzeit zur Tagesordnung übergehen.

Völkerrechtlich ist demzufolge lediglich der allein legitimierte staatsrechtliche Vertreter des ganzen deutschen Volkes befugt, die künftigen Grenzen Gesamtdeutschlands durch freie Verhandlungen – und nicht etwa ohne solche – mit seinen Nachbarn zu bestimmen. Würde er solche Verhandlungen unterlassen, käme eine derartige Grenzregelung nur wieder einem Diktat gleich, dessen rechtliche und politische Wirkungen für die Welt durch Versailles seit 1919 hinreichend bewiesen worden sind.

In seiner Feststellung zum »Görlitzer Vertrag von 1950«, mit dem die kommunistische Führung in Ostberlin die Demarkationslinie an Oder und Neiße als staats- und völkerrechtliche Grenze Deutschlands glaubte anerkennen zu können, hat der Deutsche Bundestag in seiner Erklärung vom 13. Juni 1950, die von allen Fraktionen, außer von den Kommunisten, nachdrücklich begrüßt worden war, vor der Weltöffentlichkeit feierlich bekundet:

»Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben.«

Die westdeutsche Bevölkerung, staats- und völkerrechtlich vertreten durch den Deutschen Bundestag, entsprach damals noch vollauf nach innen und außen ihrer moralischen Kraft. Sollte das genau 40 Jahre später nicht mehr so gelten wie 1950?

»Wir halten unserer Heimat die Treue«

Der ehemalige Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek, letzter Oberpräsident der peußischen Provinz Oberschlesien, der 1933 von den NS-Machthabern seines Amtes enthoben wurde, schrieb ganz im Geiste dieses Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 13. Juni 1950 am 20. Juli 1953 in einem Beitrag für die »Kölnische Rundschau«:

»Die Wiedervereinigung gilt nicht als vollzogen, wenn es gelänge, die heutige Sowjetzone an das Bundesgebiet anzugliedern. Eine solche Regelung ist nur Vorbereitung und könnte niemals als endgültige Lösung des Problems Deutschlands angesehen werden. Dazu gehört die Wiederbesiedlung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße mit deutschen Menschen. Wir halten unserer Heimat die Treue. Fest aber steht, daß wir nur im Rahmen eines neuen Europas auf friedlichem Wege in die Heimat zurückkehren wollen und den Krieg als Mittel zum Zweck vorbehaltlos ablehnen. Wir hoffen auf eine Entwicklung, die zugunsten des Lebensrechts der Völker die früheren Grenzen mehr und mehr bedeutungslos macht. Schließlich handelt es sich um eine gesamteuropäische Aufgabe, an deren Lösung auch alle europäischen Völker mitarbeiten müssen. Wir Vertriebenen sind in erster Linie aufgerufen, das Gewissen der Nation in der gesamtdeutschen Frage der Wiedervereinigung zu sein.«

Dieser Aufruf ist noch heute an die Vertriebenen gerichtet. Für das gesamtdeutsche Volk aber bleibt gerade der Aufruf des Deutschen Bundestages vom 13. Juni 1950 heute noch viel mehr als vor 40 Jahren hoch aktuell. Er richtet sich jetzt vor allem an den künftigen gesamtdeutschen Gesetzgeber, wenn er sich endlich aus allen deutschen Staatsbürgern in allen Teilen Gesamtdeutschlands, also in West-, Mittel- und auch in Ostdeutschland staatsrechtlich wirksam konstituiert haben wird. □

Deutschland-Journal

UdSSR will Goebbels-Tagebücher freigeben

Die Chancen, daß die vor kurzem in sowjetischen Archiven entdeckten bislang verschollenen Tagebücher des einstigen nationalsozialistischen Propagandaministers Joseph Goebbels von der UdSSR für die Öffentlichkeit freigeben werden, sind gut. Die Aufzeichnungen von Goebbels sind von hohem historischen Wert, da sie das einzige authentische Zeugnis eines wichtigen Angehörigen aus dem engsten Führungskreis des Dritten Reichs um Hitler darstellen.
Wie bekannt ist, diktierte Goebbels seit dem 9. Juli 1941 täglich seinem Stenografen seine Tagebuchaufzeichnungen, manchmal bis zu 30 Blatt pro Tag. Nach der Niederlage des Dritten Reichs verschwand das Tagebuch von Goebbels spurlos. Die ersten 4500 Blätter wurden 1972 im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam entdeckt. Den nunmehr aufgefundenen Teilen des Tagebuchs kam der Direktor des Instituts für Kommunikationsgeschichte und angewandte Kulturwissenschaften an der Freien Universität (FU) Berlin, Sösemann, auf die Spur.

Gerüchte wollen wissen, daß die Tagebuchaufzeichnungen Dr. Goebbels deswegen bislang geheimgehalten worden sind, weil die dort niedergeschriebenen Dinge größtenteils nicht mit der etablierten Geschichtsschreibung übereinstimmen. So soll im ganzen Tagebuch, das von seinem Wesen eine sehr persönliche Aufzeichnung ist, kein Wort über die Existenz von Gaskammern beziehungsweise einer geplanten Massenvernichtung der Juden stehen, sondern sollen die Worte »Endlösung der Judenfrage« dort stets im Zusammenhang mit einer Zwangsumsiedlung nach Madagaskar oder anderen Orten erwähnt werden. Auch sollen dort Passagen über die Reichskristallnacht stehen, aus denen ganz klar hervorgeht, daß eben nicht die Nationalsozialisten der Anstifter dieses Verbrechens waren, sondern vielmehr die ganze nationalsozialistische Führung hiervon überrascht war und die sofortige Beendigung der Ausschreitungen anordnete.

Auch der Kriegsbeginn stellt sich bei Dr. Goebbels anders dar als bei den Umerziehern. So heißt es in der Eintragung vom 11. Juni 1939: »Fieberhafte Rüstung im Osten«, und in der vom 25. August 1939: »Wenn London mobilisiert, dann erfolgt die deutsche Mobilmachung.« Und zwei Tage später notierte Dr. Goebbels: »Die Polen haben dem nicht allzuviel gegenüberzustellen. Die Franzosen und Engländer treffen auch Gegenmaßnahmen. Es steht alles auf des Messers Schneide. Die geheime Mobilmachung soll mittags 14.30 Uhr beginnen. Aber alles steht noch offen.« Diese Worte bedeuten aber nichts anderes, als daß das Dritte Reich sehr wohl noch zum Verzicht auf den Polenfeldzug bereit war.
Da aber bekanntlich nicht sein kann, was nicht sein darf, hat Sösemann bereits angekündigt, in einem textkritischen Kommentar darzustellen, welche Zuverlässigkeit dem Text zuzuordnen ist. Komisch, es ist nicht bekannt, daß dies von einen etablierten deutschen Historiker auch bezüglich des »Tagebuchs der Anne Frank« geschehen ist. Nahm sich aber ein Forscher des Revisionismus dieses Themas an, dann mußte er sogar mit einer Anklage wegen »Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener« oder wegen »Beleidigung« rechnen. □

UdSSR will Deutschland finanziell ausbluten

Nach diplomatischen Verlautbarungen bereitet die Sowjetunion einen Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland vor, »der es in sich hat«. Zwar wollen die Sowjets als Staat auf Reparationen verzichten, gleichzeitig soll der Vertrag jedoch eine Klausel enthalten, wonach »individuelle Wiedergutmachung« sehr wohl möglich sein soll. Das heißt nichts anderes, als daß Millionen von sowjetischen Bürgern und deren Nachkommen Einzelleistungen für angebliche oder tatsächlich erlittene Schäden des Zweiten Weltkriegs beanspruchen könnten.

Abgewickelt werden soll dies über eine Zentralstelle beim Moskauer Ministerrat, die dann die entsprechenden Forderungen bei den deutschen Behörden geltend machen. Eine ähnliche Lösung hatte die SPD/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt für rentenberechtigte polnische Staatsbürger ausgehandelt. Die Polen erhielten dann die von den Deutschen pünktlich gezahlten Gelder acht Jahre später in wertlosen Zlotys ausgezahlt.

Wie aus den diplomatischen Kanälen weiter zu erfahren war, sollen andere osteuropäische Regierungen, besonders die Jugoslawiens und des wirtschaftlich total heruntergekommenen Rumäniens, aber auch die niederländische Regierung mit diesem sowjetischen Vorschlag liebäugeln. Und kirchliche Kreise aus der Bundesrepublik sollen bereits ihre Unterstützung für derartige Wiedergutmachungszahlungen angekündigt haben. □

Genscher will nach den Bundestagswahlen Abschied nehmen

Brandheiße Gerüchte ranken sich derzeit um Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Danach will der mit nunmehr 16 Jahren dienstälteste Außenminister der Welt einige Monate nach der nächsten Bundestagsbeziehungsweise gesamtdeutschen Wahl seinen Abschied zumindest von seinem Ministeramt nehmen. Unter Umständen wolle er jedoch seine Parteiämter noch etwas behalten.

Wie in Bonn verlautet, soll der 62jährige weitaus kranker sein als von ihm und verharmlosenden Ärzte-Berichten immer wieder dargestellt. Besonders das Herz mache dem »Arbeitstier Genscher« dabei schwer zu schaffen. Da er aber aufgrund seiner Popularität das »Zugpferd« der F.D.P. sei und parteiintern befürchtet wird, daß die Partei ohne ihn in ernsthafte Gefahr geriete, die Fünf-Prozent-Klausel nicht zu überspringen, mobilisiert er derzeit seine letzten Kräfte, um die Zeit bis zu den Wahlen einigermaßen gesund hinter sich zu bringen.

Daneben soll noch eine große Rolle das Geltungsbedürfnis bei Genscher mitspielen. So wolle er in die Geschichtsbücher als derjenige eingehen, der die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands festzementierte, unter anderem durch den völkerrechtlichen Verzicht auf die ostdeutschen Gebiete. Wie es heißt, sollen F.D.P.-Präsidenten Genscher sogar für den Friedensnobelpreis vorschlagen wollen, da es nur seinen Anstrengungen zu verdanken sei, daß die »Pufferstelle zwischen Ost und West, die jahrzehntelang einen ständigen Gefahrenherd für den Weltfrieden darstellte, in sich zusammenfiel« – was bei genauer Analyse natürlich nicht stimmt, vielmehr ist das Gegenteil der Fall –.

Um dem Wähler aber nicht das Gefühl zu geben, er werde für dumm verkauft, soll Genscher nach den Wahlen erst einmal für einige Monate das Amt weiterführen und dann – je nach Wahltermin – zwischen Mitte und Ende 1991 den Ministerposten an einen anderen aus der F.D.P. abgeben. Die Bindung der Ämter des Außenministers und des Bundesvizekanzlers an die F.D.P. soll bereits vor den Wahlen zur Bedingung für eine Koalitionszusage der Freien Demokraten an die CDU gemacht werden. □

Möllemann droht Union

Bereits unter bundestagswahltaktischen Gesichtspunkten soll nach Darstellung Bonner Insider der Hinweis des nordrhein-westfälischen F.D.P.-Parteivorsitzenden, Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann, zu verstehen sein, die Koalitionsaussage der F.D.P. zugunsten der CDU habe sich bei den letzten fünf Landtagswahlen – Schleswig-Holstein, Berlin, Saarland, Nieder-

sachsen und Nordrhein-Westfalen – nicht gelohnt. zwar betonte »Mümmelmann« (O-Ton Strauß) gleichzeitig, daß dies angesichts der »großen Übereinstimmung in den Sachfragen« zwar nicht die Koalitionsfrage auf Bundesebene bedeute, sei aber sehr wohl so zu verstehen.

Möllemann, »Genschers Mann fürs Grobe« – so ein Bonner Insider –, sollte damit ersten Druck auf die Union ausüben, nach dem Motto: »auch andere Mütter haben hübsche Töchter« und so die »Mitgift«, spricht Einfluß auf die künftige Bundesregierung, nach oben treiben. Zwar herrsche bei der F.D.P.-Spitze überwiegend Einigkeit darüber, daß bei der Bundestagswahl alles andere als eine Koalitionszusage für die Union das politische Aus bedeuten würde, da es der Wähler nicht verstehen würde, wenn wenige Monate vorher die Bedingungen für die Wiedervereinigung zusammen von Union und F.D.P. geschaffen werden, diese dan wenig später aber mit der SPD Lafontaines, die genau diese Maßnahmen scharf verurteilte, zusammengehen würde, doch ändere dies nichts an der theoretischen Möglichkeit. Und die Union könne, so die F.D.P., diese Gefahr nicht in Kauf nehmen. □

Lex Weizsäcker geplant

Nachdem in der DDR nunmehr auch die einseitige Vergangenheitsbewältigung zur polnischen Maxime erkoren wurde, ist jetzt sogar eine »Lex Weizsäcker« geplant. Nach den bislang geltenden Vorschriften des Grundgesetzes würde dessen Präsidentschaft unweigerlich mit Ablauf seiner zweiten Amtszeit im Jahr 1994 enden.

Nun soll aber beim Anschluß gemäß Artikel 23 Grundgesetz die Zusatzregel aufgenommen werden, wonach der betreffende Artikel 54 Absatz 2 Grundgesetz, der die zeitliche Limitierung des Amtes des Bundespräsidenten regelt, angesichts der Wiedervereinigung zweier zwar nicht de jure, so aber doch de facto selbständiger Staaten nicht gilt. Vielmehr soll nach der in Kürze stattfindenden gesamtdeutschen Wahl sehr schnell von der Bundesversammlung Weizsäcker als gesamtdeutscher Bundespräsident gewählt werden und soll dessen Amtszeit wieder bei Null anfangen, so daß er theoretisch dem deutschen Volke bis zum Jahr 2001 vorstehen könnte. □

Verzicht auf Oberschlesien kostet eine Billion Mark

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie wird die Bundesrepublik nach Schätzung von Experten mehr als eine Billion Mark kosten. Der Übergang der staatlichen Hoheitsrechte auf Polen würde nämlich die privaten Besitzansprüche der deutschen Eigentümer auf ihr Land, Haus oder Hof nicht verändern.

Da auch das Bundesverfassungsgericht das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 für als existent bezeichnet hat, würde eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze eine Enteignung gemäß Artikel 14 und 15 Grundgesetz bedeuten und damit auch eine Entschädigung bedingen. Und durch den Lastenausgleich hat dieser in Frage kommende Personenkreis bisher lediglich den Verdienstausfall ersetzt bekommen.

Bei den betreffenden Gebieten handelt es sich um etwa 104000 Quadratkilometer gleich 104 Millionen Quadratmeter Land. Der unterste Betrag für eine Entschädigungszahlung wird aber auf etwa zehn Mark pro Quadratmeter geschätzt, was einem vom Bund und damit von dem Steuerzahler zu zahlenden Gesamtaufwand von rund 1,4 Billionen Mark gleichkommt. □

KGB gibt Details der Heß-Mission preis

Der sowjetische Geheimdienst KGB hat jetzt erstmals Einzelheiten über den geheimnisumwitterten England-Flug von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß vom Mai 1941 offengelegt. Die Informationen stammten vom britischen Doppelagenten Philby.

Danach soll Heß zwei Vorschläge Hitlers mitgebracht haben. »Erstens: Wenn Großbritannien neutral bliebe, werde es von deutschen Luftangriffen verschont ... und könne unter anderem weiterhin eine dominierende Rolle im Nahen Osten spielen. Der zweite Vorschlag war: Wenn Großbritannien auf der Seite der Deutschen kämpfte, würden beide Länder in der Lage sein, die Welt zum großen Teil unter sich aufzuteilen. Großbritannien würde das Empire behalten ... Deutschland wäre die beherrschende Macht in Europa und Nordafrika.«

Endlich wird nun das bestätigt, was Revisionismus-Forscher schon seit Jahren behaupten, nämlich, daß Hitler Frieden mit Großbritannien wollte. Dies hätte nicht nur Millionen weniger Tote auf beiden Seiten bedeutet, sondern auch verhindert, daß halb Europa in den Einflußbereich des Kommunismus fiel. Gleichzeitig wird nun auch dem größten Skeptiker gezeigt, wo die Kriegstreiber wirklich saßen. □

Helmut Kohl in der CDU unangefochten

Der im vergangenen Jahr von Teilen der CDU zumindest in Grundzügen geprobte Aufstand gegen ihren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Kelmut Kohl ist endgültig zusammmengebrochen. »Der Kanzler steht so fest, fester geht es gar nicht«, freuen sich dann auch enge Mitarbeiter.

Kohls erster Schachzug sei die zu diesem Zeitpunkt sicherlich nicht unproblematische Entlassung Geißlers von seinem Posten als Generalsekretär gewesen. Seinem Nachfolger, Rühe, sei es dann innerhalb kurzer Zeit gelungen, die »Aufmupfer« in der Parteizentrale unter Kontrolle zu kriegen. Das entgültige Aus des ohnehin nur noch hinter vorgehaltener Hand vorhandenen »Mini-Aufstands« seien dann die Wahlen dieses Jahres gewesen.

Zwar habe sich Kohl auf der einen Seite über den Verlust der Regierungsmehrheit in Niedersachsen beziehungsweise den nur minimalen Stimmenzuwachs in Nordrhein-Westfalen geärgert, doch habe dies auf seiner Sicht auch Vorteile. Die drei Spitzenkandidaten, Albrecht, Süßmuth und Blüm, zählten allesamt zu seinen Hauptkritikern. Nunmehr können diese aber nur noch eins machen, »nämlich die Schnauze halten«, wie ein CDU-Präside ungeschönt gesagt haben soll. □

Razzia im Zigeunerlager großer Erfolg

Die kürzlich erfolgte Razzia in einem Kölner Zigeunerlager war ein großer Erfolg. So konnten drei Verbrecherbosse verhaftet werden. Wie der Kölner Polizeisprecher Werner Schmidt erklärte, waren von Januar bis März täglich 15 Zigeunerkinder bei Einbrüchen gefaßt worden. Seit der Razzia seien es dagegen »nur« noch drei Kinder täglich gewesen. Und während im gleichen Zeitraum alle 14 Tage rund 200 bis 300 Tageswohnungseinbrüche zu verzeichnen gewesen waren, seien es in den ersten zwei Wochen nach der Durchsuchung bei den Zigeunern lediglich 93 gewesen. Bei den Taschendiebstählen sehe es ähnlich aus. Hier sei die Monatsrate von 28 bis 51 Zigeunerkindern auf nur noch sechs Kinder im April zurückgegangen.

Die Razzia habe den aufgrund monatelanger verdeckter Ermittlungen entstandenen Verdacht bestätigt, daß es eine Zusammenarbeit zwischen den Zigeunern und Kölner Hehlerbanden gegeben hatte. Mehrere der im Kölner Lager gefundenen und mittlerweile identifizierten Schmuckstücke seien sogar bei Einbrüchen in Hamburg und Frankfurt gestohlen worden. □



Antideutsche Mafia voll in Aktion

Siegfried Gärtner

Nachdem sich die Vereinigung der deutschen Restteile trotz aller in- und ausländischen Bremser hoffentlich nicht mehr verhindern läßt, tauchten die alten antigermanischen Schlagworte wieder auf. Anstatt die Deutschen einmal zu loben, werden sie wieder beschimpft und verdächtigt.

In einer eindrucksvollen unblutigen Revolution haben die Mitteldeutschen das stalinistische Regime gestürtzt und damit die Voraussetzung für das Ende der Spaltung Deutschlands und Europas geschaffen. Sie haben so eine Friedenstat ersten Ranges vollbracht; denn 45 Jahre lang hing das Damoklesschwert eines kriegerischen Zusammenpralls der beiden bis an die Zähne bewaffneten Machtblöcke NATO und Warschauer Pakt über Europa.

Ein Glücksfall der Geschichte

Die Militärgrenze zog sich mit Stacheldraht und Minenfeldern mitten durch unser Land. Riesige Lager mit konventionellen, atomaren, chemischen und biologischen Waffen waren zu beiden Seiten angehäuft. Schon ein »nur« konventioneller Krieg hätte Mitteleuropa in ein Trümmerfeld verwandelt.

Und nun diese Wendung, die an ein Wunder grenzt, ein seltener Glücksfall der Geschichte am Ende des Jahrhunderts. Dieses Wunder haben selbstverständlich die Mitteldeutschen nicht allein vollbracht. Wichtige Motoren bei der Entwicklung waren die bis 1980 zurückgehenden Ereignisse in Polen und dann vor allem in Ungarn. Grundvoraussetzung war weiterhin die Machtübernahme durch Gorbatschow in der Sowjetunion vor fünf Jahren. Wir wären die Letzten, die all das nicht anerkennen würden. Aber das eigentliche Ende der Spaltung haben unsere Landsleute jenseits von Elbe und Werra herbeigeführt. Die Not hat sie wieder einmal erfinderisch gemacht. Und die Reaktion auf diese Entwicklung? Die antideutsche Mafia ist wieder voll in Aktion. Zunächst wird der Verlust der »Stabilität« in Europa beklagt. Man reibt sich die Augen. Viele Politiker trauern also der von Stalin und Roosevelt in Jalta geschaffenen »Stabilität« der Spaltung Europas durch »eiserne Vorhänge«, Schießbefehl, Mauern und Zerstückelung des deutschen Volkes nach.

Und auch die Militärblöcke hatten sich so bequem in Mitteleuropa eingebettet. In beiden Blökken waren die zwei deutschen Teilstaaten so schön »eingebunden«. Der Begriff Europa war auf Westeuropa eingeengt, das ganze Europa ist anscheinend so manchem Westler unheimlich.

Man macht den Deutschen Angst

Die Amerikaner beeilen sich, im »Haus Europa« ein Vorzugszimmer zu beanspruchen, einen Überwachungsraum. Aber früher oder später werden sich Russen und Amerikaner ganz aus Mitteleuropa zurückziehen müssen. Denn, nicht wahr, die Zeit des Kolonialismus ist doch vorbei!

Nichts gegen die Kanadier, aber was machen eigentlich jetzt noch kanadische Truppen in Deutschland? Vor wem oder was sollen die uns unberufen schützen? Mitteleuropa als kanadisches Projektorat: Das wäre doch etwas pervers! Die falsche »Sicherheit« der Militärblöcke muß verschwinden. Die Revolution in Mitteldeutschland machte all dies möglich.

Aber schauen wir uns im eigenen Land um: Es wäre zu erwarten gewesen, daß durch die eingetretene Entwicklung, durch die völlig unerwartete Chance zur Einheit Restdeutschlands, anhaltende Freude, Dankbarkeit, ja Jubel aufkommen würde. Diese Stimmung herrschte auch in den ersten Tagen der Massenbewegung an der unnatürlichen Teilgrenze vor. Zum ersten Mal wieder erlebten die Deutschen, was nationale Solidarität sein kann oder sein könnte. Aber sehr bald verbreiteten die Massenmedien überwiegend Mißstimmung, raunzige schlechte Laune, Miesmacherei angesichts einer Entwicklung, für die wir dem Schicksal auf den Knien danken müßten.

In ganz Westdeutschland gab es keine einzige Demonstration für die Einheit des Vaterlandes. Eine Schande!

Es wird so getan, als stellten die Deutschen mit der Herstellung der Einheit wenigstens ihrer Restgebiete eine ungeheure Zumutung an »Europa«. Man macht den deutschen Angst vor sich selber.

In den planmäßig zum nationalpolitischen Analphabetentum erzogenen bundesrepublikanischen Massen werden Neidgefühle und Materialismus angesichts der »enormen Kosten der Einheit« geschürt. Den Übersiedlern schlägt nach anfänglicher Sympathie Ablehnung und manchmal schon Haß entgegen. Gewiß, niemand kann ein Interesse daran haben, daß die »DDR« ausblutet. Aber wir sollten nicht vergessen, daß allein diese Übersiedler es waren, die den Zug zur Einheit Deutschlands ins Rollen gebracht haben, gerade auch jene Übersiedler, die noch nach der Öffnung der Mauer gekommen sind.

Bundeskanzler Helmut Kohl an der Seite von Heinz Galinski beim Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz.

Ungerechtfertigte Forderungen an Bonn

Denn überall waren die Bestrebungen sichtbar, die Entwicklung zu bremsen und die Zweistaatlichkeit auf etwas liberalerem Polster beizubehalten. Dazu gehört auch, daß bei den »DDR«-Wahlen am 18. März 1990 gerade die Parteien nicht zugelassen waren, die, wie die Republikaner, stets und überall für die Einheit eingetreten sind, während zum Beispiel die SPD eben diese Einheit eine »Lebenslüge« genannt hat. Also auch diese Märzwahlen waren noch unfrei.

Grundsätzlich: Die Einheit eines großen, bisher getrennten Volkes ist mit Geld gar nicht zu bezahlen. Dann sollte man einmal die astronomischen Kosten zusammenrechnen, die die Spaltung während 45 Jahren verursacht hat, darunter die sinnlosen Rüstungs-Milliarden. □

Zionismuns

Verschärfte Hetze gegen Deutschland

Hans Baader

Das Jahr 1990 wird aus vielen Gründen als eines der bedeutsamsten Jahre des 20. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen. Dazu gehören die ersten freien Wahlen in der DDR seit Ende des Zweiten Weltkriegs, die Quasi-Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik und der Verzicht eines Bundespräsidenten auf mehr als 100.000 Quadratmeter urdeutschen Landes. Doch ist es auch das Jahr, in dem die zionistische Hetze gegen Deutschland immer stärker zunahm und sich einem traurigen Höhepunkt nähert.

Besonders agil sind in diesem Zusammenhang der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, und der von allen Staatsmännern hofierte Vorsitzende des 8.000-Mann-Vereins namens »Jüdischer Weltkongreß«, der Whiskymilliardär Edgar Bronfman. Nicht willens, sich auch nur eine Sekunde lang Gedanken über die neuesten Forschungsergebnisse des Revisionismus zu machen, starteten sie eine Kampagne gegen ein Deutschland, in dem der Nationalsozialismus bereits seit 45 Jahren zu Ende ist, und schüren Emotionen. Unterstützt werden sie dabei durch ein willfähriges Fernsehen, das so gescheiterte Historiker wie Eberhard Jäckel, der als einziger »bedeutender« Historiker vehement auf die Echtheit der Hitler-Tagebücher hinwies, in sechs Stunden langen Sendungen mit dem bezeichnenden Titel »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« zu Wort kommen läßt – siehe hierzu auch den Artikel über den mörderischen Plan der Internationalisten in diesem Heft –.

Die Geschichte als Propaganda

Besonders lautstark wurden die Agitationen gegen Deutschland am 22. April, dem Jom Haschoá (Tag der Katastrophe, des Völkermordes) und Anfang Mai anläßlich des 45. Jahrestages der Niederlage des Deutschen Reichs im Zweiten Weltkrieg – von unserem Bundespräsidenten und der DDR-Volkskammerpräsidentin, Sabine Bergmann-Pohl, als »Tag der Befreiung« gefeiert –.

Anläßlich einer Gedenkstunde in Bergen-Belsen, dessen »Dokumentenhaus« alleine für 4,5 Millionen Mark erweitert wurde, sagte Galinski, daß dieses Lager es gewesen sei, »in dem die Angehörigen der alliierten Truppen schockiert waren vom Anblick des Schreckens und in dem sie ihre eigene Betroffenheit für die ganze Welt und die nachfolgenden Generationen in Filmbildern festhielten«.

Keine Beachtung fanden die Worte des britischen Kommandanten der Befreiung des Lagers Bergen-Belsen, der, laut Professor Diwald, feststellte, daß in den Lagern Verbrechen großen Ausmaßes nicht vorgekommen seien.

Der traurige Höhepunkt

Galinski betonte weiter, daß er es als »besonders schmerzhaft und paradox« empfinde, daß es noch heute Menschen gebe, »die eine Parole wie ›Auschwitz-Lüge‹ verbreiten können, daß es Menschen gibt, die die Echtheit des Tagebuchs von Anne Frank bezweifeln«, und daß versucht werde, »das Gewicht der begangenen Verbrechen zu relativieren«.
Und bei einer Feierstunde in der Gedenkstätte Yad Vashem erklärte der israelische Ministerpräsident Shamir, man dürfe die Geschichte des Holocausts nicht vergessen. Er »vergaß« aber, daß er nach Forschungsergebnissen amerikanischer Historiker während der Zeit des Dritten Reichs eng mit nationalsozialistischen Politikern kooperierte.

Das einzige was paradox ist, daß weder Galinski noch seine zionistischen Glaubensbrüder und -schwestern noch deutsche Politiker das Gutachten des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten, Fred. A. Leuchter, der zu dem Schluß kam, in den KL Auschwitz, Birkenau und Majdanek habe es keine Vergasungen gegeben, nicht schnellstens nachprüfen und sich, bei Feststellung der Richtigkeit dieser Untersuchung, freuen, daß viele der tot geglaubten Juden überlebt haben.

Als trauriger Höhepunkt der Deutschen-Hetze fand dann erstmalig nach Kriegsende im Mai wieder eine Jahrestagung des zwar kleinen, nichtsdestotrotz aber sehr einflußreichen Jüdischen Weltkongresses in Berlin statt. Allerdings gab es zum Tagungsort Berlin auch Kritik aus Israel, die sich bezeichnenderweise wie folgt äußerte: »Das jüdische Volk hat sechs Millionen-Gründe, sich einer Wiedervereinigung Deutschlands entschlossen zu widersetzen, 45 Jahre nach dem Fall Nazi-Deutschlands ist die letzte Zeile der Abrechnung zwischen dem jüdischen Volk und seinen Peinigern noch nicht geschrieben.« So die israelische Zeitung »Maariv«.

»Das deutsche Volk darf nicht vergessen«

Und bei dieser Jahrestagung ging es dann richtig zur Sache. So forderte Galinski, daß es »für die Verbrechen, die in Wannsee geplant und in Auschwitz in die Tat umgesetzt wurden«, keine Frist der Verjährung und des Vergessens geben dürfe. Niemand auf dieser Erde habe das Recht, »die Täter aus der Verantwortung für den Mord an Millionen unschuldiger Menschen zu entlassen«. Gleichzeitig beklagte er sich, warum am 8. Mai 1990 in der Bundesrepublik nicht stärker der nationalsozialistischen Verbrechen gedacht werde.

Dem durfte Edgar Bronfman natürlich nicht hinterherstehen. »Wir sind hier, weil wir dem neuen Deutschland etwas zu sagen haben«, verkündete er. »Das jüdische Volk kann nicht vergessen. Und das deutsche Volk darf nicht vergessen.« Deutschland müsse für alle Zeiten ein besonderes Verhältnis zu Israel unterhalten. Vergeben könnten »nur die sechs Millionen ermordeten Juden. Aber sie sind tot.«

Einer der Teilnehmer war natürlich auch Bundeskanzler Helmut Kohl, der an die Wort Adenauers aus dem Jahr 1951 erinnerte, der damals gesagt hatte, es sei die »vornehmste Pflicht des deutschen Volkes«, im Verhältnis zum Staate Israel und zum Judentum den »Geist wahrer Menschlichkeit wieder lebendig und fruchtbar« werden zu lassen. »Niemals darf vergessen werden, daß unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Berlin aus der Völkermord an den europäischen Juden vorbereitet und gesteuert wurde.«

Und während Bergmann-Pohl auf einer Sondersitzung der DDR-Volkskammer meinte »Schuld dürfe niemals vergessen und Verantwortung nicht geleugnet werden« und »Die Last der Geschichte geht über 1945 hinaus«, empfing DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière in Ost-Berlin sogar die Führung des Jüdischen Weltkongresses und erklärte, daß der verbrecherische Versuch, die Juden aus dieser Geschichte »herauszutöten«, fehlgeschlagen sei. »Deutschland ohne Juden hat es nie gegeben. Deutschland gibt es nur mit seinen Juden, oder es wird Deutschland nicht geben.«

Wie sehr es aber um die Demokratie innerhalb der Juden aussieht, kennzeichnet folgendes: Als »antijüdische Maßnahme in Berlin« bezeichnete die Berliner jüdische Gemeinde »Adass Jisroel (Israelische Synagoge)« die Berliner Tagung, zu der sie ebensowenig wie zum Empfang der DDR-Regierung eingeladen wurde. Auch wurde ein Antrag der Gemeinde zur Aufnahme in den Zentralrat der Juden bislang ignoriert. □

Zionismus

Stimmung gegen Deutschland

Alfred König

Das dunkelste Kapitel der deutschen Historie, so zumindest die etablierte Geschichtsschreibung, ist der Holocaust an den Juden, dem sechs Millionen Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Noch niemals zuvor und auch nach 1945 habe es etwas Vergleichbares gegeben. Zwar seien schon immer Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Religiosität oder ähnlichem in Massen umgebracht worden, zum Beispiel die Indianer, der »fabrikmäßige Massenmord« sei aber erst von den Deutschen mit Auschwitz, Majdanek und anderen Todeslagern eingeführt worden. Eine Schuld, die niemals gelöscht werden könnte.

So oder zumindest so ähnlich ist es heute in den Geschichtsbüchern rund um die ganze Welt zu lesen. Umso erstaunter mußte man dann über Äußerungen von US-Präsident George Bush Mitte April sein. Auf dem Weg zu einem Treffen mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher auf den Bermudas antwortete Bush laut dpa auf die Frage, ob Deutschland der Holocaust vergeben werden sollte: »Ich neige zu der Auffassung, wir müssen vergeben – nicht vergessen, weil ich glaube, daß man aus der Geschichte lernt ...« Laut der Nachrichtenagentur Reuter erklärte der US-Präsident: »Ich neige zu der Auffassung, wir sollten vergeben, nicht vergessen, weil ich daran glaube, daß man von der Geschichte lernt ... lernt, was man nicht falsch machen sollte.« Bush betonte, daß dies seine persönliche Auffassung und »keine Erklärung im Namen des Landes« sei. Die Osterzeit sei eine Zeit der Vergebung und der Heilung.

Das Thema ist jetzt vergessen

Was ist der Hintergrund dieser Äußerungen des amerikanischen Präsidenten? Der Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten, Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz, Birkenau und Majdanek keine Gaskammern gegeben haben kann, hat weltweit neue Diskussionen zu diesem Thema aufkommen lassen. Der britische Historiker David Irving hat seine früheren Äußerungen zu diesem Thema revidiert und erklärt heute, es habe niemals Vergasungen gegeben, vielmehr seien diese von den Briten ausgeheckte Propaganda gegen Deutschland.

Da Bush nunmehr die Möglichkeit erkennt, daß früher oder später entsprechende Untersuchungen die Richtigkeit des Leuchter-Gutachtens bestätigen könnten, damit dann aber ein Aufschrei durch die deutsche Bevölkerung gehen würde, was zu einem neuen Nationalgefühl und dem Streben nach Lösung aus der amerikanischen Umklammerung und damit zu einer Verringerung des amerikanischen Einflusses auf die Bundesrepublik führen könnte, versucht der US-Präsident nunmehr, das Gerede zu diesem Thema durch die »internationale Vergebung« zum Schweigen zu bringen. In der Hoffnung, daß dann auch die Wirkung der Revisionisten beziehungsweise das Interesse an deren Forschungsergebnissen in Deutschland nachläßt, nach dem Motto: »Das Thema ist jetzt gegessen«!

Das Problem sitzt tiefer

Bush hat die Rechnung aber ohne den Wirt, in diesem fall der Vertreter des Zionismus, gemacht. Diese denken nämlich gar nicht an »Vergebung«, sondern schüren vielmehr das Feuer immer aufs neue an.

So schrieb jetzt Arnold Forster, der 47 Jahre den Posten eines Generalanwalts in der Anti-Defamation League (ADL) der jüdischen B'nai B'rith-Loge inne hatte, im amerikanischen »Penthouse« einen Essay mit dem Titel: »Ist die Schonzeit für Juden vorbei« (»Is the no-hunting season on jews over?«). Das US-Penthouse hat eine Weltauflage von fünf Millionen Stück und wird, im Gegensatz zum mehr oder weniger deutschen Po- und Busen-Blättchen »Penthouse« in den USA und weltweit durchaus auch wegen seiner oftmals hochinteressanten und sehr gut recherchierten Hintergrundberichte gelesen. Von daher ist der Einfluß einer Veröffentlichung in diesem Magazin nicht zu unterschätzen.

Nachdem Forster darauf hinwies, daß es bei den Juden große Vorbehalte und auch Ängste gegen die deutsche Wiedervereinigung gebe, stellte er die Fragen: »Gibt es eine aktuelle Basis für diese jüdischen Vorbehalte? Gibt es nicht substantielle Untersuchungen, daß die Deutschen ihre historische Schuld erkannt haben und sich dafür entschieden haben, etwas derartiges nie wieder zu erlauben?« Einen Absatz später weist Forster dann darauf hin, daß es angeblich auch heute noch »bedeutsame und störende Beweise für deutschen Antisemitismus« gibt (»significant and disturbing evidence of german anti-Semitism«).

Und das Problem sitzt nach Ansicht Forsters tiefer, als es manche Fehlleistungen deutscher Politiker, so der von Kohl Reagan aufgezwungene Besuch eines Soldatenfriedhofs in Bitburg, auf dem auch SS-Angehörige begraben sind, vermuten ließen. »So unglaublich es klingt, da gibt es respektierte Intellektuelle, Autoren und weitere Personen, die nunmehr immer öfter öffentlich die Schuld verteidigen. West-Deutschland hat eine Menge dieser Leute. Ihre Ansichten – eine hartnäckige Verweigerung, diese Schuld einzugestehen und von ihr zu lernen – ist augenfällig in einem Schwall von Nazi-Verteidigung aus den Federn hochkarätiger konservativer deutscher Historiker. Die Absicht ist die Verteidigung der deutschen Wehrmacht und der Millionen ziviler Helfer, die das nationale Rückgrat des Hitler-Regimes bildeten.« Diese Autoren würden den Holocaust lediglich als »Anordnung eines unbeschreiblichen Verbrechens« bezeichnen.

Deutschland aus der Sicht der B'nai B'rith

Forster erwähnt, daß es (Stand Juni 1986) in der Bundesrepublik 78 neonazistische Gruppierungen mit 22.500 Mitgliedern gegeben habe. So ist es nach Ansicht Forsters auch keine Überraschung, daß 2.000 Neonazis 1982 an dem Begräbnis Rudels teilnehmen konnten und dabei die »Nazi-Hymne ›Deutschlandlied‹« (»Nazi hymn ›Song of Germany‹«) singen konnten. Nur einen Monat später hätten dann Skinheads in Frankfurt randaliert. Damit übereinstimmend (»in harmony«) habe der baden-württembergische Finanzminister einer SS-Panzer-Veteranen-Vereinigung die Gemeinnützigkeit zuerkannt.

Danach geht der B'nai-B'rith-Angehörige auf die jüngsten Wahlerfolge der Republikaner ein und kommt zu dem Zwischenfazit, daß die Vorbehalte »der Handvoll Überlebenden der westdeutschen jüdischen Gemeinde« bei den Bildern, als »eine Flut freudetrunkener Ost-Berliner durch in die Mauer geschlagene Öffnungen nach West-Berliner strömte«, wohl nur zu verständlich seien. Zumal viele der 30.000 in der Bundesrepublik lebenden Juden ihre jüdische Abstammung geheim hielten, da sie festgestellt hätten, daß dadurch das Leben für sie einfacher sei.

Danach stellt Forster den in der DDR vorhandenen und auch von der ehemaligen Regierung praktizierten Antisemitismus ausführlich dar und gelangt zu der Einschätzung, daß, sollte die Bevölkerung zu der Meinung gelangen, daß die Politik des Halbjuden Gysi gefährlich sei, sich dies negativ auf alle Juden niederschlagen würde. Forster versteigert sich sogar zu der Meinung: »Und wenn er plötzlich Extremisten zu sehr irritieren sollte, könnte er sogar meuchlings ermordet werden (›he could actually be assassinated‹).«

Forster verweist darauf, daß auch der bisher letzte jüdische Minister, Walter Rathenau, 1923 von Rechtsextremisten ermordet wurde. »Und diese Möglichkeit kann auch heute nicht leichtfertig beiseite geschoben werden. Die terroristische Rote Armee Fraktion ... ist auch heute noch sehr lebendig.« Da muß doch die Frage erlaubt sein, was die RAF mit den nationalen Kräften in der Bundesrepublik zu tun hat? Oder will Forster bei den uninformierten amerikanischen und anderen ausländischen Lesern nur diesen Eindruck erwecken?

Überbetonung einiger Vorfälle

Wenig später läßt Forster Pfarrer zu Wort kommen, die beklagen, daß in viel zu wenigen Kirchen in Deutschland an die Verbrechen an den Juden erinnert, daß einige diesbezügliche Tafeln nur gegen massive Opposition angebracht werden konnten und, wie Rainer Grauner, Chef der Evangelischen Akademie in Ost-Berlin, sagte, es »auch heute noch in der Kirche eine anti-jüdische Tradition« gebe.

Danach weist Forster darauf hin, daß jedoch auch in vielen anderen Ländern Europas starke antisemitische Kräfte vorhanden seien, so etwa in Frankreich mit der »Nationalen Front« Jean-Marie Le Pens, der sowjetischen Pamyat-Bewegung, aber auch in niedrigen Rängen der sowjetischen Regierung, in Polen, und auch in Ungarn seien nach der im Dezember des vergangenen Jahres erfolgten Öffnung des Landes viele häßliche Dinge neu entstanden, darunter auch Antisemitismus.

Im Namen der DDR-Bürger

Zwar würden sich auch viele Juden über die Entwicklung hin zu einem einigen Deutschland freuen, doch bestünden nach wie vor große Ängste. Was sie jedoch am meisten beunruhigte, seien Äußerungen ganz normaler Menschen, wie beispielsweise die eines Frankfurter Theater-Direktors auf Kritik von Juden an der geplanten Aufführung eines Theaterstückes (gemeint ist ein Schauspiel Rainer Werner Faßbinders; der Verfasser), der seinerzeit sagte: »Wissen sie nicht, daß die Schonzeit für Juden vorbei ist?«

Das Essay Forsters ist nichts anderes als ein zugegebenermaßen geschicktes Aneinanderreihen einiger weniger antisemitischer Vorfälle sowie die Überbetonung einer angeblichen starken neonazistischen Szene in Deutschland. Jeder, der über die wahren deutschen innenpolitischen Verhältnisse nicht informiert ist – und wer ist dies in fernen Ländern, speziell in den USA –, muß zwangsläufig zu dem Schluß kommen, daß es nach wie vor einen starken Antisemitismus in der Bundesrepublik gibt.

Und dieser Druck der Juden zeigt auch bereits erste Erfolge. So verabschiedete die DDR-Volkskammer auf ihrer konstituierenden Sitzung eine Erklärung, daß durch Deutsche in der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt »unermeßliches Leid zugefügt worden« sei. Diese Schuld dürfe niemals vergessen werden. »Im Namen der DDR-Bürger« bekannte sich das Parlament der DDR zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und der Ermordung von sechs Millionen Juden.

»Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte. Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande«, hieß es weiter. Gleichzeitig wurde versprochen, für eine »gerechte Entschädigung materieller Verluste« einzutreten.

Wie man unschwer erkennen kann, hat also die neue DDR-Regierung einen fast noch größeren Kotau als die Bundesregierung(en) vor dem Zionismus gemacht. Denn daß ein anderes freigewähltes Parlament auf der Erde angesichts der vielen gravierenden neuen Erkenntnisse revisionistischer Historiker eine derartige oder ähnliche Unterwerfungserklärung gleich zu welchem Thema abgeben würde, darf getrost angezweifelt werden. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Alfred König, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg
Vertriebsleiter: Ferdinand C. Mentzen.

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. Juli 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

DDR

Man heuchelt wie Bonn

Hans Baader

Wenn diese Ausgabe von CODE erscheint, tritt auch die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Kraft. Der erste Schritt der besonders von nationaler Seite begrüßten (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands. Doch keimten auf nationaler Seite auch andere Hoffnungen auf, nämlich daß sich nunmehr in der DDR aufgrund der dortigen Erfahrungen aus erster Hand mit dem Stalinisums eine starke nationale Kraft herausschälen würde, die dann auch in der Bundesrepublik zu der längst überfälligen Einigung aller wahrhaft nationalen Kräfte führen würde.

Und erste Ansätze hierzu ließ die Deutsche Soziale Union (DSU) erkennen, die gerade zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit stark auf die nationale Komponente setzte. Doch scheint sich dies aus heutiger Sicht um reine Wahltaktik gehandelt zu haben. Denn nicht nur, daß die nationalen Töne nunmehr fast ganz verstummt sind, nein, die DDR-Politiker übertrefen mit ihrer einseitigen »Vergangenheitsbewältigung« teilweise sogar noch »unsere« bundesdeutschen »Volksvertreter« und sprechen damit, genau wie hier, am wirklichen Willen des Volkes vorbei.

Selbstanklage des deutschen Volkes

Einige wenige Beispiele, die exemplarisch für viele andere stehen, sollen dies kennzeichnen. Besonders die Präsidentin der DDR-Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl (CDU), kann sich die Hand mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker reichen. Beide haben nichts anderes als die Selbstanklage des deutschen Volkes im Sinn.

So sagte Bergmann-Pohl bei einer Sondersitzung der Volkskammer anläßlich des 45. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs, daß der 8. Mai 1945 für alle Völker Europas, auch für das deutsche Volk, ein Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewesen war. Genau wie von Weizsäcker »vergaß« jedoch auch sie die Konsequenzen dieser »Befreiung«, die so aussahen, daß viele Millionen Deutsche in den darauffolgenden Monaten und Jahren ein Opfer des mordenden, brandschatzenden und vergewaltigen Pöbels wurden.

Der 8. Mai sei ein Tag, an dem sie sich in Trauer vor den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft verneige. Schuld dürfe niemals vergessen und Verantwortung nicht geleugnet werden. Die Last der Geschichte gehe über 1945 hinaus. Dann erinnerte sie, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf die neuesten Forschungsergebnisse des Revisionismus und besonders die Untersuchungen Leuchters und Irvings einzugehen, an die »sechs Millionen ermordeten Juden«.

Vor der Sondersitzung der Volkskammer hatte Bergmann-Pohl am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow und an der Gedenkstätte für den polnischen Soldaten und den deutschen Widerstandskämpfer im Berliner Friedrichshain Kränze niedergelegt. Ein deutscher Soldatenfriedhof war ihren Besuch dagegen nicht wert!

Bekenntnis zur Mitverantwortung

Bereits Mitte April hatte die DDR-Volkskammer ein Bekenntnis zur Mitverantwortung für das Leid der Juden in der NS-Zeit abgelegt. So hieß es in der Erklärung wörtlich: »Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande.«

Gleichzeitig wurde ein erster Millionenbetrag als Art Wiedergutmachung an die Juden gezahlt. Weitere Millionen, wenn nicht gar Milliarden werden wohl mit der Zeit folgen, denn einer »gerechten Entschädigung« hat die Volkskammer schon zugestimmt.

DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière, ebenfalls CDU, erklärte bei einem Empfang von Vertretern des Jüdischen Weltkongresses: Der verbrecherische Versuch der Nazis, die Juden aus dieser Geschichte »herauszutöten«, sei fehlgeschlagen. »Deutschland ohne Juden hat es nie gegeben. Deutschland gibt es nur mit seinen Juden, oder es wird Deutschland nicht geben.« Doch der »Schatten von Auschwitz liegt über uns«, meinte de Maizière weiter.

Bezeichnend auch die Antworten des Vorsitzenden der Partei »Demokratischer Aufbruch«, Pfarrer Rainer Eppelmann, der gleichzeitig auch »Minister für Abrüstung und Verteidigung« ist, beim »Fragebogen« des »FAZ-Magazins«. Auf die Frage »Welche geschichtlichen Gestalten verabscheuen sie am meisten« antwortete Eppelmann: »Adolf Hitler und Adolf Eichmann.« Nicht Stalin, unter dessem von der ehemaligen DDR-Führung perfektioniertem Terrorregime er jahrzehntelang verfolgt worden sein will, oder dessen Statthalter Erich Honecker oder Nikolai Ceaucescu wurden genannt. Als seine Lieblingstugend nannte Eppelmann dann interessanterweise: »Gerechtigkeit«!

»Sein Engagement sei rein verbal«

Der Innenminister der DDR, der der DSU angehörende Peter-Michael Distel, hat kürzlich sogar die früheren Stasi-Leute gelobt und will auf deren Mitarbeit nicht verzichten. »Sie können schießen, sind diszipliniert und besitzen möglicherweise noch Waffen.« In den Köpfen dieser Leute habe sich viel geändert, lediglich ihre Körper seien noch gleich. Zudem brauche die DDR jetzt einen starken und selbstbewußten Polizeiapparat, damit die katastrophale Situation im Lande nicht in Terror und Gewalt eskaliere. Der Regierungsbevollmächtigte zur Auflösung der Stasi, Fischer, warf dem DDR-Innenminister dann auch »mangelndes Interesse an der Zerschlagung der Geheimpolizei« vor. »Sein Engagement sei rein verbal«, sagte Fischer.

Bei der SPD sieht es nicht anders aus. So sprach sich DDR-Außenminister Meckel bereits am Tag seines Amtsbeginns dafür aus, die Oder-Neiße-Linie schnellstmöglich als polnische Westgrenze anzuerkennen. »Sonst sähen sich die vier Alliierten gezwungen, sich selbst mit der Frage zu beschäftigen.« Von Souveränität hat dieser Mann anscheinend noch nichts gehört. Und DDR-Finanzminister Romberg war noch mehrere Wochen nach Übernahme seines Ministeriums nicht in der Lage – oder willens –, der Bundesregierung die genauen Zahlen über den Finanzstatus der DDR zu geben.

Justizminister wurde bezeichnenderweise der Liberaldemokrat Kurt Wünsche, der in den härtesten DDR-Zeiten zwischen 1965 und 1972 bereits diesen Posten inne hatte. Unter seiner Amtszeit beschloß die Volkskammer am 12. Januar 1968 die Einführung eines neuen Strafgesetzbuches sowie einer neuen Strafprozeßordnung. Beide »Rechtstexte« waren nach Ansicht von Politologen in Substanz und Ausführung nichts anderes als Ermächtigungsgesetze und Terroranleitungen, deren Hauptzweck in der Verhinderung von Menschenrechten in der DDR bestanden habe. Charakteristisch für dieses neue Strafgesetzbuch sei unter anderem die extensive Androhung der Todesstrafe bei politischen Delikten gewesen.

Diesen wenigen Beispielen könnten noch unzählige von anderen folgen, doch reichen diese bereits aus, wohl auch dem allerletzten deutlich aufzuzeigen, daß in der DDR genau die gleiche Clique das sagen hat, die auch bereits die bundesrepublikanische Politik beherrscht. Ihr Ziel ist die andauernde Selbstanklage des deutschen Volkes oder mit einem Wort, die »Umerziehung«. □

Richard von Weizsäcker

Nachtrag zum Polen-Besuch

Alfred König

Bei »unserem« Bundespräsidenten war man in der Vergangenheit schon einiges gewohnt. Angefangen vom »Tag der Befreiung«, der der 8. Mai 1945 angeblich gewesen sein soll, über die Verharmlosung der Vertreibung durch seine Bezeichnung der »erzwungenen Wanderschaft« bis hin zu seiner Tätigkeit als Gesellschafter der Robert-Bosch-Stiftung. Den bislang eklatantesten Verstoß von Weizsäcker gegen das bundesdeutsche Grundgesetz stellte aber seine im Mai durchgeführte Reise nach Polen dar.

Gemäß der bundesdeutschen Verfassung kommt dem Bundespräsidenten lediglich eine repräsentative Aufgabe zu. Er hat also mit Ausnahme der Überprüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit und der daran anschließenden Gegenzeichnung keinerlei gestaltende oder gar die Bundesrepublik bindende Entscheidungsbefugnis. Hält ein Bundespräsident sich nicht daran, dann stellt dies einen Verfassungsbruch dar.

Ein Bundespräsident macht Politik

Und genau dies tat Richard von Weizsäcker, indem er in seiner Tischrede in Warschau die polnische Regierung bat, »ohne Vorbehalte darauf zu vertrauen, daß die Grenzfragen zwischen uns in ihrer Substanz unwiderruflich geklärt sind« und im Zuge der deutschen Vereinigung die nötige Vertragsform erhielten. Zu diesen Äußerungen ist von Weizsäcker verfassungsmäßig aber nicht legitimiert, zumal er damit unmittelbar in die Politik eingreift.

Zwar könnte er sich theoretisch immer damit herausreden, letztendlich nur seine Meinung vertreten zu haben und in diesem Sinne Einfluß auf die Bundesregierung nehmen zu wollen, de facto stellen seine Äußerungen aber eine völkerrechtliche Quasi-Bindung dar. Denn man stelle sich das internationale Geschrei vor, falls die Bundesregierung plötzlich eine andere Meinung vertreten würde.

Davon abgesehen stellt sich in diesem Zusammenhang ohnehin die Frage, ob die Regierungen der DDR und der Bundesrepublik beziehungsweise die Regierung eines (teil-)wiedervereinigten Deutschlands zu einem Verzicht auf die jahrhundertealten deutschen Ostgebiete berechtigt ist. Denn das Bundesverfassungsgericht spricht in seinem berühmten Urteil aus den siebziger Jahren davon, daß dies nur ein gesamtdeutscher Souverän könne, das Deutsche Reich bis dato aber völkerrechtlich fortbestehe.

Die Betonung liegt dabei auf dem Wort gesamtdeutsch, denn unter Gesamtdeutschland fallen auch die Ostgebiete. Folglich müßten dann also auch die dort lebenden Deutschen befragt werden, beziehungsweise da ihnen die Bildung einer eigenen Vertretung von den Polen noch immer untersagt ist, die Vertriebenenverbände und andere Organisationen, wie etwa die Notverwaltung des Deutschen Ostens.

Unbedingten Verzicht kann es nicht geben

In aus Schlesien an hier lebende Verwandte gerichteten Schreiben geht aber eindeutig hervor, daß die große Mehrzahl der in der polnischen Besatzungszone lebenden Deutschen einen »Anschluß« an Polen ganz eindeutig ablehnt. Mit welchem Recht maßen sich dann die bundesdeutschen und auch nicht besseren DDR-Politiker an, den Zusammenschluß von West- und Mitteldeutschland als Wiedervereinigung Deutschlands zu bezeichnen und gleichzeitig auf mehr als 100.000 Quadratkilometer urdeutsches Land zu verzichten?

Zweifellos hatte von Weizsäcker Recht, als er forderte, daß Grenzen zukünftig ihren trennenden Charakter verlieren, diese vielmehr durchlässig werden sollen. Von daher wäre eine Art Abtretung an Polen im Sinne des Weltfriedens zu verantworten gewesen, wenn dies mit der Schaffung umfassendster Rechte für die dort lebenden Deutschen einhergegangen wäre, beispielsweise durch eine Freihandelszone oder einer Zollunion mit der Bundesrepublik für die in Schlesien lebenden Deutschen. Doch wurden im Gegenteil noch Ende April 2.000 Exemplare der Vertriebenenzeitschrift »Schlesische Nachrichten« beschlagnahmt. Ein unbedingter Verzicht kann und darf aber niemals hingenommen werden.

Doch war dies nicht das einzige Fettnäpfchen, in das »unser« Bundespräsident während seiner Polenreise getreten war. So war von ihm kein Widerspruch zu hören, als der Führer der Solidarnosc, Lech Walesa, ihn herzlichst im »polnischen Danzig« begrüßte. Auch forderte von Weizsäcker Walesa nicht auf, sich öffentlich für seine kurz vorher geäußerte rassistische Deutschenhetze zu entschuldigen.

Drohung mit der totalen Vernichtung

Walesa, der, das darf nicht vergessen werden, Träger des Friedensnobelpreises ist, hatte nämlich Anfang April in einem Interview mit der holländischen Zeitschrift »Elsevier« laut der französischen Nachrichtenagentur »AFP« im Anschluß der Erklärung, daß er allen Grund habe, sich wegen der deutschen Vereinigung Sorgen zu machen, folgendes erklärt: »Ich schrecke selbst nicht vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland unpopulär macht. Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendige fortgeschrittene Technologie, um diesen Urteilsspruch durchzuführen.«

Man stelle sich einmal vor, ein deutscher Politiker hätte sich ähnlich über Polen geäußert, das schließlich durch seinen russischen Landraub ein destabilisierender Faktor in den zwanziger Jahren und durch sein Verhalten bezüglich des Korridors nach Danzig letztendlich Auslöser des Zweiten Weltkriegs war.

Und nicht genug, daß Polen nicht nur bereits mehrere Milliarden Mark an Wiedergutmachung und ähnlichem erhielt sowie sich deutsches Land mit einem Wert von mehreren Billionen Mark sowie Privatvermögen von rund 20 Milliarden Mark unrechtmäßig einverleibte, fordert die polnische Regierung nun weitere Wiedergutmachungszahlungen in dreistelliger Milliardenhöhe. Und trotz der zuerst geäußerten Weigerung von Bundeskanzler Kohl, diesen Forderungen nachzukommen, soll dies verklausuliert nun doch geschehen.

War bislang von den Grünen und der SPD geplant, in der Bundesrepublik eine Stiftung einzurichten, die Geld an die »vom NS-Regime zur Arbeit Gezwungenen« verteilen sollte, was Union und FDP nach wie vor ablehnen, soll nun aber eine diesbezügliche Stiftung in Polen eingerichtet werden, die Mittel für »soziale Härtefälle« geben solle. In dieser Stiftung könnten sowohl staatliche als auch private Gelder eingezahlt werden. Dies könnte nach den Überlegungen »nicht als eine Form von Entschädigung oder Reparationen« angesehen werden. Vielmehr wäre es eine ausschließlich soziale Angelegenheit.

Wie sehr die polnische Führung an Großmannssucht leidet, kann auch an Äußerungen von Staatspräsident Jaruzelski erkannt werden. Dieser hatte die Frage aufgeworfen, »warum sich auf dem Gebiet der heutigen DDR nicht auch polnische Truppen und solche anderer ostmitteleuropäischer Länder befinden könnten, die von Anfang an auf seiten der Alliierten gekämpft haben und einen bedeutenden Beitrag zum Sieg über den Hitler-Faschismus geleistet haben.«

Kurz vor dem Weizsäcker Besuch rief Jaruzelski die polnische Jugend auf, die Oder-Neiße-Linie notfalls »mit ihrem Blut« zu verteidigen. □

3,12 Billionen Dollar betragen die US-Schulden

Bis Ende September dieses Jahres werden sich die kumulativen Haushaltsschulden der amerikanischen Bundesregierung auf 3,12 Billionen belaufen. Eine Billion sind 1000 Milliarden oder eine Million Millionen. Aber das ist nur die »amtliche« Höhe der Schulden, das heißt Verbindlichkeiten, die die amerikanische Regierung »im Haushaltsplan aufführt«.

Die US-Regierung unterhält mehrere sogenannte Treuhandfonds, aber wie sie damit umgegangen ist war alles andere als treuhänderisch. Das ist deswegen so, weil sie diese als Milchkühe für Bargeld benutzt und davon ausgeht, daß, wenn sie einfach Darlehen daraus aufnimmt anstatt sie direkt zu plündern, sie nicht des Diebstahls bezichtet werden kann.

Der Sozialversicherungs-Treuhandfonds ist der bekannteste von ihnen, andere sind die Straßen- und Luftfahrt-Treuhandfonds. Der Gesamtbetrag der »Überschüsse« in diesen Fonds – das heißt, die Gelder auf die bereits ' Darlehen aufgenommen worden sind – beläuft sich auf 135 Milliarden Dollar. Dabei handelt es sich um Darlehensaufnahmen »außerhalb des Haushaltsplanes«, die nicht in dem offiziellen Defizit des Haushaltes enthalten sind.

Und da die Sicherheitsleistungen der amerikanischen Regierungen für Spar- und Darlehenskassen weiter fortschreitet, belaufen sich die offiziellen Schätzungen dieser Gesamtkosten jetzt bereits auf 500 Milliarden Dollar. Wenn dieser Betrag direkt aus dem Haushalt finanziert werden müßte, dann würde dadurch jede Hoffnung, das durch die Gramm-Rudman-Verordnung festgelegte Ziel von 64 Milliarden Dollar für das Steuerjahr 1991 zu erreichen, zunichte gemacht werden.

Die Beseitigung der über den Häuptern der Amerikaner schwebenden Pensionskassenkrise wird auch Dutzende von Milliarden Dollar verschlingen. Das Gramm-Rudman-Defizitziel für das laufende Steuerjahr beträgt 110 Milliarden Dollar. Das echte Defizit – das heißt, der wirkliche Betrag der innerhalb und außerhalb des amerikanischen Haushaltes aufgenommene Darlehen – beläuft sich auf 276 Milliarden Dollar.

Die Zinsen auf die Staatsschulden verschlingen derzeit 280 Milliarden Dollar pro Jahr, was in etwa der Höhe des tatsächlichen Haushaltsdefizits pro Jahr entspricht. Das sind fast 23 Prozent des Gesamtjahreshaushaltes der USA von 1,2 Billionen Dollar.

Jeder amerikanische Mann, Frau und Kind in den USA schuldet dem Staat bei gleichmäßiger Aufteilung der offiziellen Schulden 12 480 Dollar. Nimmt man die außerplanmäßigen Darlehensaufnahmen aus den Treuhandfonds und die halbe Billion Dollar, die zur Sanierung der Spar- und Darlehenskassen gebraucht werden, hinzu, dann belaufen sich die Pro-Kopf-Schulden auf beinahe 15 020 Dollar.

Ein kurzes konkretes Beispiel dafür, wieviel eine Billion Dollar sind: Wenn man jeder Person in San Francisco eine Million Dollar geben und jeder Person in China – Bevölkerung 1 069 628 000 Menschen – ein Fahrrad kaufen würde, dann hätte man nur ein Dreiviertel von einer Billion auszugeben.

Der von US-Präsidenten George Bush für das Steuerjahr 1991 dem amerikanischen Kongreß vorgelegte Haushaltsplan sieht 1,2 Billionen Dollar vor. □

Viel Luft im DDR-Staatshaushalt

Der Staatshaushalt der DDR hatte in der Vergangenheit systembedingt ein großes Gewicht innerhalb der Gesamtwirtschaft. Im Zuge der geplanten Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist die Reform des staatlichen Finanzsystems unabdingbar. Auf einige Posten im DDR-Etat kann dann voraussichtlich verzichtet werden.
Durch das System der zentralen Planwirtschaft fiel dem Staat in der DDR eine dominierende Rolle zu. Dies schlug sich auch bei den Haushaltsausgaben nieder: Im Januar 1988 betrug das öffentliche Ausgabevolumen der DDR 269,5 Milliarden Mark – das entspricht einer Staatsquote von rund 77 Prozent der gesamten wirtschaftlichen Leistung.
Zum Vergleich: In der Bundesrepublik belief sich die Staatsquote 1988 gerade auf 46,7 Prozent. Nun muß der DDR-Staatshaushalt allein schon aus ordnungs- und fiskalpolitischen Gründen umstrukturiert und entschlackt werden. Ein Rechenbeispiel anhand des Staatshaushaltes von 1988 zeigt: Das Staatbudget kann auf 89,5 Milliarden Mark verringert werden.

Damit reduziert sich die DDR-Staatsquote auf nur noch 25,5 Prozent – unter Berücksichtigung der Sozialversicherungs-Haushalte auf 36 Prozent. Bei der Schlankheitskur stehen vor allem drei Posten zur Disposition:

Preissubventionen. Mit der erwarteten Freigabe der Preise für Güter des privaten Verbrauchs fallen Preissubventionen weg. Allein zur Preisstützung von Lebensmitteln zahlte die Staatskasse 1988 etwa 31,9 Milliarden Mark.

Dieser Betrag kann künftig ersatzlos gestrichen werden. Gleiches gilt für die Subvention von Gebrauchsgütern des privaten Konsums, die weitere 11,9 Milliarden Mark verschlangen.

Die Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel wurden mit insgesamt fünf Milliarden Mark bezuschußt. Doch zumindest der Nahverkehr wird auch nach der Preisreform nicht ohne staatliche Unterstützung auskommen – ähnlich wie in der Bundesrepublik. Die Höhe der verbleibenden Zahlungen läßt sich derzeit jedoch noch nicht abschätzen.

Zudem gewährt der DDR-Fiskus den Bürgern für eine Reihe weiterer Ausgaben des täglichen Bedarfs eine finanzielle Unterstützung – wie Strom-, Gas-, Wasserversorgung und Müllabfuhr. Sie schlägt mit insgesamt 5,2 Milliarden Mark zu Buche. Künftig könnten eigenständige Versorgungseinrichtungen gebildet und die Ausgaben damit aus dem Staatshaushalt ausgegliedert werden.

Sozialversicherung. In der DDR laufen auch Renten- und Krankenversicherung ausschließlich über den allgemeinen Staatshaushalt. Das Ausgabevolumen dieses Postens belief sich im Jahr 1988 auf 36,3 Milliarden Mark.

Künftig werden sich, wie in der Bundesrepublik, eigene Kassen bilden, so daß erhebliche Mittel nicht mehr unter den Staatshaushalt fallen. Einen Teil der Ausgaben zur Rentenversicherung deckt voraussichtlich ein Bundeszuschuß. Außerdem wird der Staat weiterhin selbst Ausgaben für öffentliche Einrichtungen des Gesundheitswesens wie Gesundheitsämter aufbringen müssen. In Anlehnung an bundesdeutsche Verhältnisse reduziert sich der Kürzungsbetrag auf rund 31 Milliarden Mark.
Investitionszuschüsse. Aus dem DDR-Staatshaushalt werden zudem erhebliche Zuschüsse für Investitionen einschließlich Forschung und Entwicklung an Wirtschaftsunternehmen geleistet. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin schätzt diesen Betrag auf 98,9 Milliarden Mark.
Aber: Die Belastung der Betriebe mit Abgaben war gleichzeitig konfiskatorisch hoch. Mit dem Abbau dieser Steuern und Fonds-Abgaben kann die öffentliche Investitionshilfe fast vollständig eingestellt werden.

Auch hier wird allerdings ein Restbetrag der staatlichen Förderung bestehen bleiben. In der Bundesrepublik machen die entsprechenden Investitionszuschüsse 1988 rund ein Prozent des Bruttosozialproduktes aus.

Darüber hinaus wird es auch eine finanzielle Entlastung bei den staatlichen Personalausgaben geben, die jedoch in der Spar-Rechnung nicht enthalten ist. Dagegen müssen Ausgaben beispielsweise für die vom Bund zu leistende Arbeitslosenhilfe oder die Sozialhilfe der Gemeinden neu in den Staatshaushalt eingeplant werden. □

Die Probleme mit den US-Sparkassen

Der Kundenbericht der Maklerfirma Prudential-Bache an der Wall Street für die dritte April-Woche ließ sich des längeren und breiteren über die Pläne der Bush-Regierung für die Neuordnung der amerikanischen Finanzmärkte von oben nach unten aus.

Unter Bezugnahme auf den Staatssekretär des US-Finanzministeriums, Robert Glauber, der als Schlüssel-Mitglied von Bradys geheimer »Finanzmarkt-Krisenmannschaft« identifiziert wird, spricht Prudential-Bache davon, die Spar- und Darlehenskassen zu Banken zu fusionieren. Zweitens soll das Büro zur Überwachung der Sparsamkeit abgeschafft werden, ferner die Versicherungsdeckungsmittel der Spar- und Darlehenskassen, FSLIC, mit denen für Handelsbanken, FDJC, vereinigt werden. Die Bankeinlagenversicherungssumme von 100000 Dollar pro Konto soll auf 50000 Dollar gekürzt werden. Das Glass-Steagall-Gesetz der dreißiger Jahre, das den amerikanischen Banken untersagt mit Wertpapieren zu handeln, muß aufgehoben werden.

Der US-Finanzminister »Brady ist derart besorgt über die Zahlungsschwierigkeiten der amerikanischen Spar- und Darlehenskassen und darüber, daß der Bund noch weiteren Finanzlasten ausgesetzt wird, daß er die Finanzindustrie unter Gleichstellung mit der Gesetzgebung der dreißiger Jahre von oben nach unten überholen will«, heißt es in dem Bericht. □

Japanische Investitionen steigen beständig

Japanische High-Tech-Investitionen in die Grundindustrie wachsen und sind weiterhin lukrativ, heißt es in einem Artikel der »New York Times«. Japan führt jetzt absolut gesehen bei Kapitalanlagen vor allen anderen Ländern. Obwohl Japans Wirtschaft nur 60 Prozent der amerikanischen Wirtschaft ausmacht, investieren die Japaner jetzt 750 Milliarden Dollar pro Jahr in neue Anlagen und Ausrüstungen – sage und schreibe 24 Prozent des landesweiten Ausstoßes – im Vergleich zu 500 Milliarden Dollar, die die Vereinigten Staaten anlegen, etwa zehn Prozent des Bruttosozialprodukts.

Während amerikanische Firmen oft investieren, um den Ausstoß zu expandieren, neigt Japan dazu, sich auf neue Produkte und auf neue produktionsfördernde Technologien zu konzentrieren.

»Es ist etwas beunruhigend«, sagte Kenneth S. Courtis von der Deutschen Bank in Tokio. »Wir erleben zur Zeit, daß Japan sich zum neuen Produkten-Laboratorium für die gesamte Welt entwikkelt.«

Die »Times« berichtete, daß Japans industrielle Führung nach dem Plaza-Hotel-Abkommen von 1985 ganz bewußt eine Entscheidung getroffen habe, die darauf abzielt, ihre internationale Handelsdominanz zu unterlaufen, um somit einen Ausgleich für die Verschiebung der Wechselkurse durch das Einpflügen von Geldern in kostenreduzierende Geldanlagen zu schaffen. Während das Land High-Tech-Gebiete wie Mikrochips und Elektronik erstmals bearbeitet hat, bleiben auch die Investitionen in Produktionen wie Stahl und Schiffsbau weiterhin hoch. □

Tschechen schaffen Grundlagen für den Kapitalismus

Das tschechisch-slowakische Parlament berät über Gesetzentwürfe, die den Eigentumsstatus im Land verändern und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den industriellen Kapitalismus bereiten sollen.

Eine Änderung der Verfassung wurde verabschiedet, mit der Privateigentum anerkannt und ihm die gleichen gesetzlichen Garantien gewährt werden, die das Staats- und Kollektiveigentum schützen. Vom 1. Mai an können Privatfirmen ohne Höchstbegrenzung der Belegschaftsstärke oder der Kapitalhöhe gegründet werden. Aktiengesellschaften können ohne vorherige Genehmigung durch den Staat ins Leben gerufen werden. Ausländische Investoren dürfen entweder in bestehende oder neue Firmen, darunter staatseigene Unternehmen, die in Aktiengesellschaften verwandelt werden sollen, investieren.

Die Regierung hat die von den Arbeitgebern zu zahlenden Kranken- und Sozialversicherungsbeträge von 15 auf 25 Prozent erhöht und beschlossen, daß der Staat in Bereichen der nationalen Interessen wie das Transportwesen, die Fernverbindungen, Wasser, Energie und einige große Industriekonzerne – etwa ein Drittel des Produktionssektors – die Oberhand über die Firmen behält, und außerdem jede »wilde Privatisierung« zurückgewiesen. □

Vereinte Nationen: Kein Marshall-Plan für Osteuropa

Für Osteuropa soll es keinen Marshall-Plan geben, heißt es in der Schlußfolgerung eines von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen herausgegebenen Berichts.

In dem Bericht wird dahingehend argumentiert, daß die Länder Osteuropas nicht in der Lage wären eine solche Hilfe zu verkraften, obwohl die von 24 westlichen Ländern vorgeschlagenen Gelder weiter unter den 65,4 Milliarden Dollar – nach dem heutigen Stand – liegen, die Europa aus dem Marshall-Plan zugeteilt wurden.

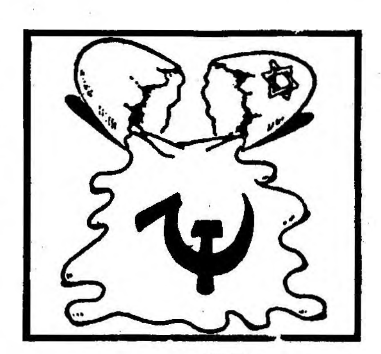
In dem Bericht wird entgegen einer gesunden Wirtschaftspolitik behauptet, daß Schenkungen auf ein Mindestmaß beschränkt und technische Hilfeleistungen – die die Volkswirte der UN als wirtschaftlich, juristisch, institutional spezifizieren, und andere Gemeinkosten, die dazu beitragen sollen, verläßliche Statistiken zu erzielen, die vorgeblich für eine Marktwirtschaft unerläßlich sind – an die erste Stelle treten sollten. □

Zwei- bis fünftausend kommunistische Agenten arbeiten in der BRD

Nach internen vertraulichen Schätzungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) sind trotz »Perestroika« und Öffnung der innerdeutschen Grenzen noch immer 2000 bis 5000 kommunistische Agenten in der Bundesrepublik tätig. Einige dieser Agenten sollen nach wie vor aus der DDR geführt werden, während der Großteil vom sowjetischen KGB übernommen worden sein soll.

Politisch gibt es derzeit allerdings harscheste Kritik am BND, nachdem bei Durchsicht der Stasi-Akten immer mehr Erkenntnisse zutage treten, wonach der Stasi jahrelang alle möglichen Telefonapparate anzapfte und die Gespräche mithörte, selbst wenn diese nicht über Richtfunkleitungen geführt wurden.

Hierzu waren aber neben hochwertigstem elektronischem Gerät, das zum Teil sogar in der Nähe der Telefonapparate installiert werden mußte, auch »leibhaftige Spione« notwendig. Immer häufiger muß sich der BND deshalb die Frage gefallen lassen, warum ihm nichts auffiel und wie effektiv er überhaupt arbeitete? Ein hoher Politiker soll den BND auf einer Vorstandsitzung sogar als »Faultier im Dornröschenschlaf« bezeichnet haben. □



Deutsche Bank

Der Umgang mit der Wahrheit

Günther Jansen

Der Einfluß der Großbanken nicht nur auf die deutsche Wirtschaft, sondern auf den gesamten deutschen Staat ist unumstritten und auch durch viele Fakten abgesichert. Auf ihrer Mitte Mai stattgefundenen Hauptversammlung stellte sich die Deutsche Bank jetzt aber quasi als »Wohltäter der Menschheit« dar. Auf Lobhudeleien, besonders der »professionellen« Vertreter der sogenannten Aktionärsschutzgemeinschaften, wurde ausführlich eingegangen, kritische und nicht zu widerlegende Ausführungen wurden dagegen mit zwei pauschalen Sätzen abgestritten.

Die diesjährige Hauptversammlung stand unter besonderen Vorzeichen. Die immer näherkommende Wiedervereinigung mit der DDR brachte das Thema der Altbanken wieder neu auf die Tagesordnung. Viele Redner, die noch vor wenigen Jahren die sogenannten Restquoten in Bausch und Bogen verdammten und als unseriöses Spekulantenpapier darstellten, änderten nun flugs ihre Meinung und bedrängten den Vorstand, die mittlerweile in den bundesdeutschen Handelsregistern gelöschte Muttergesellschaft der jetzigen Deutschen Bank wieder aufleben zu lassen.

Hauptstreitpunkt war Girmes

Hauptstreitpunkt der in Essen stattgefundenen Hauptversammlung war jedoch das Thema Girmes. Kurz gesagt, hatte sich zwischen einer stattlichen Aktionärsopposition und der Verwaltung des in Liquidätsschwierigkeiten geratenen Grefrather Textilkonzerns eine heftige Kontroverse über die Sanierung der Girmes AG entzündet. Während die Banken, und hier allen voran die Deutsche Bank, wollten, daß die Aktionäre auf 60 Prozent ihres Aktienkapitals verzichten sollten, waren die um den Herausgeber des »Effecten-Spiegel«, Bolko Hoffmann, gescharten Aktionäre nur zu einem 40prozentigen Verzicht bereit – nachdem sie vorher nur auf 20 Prozent verzichten wollten – und wollten die Banken, die durch mangelnde Aufsichtspflicht wesentliche Mitschuld an der Misere von Girmes trugen, stärker ins Obligo nehmen.

Im Endeffekt betrug die Differenz zwischen beiden Gruppen zehn Millionen Mark, die zudem mehr oder weniger nur ein rein buchhalterischer Vorgang waren. Wie zu erfahren war, soll der Vorstand auch bereit gewesen sein, den Kompromißvorschlag der Aktionäre anzunehmen, was dann daran scheiterte, so jedenfalls Hoffmann, daß das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Ulrich Cartellieri, der auch dem Aufsichtsrat der Girmes AG angehörte, in diesem Fall gedroht haben soll, alle Kredite sofort fällig zu stellen – was ebenfalls zum Konkurs geführt hätte. Auch sagte er, der Pensionssicherungsverein (PSV), der seinen Teil zur Sanierung beitragen wollte, sei dazu nur bereit, wenn das ursprüngliche Sanierungskonzept angenommen würde – was sich später in einem Interview mit dem PSV-Vorstandsmitglied Paulsdorff als Unwahrheit herausstellte.

Die fettesten Brocken fürs Großkapital

Kurz nach Konkursanmeldung wurde dann eine Auffanggesellschaft, die Girmes GmbH, gegründet, die die gesunden Firmenteile der alten AG übernahm. Und bereits im ersten Monat nach Gründung der GmbH arbeitete Girmes wieder mit Gewinn. Nach Ansicht von Hoffmann ein klarer Fall, wo sich das Großkapital untereinander die fettesten Brocken zuschob – man erinnere sich nur an den Chemieverwaltung/Gelsenberg-Skandal der Dresdner Bank –.

Zwar hatte Hoffmann Klage gegen Cartellieri auf Schadenersatz eingereicht, doch wurde diese abgelehnt, da in der Bundesrepublik ein aktionärsfeindliches Gesetz es dem Einzelaktionär verbietet, von sich aus gegen den Aufsichtsrat oder Vorstand tätig zu werden. Dies könne nur durch Vorstand/Aufsichtsrat oder den Konkursverwalter erfolgen. Der Bundesgerichtshof schloß sich dieser Rechtssprechung an und wies die Klage Hoffmanns ab – der jetzt damit vor das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof gehen will –. In der Sache wurde aber gar nicht entschieden, weil hierfür überhaupt keine Veranlassung bestand.

Cartellieri sowie Deutsche Bank-Vorstandssprecher Hilmar Kopper, auf der Hauptversammlung von Hoffmann nochmals mit den Vorwürfen konfrontiert, wollten hiervon jedoch nichts wissen.

Hoffmann habe »in einer rhetorisch brillanten Rede« nur Unwahrheiten aneinandergefügt, die Deutsche Bank habe sich im Falle Girmes vollkommen richtig verhalten und nur das Beste des Unternehmens im Sinne gehabt.

Ein Fall von Machtmißbrauch

Dabei liegen CODE Auszüge aus der Prozeßakte, darunter mehrere Eidesstattliche Versicherungen eines »Effecten-Spiegel«-Redakteurs über die von ihm geführten Gespräche mit Girmes-Chef Klimant und PSV-Vorstand Paulsdorff vor. Interessanterweise hat Paulsdorff zwar eine Anzeige gegen diesen Redakteur wegen der »Verletzung der Vertraulichkeit des nichtöffentlich gesprochenen Wortes« – nach einem Ein-Stunden-Telefon-Interview – gestellt, das Verfahren wurde im übrigen eingestellt, aber nicht der Richtigkeit des veröffentlichten Gesprächs-Inhalts widersprochen.

Doch nicht nur Hoffmann, sondern auch mehrere andere Aktionäre warfen der Deutschen Bank einen Machtmißbrauch im Falle Girmes vor. Ein anderer Aktionär sorgte für Heiterkeit, als er, an Cartellieri gewandt, erklärte, wenn keine Absicht hinter dem Girmes-Konkurs stand, dann weise dies auf Unfähigkeit oder Dummheit hin, und dann Cartellieri fragte: »Was sind Sie denn nun: Unfähig oder dumm?« Hierauf erhielt er aber – leider – keine Antwort.

Doch nicht nur im Falle Girmes, sondern auch bei der von der Deutschen Bank forcierten Fusion zwischen Daimler und MBB warfen viele Aktionäre dem größten deutschen Geldhaus Machtmißbrauch vor. Interessant ist, was Kopper hierzu sagte: Die Deutsche Bank habe noch niemals auf ein Unternehmen, selbst wenn sie bei diesem mehrheitlich beteiligt oder zumindest größter Einzelaktionär sei, Einfluß auf deren Geschäftsgebaren ausgeübt.

Zum Thema Altbank sagte Kopper, daß seine Bank nicht laut schreiend in der DDR ihr vermeintliches Recht auf Rückgabe alten Eigentums verlange. Eins muß klargestellt werden: Eigentümer ist die Bank nur mittelbar, in Wirklichkeit gehört die Bank den Aktionären. Von daher können auch nur diese bei derart hohen, in die hunderte Millionen oder gar Milliarden Mark gehenden Beträgen darüber entscheiden, ob die Bank »laut schreiend« ihr Recht verlangt oder nicht. Doch sie wurden nicht gefragt – und durch das Depotstimmrecht sichern sich die Banken untereinander die Mehrheiten.

Zu große Konsequenzen fürs Gericht

Äußerst empört reagierte Kopper, dessen Augen selbst dann noch eiskalt gucken, wenn er lächelt, als Hoffmann angesichts der durch das Depotstimmrecht bei den Abstimmungen zustande kommenden 99,xy-Mehrheiten dieses mit den früher in der DDR üblichen sogenannten Honecker-Mehrheiten verglich. Schließlich

sei die Deutsche Bank, so jedenfalls Kopper, ein demokratisches Unternehmen. Da stellt sich die mehr als nur philosophische Frage, ob die perfekte Diktatur nicht diejenige ist, die ihre Abstimmungsberechtigten in dem Glauben läßt, sie könnten mit ihrem Votum wirklich etwas bewegen?
Auf die Anregung eines Aktionärs, die Altbank wieder an der Börse einzuführen, wies der Deutsche Bank-Chef darauf hin, die Gerichte hätten höchstrichterlich die Richtigkeit der Löschung bestätigt. Doch wie sah die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus? Die Verfassungshüter nahmen die Klage gar nicht erst zur Entscheidung an, weil es, so der 1. Senat, dahingestellt bleiben könne, ob das erste Großbankengesetz von 1952 mit der Verfassung übereinstimme oder nicht, denn es habe eine sehr restriktive Anordnung der Alliierten gelockert.

Zur Erinnerung: Dieses Gesetz wurde vom Bundestag beschlossen, vom Bundesrat bestätigt und vom Bundespräsidenten gegengezeichnet. Also muß es sich auch an der Verfassung orientieren. Tut es dies nicht, muß es eben vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden. Doch den Richtern waren wohl die Konsequenzen zu groß!

Wie sehr sich die »Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz« (DSW), deren Präsident bezeichnenderweise der Vorsitzende der FDP, Graf Lambsdorff, und deren stellvertretender Präsident ebenfalls bezeichnenderweise der Anwalt der Großbanken, Gerold Bezzenberger, ist – im Vorstand dieser Kleinaktionärs-»Schutzvereinigung« sind unter anderen der Vorstandsvorsitzende der Albingia-Versicherung, Herbert Singer, der Vorstandsvorsitzende Kaufhof, Jens Odewald, und der Vorstandsvorsitzende der SMS Schloemann-Siemag AG, Heinrich Weiss, dafür aber kein einziger Kleinaktionär tätig –, und die Deutsche Bank die Bälle gegeneinander zuschoben, zeigt folgendes Beispiel. Ein gewisser Herr Schreib von der DSW vergaß beim Thema Altbank nicht darauf hinzuweisen, daß selbst bei etwaigen Entschädigungszahlungen an die Altbank diesen Beträgen auch noch Forderungen an die Altbank gegenüberstünden.
Kopper bedankte sich dann auch in seiner Antwort auf die – unwichtigen – Fragen Schreibs auf diesen Hinweis und erklärte, alleine die Neubank habe eine Forderung von rund zehn Millionen Mark an die Altbank, da ohne Zuschüsse seitens der Neubank überhaupt keine Abwicklung der Altbank möglich gewesen wäre. Man stelle sich vor: Da gebraucht die Neubank ohne auch nur einen Pfennig Lizenzgebühren gezahlt zu haben, jahrzehntelang

Kleinaktionäre sind Dreck

kostenlos den Namen der Altbank – »höchstrichterlich« durch eine negative Feststellungsklage der Neubank gegen die Altbank bestätigt, wobei berücksichtigt werden muß, daß zwischen den Vorständen beider Institute Personalunion bestand; Motto »Eine Krähe hackt der anderen keine Krone aus« –, behandelt die Kleinaktionäre wie den letzten Dreck – zahlte aber gleichzeitig dem Multimillionär Hermann D. Krages Millionen für sein 25prozentiges Paket an Altbankaktien – und hat dann noch die Unverfrorenheit, wo jetzt eventuell die Möglichkeit besteht, daß die Kleinaktionäre zumindest einen geringen Teil des von ihnen gezahlten Preises zurückerhalten, auch noch zehn Millionen Mark der Altbank zu fordern.

Interessant zu beobachten beim Hauptversammlungs-Verlauf war auch, daß die Redner, die dem Vorstand entweder Honig ums Maul schmierten, oder besonders problematische Themen, wie beispielsweise Girmes und Altbank, nur oberflächlich anschnitten und die Punkte, auf die es wirklich ankommt, außer acht ließen, als erste das Wort ergreifen durften. Durch die Beantwortung dieser 08/15-Fragen hatte Kopper dann aber später die Möglichkeit zu sagen »Auf das Thema Girmes, Altbank etc. bin ich schon eben eingegangen, so daß ein nochmaliges Eingehen hierauf nicht mehr notwendig ist« – und er nutzte dies auch mehrmals aus.

Kurzum, die Hauptversammlung der Deutschen Bank erinnerte eher an Münchhausens Märchenstunde. Das fatale daran war nur, daß der Großteil der Anwesenden darauf reingefallen ist! □

Trilaterale Kommission

Profit aus der Umwelt

James P. Tucker

Die Trilaterale Kommission, die die Unvermeidlichkeit einer Verringerung der Rüstungsgewinne wegen der Entspannung zwischen Ost und West wohl oder übel akzeptieren muß, unternimmt derzeit Schritte, ihre Verluste zu verringern, indem sie die Säuberung der Umwelt als Neuland zur Finanzmanipulation fordert. Die Trilateralen trafen sich im April in Washingtons Park Hyatt Hotel, wo sie neue Anweisungen und Richtlinien diskutierten.

Außer die Umwelt auf ihre Profit erzeugende Tagesordnung zu setzen und gleichzeitig Verteidigungsausgaben so hoch zu halten, wie die Toleranz der Öffentlichkeit es zuläßt, verkündeten die Trilateralen auch eine neue Dringlichkeit, das Geld der Steuerzahler nach Mexiko und andere lateinamerikanische Länder zu transferieren.

In Lateinamerika winkt der Profit

Es war das erste Mal, daß die Trilateralen überhaupt ein spezifisches Interesse an Lateinamerika gezeigt haben, das über dessen bloße Einordnung in ihre Dritte-Welt-Tagesordnung hinausging. Dieses Interesse besteht darin, Milliarden von Dollar – meistens von deutschen und amerikanischen Steuerzahlern – in die Schuldnerländer zu pumpen, so daß sie den Strom von Zinsen zu den internationalen Banken in Gang halten können.

Der amerikanische Verteidigungsminister Richard Cheney versprach den Trilateralen während seiner »inoffiziellen« Rede, die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa beizubehalten. Dies wurde persönlich von David Rockefeller während eines Telefongesprächs bestätigt: »Er (Cheney) sagte, ›die Truppen bleiben‹ «, äußerte Rockefeller.

Keine Protokolle über die Gespräche

Alle Gespräche fanden hinter verschlossenen Türen statt und wurden »nicht protokolliert«, ein Verfahren das Rockefeller vor Eröffnung der dreitägigen Sitzung auf einer Pressekonferenz verteidigte.

»Wenn die Sitzungen der Presse zugänglich wären, dann hätten wir es schwer«, weil die internationalen Finanzleute und politischen Führungspersönlichkeiten dann nicht in der Lage wären »frei zu reden«, sagte Rockefeller. Die mächtigsten Leute der Welt sprechen daher schon seit Gründung der Gruppe 1972 »frei« und inoffiziell.

Mit der Begründung, daß die Trilateralen eine Weltpolitik betreiben, die alle Menschen betrifft, Nationen unter Druck setzen, ihre Entscheidungen zu übernehmen und somit öffentlich Geschäfte hinter verschlossenen Türen betreiben, scharf angesprochen, sagte Rockefeller die Gruppe bemühe sich nicht, »Regierungen zu beeinflussen«.

»Einzelne Mitglieder der Trilateralen Kommission mögen wohl mit führenden Regierungsbeamten sprechen«, aber die Organisation »hat zu den anstehenden Fragen niemals Stellung bezogen«, sagte Rockefeller.

Einflußnahme auf die Politik

Aber ein anderer Funktionär der Trilateralen räumte in einem Gespräch mit unserem Korrespondenten ein, daß die Kommission in der Tat versucht, Regierungen zu beeinflussen, sich ihrer Politik anzuschließen.

»Die betreffenden Leute haben hohe Regierungspositionen inne. Die Kommission hat ihr eigenes Prestige«, meinte Bill Perry, der sagte, er habe bei einem Bericht über Lateinamerika die »Fußvolk-Arbeit« geleistet.

Berichte und Empfehlungen der Trilateralen werden bei hohen Regierungsbeamten in Umlauf gebracht, oft durch Mitglieder, die selbst hohe Beamte oder ehemalige Staatschefs sind, aber stets Leute mit einem unermeßlichen Status, meinte Perry.

Perry räumte ein, daß die »amerikanische Rechte« der geheimen Art und Weise, in der die Politik der Trilateralen, im Gegensatz zu den Beratungen des amerikanischen Kongresses, von denen die meisten der Öffentlichkeit zugänglich sind, abgewickelt und den jeweiligen Regierungen aufgezwungen wird, seit langem kritisch gegenüberstehe.

Perry erinnerte an den Präsidentschaftswahlkampf von 1980, als Mitglieder der Wahlmannschaft des damaligen Kandidaten Ronald Reagen Bushs Mitgliedschaft bei den Trilateralen angriffen, während John Conally, ein ehemaliger Gouverneur von Texas, der sich um die Nominierung bewarb, die Gruppe direkt kritisierte.

Alles wird verniedlicht

Bush wurde gezwungen, von den Trilateralen »zurückzutreten«, aber in seinen ersten Monaten als Vizepräsident hielt er nichtsdestoweniger vor der Gruppe eine offizielle Ansprache. Mit einer Kehrtwendung um 180 Grad empfing Reagan, als amerikanischer Präsident, die Trilateralen im Weißen Haus.

Perry und einem Mitarbeiter des Hauses wurde gesagt, viele Amerikaner seien skeptisch hinsichtlich der Behauptung, die Trilateralen übten keinen unzulässigen Einfluß aus, weil ihre Mitgliedschaft sich aus beiden politischen Parteien rekrutiere und wegen der Verbindungen zwischen den Trilateralisten und der Bilderberg-Gruppe. Die Bilderberger sind eine weitere geheime und elitäre Vereinigung von Finanziers und politischen Führungskräften.

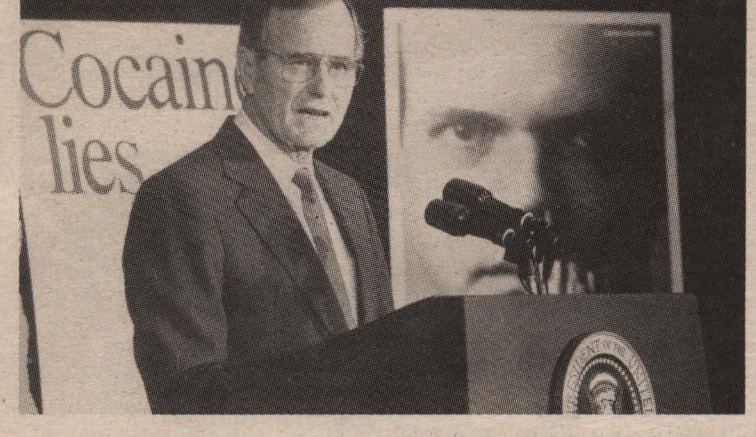
»Präsident Jimmy Carter gehörte den Trilateralen an, während Präsident Gerald Ford zu den Bilderbergern gehörte«, führte der Verfasser dieses Artikels Perry und dem Mitarbeiter des Weißen Hauses gegenüber aus.

»Ist dies so, als wenn man bei einem Rennen mit zwei Pferden beide Pferde besitzt?«

Nach anfänglichem Schweigen sagte die trilaterale Seite zu Perry – mit Seitenblick auf unseren Reporter: »Dieser Herr hat einige harte Dinge über uns geschrieben«.

Der Bericht ruft zur Schaffung einer neuen internationalen Gruppierung auf, die sich unter Ausgabe von vielen Milliarden Dollar mit Umweltproblemen befassen soll. Um wirksam zu sein, muß dieser Schritt mit einer Verringerung der »nationalen Souveränität« in bezug auf die Länder einhergehen, die ihre eigenen Umwelt-Tagesordnungen aufstellen.

»Ein weiterer Bericht war mit »Latin America at the Crossroads: The Challenge to the Trilateral Countries« (»Lateinamerika am Scheidewege: Die Herausforderung an die trilateralen Länder«) überschrieben.



US-Präsident George Bush, langjähriges Mitglied der Trilateralen Kommission, lud die diesjährigen Teilnehmer zu einem Abend ins Weiße Haus.

Weltpolitik hinter verschlossenen Türen

Rockefeller ist der Gründer und die dominierende Macht in der Trilateralen Kommission. Er teilt sich die Macht in der älteren Bilderberg-Gruppe mit den Rothschilds von Großbritannien und Europa. Beide Gruppen haben eine sich gegenseitig überlappende Mitgliedschaft und treffen sich jedes Jahr hinter verschlossenen Türen, um Weltpolitik zu planen. Zusammen haben beide Gruppen einen starken Einfluß darauf, was auf dem Wirtschaftsgipfel jeweils auf die Tagesordnung kommt.

Der Hauptbericht auf der letzten Versammlung der Trilateralen trug die Überschrift: »Beyond Interdependence: The Meshing of the World's Economy and the Earth's Ecology« (»Über gegenseitige Abhängigkeit hinaus: Die Verflechtung der Weltwirtschaft mit der Ökologie der Erde«).

Es handelt sich um die Blaupause zu der Erzeugung von noch mehr Kapital, meistens von amerikanischen und europäischen Steuerzahlern, das in Lateinamerika, vor allem nach Mexiko hineingepumpt werden soll. Obwohl der Bericht in verhaltenem Stil verfaßt ist, wurde das Ziel der Erhöhung des Geldflusses nach Lateinamerika über die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds von Perry, einem Mitverfasser des Berichts, erkannt.

Auch Israel stand auf der Tagesordnung

Der dritte Bericht, der während der Sitzung am wenigsten beachtet wurde, nannte sich »Report on the Israeli/Palestinian Issue« (»Bericht über die israelisch-palästinensische Frage«). Dieser war bemerkenswert nüchtern, wies auf die Gefahren von Kernwaffen nicht nur in der Hand arabischer Staaten sondern auch Israels hin. Er nahm Notiz von Israels harter Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifen und von den Ansprüchen auf die Stadt Jerusalem durch Araber und Israelis. In dem Bericht wird zur Bildung eines Palästinenserstaates aufgefordert und gesagt, daß die Verlangsamung des Rüstungs-Wettrennens es Israel erleichtern wird, eine solche Lösung zu akzeptieren.

In dem Bericht werden auch die Vereinigten Staaten dazu aufgerufen, die Einreise einer größeren Anzahl von sowjetischen Emigranten zuzulassen, um die bevorstehenden unvermeidlichen Konfrontationen im Nahen Osten über das Hineinströmen einer großen Anzahl von diesen nach Israel und in die besetzten Gebiete hinein abzumildern.

Zum Schluß traf man sich beim Präsidenten

Außer Cheney, der versprach, die Militärausgaben so hoch zu halten wie die Öffentlichkeit sie noch gerade dulden kann, sprach ein nicht namentlich genannter »Sowjetführer«, der sich zusammen mit Jacques Delors, Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinde, mit »Global Implications of Change in Europe« befaßte.

Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Berater für nationale Sicherheit des US-Präsidenten Jimmy Carter, befaßte sich mit »Regional Implications of Change in Europe« (»Stillschweigende regionale Folgen der Veränderung in Europa«).

Die Zusammenkunft von 1990 endete im Weißen Haus mit einem von US-Präsident Bush, einer der Ihrigen, gegebenen Abendessen. □



Trilaterale Kommission

Ökologie als lukratives Projekt

James P. Tucker

Die Trilaterale Kommission hat sich der Ökologie bemächtigt als Mittel zur Erzielung neuer, ungeheurer Gewinne, um die durch das Ende des kalten Krieges unvermeidlich gewordenen Verringerungen an Militärausgaben wieder wettzumachen.

Es ist eine Ironie, daß diese Männer, unter denen sich viele befinden, deren Familien durch die Öl-Industrie zu Milliardären geworden sind, sich diese »im Trend liegende« Sache auf Grund eines Vorkaufsrecht zueigen machen wollen.



Der Bericht »Beyond Interdependence: The Meshing of the World's Economy and the Earth'-Ecology« (»Über gegenseitige Abhängigkeit hinaus: Die Verflechtung der Weltwirtschaft mit der Ökologie der Erde«) ist ein neuer politischer Schlachtplan für das, was die Trilateralen als »die Sache der neunziger Jahre verkünden«.

Die Dokumentation ruft zu einer neuen weltweiten Bürokratie und zur Bereitstellung von zahllosen Milliarden Dollar auf, die verwendet werden sollen, um die angebliche Treibhauswirkung – die von Skeptikern als Schwindel bezeichnet wird – zu bekämpfen, um einen blauen Himmel und saubere Gewässer hervorzubringen.

In dem Bericht wird festgestellt, daß eine »Hebelwirkung« seitens des »Südens« – Lateinamerika und Afrika – vorhanden sei, wobei die armen Länder im Austausch für ihre Zustimmung zu einer Politik zur Verringerung der Zerstörung der Regenwälder und anderen Wildnissen, notwendig für die Erzeugung von Sauerstoff, wirtschaftliche Vergünstigungen fordern können.

Klar ausgedrückt, sagt der Bericht billigend voraus, daß arme Länder ökologische Erpressung gegen die »reichen« Länder betreiben werden. Außerdem werden die armen Länder bei der Entwicklung ihrer eigenen Industrien die gemeinsame Luft verpesten und internationale Wasserwege verschmutzen, falls ihnen kein Geld gegeben wird, heißt es in dem Bericht.

Der Steuerzahler zahlt den Löwenanteil

Indirekt empfiehlt der Bericht, den Löwenanteil der Lasten, wie üblich, dem Steuerzahler aufzuerlegen. Er tut es, indem er nach einer größeren Rolle für die Weltbank ruft, deren größter Unterhalter die Vereinigten Staaten sind.

Er verlangt nach einem »wirksamen Mechanismus, zur Führung, politischen Gesamtleitung und Koordination der Arbeit auf breiter Basis«, in einer weltweiten, »gegenseitig voneinander abhängigen« Umweltschutzkampagne, die mit den Problemen der »staatlichen Souveränität« wirksam fertigwerden könnte.

Die neue Weltbehörde »könnte man als World Environment and Development Forum« (»Welt-Umwelt- und Entwicklungsforum«), WEDF, bezeichnen, wird in dem Bericht angeregt.

»Das WEDF müßte von einem kleinen permanenten Büro unterhalten werden«, heißt es in dem Bericht weiter, wahrscheinlich in der Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Dollar pro Jahr.«

Wenn diese Zahlen auch staatshaushaltmäßig gering erscheinen, so belaufen sich die vorgeschlagenen Ausgaben für die Forschung und Entwicklung von Mitteln zur Säuberung der Luft und der Wasserwege sowie der Abkühlung des Planeten auf Hunderte von Milliarden Dollar. Und hier werden sich internationale Finanziers, Banker und Industrielle ungeheurer Profite erfreuen können.

Indem davon die Rede ist, »Handel« unter reichen und armen Ländern abzuschließen, um gegen die Umweltverpestung vorzugehen, heißt es in dem Bericht, daß »finanzielle Vereinbarungen ...für den Erfolg von entscheidender Bedeutung sein werden. Dabei könnte und sollte der Privatsektor eine Hauptrolle spielen. Bei wirklich großen Abkommen müßten bei finanziellen Vereinbarungen auch die multilateralen Banken und die Handels-, Import-Export-Banken sowie die bilateralen Agenturen der teilnehmenden Entwicklungsländer einbezogen werden.«

Arme Länder bekommen den »Gewinn«

Es sei denn, daß die armen Länder Lateinamerikas und Afrikas, die an dem »Handel« teilnehmen, die Gewinne der »Handels-, Hilfsleistungs- und Schuldenerlaßpolitik genießen können«, sonst »hätte es keinen Sinn« für sie, sich an der Aktion zu beteiligen, heißt es in dem Bericht.

Anders ausgedrückt, bedeutet dies, daß den armen Ländern Gelder, Zugang zu Märkten in den entwickelten Ländern und Schuldenerlaß durch Sicherheitsleistung gewährt werden, um sie zur Beteiligung anzuregen.

»Vorausgesetzt die Finanzierung und andere Bedingungen für einen ›Handel‹ stimmen, ist das Potential für ›weltweite Abkommen‹ bedeutsam«, heißt es in dem Bericht weiter.

»Die Welt hat sich über gegenseitige Abhängigkeit, die Kopplung von örtlichen und nationalen Wirtschaften zu einem globalen System hinbewegt. Die Weltwirtschaft und die Ökologie der Erde greifen jetzt völlig ineinander.«

In dem Bericht ist von schrecklichen Bedrohungen hinsichtlich der Aufheizung der Welt, mit verseuchter Luft und verschmutzten Flüssen und ungeheueren Verlusten an Waldbeständen die Rede, die sofortige, drastische und kostspielige Maßnahmen erfordern.

»Die Bedrohung für das wirtschaftliche Wohlergehen und die nationale Sicherheit durch einen Zusammenbruch der Umwelt sind heute größer als alle voraussehbaren Bedrohungen durch konventionelle Waffen«, heißt es weiter in dem Bericht.

»Wenn diese Bedrohungen von möglichen militärischen Aktionen unfreundlicher Staaten ausgehen würden, dann würden die einzelnen Länder und regionalen Verteidigungsblöcke darauf mit einer massiven Mobilisierung diplomatischer, militärischer und anderer Hilfsmittel reagieren.

»Weil sie aber von der Umweltzerstörung herrühren, scheint die Weltgemeinde unfähig zu sein, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Warum?«

Weniger spitzfindig betrachtet, entwirft der Bericht folgendes Drehbuch:

Eine neue weltweite Umweltverschmutzungspolitik wird die »Ziele« festlegen und die Macht dazu haben, mit den Problemen der »Souveränität« unter den Nationen fertigzuwerden.

Arme Länder werden dazu angeregt, bei der massiven Hilfe durch die wohlhabenden Länder zu kooperieren. Hunderte von Milliarden Dollar werden von den wohlhabenden Nationen bereitgestellt, teils in Form von Bankdarlehensgarantien, zur Forschung und für Projekte zur Verbesserung der Umwelt. Die internationalen Banker, Finanziers und Industrielle werden sich durch die Finanzierung und Durchführung dieser Projekte eine goldene Nase verdienen. ☐

Spekulation

Milliarden beim Börsenschwindel gewaschen

Martin Mann

Mehr als eine Milliarde Dollar an verborgenen Firmengeldern wurden kürzlich in einem einzigen internationalen Börsenschwindel durch schweizer und amerikanische Banken gewaschen, war aus amerikanischen Justizkreisen zu erfahren.

Die Fähigkeit der Chase Manhattan Bank, der Union Bank of Switzerland und anderer größerer Geldzentren, Koffer voller Bargeld unverzüglich über angeschlossene Heißgeldkanäle zu waschen, versetzte Spekulanten und Kontenplünderer in die Lage, die Finanzmärkte wie nie zuvor zu manipulieren, verlautet aus diesen Kreisen.

Bühne für Börsenbetrügereien

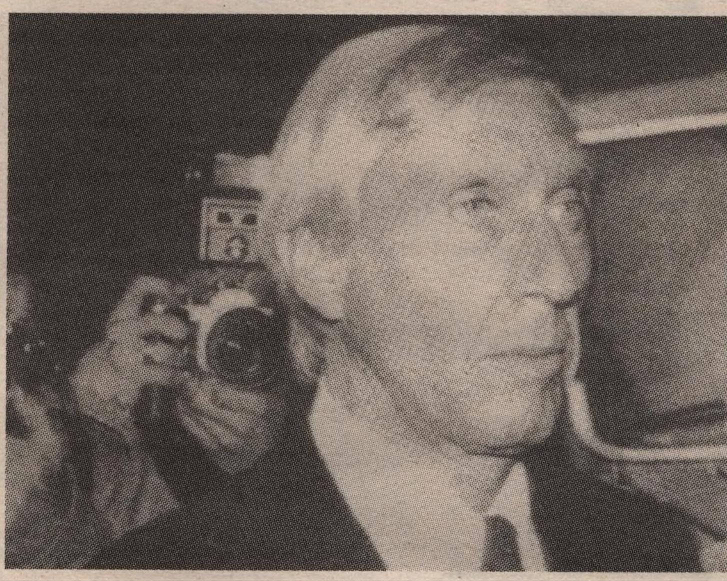
Ernest Saunders, der ehemalige Vorsitzende von Guinness, des riesigen britischen Brauerei-Konglomerats, und drei mehrere Millionen schwere Finanziers stehen zur Zeit in London unter Anklagen des Diebstahls, des Betrugs, der Fälschung und der Verschwörung. Experten aus dem Gesetzesvollzug nennen ihre Anklagen einen Schulbuchfall dafür, wie internationale Geldwäscherkreise die Bühne für riesige Börsenbetrügereien bereitet haben.

Der Anklage zur Folge taten sich Saunders und seine Bundesgenossen zusammen, um Dutzende von Auszahlungen, jede in Höhe von Millionen Dollar, an Börsenmakler und Investmentmanager in Europa sowie in den Vereinigten Staaten weiterzuleiten. Ihr behaupteter Plan bestand darin, den Londoner Börsenmarkt aufzutakeln und den Boden für einen Firmenübernahme-Coup durch Guinness gegen seinen größten Konkurrenten, Distillers Ltd., vorzubereiten.

In dem er die Geldwäschekanäle, die in dieser Affäre genutzt wurden, kurz für die Geschworenen erläuterte, zeichnete der britische Staatsanwalt die Spur von einer angeblich illegalen Auszahlung von 8,7 Millionen Dollar zu einem Washingtoner Anwalt mit besten Verbindungen, Thomas Ward, nach.

Die Gelder wurden Ward über eine Briefkastenfirma in den Vereinigten Staaten, Marketing & Acquisitions Consultants (MAC) aus Trenton, New Jersey, zugespielt. Um die Zahlung zu vertuschen, sandte MAC auf Anweisung von Saunders eine falsche Rechnung für Beratungsdienste, die zwar in Rechnung gestellt, aber niemals tatsächlich erbracht wurden, wie die Staatsanwaltschaft behauptete. In der Endphase des Geldwäschezyklus überwies MAC die 8,7 Millionen Dollar auf ein Nummernkonto der Union Bank in der Schweiz über das Ward verfügte, heißt es in der Anklage.

»Die MAC-Rechnung war in Wirklichkeit die Vertuschung einer kriminellen Auszahlung an Mr. Ward ... Getrieben von Gier und Ehrgeiz, überschritten Saunders, seine Anwälte in Großbritannien und in der Schweiz sowie einige Großbanken, den Rubikon zwischen der Gesetzmäßigkeit und der Unehrlichkeit«, versicherte der Chief Prosecutor (Oberstaatsanwalt) Chadwick.



Ivan Boesky, hundertfacher Millionär, war in einem der schlimmsten Börsenskandale in der jüngsten Geschichte der Wall Street verwickelt.

Ward, der als persönlicher Anwalt von Saunders in den Vereinigten Staaten diente, sicherte sich, wie behauptet wird, die Unterstützung zweier amerikanischer Spekulanten und hundertfacher Millionäre, Ivan Boesky und Meshulam Riklis, für das von Saunders inszenierte illegale Übernahme-Angebot.

Boesky, der sich inzwischen in einem der schlimmsten Börsenmarktskandale in der jüngsten Geschichte der Wall Street des Versicherungsbetrugs für schuldig erklärt hat, sitzt zur Zeit die letzten Monate seiner dreijährigen – später verringerten – Gefängnishaft in einer offenen Haftvollzugsanstalt in New York ab.

Der Name Riklis, Vorstandsvorsitzender von Schenley Industries, eines großen amerikanischen Schnapskonglomerats, das als führender Geldbeschaffer für Israel und seinen zur Gewalt neigenden Kriegsminister Ariel Sharon bekannt ist, tauchte in der Guinness-Untersuchung auf, aber es wurde keine Anklage gegen ihn erhoben.

Der schlimmste Versicherungsbetrug

Insgesamt wurden mehr als eine Milliarde Dollar von großen Banken in New York und in der Schweiz gewaschen und heimlich verwendet, um Preisbewegungen auf internationalen Börsen durch unlautere Machenschaften zu beeinflussen, um Guinness in die Lage zu versetzen, seinen Hauptkonkurrenten aufzukaufen, verlautet aus Kreisen der Justiz.

»Einige Banken stutzten zwar, aber erst als die Dinge schwierig zu werden begannen«, sagte unser Sonderkorrespondent Ian Burgess, der über die Eröffnung des Guinness-Prozesses in London berichtete.

Die Zentralsparkasse von Wien, ein führendes Österreichisches Geldzentrum, hat sich angeblich an den behaupteten, von Saunders in die Wege geleiteten dunklen Machenschaften zur Beeinflussung des Börsenmarktes beteiligt, bekam jedoch kalte Füße, als es notwendig wurde, eine Akte von gefälschten Briefen und Rechnungen zusammenzubrauen, um ihren Anteil an dem Handel als legitim erscheinen zu lassen, verlautet aus Kreisen der Anklage.

Trotz solchen gelegentlichen Nachdenkens, »beteiligten sich die internationalen Megabanken eifrig und tüchtig an dem Guinness-Skandal«, berichtet Burgess. »Ohne deren Zusammenwirken hätte Saunders das, was die Anklagebehörde jetzt als den schlimmsten Versicherungsbetrug in der jüngsten Geschichte bezeichnet, nicht einmal konzipieren, geschweige denn ausführen können«. □

Zinsen gehen nach oben

C. Gordon Tether

Unter realen Bedingungen – das heißt unter Einkalkulierung der Inflation – haben sich die Zinssätze in den achtziger Jahren in den Industrieländern einschließlich den USA verdoppelt. Jetzt scheinen sie für einen weiteren Sprung nach oben bereit zu sein.

»Die den hohen realen Zinssätzen zu Grunde liegende Ursache bleibt ein Geheimnis«, heißt es in einer kürzlichen Untersuchung dieses Phänomens in dem monatlichen Rückblick von Kredietbank, eines der führenden internationalen Bankhäusern. Aber, so wird darin ausgeführt, »wir können einen Finger auf zwei Entwicklungen legen, die offensichtlich eine große Rolle dabei gespielt haben, den Aufwärtstrend in Bewegung zu setzen.«

Mit Ronald Reagan begann das Spiel

Eine war die Entscheidung, die Anfang der achtziger Jahre von dem »neuen Besen« Reagan im Weißen Haus getroffen wurde, um auf eine Wirtschaftspolitik zu schalten, die zu hohen Realzinssätzen führte. Sie übte einen solchen Ruck aus, weil sie eine Einengung des Geldzustroms in die Vereinigten Staaten hervorrief.

Parallel dazu war es die Entregulierung der Finanzmärkte – einschließlich der Abschaffung der Höchstzinssätze –, die in der ganzen fortgeschrittenen Welt im Verlaufe der achtziger Jahre immer aktueller wurde.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Entwicklungen eine zeitlang zusammengewirkt haben, um die Nachfrage nach Krediten in Relation zum Angebot zu erhöhen, um somit unvermeidlich einen Aufwärtsdruck auf deren Kosten auszuüben. Rätselhaft daran ist, warum der Anstieg nicht ins Gegenteil verkehrt wurde, als das Verhältnis Angebot-Nachfrage in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre viel leichter wurde.

Zu diesem Zeitpunkt war es die Priorität der Reagan-Regierung, die Geschäftsflaute, die ihre übertriebenen Maßnahmen des knappen Geldes verursacht hatte, zu beenden.

Da inzwischen die Entregulierung in einer massiven Kreditbeschaffung durch das internationale Bankwesen ihren Ausdruck fand, hätte man eigentlich erwarten können, daß die Zinssätze irgendwie unter einen Abwärtsdruck geraten würden. Sie blieben jedoch weit über ihren Ständen von vor 1980.

Als daher das drohende Wiederaufleben des Inflationsdrucks die Regierungen vieler schrittmachenden Länder dazu veranlaßte, die Schraube der Geldpolitik anzuziehen, nahm der neue Aufschwung in den Zinssätzen allmählich einen sehr Besorgnis erregenden Charakter an.

Der Leiter der Bank der Banker – der Bank for International Settlements (BIS) – faßte die Sachlage treffend zusammen, als er in einer Ansprache auf einer kürzlich stattgefundenen amerikanischen Banken-Konferenz erklärte, daß der Fortschritt bei den langfristigen Zinssätzen nun »zu Fragen direkter Besorgnis« Anlaß biete.

Jetzt, wo Realzinssätze von fünf Prozent in der ganzen fortgeschrittenen Welt eher zur Regel als zur Ausnahme werden, bestehe »eine ernsthafte Gefahr, daß das Wirtschaftswachstum in der ganzen Welt verlangsamt oder völlig zum Stillstand gebracht werden könnte«.

Darüber hinaus konnte bei den üblichen hohen Schuldenständen in vielen Haushalten und in der Geschäftswelt, sowohl auf dem Immobilien – als auch auf dem Finanzsektor, ein gewisses Ausmaß an Zerbrechlichkeit – bis dahin durch den zyklischen Aufschwung kaschiert – in Erscheinung treten.

Ansteckung aus dem Ausland

Wie es sich trifft, tritt dies bereits in Erscheinung. Dies ist die Botschaft, die in dem dramatischen Zusammenbruch des Junk-Bond-Imperiums und des ausgedehnten Festzurrens der Schutzplanen in Firmen, die von der kürzlichen Verengung in den Märkten für Verbrauchsgüter betroffen wurden, enthalten ist.

Eine Tendenz der Zinssätze, über Höhen hinauszuklettern, die bereits als außergewöhnlich hoch erachtet werden, wäre unter allen Umständen eine ernsthafte Angelegenheit. Sie ist jetzt aus zwei Gründen besonders beunruhigend. Einer beruht auf der Tatsache, daß Regierungen jetzt fast überall dazu übergehen, bei der Planung ihrer Wirtschaftspolitik ihr Hauptschwergewicht auf die Manipulierung von Zinssätzen zulegen.

Der andere Grund ist der, daß, weil die Geldmärkte fast völlig internationalisiert worden sind, das was in einem Zentrum geschieht sich schnell auf alle anderen übertragen kann.

Eine solche »Ansteckung aus dem Ausland her«, wie der Leiter der BIS es beschrieb, ist mehr als üblich dazu geeignet, die ganze Welt auf den Pfad der Hochzinsen zu drängen. Dies ist so, weil die Dinge derzeit von den beiden Ländern angeheizt werden, die bislang einen eindämmenden Einfluß auf die Aufwärtsbewegung ausgeübt haben: Deutschland und Japan.

Die japanische Zentralbank hat darauf bestanden, Kredite teurer zu machen mit dem Argument, daß die Preise zu schnell steigen. In Deutschland werden höhere Zinssätze als notwendig erachtet, weil die Vereinigung der beiden Deutschland bedeutet, daß in der Bundesrepublik Deutschland höhere Anforderungen an die Bereitstellung von Finanzquellen – sowohl private als öffentliche – gestellt werden.

Es muß erkannt werden, daß wenn die beiden Länder, die als solche mit den stärksten Volkswirtschaften der Welt betrachtet werden, wirklich mit hohen Realzinssätzen identifiziert werden müssen, die Aussichten in diesem bedeutsamen Teil der Weltwirtschaftsfront entschieden düster sind. Dies ist jetzt nur so, weil die von diesen beiden Ländern festgelegten Höhen der Zinsfüße bei der Gestaltung der Zinsstaffeln in der ganzen Welt eine große Rolle spielen.

Trübe und düstere Aussichten

Gleichermaßen bedeutsam ist die Tatsache, daß, wegen der extrem engen Bindung, die jetzt zwischen Zinssatzverhältnissen und internationalen Kapitalströmen besteht, die »Ansteckung« der ein Land durch hohe Zinssätze ausgesetzt ist, fast unwiderstehlich geworden ist.
Denn nur dadurch, daß Zinsfüße auf Höhen gehalten werden, die international konkurrenzfähig sind, kann sichergestellt werden, daß den einzelnen Ländern erspart wird, daß Gelder in einem Ausmaß in andere Länder fließen, das dazu geeignet ist, sie in verheerende Zahlungsbilanzkrisen zu stürzen.
Es hat daher den Anschein, daß auf die eine oder andere Weise ein weltweites Zinssatzgespenst geschaffen wurde, das – so wie die Dinge liegen – mehr oder weniger außer Kontrolle geraten ist.

Es kann nicht einmal demonstriert werden, daß hohe Zinssätze als Gegenmittel zur Inflation dienen – was angeblich ihre Haupttugend darstellt.

Leider sieht es so aus, als ob die Welt noch eine Zeitlang mit der neuen Geißel zu leben hätte. Ein Hinweis auf die Art der zu erwartenden politischen Verunreinigung ist in Großbritannien erkennbar, wo der steile Anstieg der Hypothekenzinsen bei der Hervorrufung des dramatischen Niedergangs in der Popularität der Thatcher-Regierung eine große Rolle gespielt hat.

Für die geldanlegende Öffentlichkeit lautet die Botschaft an der Wand, daß Investitionen in Sicherheiten mit festen Zinssätzen jetzt mit der größten Vorsicht angegangen werden müssen. □

Europa-
Journal

Filmindustrie auf der Suche nach europäischer Identität

Der europäischen Filmindustrie ist es noch nicht gelungen, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten und sich von der Statistenrolle zu befreien. Die Hauptakteure, die USA und Japan, profitieren in zunehmendem Maße von dem Mangel an Kooperation und Koordination der gemeinschaftlichen audiovisuellen Unternehmen, die nach wie vor ihre nationalen Märkte vor Augen haben. Die Brüsseler EG-Kommission hat daher im Rahmen eines Media-Programmes den Mitgliedsländern eine mit 250 Millionen Ecu – ein Ecu sind DM 2,02 – dotierten Sonderaktion für den Zeitraum 1991 bis 1995 vorgeschlagen.

Die Begründung des Projekts enthält eine düstere Bestandsaufnahme des europäischen Filmgeschäfts: Rund 60 Prozent des Filmvertriebs und -verleihs in Europa werden direkt oder indirekt von amerikanischen Firmen kontrolliert. Die Europäer haben 1988 in den USA für 700 Millionen Dollar Fernsehprogramme eingekauft. Von den etwa 11000 Zeichentrickfilm-Stunden, die 1989 über die Bildschirme der Zwölfergemeinschaft flimmerten, stammten nur 350 Stunden aus europäischer Produktion. Japans »Traumfabriken« lieferten dagegen 60 Prozent der Zeichenfilme.

Auch beim Vertrieb von Videokassetten schneiden die Europäer schlecht ab: Zu 40 Prozent liegt der innereuropäische Vertrieb in den Händen von Drittlandunternehmen. Kein Wunder, daß »Made in Europe« auch auf dem Weltmarkt ein seltenes Herkunftszeichen ist. Nur Zwei Prozent der Kino- und Fernsehprogramme in den USA und Japan stammen aus Europa.

Eine Hauptursache ist nach Ansicht der Kommission der Mangel an »europäischen« Vertriebsnetzen. Sie sind meist entweder von nationalen oder aber von amerikanischen Interessen geprägt. Fast 90 Prozent der audiovisuellen Produktion der EG verbleiben in dem jeweiligen Mitgliedsland. Da die große Mehrheit der Filme somit von vornherein einem vergleichsweise kleinen Publikum vorbehalten sind, ist ihre Rentabilität nicht gesichert, so daß sich die Geldgeber von »gewagten« Filmprojekten fernhalten. Der grenzüberschreitende Filmexport innerhalb der EG scheitert oft auch an »Barrieren« im Zusammenhang mit den Autorenrechten oder mit technischen Problemen wie unzureichende Archive und Kataloge.

Diese Situation ist umso besorgniserregender als die audiovisuelle Branche vor einem gewaltigen Anstieg der Nachfrage nach Filmen und Fersehprogrammen steht. Nach Expertenschätzungen wird sich das Volumen des europäischen Marktes von gegenwärtig 25 Milliarden Ecu bis Ende des Jahrhunderts auf 35 Milliarden Ecu erhöhen. □

Britischer Faschist für eine Allianz mit Rußland

Der Führer der britischen Faschisten Enoch Powell rief in einer Rede an der Universität von Nottingham zu einem britisch-russischen Militärbündnis gegen Deutschland auf. Powell wies auf die Wahrscheinlichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands und den möglichen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa hin.

Unter solchen Bedingungen, sagte er, streben die Kleinstaaten Europas nach Schutz gegen eine »angriffslustige Militärmacht. Sie werden alle diese Macht nicht mehr mit Rußland sondern mit Deutschland identifizieren«.

Powell führte weiter aus, daß sich eine solche britisch-russische Verantwortung aus der Tatsache ergebe, daß »wir, jeder von uns, Deutschland praktisch ohne Unterstützung besiegt haben, wir 1940 und die Russen 1943. Jede Macht, die mit Rußland im Krieg liegt, jede Macht im Kriegszustand mit Großbritannien und á fortiori jede Macht, die mit Großbritannien und mit Rußland im Krieg liegt, ist zum Untergang verurteilt«.

Powell führte weiter aus, Großbritannien könne seine notwendige Rolle niemals spielen, wenn es sich mit den europäischen Staaten des Festlandes identifizieren würde, und stehe oder falle mit Konflikten auf dem Kontinent. Keine britische Verschmelzung mit Frankreich würde zum Beispiel funktionieren. Powell: »Großbritannien, Garant für das Vermächtnis Europas, ist von der Definition und Logik her ein politisch und militärisch unabhängiges Königreich. □

UN sollten Militärblöcke ersetzen

Der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Jasow sagte in einem Interview mit der Pariser Tageszeitung »Le Figaro«, daß die vorhandenen Militärblöcke langsam durch von den Vereinten Nationen gestützte politische Bündnisse abgelöst werden sollten. Der Wortlaut des Interviews war das Echo auf Pläne, die Präsident Bush in einem Interview mit der »Washington Post« unterbreitet hatte.

»Wir wünschen, daß Militärpakte in politische Bündnisse umgewandelt werden«, sagte Jasow. »Wir wollen von der Konfrontation zwischen den Nationen zur Entente übergehen.«

Befragt, ob die Militärblöcke aufgelöst werden sollten, sagte er: »Ja, aber nicht sofort. Zuerst müssen wir den Bündnissen ein politisches Aroma verleihen, das zu einer Verständigung unter den Nationen führen wird.«

»Ein alternatives Sicherheitssystem ist bereits vorhanden, innerhalb der Vereinten Nationen. Ihre verschiedenen Institutionen werden in der Lage sein, neue Systeme auf die Beine zu bringen. Dank der Vereinten Nationen konnte die Beendigung des Krieges in Afghanistan und eine Lösung des Iran-Irak-Konfliktes herbeigeführt werden.«

Was die Litauen-Krise betrifft, sagte Jasow, daß die Litauer für ihre Freiheitsbestrebungen bezahlen müssen. Er behauptete, nur 26 Prozent der Bevölkerung unterstützten die Sajudis-Bewegung, die für die Unabhängigkeit eintritt. »Sechsundzwanzig Prozent sind keine 100 Prozent. Das litauische Volk selbst will die Sowjetunion gar nicht verlassen.«

Jasow bestätigte, daß Litauen schließlich doch die Sowjetunion verlassen könnte. »Aber fast 50 Jahre lang hat sich Litauen innerhalb einer vereinten Wirtschaft entwickelt. Die Sowjetunion und ihre Republiken haben Industriestützpunkte dort errichtet. Wie sollen wir uns da anteilmäßig herauskaufen? Was muß Litauen dann anderen Republiken zahlen?« □

KGB-Operationen in Litauen

Der ehemalige britische Außenminister Dr. David Owen sagt, in Litauen gehe zur Zeit eine »ausgeklügelte KGB-Operation« über die Bühne, und er gehe mit der Premierministerin Margaret Thatcher hart ins Gericht, weil sie Gorbatschow um jeden Preis unterstützt. In einem in der Londoner »Daily Express« veröffentlichten Kommentar führt Owen, ein Sozialdemokrat, aus, Michail Gorbatschow sei selbst ein Produkt des KGB, der »Ende 1984 in Großbritannien nicht plötzlich aus dem Nichts gekommen sei als ›jemand, mit dem wir verhandeln können‹«.

Gorbatschow habe es darauf angelegt, die Macht einer »vom KGB kontrollierten Oligarchie« in der Sowjetunion zu verstärken, stellt Owen fest. »Herr Gorbatschow ist das Produkt einer ernst zunehmenden Machtelite in Moskau, die ihren Ursprung in der internationalen Sektion des KGB Ende der siebziger Jahre hat. Diese KGB-Elite übernahm im November 1982 die Macht, als Jure Andropow, der 15 Jahre lang Leiter des KGB war, zum Generalsekretär ernannt wurde.

Als Präsident mit allen seinen neuen Executivgewalten installiert, hat der KGB in Gorbatschow ein weit wirksameres Vehikel zur Kontrolle als die Kommunistische Partei mit der umständlichen Entscheidungsfindung ihres Politbüros jemals zuvor gehabt hat.«

Owen schreibt: »Was wir in Moskau über das letzte Jahrzehnt hinweg beobachtet haben, ist eine Machtverschiebung von der Kommunistischen Partei unter Breschnew zum KGB. Gorbatschow ist jetzt der bedeutendste Mitspieler, aber er ist ein Teil der vorsätzlichen Strategie des dirigierten Dissenz und der dirigierten Demokratie als Werkzeuge, um zur Macht zu gelangen und diese zu erhalten. Es ist nicht Macht für das Volk, sondern Macht für eine vom KGB beherrschte Oligarchie.

Wir sind in Litauen Zeugen des Beginns einer Neufestigung der zentralisierten Disziplin. Die sowjetische Besetzung Litauens ist ungesetzlich. Sie ist ein Hitler-Stalin-Kriegsverbrechen.« □

Die Niederlande verurteilen die Thornburgh-Doktrin

Regierungsbeamte und die Medien in den Niederlanden sind in Aufruhr über die Tatsache, daß die US-Airforce versucht hat, einen amerikanischen Flieger, dessen Ausweisung in die USA der niederländische Oberste Gerichtshof abgelehnt hatte, auf ungesetzliche Weise festzunehmen. Die Aktion wird als weiterer Versuch angesehen, die Thornburgh-Doktrin anzuwenden, unter der das amerikanische Justizministerium sich das Recht anmaßt, ausländische Staatsbürger auf fremden Territorium festzunehmen, wenn diese ihrer Ansicht nach amerikanische Gesetze verletzt haben.

Der Flieger Charles Short wurde vor einem holländischen Gericht wegen des Mordes an seiner türkischen Frau verurteilt. Das Gericht lehnte es ab, um seine Ausweisung in die USA zu ersuchen, mit der Begründung, daß er dort mit der Todesstrafe rechnen müsse.

Am 30. März dieses Jahres lehnte das Oberste Gericht der Niederlande ein amerikanisches Ersuchen um Ausweisung des Fliegers ab. Am gleichen Tag tauchten zwölf US-Luftwaffensoldaten des unter dem Kommando eines Oberst Reeves auf dem Luftwaffenstützpunkt Soesterberg in den Niederlanden stationierten 32nd Tactical Fighter Squadron in zwei Autos und einem Kombiwagen vor dem Gericht auf. Holländische Medien berichteten, die Amerikaner hätten die Absicht gehabt, Short zu ergreifen.

Obwohl die US-Botschaft dies dementierte und behauptete, die Soldaten seien nur entsandt worden, um den Mann in Gewahrsam zu nehmen falls der Gerichtsbeschluß zugunsten der USA ausfallen würde, wurde keine weitere Erklärung für den größen Einsatz von Militärpersonal abgegeben. □

Die Franzosen und das Abkommen zur Befreiung der Geiseln

Drei von radikalen Palästinensern festgehaltenen europäischen Geiseln wurden am 10. April dieses Jahres im moslemischen Teil Beiruts im Austausch gegen französische Mirage-Düsenjäger freigelassen. Zeugen berichten, daß der Fatah Revolutionary Council (FRC) die Fanzösin Jacquelin Valente, 31, ihren belgischen Freund Fernand Houtekin,42, und ihre kleine Tochter Sophie Beamten in der französischen Botschaft übergeben habe.

Der FRC, angeführt von Abu Nidal, der in den USA als einer der am meisten gesuchten Männer bezeichnet wird, teilte mit, daß die drei Gefangenen als Reaktion auf einen Aufruf des libyschen Führers Muhammar al-Gaddafi und nach erfolgreichen Kontakten mit der französischen Regierung befreit wurden.

Palästinensische Kreise äußerten dazu, die Geiseln seien als Teil eines Abkommens zwischen Frankreich und Libyen befreit worden, nachdem Paris sich bereit erklärt habe, Libyen drei Mirage-Flugzeuge zu liefern. Die Lieferung der Maschinen war ein Bruch eines 1986 von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Embargos. »Ihre Freilassung ist ein Teil des Abkommens über Kriegsflugzeuge«, verlautet aus einer hochstehenden palästinensischen Informationsquelle.

In Paris teilte das Außenministerium mit, daß »dieses glückliche Ereignis das Ergebnis des Aufrufs von Oberst Gaddafi vom 4. April und dessen Bemühungen ist«. □

»Prawda« denkt über Terrorismus nach

Plant irgendjemand in der Sowjetunion ein Blutvergießen gegen Spitzenbeamte der Nomenklatura? In der Tageszeitung der Kommunistischen Partei »Prawda« erschien ein sehr ominöser Artikel, in dem berichtet wird, daß in den letzten Jahren hohe Funktionäre der Kommunistischen Partei und des Staates »oft« nur knapp der Tötung durch Attentäter entkommen und genau im richtigen Zeitpunkt durch die Wachsamkeit des KGB gerettet worden seien.

Die »Prawda« zitiert den KGB-General Juri Plekhanow, der gesagt haben soll, daß »in den letzten Jahren« mit Messern und abgesägten Schießeisen bewaffnete Attentäter nahe an führende Funktionäre herangeraten seien und versucht hätten, sie zu töten. »Oft« wurden sie erst »in der letzten Minute« durch »Spezialeinheiten« des KGB gefaßt und von ihren hinterhältigen Plänen abgehalten, sagte der General. Plekhanow hob hervor, daß das Problem bis zur Gegenwart fortbestehe: »Jeden Monat entlarven und verhaften unsere Männer etwa ein Dutzend Personen, auf dem Roten Platz, im Kreml oder sonstwo, die verbrecherische Absichten verfolgen. □

Marschall Ogarkow gegen deutsche Wiedervereinigung

Marschall Nikolai Ogarkow, der einflußreichste sowjetische Strategieplaner, erklärte sich in einem Interview in der sowjetischen Militärzeitung »Krasnaya Zwesda« als nicht »gleichgültig« gegenüber den Ereignissen, die sich in Deutschland abspielen.

In seiner neuen Eigenschaft als Vorsitzender des sowjetischen Rates der Kriegsteilnehmer, Arbeiter und bewaffneten Streitkräfte sprach Ogarkow über »die gesellschaftliche und politische Macht der Bewegung der Kriegsteilnehmer«. Die »Dutzende von Millionen« Veteranen, sagte er, sind Menschen in der Sowjetunion »mit einer klaren Haltung ... Wächter und Träger der Revolutions-, Kampf und Arbeiter-Traditionen des sowjetischen Volkes«.

Auf die politische Aktivierung der Kriegsveteranen um den Jahrestages des Sieges in Europa herum eingehend, hob Ogarkow hervor, daß »wir Kriegsteilnehmer und das gesamte sowjetische Volk weit davon entfernt sind, den Vorgängen, die sich heute in Europa, speziell in den beiden deutschen Staaten, abwickeln, gleichgültig gegenüberzustehen«.
Die gleiche Zeitung hatte auch eine Tirade des Rates der Kriegsteilnehmer abgedruckt, in der dieser sich ausspricht gegen eine deutsche Wiedervereinigung als Versuch, ein »deutsches Europa« statt eines »gemeinsamen europäischen Hauses« aufzubauen, wie Gorbatschow es wünscht. □



Internationalisten

Der mörderische Plan

Alfred König

Ein äußerst verwirrendes Bild voller Widersprüche stellt für viele momentan die Sowjetunion und vor allem ihr Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow dar. Verwirrend aber nur auf den ersten Blick. Analysiert man die Lage genauer, dann stellt man fest, daß Michail Gorbatschow den von ihm in wahrscheinlich allerbester Absicht begonnenen Kampf für eine Demokratisierung der UdSSR schon verloren hat. Die Entwicklung erinnert an das Deutschland der dreißiger Jahre. Sieger damals wie heute sind die Internationalisten.

Zum besseren Verständnis soll hier kurz die Lage in Deutschland vor 60 Jahren vorgestellt werden. Auf der einen Seite stand Adolf Hitler, der mit allerbesten Absichten ein soziales neues Deutschland auf einem neuen Weltbild, dem Nationalsozialismus, aufbauen wollte, hierzu Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre nicht zuletzt aufgrund leerer Parteikassen zu schwach war. Auf der anderen Seite standen die Internationalisten, die endlich gegen den Widerstand der jüdischen Intelligenz einen eigenen Judenstaat gründen wollten. Also entschloß man sich zusammenzuarbeiten – was beispielsweise in dem im Druffel-Verlag erschienenen Buch »Hitler und der Zionismus« von Francis R. Nicosia sehr gut dokumentiert ist –.

Für Geld entsprechende Zugeständnisse

Die Großfinanz unterstützte Hitler mit mehreren Millionen Reichsmark – dies geschah zum Teil in Anwesenheit der Gebrüder Strasser, ein Grund für ihre spätere Verfolgung durch Hitler –. Hitler verpflichtete sich seinerseits, mit einer antijüdischen Politik die in Deutschland und auch in anderen Staaten lebenden Juden zur Auswanderung nach Palästina zu drängen; was aber nur schleppend geschah, trotz dieser antijüdischen Politik Hitlers blieben bis 1939 hunderttausende Juden dennoch in Deutschland oder den angrenzenden Staaten.

Hitler glaubte, die Internationalisten quasi als Steigbügelhalter benutzen und, wenn er einmal an der Macht war, diese dann abschütteln zu können. Dies mißlang aber vollends, da sie ihn »in der Hand hatten«. Vielmehr sah er sich gezwungen, große Zugeständnisse zu machen und die wahre nationalsozialistische Revolution, wie sie beispielsweise Rosenberg – siehe hierzu auch seine Memoiren, »Großdeutschland – Traum und Tragödie«, in der er mit dem »Hitlerismus« abrechnet und Hitler vorwirft, den Nationalsozialismus verraten zu haben –, Gottfried Feder mit seinem Wirtschaftsprogramm – besonders der »Brechung der Zinsknechtschaft« –, Röhm und die Gebrüder Strasser vertreten haben, verhindert zu haben und einige dieser Leute sogar ermorden ließ.

Die Internationalisten nutzten dann aber die von ihnen mit durchgesetzte antijüdische Politik des Deutschen Reichs mit vielerlei von ihnen gesteuerten Aktionen – etwa der »Reichskristallnacht« – und dem Aufwiegeln anderer Staaten zu einem Feldzug gegen eben jenes Deutsche Reich, und sie waren damit der wahre Verursacher des Zweiten Weltkriegs. Unter Internationalisten sind nicht die Juden oder die Zionisten alleine zu verstehen, zwar gehören auch sie den »Einweltlern« an, doch durchaus auch Angehörige anderer Rassen und Glaubensrichtungen.

Der Plan ging nur teilweise auf

Doch ihr Plan ging nur teilweise auf. Zwar verlor das Deutsche Reich wie geplant den Zweiten Weltkrieg, leistete in den darauffolgenden Jahren insgesamt hunderte an Milliarden Mark »Wiedergutmachung«, doch die »Heimstatt aller Juden«, als das war Israel geplant, verwirklichte sich nicht, weil auch nach Kriegsende viele Juden lieber in der Bundesrepublik, im westlichen Europa oder in den USA bleiben wollten. Und der Kalte Krieg zwischen dem Westen und dem Osten brachte zwar der Rüstungslobby Milliarden ein, verhinderte aber das, was die Internationalisten als ihr Ziel bezeichnen: Die »Eine Welt«. Das war nämlich das Endziel dieser Kreise: Mit der von ihnen kontrollierten Rüstungsindustrie, den Banken, dem Pressewesen und anderen wichtigen Institutionen die Oberkontrolle über die Staaten der Welt zu erhalten.
Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre kamen sie dann zu dem Schluß, daß die ganze Sache ihnen aus der Hand gleiten könnte. Die Widerstände gegen eine immer gigantischer werdende Rüstung nahmen zu, und es bildete sich weltweit eine starke Friedensbewegung. Die Lage war zwar noch nicht gefährlich, bereitete ihnen aber doch Kopfzerbrechen. Also mußte etwas geschehen, und zwar in der Sowjetunion.

Zuerst mußte Breschnew gehen, dann kam nach einer Übergangszeit Michail Gorbatschow an die Macht. Dieser war nach sicheren Informationen aus erster Hand ebenfalls von dem Wunsch beflügelt, ein ganz neues, auf sozialen Komponenten aufgebautes Staatssystem zu schaffen und den Frieden über die Welt zu bringen. Hierzu war anfangs eine schmale Gratwanderung vonnöten, zu der etwa auch die Tolerierung der Weiterführung des durch den Einmarsch sowjetischer Truppen ausgelösten Kriegs in Afghanistan zählte.

Zuerst ging alles konform mit den Plänen der Internationalisten. Doch auf einmal wuchs die Popularität Gorbatschows ins Unermeßliche. Die »Times« wählte ihn sogar zum Mann des Jahres. Überall auf der ganzen Welt flog ihm eine Welle von für einen Ostblockführer in diesem Ausmaß bislang nicht gekannter Sympathie, ja sogar Euphorie entgegen. Damit wuchs auch seine Macht. Und schließlich fand Gorbatschow den Zeitpunkt gekommen, sich gegen die Internationalisten aufzulehnen und einen eigenständigen Kurs zu fahren.

Die Daumenschrauben der Einweltler

Dies kennzeichnete sich durch die angekündigte Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes – entgegen der heute geltenden Geschichtsschreibung hatte Stalin nicht die Juden allgemein bekämpft und aus führenden Positionen entfernt, sondern nur die nichtzionistischen und damit nicht den Internationalisten angehörenden Juden; siehe hierzu auch das auf amtlichen sowjetischen Quellen basierende Buch »Juden hinter Stalin« von Dr. Rudolf Kommoss –. Der Plan der Gewährung einer Freihandelszone für die Wolgadeutschen, wie überhaupt eine große Deutschlandfreundlichkeit Gorbatschows, und einiges andere, stieß auf entschiedenen Widerstand der Einweltler. Also entschlossen sie sich, Gorbatschow die Daumenschrauben anzuziehen und ihn wieder auf ihren Kurs zu zwingen.

Dies ist auch die Erklärung für Gorbatschows-sich-wie-ein-Wetterhan-im Wind-drehen in Bezug auf die deutsche Frage. Erklärte er noch Anfang November des vergangenen Jahres nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze die Frage einer möglichen Wiedervereinigung ganz allein zur Sache der Deutschen,äußerte er sogar, hiergegen keinerlei Einwände zu haben, so drehte er sich Ende November um 180 Grad und meldete auf einmal Vorbehalte an.

Zu diesem Zeitpunkt wurde übrigens auch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, ermordet. Dieser hatte seine Macht in den vorangegangenen Monaten immer mehr für deutsche Interessen ein-

Internationalisten

Der mörderische Plan

gesetzt, beispielsweise in der Frage der Souveränität, der Vergangenheitsbewältigung und des Nationalbewußtseins. Es heißt, daß der Mord an Herrhausen nicht ein »wirres Attentat von RAF-Terroristen« war, sondern diese vielmehr mit ihren eigenen Slogans dazu gedrungen wurden, in Wirklichkeit die Ermordung Herrhausens aber ein Signal an Gorbatschow und andere war, ihnen könne es genauso ergehen, wenn sie sich den Internationalisten in den Weg stellen.

Aufstand gegen die Drahtzieher

Gorbatschow wagte dann aber noch einmal den Aufstand gegen die »heimlichen Drahtzieher«, indem er im Februar, als die deutsche Frage die Staaten der Welt überrollte, nochmals erklärte, die Wiedervereinigung sei ganz alleine eine Frage der Deutschen. Prompt wurde er aber wieder zurückgepfiffen, und nur wenige Tage später hieß es dann, die (Teil-)Wiedervereinigung Deutschlands müsse die und die Punkte berücksichtigen.
Und seitdem verschärft sich die Lage in der UdSSR immer mehr. So hat beispielsweise eine wahre Hetzjagd gegen die Radikalreformer rund um Boris Jelzin eingesetzt, die nicht nur starke Wirtschaftsreformen, sondern vor allem auch die Demokratisierung der Sowjetunion fordern. Sowohl in einem »Offenen Brief« des Zentralkomitees als auch in einem Leitartikel der »Prawda« hieß es kürzlich hierzu: Die kommunistische Partei sei durch die »Demokratische Plattform« bedroht und müsse sich verteidigen. Darum sei eine Trennung von »extremistischen Elementen« notwendig. Unter dem »Deckmantel der Perestroika« hätten sich parteifeindliche Kräfte um eben diese »Demokratische Plattform« geschart und benützten sie für eigennützige Ziele. Obwohl – vordergründig – auch gegen extrem linke Positionen propagiert wurde, wurde Boris Jelzin in dem Artikel als einziger wörtlich genannt.

Hintergrund der Kampagne gegen Jelzin ist auch, daß dieser sich am vehementesten für eine Wirtschaftsöffnung einsetzt und diese als Voraussetzung für ein Gelingen der Perestroika bezeichnet. Damit hat sich Jelzin aber die Internationalisten zum Feind gemacht. Denn ein Insider schrieb hierzu: »Der einzige Weg, der aus diesem Szenarium herausführt (der Kontrolle der UdSSR durch die Internationalisten; der Verfasser), besteht darin, die Sowjetunion durch Privatisierung der Wirtschaft ungeheuer attraktiv zu machen. Eine aufgeklärte Unterdrückung des Antisemitismus (hierzu einige Absätze später mehr; der Verfasser), geboren aus der zionistischen Unterstützung des Bolschewismus im Jahre 1917, die buchstäblich hunderte von Millionen Menschenleben, geboren oder ungeboren, kostete, muß damit einhergehen.

Eine zu schwache Marionette

Die Völker der Sowjetunion könnten die Gesamtunion aufbauen und unter einer aufgeklärten, in Moskau ansässigen Bundesregierung gedeihen und dabei das ›böse‹ Imperium, das über die Jahrhunderte hinweg als das Meisterstück der Geschichte in Kolonisation – in Anbetracht dessen, daß es sich in den letzten 73 Jahren mit dem Mühlstein des Kommunismus um seinen Hals abquälen mußte – aufgebaut wurde, in eine echte Marktwirtschaft umwandeln.«

Dies geht aber nicht, denn ein gerade so eben gesättigtes Volk läßt sich leichter lenken als eines, das Lebensmittel im Überfluß hat, aber noch in vielen anderen Dingen hinterherhinkt. Und obwohl die Wirtschaft unter Gorbatschow eigenlich besser laufen müßte, geschieht genau das Gegenteil. Kürzlich verlautete sogar, daß die UdSSR noch nicht einmal mehr in der Lage sei, ihre Versorgung selbst zu decken. Die Lücken seien noch gravierender als in den Jahren zuvor, als dieses Problem zwar in Teilen auch bestand, aber insgesamt doch relativ harmlos war.

Daß die wirtschaftliche Situation das A und O der weiteren Zukunft der Sowjetunion darstellt, hat auch der »Radikalreformer« Boris Jelzin erkannt und ist deshalb zur Zielscheibe der »Prawda« sowie nahezu sämtlicher Parteizeitungen und der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS geworden. Während Jelzin nämlich noch bis vor wenigen Monaten das heimliche Sprachrohr Gorbatschows war – ganz im Sinne der Internationalisten – durchschaute er mit der Zeit das Spiel und erkannte vor allem auch, daß Gorbatschow zu schwach und letztendlich nur noch eine Marionette war und ist.

Die Tragödie der Perestroika

Besonders interessant ist dabei ein Interview von Jelzin mit dem »FAZ-Magazin« (veröffentlicht am 20. April 1990). Auf die Frage »Im Westen wurden Sie am Beginn der Gorbatschow-Zeit als sein Parteigänger angesehen. Hat das jemals gestimmt?« antwortete Jelzin:
»Am Anfang seiner Zeit als Generalsekretär war das wirklich so. Und wenn es um die Perestroika geht, stehe ich noch heute zu ihm. Auch in der Tragödie der Perestroika bleibe ich auf seiner Seite. Seine Taktik unterstütze ich allerdings nicht, weil ich sie für falsch halte. In allen praktischen Fragen gibt es mehr Differenzen als Übereinstimmungen zwischen uns.«

Jelzin warf Gorbatschow des weiteren vor, das Potential der Perestroika nicht auszuschöpfen. »Anders gesagt, ich halte sein Repertoire an Maßnahmen mittlerweile für erschöpft. Er ist nervös, was auch bei allen anderen eine gewisse Unsicherheit hervorruft.« Es ist kein Wunder, daß Gorbatschow nervös wird. Denn wie aus sicherer, bestens informierter Quelle verlautet, ist der gesamte Schwarzmarkt in der UdSSR in der Hand der Internationalisten. Es gebe, so der Informant weiter, riesige Hallen, die von unten bis oben mit Lebensmitteln im wahrsten Sinne des Wortes vollgepfropft sind. Hintergrund ist der, daß diese Clique skrupelloser Geschäftemacher das As im Ärmel behalten will, nach dem Motto: »Unter einer starken kommunistischen Hand ging es uns besser. Lieber heute einen satten Magen, als in zehn Jahren vielleicht ein Filet-Steak.«

Gorbatschow ist jetzt aber in der gleichen Bredouille, in der Hitler in den dreißiger Jahren war. Entweder sich gegen die Internationalisten aufzulehnen und dabei die Ermordnung – die bei Gorbatschow schon einmal auf dem Plan stand, in letzter Minute aber wieder abgeblasen wurde –, den Sturz in Kauf nehmen oder gute Miene zum bösen Spiel zu machen und gleichzeitig zu versuchen, mit seiner Ausstrahlung und seinem Einfluß das Spiel der Internationalisten abzumildern, zumindest eigene Varianten miteinzubauen und zu versuchen, doch noch seine wirklichen Ziele zu verwirklichen. Dieses Restrisiko nehmen die Internationalisten in Kauf, denn ihr Spiel läßt sich mit einem Michail Gorbatschow – wie damals mit einem Adolf Hitler – leichter spielen, als wenn zu früh ein neuer Mann an die Macht kommt.

Immer wieder das alte Spiel

Zu dem Spiel gehört auch, nach einer Phase der Sympathie, wieder Vorbehalte gegen Gorbatschow aufzubauen. Man erinnere sich an folgendes: Bis Mitte der dreißiger Jahre war Hitler, trotz vieler Vorbehalte, durchaus ein gern gesehener Gast und Gastgeber bei den Staatsmännern dieser Welt. Ausländische Zeitungen überschlugen sich zum Teil in Lobeshymnen, um ihn nur wenige Jahre später als Teufel in Menschengestalt darzustellen.

Dieses geschieht nun auch bei Gorbatschow. Erste Kritik entzündete sich daran, daß sein Amt als Staatspräsident mit einer bislang bei diesem Amt nicht vorgesehenen Machtfülle ausgestattet sei. So vertritt der Staatspräsident die Sowjetunion im In- und Ausland. Gleichzeitig ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte, schlägt dem Obersten Sowjet die Kandidaten für die Regierung und andere wichtige Posten vor – die Zustimmung ist nur eine Formsache –, hat das Recht, Gesetze mit seinen Einwänden an den Obersten Sowjet zurückzuweisen, kann den Kriegszustand ausrufen und eine Republik auch gegen ihren Willen seiner direkten Kontrolle unterstellen.

Das alles erinnert ein bißchen an die Ermächtigungsgesetze. So sagte dann auch Jelzin in dem In-

terview mit dem »FAZ-Magazin«: »Ich war prinzipiell für die Einrichtung eines Präsidentenamtes in der Sowjetunion. Aber Gorbatschows Eile, es einzurichten, hielt ich für schädlich. Man hätte vorher gesetzgeberische Maßnahmen vornehmen müssen, denn die Stärkung der Stellung des Staatspräsidenten müßte ausgeglichen werden durch eine Stärkung der Legislative. Es hätte der Aufbau unseres Staatswesens vorher verabschiedet werden, es hätten Gesetze erlassen werden müssen, die die Stellung der Republiken gegenüber der zentralen Staatsmacht besser regulieren. Ich bin für die maximale Autonomie der Republiken. Es besteht die große Gefahr, daß bei einer Stärkung der präsidialen Macht die Stellung der gesetzgebenden Versammlung zu sehr geschwächt wird.«

Die Kritik aus dem Westen nimmt zu

Dies wurde auch im Ausland kritisiert, wenngleich auch mit der Einschränkung, die Situation in der UdSSR erfordere dies – lauteten so 1933 nicht auch die Erklärungen des Auslands zum deutschen Ermächtigungsgesetz?

Doch die Kritik aus dem Westen nimmt weiter zu, und zwar zu anderen Punkten. So wurde jetzt bekannt, daß die Sowjetunion ihre Militärhilfe für die kommunistische Regierung merklich gesteigert hat. Dies betreffe vor allem die Lieferung von Waffen, Lebensmitteln und Treibstoff. Auch die Rüstungsgeschäfte mit Mittel- und Südamerika seien von der Sowjetunion nicht etwa verringert, sondern im Gegenteil sogar noch weiter ausgebaut worden.

Und die sowjetische Armeeführung erlangt nach Angaben sicherer Informanten einen immer stärker werdenden Einfluß auf die sowjetische Regierungspolitik. Die zunehmende Zahl von Wehrdienstverweigerern, Deserteuren und die sinkende Disziplin verlangten Gegenmaßnahmen, heißt es. Und die Aufsplittung des Ostblocks mache einen Sieg der Sowjetarmee über Westeuropa mit rein konventionellen Waffen unmöglich.

Konsequenz: Rückkehr zur Hochbewaffnung der eigenen Verbände, Verhinderung einer umfassenden Abrüstung und eine neue Außenpolitik zur Aufsplitterung des Westens. In einer Studie des französischen Außenministeriums heißt es hierzu: »Die Sowjetunion kehrt zu Gromykos und Molotows Politik der Salamitaktik zurück.«

Änderung der sowjetischen Strategie

Besonders bemerkbar macht sich dies zum Beispiel bei den derzeit stattfindenden Verhandlungen zur Stationierungsstärke der sowjetischen und amerikanischen Truppen in Europa, aber auch bei anderen Punkten. Diese Änderung der sowjetischen Strategie läßt aber bei vielen Diplomaten die Ansicht aufkommen, daß sich die Ära der Entspannung in eine neue Spannungs-Zeit verwandelt. So sollen führende sowjetische Politiker und Militärs zunehmend die Meinung vertreten, eine weitere Abrüstung und Entspannung treibe die Sowjetunion auseinander, statt sie wieder groß und aggressiv zu machen.

Weitere Indizien für die Verschärfung sind, daß der Kreml jetzt die Kontrolle des KGB abgegeben hat und dieser voll Gorbatschow unterstellt wurde – Gorbatschow ist übrigens ein KGB-Mann –. Am gleichen Tag ist der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Jasow zum Marschall der Sowjetunion ernannt worden, das erste Mal seit Gorbatschows Machtantritt vor fünf Jahren. Bislang hieß es, daß der Marschalltitel in Friedenszeiten überhaupt nicht mehr verliehen werden sollte.

Bislang am negativsten wurde in der Welt das Verhalten Gorbatschows gegenüber Litauens Unabhängigkeitsbestrebung kommentiert. Der sowjetische Staatspräsident bekämpft diese mit allen Mitteln, hat zeitweise sogar eine totale Blockade gegen Litauen verhängt. Er begründete dies damit, daß durch das Vorgehen Litauens, dem sich wohl auch Estland anschließen will, eine ernsthafte Gefahr für die Sowjetunion ausgehe und sogar bürgerkriegsähnliche Zustände drohten, sollten auf einmal alle in der UdSSR zusammengeschlossenen Staaten auf einer Unabhängigkeit bestehen. Dann würden nämlich, so Gorbatschow, die alten Nationalitätskonflikte wieder aufbrechen.

Die seit 1977 geltende Verfassung, der auch Gorbatschow unterworfen ist, sagt aber in Artikel 72: »Jeder Unionsrepublik bleibt das Recht auf Austritt aus der UdSSR gewahrt.« Und in Artikel 70 heißt es: »Die UdSSR ist ein einheitlicher multinationaler Unionsstaat, der auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Förderalismus als Ergebnis der freien Selbstbestimmung der Nationen und der freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter sozialistischer Sowjetrepubliken gebildet wurde.« Diese Verfassungsgarantien setzte aber Gorbatschow mit seinem Vorgehen quasi außer Kraft!
Das neueste Kapitel der sich mehrenden Vorwürfe gegen die Sowjetunion ist der angeblich zunehmende Antisemitismus in der UdSSR. So warnte der sowjetische Autor Jurij Ginsburg, dessen Artikel im Westen großen Einfluß auf die Politiker haben, jüngst in einem sechsseitigen Artikel des »Spiegel« vor der Gefahr neuer Progrome gegen Juden in der UdSSR.

So schreibt Ginsburg: »Wie Pogrome in der modernen Sowjetunion aussehen, erkennt man schon an den tragischen Mustern von Sumgait, Baku, Fergana, Duschanbe. Niedergemetzelte Männer, vergewaltigte Frauen, verbrannte Kinder.

Auch sie wurden zuvor bedroht und mehrmals gewarnt (wie es jetzt laut Ginsburg bei den Juden geschieht; der Verfasser). Sind jetzt die Juden dran? Die Anstifter sind durchaus nicht anonym. Sie gehören zur praktisch legalen und praktisch faschistischen Partei namens ›Pamjat‹ (Gedächtnis) oder ihr verwandter Organisationen wie ›Otschisna‹ (Vaterland), ›Sojus patriotow‹ (Patriotenbund), die in Moskau, Leningrad und einigen anderen großen Industriestädten wie Swerdlowsk, Nowosibirsk, Tscheljabinsk besonders aktiv sind.«

Ginsburg schreibt weiter: »Diese Abneigung der Parteiführung, in Sachen des russischen Faschismus Farbe zu bekennen, zeugt nur davon, daß dieser schon ein reales politisches Gewicht hat, dessen man sich unter gewissen Umständen auch bedienen könnte ... Zur Tradition Rußlands gehört der Judenhaß ... Massenhaft fliehen Juden aus der Sowjetunion. Die Explosion des Nationalismus in der Sowjetunion, mit der sie jetzt schon jede Kontrolle zu verloren haben scheint, belebt den Antisemitismus ...

Der Antisemitismus in der Sowjetunion hat eine deutliche ideologische und strukturelle Form bekommen. Der russische Chauvinismus heute, das sind nicht einzelne Straßenexzesse, sondern das ist die schreckliche, gewaltige Kraft, einstweilen noch im Keimzustand, die imstande ist, falls die Rechten an die Macht kommen, Millionen um sich zu scharen und auf ihre Weise ›die jüdische Frage‹ zu lösen.« Soweit Ginsburg.

In einer vertraulichen Analyse namens »Der Pike/Mazzine – Bernard-Lewis-Plan entwickelt sich« heißt es: »Wie in Weltkrieg I und II werden die meisten auch im Weltkrieg III unwissende und unfreiwillige Mitspieler sein.

Nichtzionistische Juden überall in der Welt, aber vor allem in der UdSSR, sind tief beunruhigt, da sie befürchten, daß sie als Teil des Bernard-Lewis-Plans des Foreign Office wieder einmal geopfert werden sollen, wie das so oft in der Geschichte durch die Pharisäer und Sadduzäer geschah ...

Das antisemitische Gemurmel in der UdSSR, das von der ›Verborgenen Hand der Geschichte‹ gefördert wird, wie in Deutschland in den dreißiger Jahren, um die Eliten nach Palästina zu bekommen, wird jetzt verstärkt werden, um die Zahl von einer Million Kanonenfutter zu erreichen. Dies wird und muß natürlich – wenn notwendig mit Hilfe anderer, da die unfähigen arabischen Regierungen ohne Hilfe von außen nicht zu einer wirksamen Operationseinheit zusammengeschmolzen werden können – zu einer massiven Reaktion durch die Araber und zum Krieg führen.«

Die Analyse kommt zu dem Schluß, daß dies ganze oben in seinen Grundzügen skizzierte »Spiel« die Vorbereitung des Dritten Weltkriegs ist, dessen Ziel es nun endgültig sei, die internationalistische Weltherrschaft zu sichern. □

Anti-Defamation-League

Seltsame Allianz mit Pamyat

Peter Blackwood

Die Anti-Defamation-League (ADL) der B'nai B'rith-Loge möchte sich als Wachhund gegen Antisemitismus aufspielen. Aber sie hat einen seltsamen neuen Bettgefährten: die antisemitische Pamyat-Gruppe in der Sowjetunion, die, zusammen mit der ADL, lebhaft die gestärkte Rolle Michail Gorbatschows unterstützt, der kürzlich »Zar aller Rußländer« geworden ist.

Diese Allianz sollte für unsere Leser keine Überraschung sein, die wissen, daß zu den Führern der ADL Seagrams Schnaps-Baron Edgard Bronfman, der Vorsitzende des Greater New York Appeal der ADL und Präsident des Jüdischen Weltkongresses, gehört. Die beiden amerikanischen Journalisten Rowland Evans und Robert Novak schrieben in einem Aritkel mit der Überschrift »Juden gegen US-Handel austauschen?«, daß Edgar Bronfman ein Teil dessen ist, was sie ein »häßliches Abkommen« nennen, aus dem er Millionen machen wird.



Raisa Gorbatschow, die Frau des sowjetischen Staatschefs, hat eine führende Rolle bei der Förderung der Kultur in der Sowjetunion

Die Folgen des »goldenen Handschlags«

Das »Abkommen« besteht darin, daß die amerikanische Bush-Regierung auf Beschränkungen des Status der meistbegünstigten Länder für die Sowjetunion verzichtet, da Gorbatschow jetzt jüdische Emigranten, die vor Pamyats Antisemitismus fliehen, direkt in die von den Israel besetzten Gebieten bugsiert, statt ihnen zu genehmigen, nach Westeuropa oder in die Vereinigten Staaten auszuwandern.

Bronfmans Partner bei dem »häßlichen Abkommen« ist der ADL-Mäzen und Getreidekartellmagnat Dwayne Andreas, der Mit-Vorsitzende des sowjetischen Trade and Economic Council (USTEC), einer Gruppe die Bronfman in ihrem Exekutivausschuß hat und die für den Austausch von Juden gegen Getreidekäufe eintritt. Diese Geschäfte beruhen auf einem »goldenen Handschlag« zwischen Bronfman und Gorbatschow.
Sowohl Andreas als auch Bronfman waren in die Verhandlungen mit Gorbatschow verwickelt, um den Transport sowjetischer Juden direkt nach Israel zu gewährleisten und der ADL zu gestatten, in Moskau ein Büro zu eröffnen.

Der historische Exodus der Juden

Nach der Ausgabe des »ADL Bulletin« von März 1990 stand dieses Abkommen hoch oben auf der Tagesordnung der Versammlung des National Executive Committee (NEC) der ADL, die im Hotel »The Breakers« in Palm Beach, Florida, stattfand.

Der »Bulletin« schreibt: »In Resolutionen, die während des NEC-Treffens gefaßt wurden, appeliert die ADL an den sowjetischen Staatspräsident Michail Gorbatschow, das Auftreten des Antisemitismus in der Sowjetunion öffentlich zu verurteilen ... Während eine Resolution hervorhob, daß antisemitische Gefühle, darunter öffentliche Demonstrationen durch solche Gruppen wie die nationalistische Pamyat-Organisation, in gewissen sowjetischen Großstädten gang und gebe geworden sind. In einer weiteren Resolution wird an die Vereinigten Staaten appeliert ›den historischen Exodus sowjetischer Juden nach Israel zu erleichtern‹, indem Moskau ermutigt wird.«

Kein Wunder, daß bei Sponsoren dieser ADL-Operation, wie Bronfman und Andreas, der sowjetische Dissident und Refusenik Wladimir Selpak schon 1987 zur »Jerusalem Post« sagte, daß »Bronfman von Gorbatschow hereingelegt werden wollte. Schließlich ist er ein Geschäftsmann und macht mit den Sowjets gute Geschäfte«.

Auf der gleichen Sitzung lag ein Bericht des Direktors für internationale Angelegenheiten, Kenneth Jacobson, vor, der sich gerade elf Tage in Moskau aufgehalten hatte, um mit Beamten einer Gruppierung zusammenzutreffen, die das »Bulletin« als »die kürzlich gegründete sowjetisch-jüdische Dachorganisation bezeichnete, als VAAD (Konföderation Jüdischer Organisation und Kommunisten in der UdSSR) bekannt«, um die von Pamyat verkörperte Gefahr zu erörtern.

Ko-Präsident der VAAD, Michail Chlenow, teilt Slepaks Besorgnisse über Bronfmans von der Profitsucht bestimmenden Beweggründe offenbar nicht. In New York traf Chlenow mit Bronfmans Gehilfen im Jüdischen Weltkongreß, Elon Steinberg, zusammen, um die Bildung eines sowjetjüdischen Kongresses zu erörtern. Verschiedene Medien berichteten, daß er sich auch mit Jacobsen von der ADL getroffen hat, um eine Vereinbarung zur Untersuchung des Neonazismus in Moskau auszubrüten.

Gorbatschows neuer Rasputin

Was die ADL vorsätzlich ausgeklammert hat, ist die Tatsache, daß Pamyat und damit zusammenhängende anitsemitische, großrussische nationalistische Gruppen von Gorbatschow gefördert werden, vor allem durch den Fonds für sowjetische Kultur seiner Frau Raisa, der den Ultra-Ökologen und »Dorfprosa«-Schriftsteller Valentin Rasputin, finanzierte. Rasputin, der diesen Namen zu Recht trägt, wurde von Gorbatschow kürzlich in seinen auserwählten Präsidentschaftsrat berufen. Er war der großrussische-chauvinistische Grenzwächter für Gorbatschow und für Gorbatschows Palastrevolutionär Boris Jeltzin, den wirklichen Schutzpatron von Pamyat.

Raisa Gorbatschow bekam ihre Gelder für Rasputin von dem Erfüllungsgehilfen des Anglo-Soviet Trust Armand Hammer, der mit Bronfman und Andreas im Vorstand von USTEC sitzt. Es gibt auch Berichte darüber, daß die amerikanische Information Agency (USIA) Rasputin zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten eingeladen hat. Die Haupt-Ost-West-Körperschaft der USIA ist die National Endowment for Democracy (NED), deren Präsident der ehemalige ADL-Beamte Carl Gershman ist. Gershmans neuer leitender Assistent ist David E. Lowe, der bis vor kurzem stellvertretender Direktor des Fact Finding Department der ADL unter Irwin Suall war, zu einer Zeit als die ADL ihre Broschüre von 1989 mit dem Titel »Pamyat: Hatred Under Glasnost« (»Pamyat: Haß unter Glasnost«) herausgab, in der Boris Jeltzin als derjenige bezeichnet wird, der Pamyat ihren »amtlichen Genehmigungsstempel« aufgedrückt habe. Aber die ADL teilte mit, daß sie diese Broschüre nicht mehr in Umlauf bringen oder nachdrucken werde. Unterdessen lobt das von NED finanzierte Center for Democracy den »Reformer« Jeltzin über den grünen Klee, wobei es dessen Verbindungen zur Pamyat offensichtlich übersieht. □

Schweiz

Zensur beim Finanzskandal

Martin Mann und Warren Hough

Zum erstenmal in der Schweizer Geschichte haben Bürger gegen Skandal und Korruption in der Regierung demonstriert. Allerdings haben vor allem die amerikanischen Medien es unterlassen, über dieses einmalige Ereignis zu berichten; es wurde stillschweigend verheimlicht. Der Finanzskandal wurde heruntergespielt und fiel einer heimlichen Zensur zum Opfer.

Der Casus belli war der Prozeß gegen und der Freispruch wegen einer formalen Eigentümlichkeit der korrupten ehemaligen Schweizer Justizministerin Elizabeth Ikle-Kopp. Die Affäre begann mit einem Schlag gegen die Drogen-Mafia im Jahr 1988, bei der eine Lastkraftwagen-Ladung von Drogen und Koffer voller Bargeld in der Nähe der italienisch-schweizerischen Grenze beschlagnahmt wurde. Als man die Spur weiter verfolgte, entdeckte ein Schweizer Strafverfolger ein internationales Netzwerk, das Milliarden von verborgenen Geldern von der Chase Manhattan Bank in New York – dem finanziellen Flaggschiff der Familie Rockefeller – in einige der größten Geldzentren der Schweiz leitete.



Die Öffentlichkeit will wissen, ob Fred Ikle und seine Cousine Geschäftsverbindungen unterhielten

Großzügig gegenüber CIA und Mossad

Mächtige Bürokraten schützten diese verborgenen Geldkanäle, während der CIA und der Mossad, Israels Geheimdienst, sie für ihre eigenen Operationen verwendeten, ermittelten die Fahnder. Als die Dinge sich bis zur Spitze hin erstreckten, wurde Elizabeth Kopp durch diese Affäre gestürzt.

Diese Spitzenbeamtin, als mächtigste Frau in der Geschichte ihres kleinen Landes gefeiert, wurde im vergangenen Jahr aus dem Amt gejagt unter Beschuldigungen, daß die Anwaltspraxis, die sie zusammen mit ihrem Gatten, einem Rechtsanwalt, in der Innenstadt von Zürich eingerichtet hatte, als Fassade für das Kokain-Kartell diente. Was die Flammen der öffentlichen Empörung auflodern ließ, war die Tatsache, daß durch eine parlamentarische Untersuchung herauskam, daß Frau Kopp dem CIA und dem Mossad gestattet hatte, verborgene Gelder über das Untergrund-Banknetzwerk der Bande zu waschen.

Als Gegenleistung füllte ihre Kanzlei die Geheimarchive mit hochkarätigen Informationen, die teilweise von diesen Spionagediensten kamen.

Ein heimlicher Tip für den Ehemann

Bis zum vergangenen Jahr hatte Frau Kopps Kanzlei etwa 900.000 streng bewachte Akten mit abträglichen Informationen über Schweizer Bürger und Ausländern gesammelt, die verdächtigt wurden, zweifelhafte oder subversive Verbindungen zu unterhalten – was jedoch niemals bewiesen wurde. Aber als dieses heimliche Computer-Netzwerk den Namen von Frau Kopps eigenem Ehemann, des Rechtsanwaltes Hans W. Kopp, als den angeblichen Frontmann für eine Drogenbank ausspuckte, gab sie ihm angeblich einen heimlichen Tip.

Angeklagt und am 19. Februar vor Gericht gestellt, wurde Frau Kopp freigesprochen, doch wurde dies in der breiten Öffentlichkeit als amtliches Reinewaschen verurteilt. »Die Schweizer Regierung beschützt ihre eigenen Leute«, sagt ein amerikanischer Drogenfahnder, der den Fall genau verfolgt hat. »Frau Kopp war des ›Verrats amtlicher Geheimnisse‹ angeklagt, weil sie Informationen aus den Akten ihres Ministeriums an ihren Gatten weitergeleitet hatte.

Das Gericht stellte fest, daß zum Zeitpunkt der Warnung – in einem dringenden privaten Ferngespräch – Frau Kopp nicht gewußt haben könnte, daß sie Daten preisgab, die bereits in den von ihren eigenen Mitarbeitern geführten Akten verzeichnet waren. Sie wurde also bestenfalls auf Grund einer ziemlich dürftigen juristischen Spitzfindigkeit freigesprochen.«

Tausende verurteilen das ›Koppgate‹

Die Schweizer Öffentlichkeit sah die Dinge jedoch in einem weit finsteren Licht, nämlich als skandalöse amtliche Vertuschung. Indem sie das verurteilten, was sie – in Anspielung auf den Skandal um Nixon, Watergate – Koppgate nannten, probten Tausende von Protestierern in Zürich und anderen Schweizer Städten den Aufstand. Erschreckt über diese Vorgänge, ließ das Schweizer Parlament dringend eine Debatte über gesetzliche Eindämmungsmaßnahmen gegen die mächtigen internationalen Banken des Landes, die lange auf Sparflamme gekocht hatte, wiederaufleben.

Am 20. März billigte das Schweizer Parlament einstimmig ein Paket von Änderungen des Strafgesetzes, mit dem die langjährige Befugnis der Schweizer Banker, Heißgeldkonten zu verwalten, beendet wird. Nach dem neuen Gesetz müssen leitende Angestellte der Schweizer Geldzentren »Sorgfalt und Geschick« aufwenden, um den »begünstigten Eigentümer« – das heißt die wirkliche Quelle – der Einlagen, die sie verwalten, zu überprüfen.

Ein Banker, bei dem festgestellt wird, daß er bei der Überprüfung seiner Kunden fahrlässig gehandelt hat, muß mit einem Jahr Gefängnis und beträchtlichen Geldstrafen rechnen. Und Finazmanager, die wissentlich Gelder verbrecherischer Herkunft vertuschen oder waschen, riskieren nach der neuen Gesetzgebung sogar noch höhere Gefängnisstrafen – bis zu fünf Jahren – und Geldstrafen bis zu einer Million Schweizer Franken.

Der Skandal ist noch nicht zu Ende

Bedeutender ist jedoch, wie aus Kreisen der amerikanischen Gesetzesvollstreckung verlautet, daß die Reingeld-Gesetzesänderungen darauf angelegt sind, nicht nur Drogenprofite, sondern auch ungesetzliche Gelder, die aus anderen Vergehen wie Veruntreuung und Unterschlagung, illegalem Waffenhandel oder Versicherungsbetrug herrühren, zu kontrollieren.

»In den letzten Jahren, als sich die führenden Bankhäuser der Schweiz in riesige Geldwaschanlagen verwandelten, gingen sie über das Drogen-Banking zum Recycling und zur Sanierung von Milliarden über, die zur Inszenierung von internationalen Börsenschwindeleien verwendet wurden«, sagt Richard Clement, ein hoher ehemaliger Beamter aus dem amerikanischen Bundesgesetzesvollzug, der jetzt als privater Sicherheitsberater in Washington tätig ist. »Dies wiederum führte zu gewaltigen Schwindelaktionen wie den Guinness-Skandal.«

In der Schweiz wird der summarische Freispruch der Frau Kopp nicht als Ende des Skandals, der ihren Namen trägt, sondern lediglich als dessen erste Phase gesehen.
»Darüber hinaus will die Öffentlichkeit etwas über ihre engen Beziehungen zu einem Verwandten, Fred Ikle, wissen, der während der Reagan-Ära als einer der mächtigsten Bürokraten für nationale Sicherheit in Washington diente. Es wird also noch weitere Akten in diesem vertuschten internationalen Kriminaldrama geben.« □

Erziehungs-Psychologie

Es begann in Leipzig

Lance J. Klass und Paolo Lionni

Ganz offensichtlich hatte sich etwas verändert. Irgendwann im Lauf der Geschichte hatten die amerikanischen Schulen die Fähigkeit verloren, Kinder routinemäßig zu erziehen und einheitlich gute Resultate dabei zu erzielen. Der Autor Lance J. Klass versucht, die Tatsache des Wandels zurückzuverfolgen und, wenn möglich, herauszufinden, welche spezifischen Veränderungen stattgefunden hatten. Eigentlich hatte er zunächst keine Ahnung, wo er beginnen sollte, bis er ein Protokoll des US-Kongresses aus dem Jahre 1917 in die Hände bekam. Die Debatte konzentrierte sich auf ein Experiment, das die »New York Times« als »radikal und gefährlich« bezeichnete, in dem Rockefeller-Geld und ein Projekt der Columbia-Universität, genannt Lincoln Schule, eine Rolle spielten. Einige Mitglieder im Kongreß bekämpften heftig eine Gruppe, die sich »General Education Board« nannte und deren Befähigung, die Bildung in den USA zu kontrollieren und zu ändern, ohne daß irgend jemand ein Wort dabei mitzureden hatte. Klass fand die Aufzeichnung einer großen Kontroverse in der amerikanischen Erziehung und verfolgte die Entwicklung einer neuen Erziehungsphilosophie. Zwei Männer schienen besonders zentral: die Psychologen John Dewey und Lee Edward Thorndike.

Wilhelm Maximilian Wundt wurde 1832 in einer kleinen süddeutschen Stadt geboren. Wundt immatrikulierte an der Tübinger Universität im Alter von 19, wechselte nach einem halben Jahr nach Heidelberg und promovierte als Doktor der Medizin 1856. Er blieb die folgenden siebzehn Jahre in Heidelberg, fungierte zuerst als Assistent eines Professors und später selbst als Professor der Psychologie. 1974 verließ Wundt Heidelberg, um eine Position als Professor der Philosophie in Zürich einzunehmen. Dort blieb er nur ein Jahr und nahm dann einen Lehrstuhl der Philosophie an der Universität Leipzig an. Für den Rest seiner akademischen Karriere blieb er in Leipzig und wurde schließlich Rektor der Universität. Wundt starb 1920.

Es begann in Leipzig

Soweit die wichtigsten Lebensdaten dieses Mannes. Was sie verschweigen, ist die Tatsache, daß Wundt Begründer der Experimentalpsychologie war und die treibende Kraft hinter ihrer Verbreitung in der gesamten westlichen Welt.

Für Wundt war eine Sache nicht sinnvoll und verdiente keine Aufmerksamkeit, wenn sie nicht gemessen, qualifiziert und wissenschaftlich demonstriert werden konnte. Weil er keinen Weg sah, solches mit der menschlichen Seele zu tun, wich er dieser Frage aus und schlug vor, daß Psychologie sich ausschließlich mit Erfahrung statt mit metaphysischen Belangen befasse.

Wundt versuchte, Daten über die physiologischen Funktionen und Reaktionen des Individuums zu sammeln, um darzulegen, wie ein Individuum Gefühle und Reize erlebt. Es waren menschliche Wahrnehmungen und Erfahrungen, die zählten, und die konnten am besten vom Blickpunkt der quantifizierbaren physiologischen Reaktionen her verstanden werden.

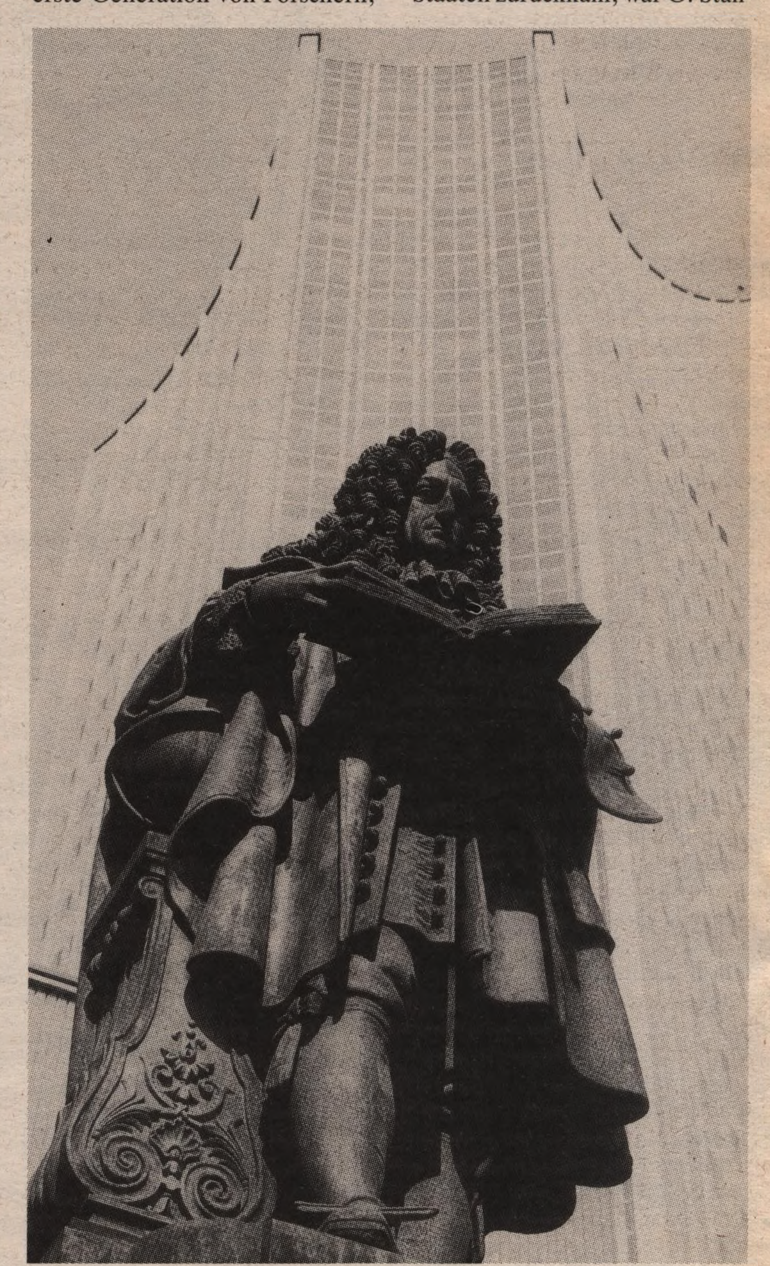
Wundt war der Meinung, daß Reaktionen mit Reizen begannen, die gefolgt wurden von Wahrnehmungen, aufgrund derer das Erlebnis im Individuum existiert. Für Wundt war der Wille, so wie er entstand, das direkte Resultat aus der Kombination der wahrgenommenen Reize, keineswegs die unabhängige Absicht eines verursachenden Individuums.

Wundt leistete zwei bedeutende Beiträge zum Sterben der Erziehung im Westen. Der erste war theoretisch. Wundt glaubte, der Mensch entbehre des Geistes und der Selbstbestimmung. Er suchte zu beweisen, daß der Mensch die Summe seiner Erfahrungen sei, der Reize, die in sein Bewußtsein und sein Unbewußtes eindrangen.

Wundts zweiter Beitrag zum Verfall der Bildung war überhaupt nicht theoretisch: er brachte die erste Generation von Forschern, Professoren und Publizisten der neuen Psychologie hervor. Diese Gruppe ging daran, in ganz Europa und den Vereinigten Staaten die Experimentalpsychologie zu etablieren.

Die Liste der Schüler Wundts liest sich wie ein »Who's who« europäischer und amerikanischer Psychologen. In den nachfolgenden Jahren konnte man an nahezu jeder wichtigen europäischen oder amerikanischen Universität die neue Psychologie unter jemanden studieren, der seinen Doktor direkt bei Wundt in Leipzig gemacht hatte.

Der erste amerikanische Student Wundts, der in die Vereinigten Staaten zurückkam, war G. Stan-



Die neuen Gebäude der Universität Leipzig mit dem alten von Ernst Händel geschaffenen Leibniz-Denkmal

ley Hall. Er kehrte 1883 aus Leipzig zurück, um dem Lehrkörper der neu gegründeten John Hopkins Universität beizutreten, die gerade nach dem Muster der großen deutschen Universität in Baltimore errichtet worden war. Hall organisierte das Psychologie-Labor an John Hopkins und gründete 1887 das »American Journal of Psychology«, mit dem er »Anhängern der neuen Psychologie« nicht nur eine Schatzkammer für Beiträge sowohl experimenteller wie auch theoretischer Art gab, sondern auch ein Gefühl von Solidarität und Unabhängigkeit.

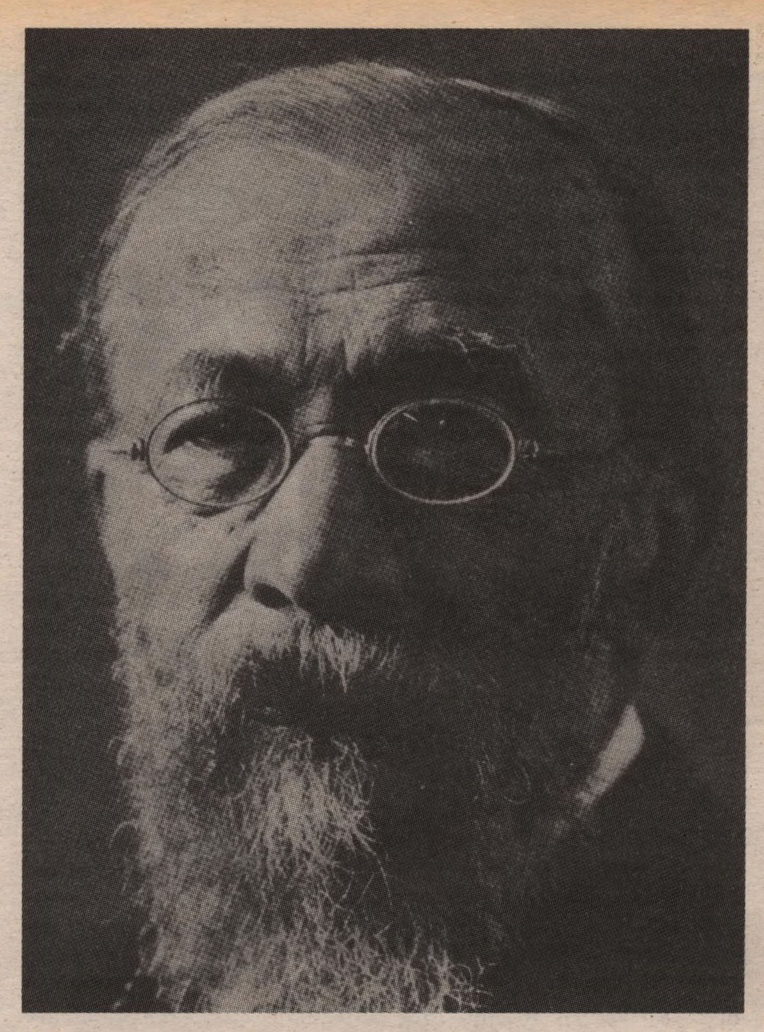
Durch die Verschweißung von Experimentalpsychologie und Kindererziehung diente Hall der Förderung der Karriere einer anderen Persönlichkeit, die einen außergewöhnlich tiefen Einfluß auf den Kurs der amerikanischen Erziehung nahm: John Dewey.

Der Mensch ist nur ein Tier

Deweys wie Halles Absicht war, Psychologie mit Erziehung zu vereinen, und er schaffte das in der Dewey Schule, vermischt mit einer Prise Hegelianischer Sozialgedanken und Sozialpraxis.

Obwohl Deweys Betrachtungen heute in der großen Mehrzahl amerikanischer Schulen verwirklicht sind, stellten sie um die Jahrhundertwende eine revolutionierende Veränderung dar. Wir sehen hier die Wundtsche Neudefinition von »Erziehung«, die nun bedeutete, einem jungen Gehirn und Nervensystem Experimentaldaten zuzuführen – nicht das Lehren mentaler Fertigkeiten oder das Kultivieren des Intellekts. Das ist die Aufgabe der traditionellen Rolle des Lehrers und Erziehers und ihr Ersatz durch die Betrachtung des Lehrers als einen Führer in der Sozialisierung des Kindes, die dazu führt, daß jedes Kind sich einem spezifischen Verhalten anpaßt, das von ihm erwartet wird, um in der Gruppe durchzukommen.

Hier wurde die Individualität begraben, die Übung des Genies und Talents, die ein Individuum dahin führte, daß es über die Gruppe hinauswuchs. Hier ist auch der Ruf nach Nivellierung der individuellen Unterschiede in einem geschlossenen Reservoir von Schülern, die unwissende Subjekte von Lerntechnikern sind, die die soziale Ordnung der Zukunft erdenken und Methoden willkürlich verändern.



Wilhelm Maximilian Wundt, 16. August 1832 bis 31. August 1920, deutscher Philisoph und Psychologe.

Für Dewey wie für Wundt war der Mensch nur ein Tier, allein mit seinen Reaktionen, abhängig von seinen Erfahrungsdaten. Nach Meinung der Professoren Mort und Vincent vom Columbia Teacher College »war John Dewey der kulminierende Theoretiker in drei Jahrhunderten erzieherischer Schriftstellerei«. Er glaubte, daß Lernen nur durch Erfahrung erfolgte, daß der Reiz – Reaktions – Mechanismus die Grundlage des Lernens war, und daß Lehrer nicht Instruktoren, sondern Entwickler von Lern-Erfahrung waren.

Dewey war in der Dewey Schule an der Universität von Chicago und später am Teachers College der Columbia Universität in der Lage, die Verbindung von Psychologie und Erziehung zu fördern und zu vollziehen, und wurde die führende Figur der amerikanischen Erziehung. Doch Dewey, der »Vater der amerikanischen Erziehung«, war nur ein Schüler Wundtscher Psychologie und nur eines jener Individuen, die die amerikanische Erziehung kritisch transformierten.

Während Hall die Auszeichnung hatte, Wundts erster amerikanischer Student zu sein, hatte James McKeen Cattell die Ehre, Wundts erster Assistent zu sein und möglicherweise auch der größte Publizist und Förderer der neuen Psychologie.

Why Jonny can't read

Eine Serie von Experimenten, die Cattell in Leipzig durchführte, prüfte die Weise, in der ein Mensch die Wörter sieht, die er liest. Indem er Erwachsene, die des Lesens kundig waren, testete, fand er heraus, daß man Wörter erkennen konnte, ohne die Buchstaben in Laute umsetzen zu müssen. Daraus schloß er, daß Wörter nicht aufgrund gegliederter Buchstaben erkannt, sondern als »ganzes Wortbild« wahrgenommen würden. Er nahm an, daß wenig gewonnen wäre, wenn man einem Kind als ersten Schritt zum Lesen die Laute und Buchstaben lehrte.

Nachdem ein Mensch Wörter schnell erkennen konnte, sollte man Kindern das Lesen lehren, indem man ihnen die Wörter zeigt und ihnen sagt, was die Wörter sind. Das Resultat war das Fallenlassen der phonetischen und alphabetischen Lehrmethode des Lesens und ihr Ersatz durch die Ganzheitsmethode, die in ganz Amerika angewandt wird. Die die ganze Nation betreffenden Auswirkungen aus Cattells Forschung und Schlußfolgerungen, und, später, die Verbreitung dieser Schlußfolgerungen durch das Teachers College der Columbia Universität, bilden die Grundlage für den Bestseller von Rudolph Flesh »Why Jonny can't read«.

Als Doktor der Psychologie nach den USA zurückgekehrt, las Cattell ein Jahr lang am Bryn Mawr College und an der Universität von Pennsylvanien, 1887 verließ er wieder das Land, um in Cambridge zu lehren, wo er den englischen Psychologen Galton traf, von dem er tief beeindruckt wurde.

Galtons Ansicht war, daß »die natürlichen Fähigkeiten der Menschen unter den exakt gleichen Beschränkungen, wie sie für Form und körperliche Merkmale in der gesamten organischen Welt galten, aus der Vererbung stammten.« Cattell übernahm Galtons Art, die Eugenik, Auswahlzucht und das Messen der Intelligenzunterschiede zwischen Individuen anzugehen.

Cattell wurde später der amerikanische Führer in psychologischen Tests und vollzog 1894 die erste geballte Ladung psychologischer Tests an einer großen Zahl von Menschen, indem er Anfänger und Abschlußklassen der Columbia Universität testete und damit erzieherische Tests in den USA initiierte.

James Earl Russell war ein anderer Student Wundts, der seine Doktorwürde 1894 in Leipzig er-

Erziehungs-Psychologie

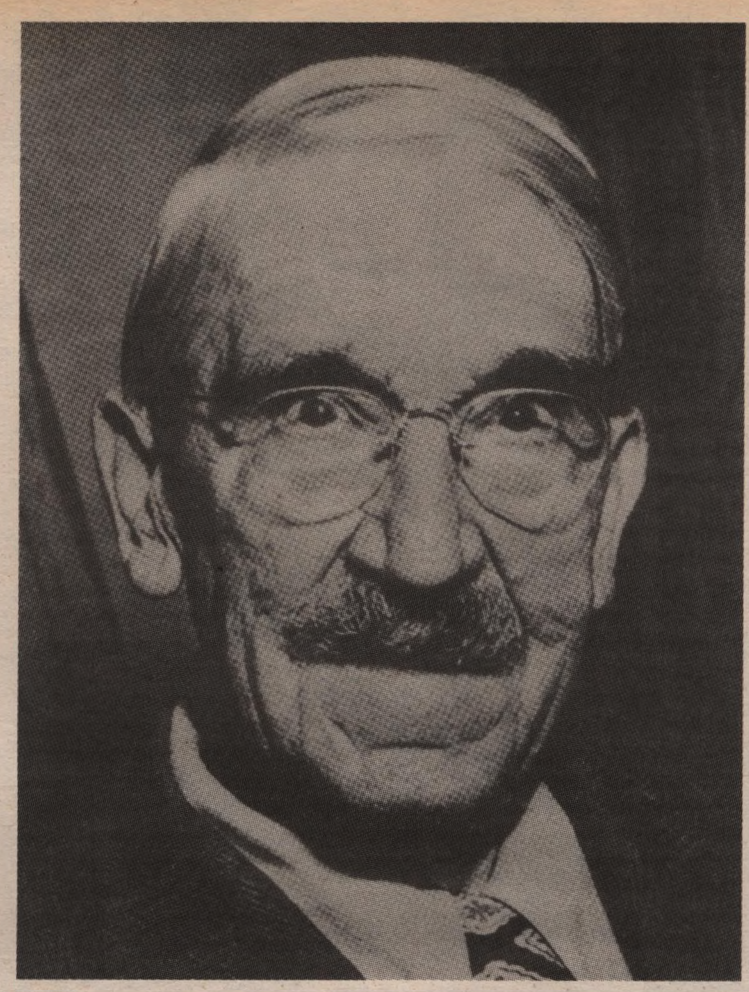
Es begann in Leipzig

worben hatte. Russell kam im Oktober 1897 an die Columbia Universität, nur fünf Jahre, nachdem das New York College für Lehrerbildung seine permanente Zulassung erhalten hatte. Von seiner Position als Vorstand des Department of Psychology and General Method leitete Russell die zentrale Abteilung der Lehrerbildungsanstalt. Im gleichen Jahr wurde er Vorstand des College. Er leitete es für die folgenden dreißig Jahre, in denen er die größte Bildungsstätte der Erde für Lehrer aufbaute.

Aus der Rätselkiste deutscher Psychologe

1897 war die Bühne bereitet für die rasche Ausbreitung der deutschen Psychologie in den Vereinigten Staaten. In enger Zusammenarbeit mit Cattell verpflichtete Russell eine Fakultät, die Psychologie weiter mit Erziehung verschmelzen konnte.
Es war die Anstellung von Edward Lee Thorndike durch Russell, die dazu führte, daß das Teachers College das Bindeglied zur Infusion einer fatalen Dosis deutscher Psychologie in die Schlagader amerikanischer Erziehung wurde. Thorndike promovierte 1895 an der Wesleyan Universität, nachdem er bei den Wundtianern Amstrong und Judd studiert hatte. Er ging danach nach Harvard, um beim letzten großen amerikanischen Psychologen (alte Definition des Begriffs) William James zu studieren. Während seiner Zeit in Harvard setzte er James mit seinen Forschungen an Hühnern in Erstaunen, mit denen er die Instinkte und das intelligente Verhalten der Tiere untersuchte und damit Pionier dessen war, was später als »Tierpsychologie« bekannt wurde.

Russell bot Thorndike einen Posten am Teachers College an, wo der Experimentator für die nächsten dreißig Jahre blieb. Thorndike war der erste Psychologe, der Tierverhalten in einem Experimentalpsychologie-Laboratorium studiert hatte und, der Empfehlung Cattells Folge leistend, die gleichen Verfahren an Kindern und Jugendlichen anwandte.



John Dewey, 20. Oktober 1859 bis 2. Juni 1952, amerikanischer Philisoph und Erzieher.

Thorndikes Ausgangshaltung war die gleiche wie die von Wundt: daß der Mensch ein Tier sei, daß seine Handlungen Reaktionen seien und daß er im Laboratorium mit sehr ähnlichen Resultaten und in sehr ähnlicher Weise wie ein Tier studiert werden kann. Demzufolge setzte Thorndike Kinder den Ratten, Affen, Fischen, Katzen und Hühnern, mit denen er in seinem Laboratorium experimentierte, gleich. Wenn er im Laboratorium etwas greifbares oder quantifizierbares über die Intelligenz und die Lernrate der Tiere herausgefunden hatte, war er bereit, es beim Lernen im Klassenzimmer anzuwenden. Aus seinem Forschen schloß er auf tierische Verhaltens-»Gesetze«, die er dann auf die Ausbildung von Lehrern anwandte. Diese trugen dann das so Gelernte in jede Ecke der USA und führten ihre Klassen, Lehrpläne und Schulen auf der Basis der neuen »Erziehungs-Psychologie«.

Auf der Grundlage der Befriedigung

Thorndike brachte Wundt einen Riesenschritt weiter, aber in Amerika, nicht in Leipzig und nicht im Unterricht von Kindern aus Kaiser Wilhelms Tagen, sondern der Lehrer amerikanischer Kinder. Hier haben wir die Ursprünge des Konditionierens und die Werkzeuge der Verhaltenspsychologen, der Watsons und Skinners. Thorndike baute die Konditionierung auf dem von ihm sogenannten »Gesetz des Effekts« auf, das besagte, daß jene Handlungen und Verhalten, die zur Befriedigung führten, dem Kind aufgedrückt oder eingeprägt werden, und jene mit unbefriedigendem Ergebnissen würden ausgemerzt werden. Der einzige Weg, eine »gute« Reaktion des Kindes zu bestärken, sei demzufolge, sie zu unterstützen und der einzige Weg, eine »schlechte« Reaktion des Kindes auszuschalten, ist, sie zu verwehren.

Das schafft für den Erzieher bestimmte Probleme. Sollte das Kind zum Beispiel das Einmaleins nicht lernen wollen, müßte der Lehrer Mittel und Wege finden, das Einmaleins erfreulich und lohnend zu machen, oder das Kind würde einfach nicht lernen; ähnlich müßte das Kind durch Entzug von Vergnügen erzogen werden, daß solches »Verhalten« unerwünscht war, wenn es zum Beispiel sich daran erfreute, seinen Klassenkameraden Bleistifte nachzuwerfen.

Dieses Gedankengut hat über die Jahre eine Gesellschaft hervorgebracht, die mehr auf der Grundlage der Befriedigung operiert als auf der Grundlage von Vernunft und Verantwortlichkeit. Die Kinder erwarten, Erfreuliches und Erwünschtes zu bekommen, weil sie in der Schule gelernt haben, daß Erfreuliches gut ist und Unerfreuliches nicht gut ist.

Unglücklicherweise konnte trotz sorgfältiger Kontrolle von Reizen und Konditionierung des Verhaltens etwas schief gehen. Der weiter bestehende Unterschied in der individuellen Lernrate und den Fähigkeiten deute darauf hin, daß etwas ureigen unterschiedlich an Kindern sein mußte. Das bringt uns zur Bedeutung psychologischer Tests. Um festzustellen, was die Unterschiede genau sind, testet man ein Kind regelmäßig und sorgfältig, um die spezifische Lern-Unfähigkeit und Lern-Mängel herauszufinden. Thorndikes diesbezüglicher Blickpunkt ruht auf der Annahme, daß Intelligenz eine gegebene Angelegenheit sei, die schon vor Eintritt in die Schule festgelegt ist.

Vor 1900 war die Probe, ob ein Lehrer ein guter Lehrer war, die Frage, ob seine Schüler den Stoff beherrschten. Mit der Ausbreitung von Schülertests wurden die oben erwähnten Lehrnormen nicht-existent und nicht qualifizierbar, weil sie von Variablen im Nervensystem der Kinder abhingen, und daher außerhalb der Kontrolle des Lehrers lagen.

Das Unvermögen mancher Kinder, zu lernen, bringt uns zu Thorndikes dritten Punkt. Einige schaffen es halt nicht, stellte er

fest, und es ist besser, durch erzieherische Tests früh genug festzustellen, wer sie sind, damit sie rechtzeitig ausgesondert und einer beruflichen Ausbildung zugeführt werden können, bevor es zu spät ist.

Zusammenfassend stellt sich dar: ein deutscher Psychologe war der Überzeugung, daß Menschen Tiere seien und daß sie verstanden werden könnten, indem man ihre Erfahrungen analysiert. Seine Prämissen und Methoden sind in ein im Wachstum begriffenes Erziehungssystem der USA importiert und an Lehrer, Berater und Schulverwalter im ganzen Land verbreitet worden. Innerhalb weniger Generationen treibt die Jugendkriminalität Auswüchse, Analphabeten strömen aus den Schulen, Lehrer lernen nicht mehr zu unterrichten und Generation für Generation Erwachsener, selbst um gute Erziehung betrogen, wundert sich, ob es eine Lösung für den Sumpf »moderner« Erziehung gibt.

Geld wie Heu

Hunderte Millionen Dollar waren nötig, um die Erziehung in jener Zeit umzukrempeln. Woher kam das Geld, das diese Epidemie nährte? Wie war es ausgegeben worden? Wie vereinte sich die Hauptströmung deutscher Psychologie mit dem Hauptstrom der Millionen?

Die Antwort ist, zugegebenermaßen, geeignet, einen sich ausgesprochen paranoid fühlen zu lassen. Die neue deutsche Psychologie zapfte die reichste Ader amerikanischen Reichtums und amerikanischer Menschenfreundlichkeit an und gewann nahezu unbegrenzte Mittel zu ihrer Unterstützung. Hier waren ihre Laboratorien, neuen Gebäude, ihre Ausstattungen, ihre Publikationen, ihre Forschungsstätten, Transportmittel, Gehälter – das Erforderliche um wie ein Lauffeuer durch die amerikanische Erziehung zu rasen.

Die Schecks für diese Expansion kamen nicht aus dem Hauptquartier des Teachers College in Morningside Heights, sondern aus dem Hause Broadway 26, gerade um die Ecke vom finanziellen Mittelpunkt der Welt, auf der Wallstreet. Broadway 26 war die beste Geschäftsadresse des Landes, vielleicht der Welt. Es war der Sitz der Standard Oil Company, im Eigentum und geführt von John D. Rockefeller senior. Die Geschichte, wie die Rockefeller-Millionen mit der Ausbreitung der deutschen Psychologie verwoben wurden, wie das Vermögen des größten Öl-Monopols in der Umwälzung der amerikanischen Erziehung Verwendung fand, umspannt etwa 40 Jahre und beginnt mit Rockefeller selbst.

Wie jedem Schulkind bekannt war, hatte Rockefeller das größte Monopol seiner Zeit geschaffen. Er begann 1863 im Ölgeschäft und hatte 1880 schon Kontrolle über 95 Prozent der nationalen Ölproduktion. Er kontrollierte die Ölbohrungen, den Transport von Rohöl und Raffinerieprodukten durch ein verschlungenes System von Tankwagen, Raffinerien und die Preise. Er sabotierte seine Konkurrenten, heuerte Spione an, um die Geschäfte seiner Gegner zu infiltrieren und drückte freie Unternehmer mittels sorgfältig ausgeklügelter geheimer Verträge aus dem Geschäft.

Geld machen – eine Gabe Gottes

Rockefeller liebte es, Geld zu verdienen. Man zitiert, er habe mit 41 gesagt »ich habe Wege, Geld zu machen, von denen ihr nichts wißt«, und schrieb seine Fähigkeit, Geld zu scheffeln, einem Geschenk Gottes zu.

Rockefeller war in der öffentlichen Meinung »die Haut abgezogen« worden und er war Zielobjekt zahlreicher Untersuchungskomitees, die versuchten, ihn wegen seiner Geschäftsgebarung festzunageln. Sein Vermögen und Besitz wuchsen schneller, als er sie kontrollieren oder schützen konnte. Er brauchte einen spezialisierten Assistenten, der sein öffentliches Ansehen aufpolierte und gleichzeitig als Axtführer in der Konsolidierung seines weitgefächerten Geschäfts-Imperiums agieren konnte. So einen Mann fand er in Frederick Taylor Gates.

Rockefeller war von Gates beeindruckt, von seiner Gewandtheit und der Art, wie er finanzielle Angelegenheiten anging. Ständig mit Wünschen um Geld bedrängt, bot Rockefeller Gates an, für ihn zu arbeiten und die Mühen der Wohltätigkeit von seinen Schultern zu nehmen. Gates erledigte bald alle Anfragen um Rockefeller-Summen und tat alles in seiner Macht stehende, um das Ansehen Rockefellers aufzupolieren.

Gates erregte sich über den Umfang von Rockefellers finanziellen Beteiligungen und die Bedrohung, die sie für Rockefeller darstellten: »Ihr Vermögen ballt sich zusammen wie eine Lawine! Sie müssen es schneller verteilen, als es wächst! Wenn Sie das nicht tun, wird es Sie erdrücken, Sie, Ihre Kinder und die Kinder Ihrer Kinder!«

Gates Schlachtplan war einfach. Die Lösung schien ein Monopol der Wohltätigkeit, in welchem große Summen aus dem Vermögen Rockefellers und anderer Industriebarone gesammelt und so verteilt würden, daß Herrn Rokkefeller der Respekt und die Bewunderung jener Gesellschaftselemente garantiert würde, die ihm am meisten zusetzten. Mit anderen Worten – es war Zeit, das Geld sauber zu machen.

Die Gründung und Finanzierung der Universität von Chicago hat viel getan, um Rockefellers Ansehen in Baptistenkreisen und bei vielen Erziehern zu etablieren. Erzieherische Wohltätigkeit, die sich in guter Publicity bezahlt machte, konnte der einzuschlagende Weg sein. Die einzige Schwierigkeit dabei war, daß die Erziehung, als Ganzes gesehen, nicht in schlechter Verfassung war. Das einheimische amerikanische Erziehungssystem war tief verwurzelt im Glauben und in den Praktiken der puritanischen Väter, der Quäker, der frühen amerikanischen Patrioten und Philosophen. Jefferson hatte das aufrecht erhalten, um die Freiheit in der Nation zu bewahren – es war wichtig, daß ihre Bürger gebildet waren, unabhängig von ihrem Einkommen.

Im ganzen Land waren fast unmittelbar nach der Kolonisation neuer Landstriche Schulen eingerichtet worden. Hervorragende Schulsysteme waren von den Quäkern in Pennsylvanien und im Mittelwesten errichtet worden. Die erzieherischen Ergebnisse jener Schulen übertrafen bei weitem die der modernen Schulen. Der Absolvent einer allgemein bildenden höheren Schule jener Tage war ein gebildeter Mensch, der fließend seine Sprache beherrschte, seine Geschichte, seine Kultur, und der über die Fertigkeit verfügte, die man zum Bestehen im Leben brauchte. Außer im ländlichen Süden.

Der Erziehungs-Trust

Der Süden war vom Bürgerkrieg zerrissen worden und durchlief eine Periode des Wiederaufbaues, in der traditionelle Werte und Einrichtungen starken Wandlungen unterworfen waren. In den ländlichen Gemeinden existierten nur wenige Schulen, selbst für weiße Kinder, wieviel weniger für Kinder der erst kürzlich befreiten Sklaven. Hier im Süden war es, daß Gates einen Träger für die Durchführung seiner Pläne fand.

John D. Rockefeller junior war dabei. Der junge Rockefeller war fasziniert von der Idee, ein Negro-Education-Board zu gründen. Mr. Rockefeller senior stattete die neue Organisation mit einer Anfangsgabe von einer Million Dollar aus. Das General Education Board war auf seinem Weg. Wohin war es unterwegs?

Rockefellers größter Wunsch war, sich gegen seine Feinde und gegen die öffentliche Meinung abzuschirmen, indem er Millionen in jede Art medizinischer oder erzieherischer Wohltätigkeit schüttete, die Gates aufgreifen konnte. Er hatte Gates zu seinem finanziellen Aufseher und zum Direktor seines Vermögens erhoben und hatte die Aufgabe des Weißwaschens seines Besitzes seinem Sohn John D. Rockefeller junior übertragen, der über die Jahre größere, teurere und spektakuläre Wege, Rockefeller-Reichtum in öffentlich deutlicher sichtbarer Weise auszugeben, aufspürte.

Diese Männer – das kann getrost gesagt werden – wußten wenig von Wundt und deutscher Psychologie. Sie konspirierten nicht, um Amerikas Erziehung zu sabotieren, sondern um den Namen Rockefeller zu retten und den Reichtum Rockefellers gegen Angriffe zu umwallen. Nichtsde-

Erziehungs-Psychologie

Es begann in Leipzig

stoweniger wurden mit dem General Education Board, Rockefellers »Erziehungs-Trust«, eine praktisch unbegrenzte Quelle von Mitteln für die Entwicklung Wundtscher Psychologie in der amerikanischen Erziehung bereitgestellt.

Amerikas Erziehung in Rockefellers Hand

Der erste Kontakt zwischen den beiden Kräften fand auf der Höhe der Anti-Rockefeller Publicity 1902 statt:

»Kaum hatte Dr. Buttrick sein zweiräumiges Büro in der Nassau Street 1092 eröffnet, als ein Ansuchen von Dr. James E. Russell, Vorstand des Teachers College der Columbia Universität mit einem Hinweis auf Dringlichkeit eintraf. Die Morgenpost habe bereits zwei Briefe aus dem Süden gebracht, erklärte Russell, und jeder Tag würde mehr bringen – alle von Lehrern, die um ein Stipendium ansuchten, damit sie in den Norden kommen könnten, um ihre Ausbildung zu vervollständigen. – Das General Education Board handelte schnell, und innerhalb weniger Wochen waren Stipendien zu je 300 Dollar an sechs Norm-Schul-Lehrer gewährt worden.«

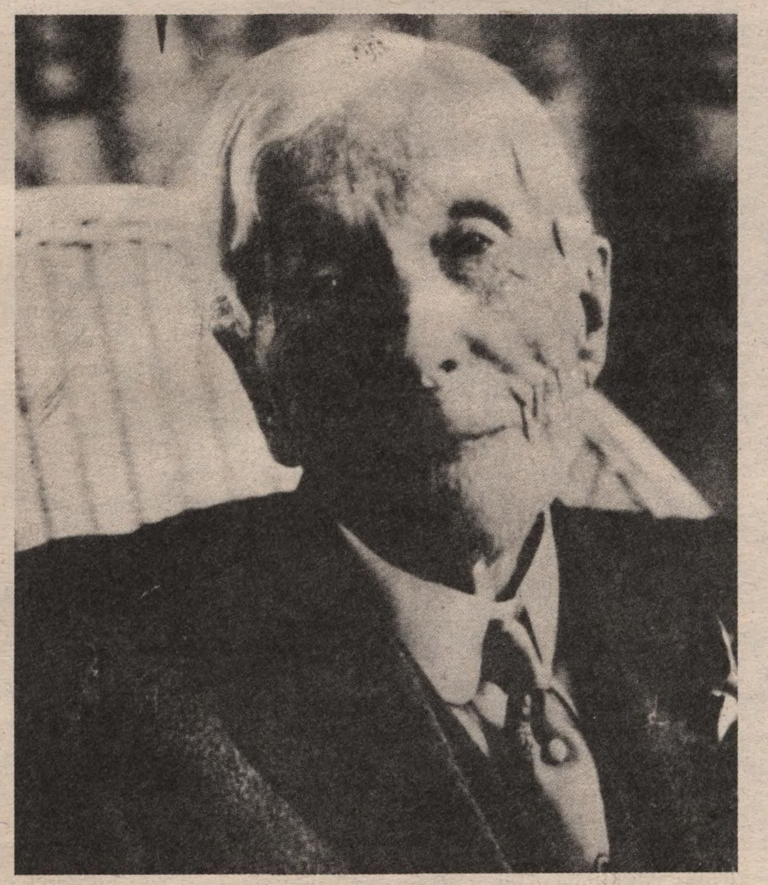
Das unschuldige Beispiel war statuiert und das Spiel hatte begonnen. Das Teachers College brauchte mehr Geld, um die wachsende Zahl der Anmeldungen unterzubringen, um »Amerikas Erziehung im Einklang mit seinen Ambitionen und sie sogar übertreffend zu beeinflussen.« Dekan Russell fand seine stabile Basis der Finanzierung im Rockefeller-Reichtum. Als Ergebnis erlebte das Teachers College einen meteorhaften Aufstieg.

Das Teachers College war deswegen in einer Zeit, die kritisch für seinen Erfolg war, in der Lage zu wachsen und mit dem kräftigen Bevölkerungszuwachs unter schulpflichtigen Kindern Schritt zu halten. Die Anzahl der Einschreibungen in öffentlichen Schulen war eine Reflektion dieses Anstieges, sie wuchs von 9,9 Millionen im Jahr 1880 auf 12,7 Millionen nur zehn Jahre später und stieg weiter beständig an. Die Zahl der Colleges stieg von 350 im Jahre 1880 auf nahezu 500 im Jahre 1900, wobei die Anzahl der College-Einschreibungen sich im gleichen Zeitraum verdoppelte und in den frühen Jahren des neuen Jahrhunderts weiter zunahm. Der dringende Bedarf an Lehrern war vorhanden, und das Teachers College war jetzt fest etabliert und bereit, diese Nachfrage mit etwas zu stillen, was andere Schulen nicht bieten konnten – eine Methodik, die »erzieherische« Psychologie genannt wurde.

Im Jahr, nach dem Rockefellers General Education Board das Teachers College auf seine finanziellen Füße gestellt hatte, publizierte Thorndike den ersten Band seines Meisterwerkes »Educational Psychology«. 1904 war er als ordentlicher Professor etabliert und führte das Department of Educational Psychology des Teachers College. Im selben Jahr trat Dewey nach zehn Jahren Experimenten mit Kindern der Fakultät der Columbia als Mitglied des »Departments für Philosophie und Erziehung« in einer ausgezeichnet geeigneten Position, die fortgeschrittenen Studenten am College zu beeinflussen, bei. Mit Russell, Cattell, Thorndike und den anderen Wundtianern brachte Dewey die Kugel für eine neue Bewegung in der amerikanischen Erziehung ins Rollen. Eine Mischung aus »Erziehungs«-Psychologie und Sozialismus, wurde sie als »Progressive Erziehung« bekannt und war, vom Teachers College der Columbia Universität für das nächste halbe Jahrhundert ausgehend, in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts an jeder Schule der USA eine Alltäglichkeit.

Ein einziges großes Experiment

Für Dewey und Thorndike war das Klassenzimmer ein »großes Laboratorium«, in dem sie ihre Forschungen anstellen und die »Modifikation der Instinkte« und der Fähigkeiten zu »Gewohnheiten und Kräften« untersuchen konnten. Doch es gab keine große Laboratoriumsschule an Columbia, kein Institut voller Studenten, die willig oder unwissentlich Subjekt eines großen Experiments der Wundtianer am Teachers College sein würde. Nicht bis 1917, als ein Angebot für so ein Laboratorium von Abraham Flexner vom General Education Board kam. Wer war Flexner?



John D. Rockefeller: »Ich glaube, daß die Gabe, Geld zu machen, eine Gabe Gottes ist.«

Abraham Flexner war ein fähiger Mann im Auftun von Geldquellen, ein erfahrener Erzieher und ein Organisator, der das Gefühl hatte, die Lösung sowohl für die vermutete Fehlerhaftigkeit in der amerikanischen Erziehung als auch für die Verpflichtung des General Educations Board, die Rockefeller-Millionen zu verteilen, zu haben. Ausgebildet an der John Hopkins Universität und an der Universität von Berlin, hatte er anscheinend wenig Kontakt mit den Wundtschen Psychologen an jedem der Institute. Flexners Erfahrungen in der Erziehung rührte aus fünfzehn Jahren der Führung seiner eigenen Vorschule in Louisville in Kentucky, und aus seinen Studien zu der Zeit als Forscher an der Carnegie Foundation für die Förderung des Lehrens in New York City, der deutschen und der amerikanischen Erziehung.

Als Intellektueller und Erziehungsfachmann lag Flexners Stärke in der Verarbeitung großer Mengen von Informationen und darin, sie für andere verdaulich zu machen: seine Spezialität war Erziehung. Während Rockefeller und sein Sohn nur relativen Frieden und die Beruhigung von Millionen in der Bank, geschieden von den Umständen, unter denen sie erworben worden waren, suchten und vor staatlichen und öffentlichen Angriffen sicher sein wollten, sah Flexner deutlicher als jeder andere, wie dieses Geld genützt werden konnte, um die progressive Erziehung in den Vereinigten Staaten zu fördern.

Rockefellers Gottvater

Flexners Einfluß auf die amerikanische Erziehung nahm zuerst die Form an, die amerikanische medizinische Ausbildung zu »verdeutschen«. Während seiner Zeit an der Carnegie Foundation war Flexner beauftragt worden, die wichtigsten Medizin-Schulen der Vereinigten Staaten und Canadas zu studieren. In den folgenden achtzehn Monaten besuchte Flex-

ner jedes der 155 Medizin-Colleges in den Vereinigten Staaten und Kanada. Flexner war entsetzt von den Zuständen, die er für unentschuldbar hielt im Vergleich zu den medizinischen Ausbildungsstätten, die er in Deutschland gesehen hatte. Nichtsdestoweniger fand er einige Medizin-Schulen, die er guthieß, besonders hervorzuheben seine Alma Mater John Hopkins, die er für »den einen strahlenden Punkt, trotz fehlender Kliniken und dürftiger Ausstattung« hielt.

Die Unterstützung der »Modernisierung« amerikanischer Medizinal-Schulen entwickelte sich rasch im General Education Board, das nach Wegen suchte, seine Menschenfreundlichkeit über das schmale Band der Unterstützung ländlicher Erziehung im Süden hinaus zu expandieren. Carnegie, der die Studien anfänglich gestützt hatte, wollte mit der Finanzierung medizinischer Schulen nichts zu tun haben, weil »der praktische Schotte keinen Sinn in der Unterstützung von Institutionen sah, die sich in eine so abgründige Situation bringen konnte«.

Aber auf Ansuchen der Carnegie Foundation verreiste Flexner erneut, diesmal, um die medizinischen Schulen in England, Schottland, Frankreich, Deutschland und Österreich zu studieren. Es war zur Zeit, da er seinen Abschlußbericht schrieb, daß Gates ihn zum Mittagessen einlud. Gates war stark an deutscher Medizin interessiert und stand im Widerstreit zur homöopathischen Medizin, die von Rockefellers eigenem Arzt, Dr. H. F. Bigger, benutzt wurde.

In dem kurzen Treffen fragte Gates Flexner, was er tun würde, wenn er eine Million Dollar zur Verfügung hätte, um die medizinische Ausbildung in den Vereinigten Staaten zu entwickeln. Flexner antwortete, daß er sie der John Hopkins Universität geben würde. Gates sandte Flexner an seine Alma Mater mit der Botschaft, daß, falls Flexner überzeugend für eine Spende plädieren könnte, diese durch das Board genehmigt werden würde. Einige Jahre später kassierte schließlich Flexner, in dem er eine 1,5-Millionen-Spende an die deutsch-orientierte John Hopkins Universität durch das Board sicherte. Im selben Jahr verließ Flexner Carnegie und trat dem Board bei, wo er weiterhin die Vergabe der Rockefeller-Millionen für die Entwicklung der deutschen chemie-orientierten Medizin in den Vereinigten Staaten dirigiert.

Zu der Zeit, als Flexner dem Board beitrat, hatten seine Angriffe gegen die amerikanische medizinische Ausbildung, die Schlagzeilen auf den ersten Seiten im ganzen Land waren, dazu geführt, daß die Anzahl der medizinischen Schulen in den Vereinigten Staaten von 147 auf 95 gesunken waren. Die Heilpraktik war in diesem Land im Abstieg begriffen, weil sie sich besonders ungeeignet für Rockefeller-Finanzierung gezeigt hatte.

Radikal und gefährlich

Über die Jahre bis 1960 hatte das General Education Board insgesamt 96 Millionen Dollar ausgegeben, um medizinische Ausbildungsstätten wie John Hopkins zu fördern, die Heilpraktik, Homöopathie und Chiropraktik zugunsten von Zweifeln der Medizin, die fast ausschließlich auf chemischen Drogen basierten, auszuschalten.

Die Förderung der chemischen Medizin durch das Board auf der einen Seite und der Psychologie auf der anderen Seite kulminierte 1963, als eine Gruppe von Forschern an John Hopkins den Einsatz von Amphetaminen wie Dexedrin und Ritalin entwickelte, um Kindern, die als »gestört« oder überaktiv galten, zu »behandeln«. Die Auswirkungen dieser Kombination deutscher Medizin und Wundtscher Psychologie auf die amerikanische Erziehung sind am besten in dem Bestseller »The Myth of the Hyperactive Child and Other Means of Child Control« von Divoky and Schrag dokumentiert.

Flexners zweiter wichtiger Beitrag zur Umformung der amerikanischen Erziehung und Gesellschaft kam 1916 mit seinem Plan, eine durch Rockefeller-Geld gestützte Experimentallaboratoriums-Schule zu schaffen, die ein Schaustück der progressiven Erziehungspraktiken von Dewey und Thorndike werden sollte. Flexner legte seine Vorstellungen der Öffentlichkeit in einem kurzen Traktat dar, das er »Eine moderne Schule« betitelte. In ihm attackierte Flexner die amerikanische Erziehung und schlug einen scharfen Bruch mit funktionierenden Praktiken vor. Seine Experimentalschule würde das Studium von Griechisch und Latein streichen, Literatur und Geschichte würden nicht ganz aufgegeben, aber neue Methoden eingeführt werden, um diese Gegenstände zu lehren. Formale englische Grammatik würde gestrichen und klassische Literatur ignoriert werden.

Flexners Vorschläge waren kaum so radikal wie jene von Dewey und anderen in der Erziehung tätigen Psychologen, aber Flexners Broschüre, dem Publikum als ein Papier des General Education Board mit dem vollen Gewicht der Rockefeller-Millionen im Rücken vorgelegt, erzeugte eine augenblickliche und dramatische Reaktion quer durch die Nation. Zu einer Zeit, als sich am Vorabend zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges deutsche Unterseeboote an die britische Seefahrt im Nordatlantik heranpirschten und die Zeitungen mit Nachrichten aus Europa gefüllt waren, widmete die »New York Times« einen gewichtigen Leitartikel dem Vorschlag Flexners, nannte ihn »radikal und gefährlich« und »subversiv für einen großen Teil dessen, was wir für gut und wertvoll in unserem gegenwärtigen System der Ausbildung halten«:

»Schamloser Materialismus findet seinen krönenden Triumpf in der Theorie der modernen Schule. Im ganzen Plan ist nicht ein geistiger Gedanke, nicht eine Idee, die über das Bedürfnis, Taschengeld und Nahrung für den Bauch zu bekommen, hinausgeht. Es ist Sache einer sofortigen Untersuchung, zur sehr nüchternen Überlegung, ob dem General Education Board mit den immensen Mitteln zu seiner Verfügung gestattet werden sollte, praktisch alle Einrichtungen, in denen die Jugend des Landes ausgebildet wird, nach seinem Willen zu formen. Falls dieses Experiment die erwarteten Früchte trägt, werden wir ein System der Erziehung dem Land aufgezwungen sehen, welches aus den Theorien von ein oder zwei Männern geboren wurde und ein System ablöst, welches ein natürlicher Sproß des amerikanischen Charakters und des Bedürfnisses des amerikanischen Volkes war.«

Die Macht des finanziellen Kontrolleurs

Der Damm brach in einem nationalen Aufschrei gegen das General Education Board und seinem versteckten, oft auch offenen Versuch, die amerikanische Erziehung zu kontrollieren und zu verändern.

Im »New York Journal of Commerce« hieß es dazu: »Beispiele können in Hülle und Fülle genannt werden, wo die bloße Hoffnung auf ein großes Geschenk die gesamte Denkweise eines College-Vorstandes verändert hat und ihn veranlaßte, seine Segel auf einen völlig neuen Kurs einzustellen, um die günstigen Winde der Prosperität einzufangen.«

Der »Manufactures Record« aus Baltimore, Maryland, schrieb dazu: »Kontrolle, die durch Besitz von im erzieherischen Trust konzentrierten Millionen zwei- oder drei- oder viermal so viel Millionen Dollar in der Erziehung steuert, macht es möglich, die Einrichtungen und Methoden der Erziehung zu beherrschen. Es ermöglicht dem zentralen kontrollierenden Organ, den ganzen Charakter der amerikanischen Erziehung, die verwendeten Lehrbücher und die anzustrebenden Ziele zu bestimmen. Über den Staat, durch Bekenntnis-orientierte und individuelle Systeme von Schulen und College operierend, gibt sie dem finanziellen Kontrolleur Macht, seinen Günstlingen seine eigenen Anschauungen, gute wie schlechte, aufzuzwingen und dabei die öffentliche Meinung in sozialen, ökonomischen und politischen Angelegenheiten zu bestimmen.«

Im »New Orleans Times-Democrat« heißt es zu diesem Thema: »Die Sachlage tritt hier klar zutage. Der Betrag, den das General Education Board zur Verfügung stellt, ist größtenteils von Männern bereitgestellt, deren Interesse an der öffentlichen Meinung über bestimmte Angelegenheiten, die von vitaler Bedeutung für die Gesellschaft und den Staat sind, sehr groß ist. Ob ihre

Erziehungs-Psychologie

Es begann in Leipzig

Menschenfreundlichkeit als Mantel dient, die erwünschten Ziele zu erreichen, oder ob der Plan selbstlos erdacht und der dunkle Einfluß unbewußt ausgeübt wird, die Auswirkung wird am Schluß dieselbe sein. Die Geschenke sind durch Einschränkungen und Bedingungen, die vom General Education Board diktiert und auf Einhaltung überwacht werden, abgesichert. Jedes College, das an dem reichen Geschenk teilhaben will, wird in bestimmter Weise zum Bittsteller. Nicht nur seine Leitsätze werden teilweise durch das Board diktiert, sondern es wird zusätzlich, wissentlich oder unwissentlich durch die Wünsche seines Wohltäters beeinflußt.«

Die moderne Schule

Das spezifische Thema war die »Moderne Schule«, wie Flexner sie vorgeschlagen hatte, aber die Debatte war in die Tiefe gegangen und wurde Amerikas letzter großer Angriff gegen die progressive Erziehung. Nach 1917 hatte die progressive Erziehung trotz allem gewonnen, und die Übernahme ging schnell vor sich.
Sogar schon bevor die Wellen sich geglättet hatten, gingen Flexner und das Teachers College an ihre Pläne für eine Laboratoriums-Schule. Flexner hatte die neue Schule nach dem Titel seiner Broschüre »Die moderne Schule« nennen wollen, aber diese Wendung war so unbeliebt geworden, daß er beschloß, sie Lincoln Schule zu nennen. Dem Drängen Flexners nachgebend, stimmte das General Education Board zu, die nötigen Mittel für die Einrichtung und den Betrieb der Lincoln Schule bereitzustellen und sogar das Gehalt des Direktors zu bezahlen.

Die Schule wurde provisorisch mitten in Manhatten errichtet, doch schon 1920 kaufte das Board ein Areal näher am Teachers College und investierte ungefähr 1,25 Millionen Dollar in Gebäude und Einrichtungen der neuen Schule.

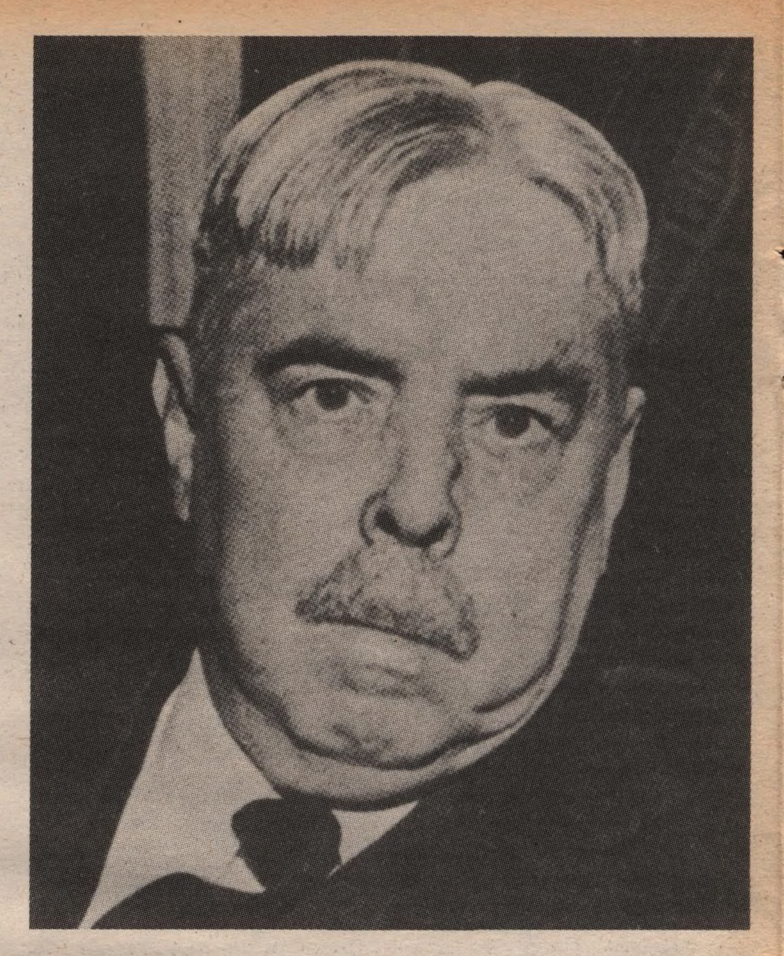
Die beiden Kräfte, deutsche Psychologie und Rockefellers Geld, hatten sich in einer Institution vereint, deren Ziel »die Entwicklung neuer Methoden war«. Neue Lehrbücher wurden geschaffen. Die genormten Unterrichtspraktiken wurden revidiert, ein Lehrgang über das Studieren, der um die Prinzipien des Teachers College organisiert war, wurde von Thorndike und Dewey entwickelt. Hier stand der flügge gewordene Prototyp.

Mehr als tausend Erzieher besuchten die Lincoln Schule allein in den Jahren 1923 und 1924. John D. Rockefeller junior schickte sogar vier seiner fünf Söhne zur Erziehung an die Lincoln Schule mit Ergebnissen, die vorhergesagt hätten werden können: »Laurence Rockefeller gibt erstaunlich Zeugnis dessen ›Warum Johnny nicht lesen kann?‹ Er sagt, daß die Lincoln Schule ihn nicht lesen und schreiben gelehrt habe, wie er es heute gerne möchte. Nelson gibt heute zu, daß das Lesen für ihn ein ›langsamer und mühsamer Prozeß‹ ist, an dem er sich nicht erfreut, zu dem er sich aber zwingt.«

Als ein Experiment in der Erziehung hatte die Lincoln Schule sich als Fehlschlag erwiesen und hatte finanzielle Sorgen trotz fortdauernder Rockefeller-Unterstützung bis zu 5 Millionen Dollar. Letztendlich wurde sie 1946 vom Teachers College geschlossen und durch das Institut für Schulversuche ersetzt, das die Aufgabe, die amerikanische Erziehung umzumodeln, fortführte.

Schule der Welt als Konzept einer neuen Staatsform

Die Lincoln Schule erzeugte trotz ihrer Unfähigkeit, ihren Schülern Lesen und Schreiben beizubringen, breite Auswirkungen auf die amerikanische Erziehung. Indem sie den traditionellen Gang der Bildung abschaffte, entwickelte sie das Kern-Curriculum und mischte das Studium der Geschichte, Geographie und Staatsbürgerkunde in etwas, was sie »Sozial-Lehre« nannte. Für eine Generation von Lehrern und Verwaltern, die am Teachers College ausgebildet worden war, war die Lincoln Schule das, zu dessen Errichtung in ihrer Heimat sie ausgebildet worden war.



Edward L. Thorndike, 31. August 1874 bis 10. August 1949, amerikanischer Philosoph und Phychologe.

Für tausende Besucher war sie ein Schaustück deutscher Psychologie und progressiver Erziehung. Für die Kräfte Rockefellers war sie eine Demonstration für all die selbstlose Absicht hinter dem Rockefeller-Vermögen. Doch sie war weder, wie groß auch immer, das ganze Ergebnis der Anstrengungen zur progressiven Erziehung am Teachers College, noch repräsentierte sie die tausende Wege, auf denen ein vermögendes Teachers College die ständige Wandlung der amerikanischen Erziehung förderte.

In unserem Erziehungssystem gibt es wenig, in dem Professoren des Teachers College ihre Hände nicht hatten. Deweys Schüler Rugg, Counts und Kilpatrick sind gute Beispiele dafür, wohin die deutsche Psychologie die Lehrer unserer Lehrer führten.

In den Worten von Rugg heißt es: »Durch die Schulen der Welt werden wir ein neues Konzept einer Staatsform verbreiten – eines, das sämtliche Aktivitäten der Menschen umfassen wird; eines, das nach wissenschaftlicher Kontrolle und Handhabung der ökonomischen Belange im Interesse aller Menschen verlangt.«

Rugg schlug vor, daß dies auf dreierlei Weise geschehen könnte: »Erstens zu fördern ist die Entwicklung einer neuen Philosophie des Lebens und der Erziehung, die ganz der neuen sozialen Ordnung entsprechen wird; Zweitens wird ein Plan für das Hervorbringen einer neuen Art von Sozialarbeitern aufzustellen sein; Drittens werden neue Tätigkeiten und Materialien für das Curriculum erstellt werden müssen.«

Counts ging weiter, indem er vorschlug, daß die Schulen selbst die neue soziale Ordnung errichteten: »Der historische Kapitalismus mit seiner Verherrlichung des Prinzips des Eigennutzes, seinem Vertrauen in die Kräfte des Wettbewerbs, seiner Art, Eigentum über menschliche Rechte zu stellen und seiner Übertreibung des Gewinnstrebens wird entwe-

der insgesamt verdrängt, oder in Gestalt und Geist so radikal verändert werden, daß seine Identität völlig verloren geht. Daß die Lehrer freizügig nach Macht streben, um dann aus ihrer Eroberung das höchste herauszuholen, ist meine feste Überzeugung. In dem Maß, in dem ihnen gestattet wird, das Curriculum und die Vorgehensweise der Schule anzupassen, werden sie bestimmt und positiv die soziale Einstellung, die sozialen Ideale und das soziale Verhalten der kommenden Generationen beeinflussen.«

Unterdrückung der Montessori-Methoden

Obwohl die Ansicht Kilpatricks ähnlich war, wird er hier nicht wegen seiner Unterstützung des Marxismus und der Psychologie in der Erziehung erwähnt, sondern weil er 1914 einen ätzenden Angriff gegen die Methoden der italienischen Erzieherin Maria Montessori veröffentlichte. Er argumentierte, daß Dr. Montessoris »Schwerpunkt auf Individualität die sozialen Interaktionen, die in den progressiven amerikanischen Theorien stark hervorgehoben würden, ausschließe«.

Kilpatrick beschwerte sich ferner, daß die Lehrmaterialien nicht stimulierend wirkten; daß Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen zu früh erlernten, und daß alle guten Elemente bereits in Dr. Deweys Theorien, die weit über jene von Dr. Montessori hinausgingen, enthalten waren. Dr. Kilpatricks Buch hatte solchen Einfluß, daß die Methoden Montessoris 1918 selten in den USA erwähnt wurden, obwohl sie andernorts florierten.
Das Ergebnis aus Kilpatricks gehässigen Angriffen war die Unterdrückung der Montessori-Methoden in der amerikanischen Erziehung für die nächsten fünfzig Jahre. In der Zwischenzeit bereitete Thorndike die Veröffentlichung neuer Lesebücher, Rechenbücher und Wörterbücher vor, Lehrbücher der Erziehung und des erzieherischen Testens und ähnliches. Und das General Education Board finanzierte weiterhin das Teachers College, die Progressive Education Association, die National Education Association und andere mit dem stolzen Betrag von hundert Millionen Dollar.

1953 hatte die Wundtsche Psychologie vom Teachers College ausgehend jede Schule in den Vereinigten Staaten erreicht. Die stärkste einzelne erzieherische Kraft der Welt ist auf der 120. Straße und am Broadway in New York City. Die Lehrer der amerikanischen Kinder gehen für ihre höhere Ausbildung dort hin. Mit 100.000 ehemaligen Studenten hat das Teachers College es fertig gebracht, etwa ein Drittel der amerikanischen Präsidenten und Dekane der Hochschulen und Fachschulen zu stellen. Seine Absolventen machen 20 Prozent sämtlicher Lehrer an öffentlichen Schulen aus. Über ein Viertel der Schulinspektoren in 168 Städten der USA und mindestens 50.000 Einwohner sind bis 1953 am Teachers College ausgebildet worden.

Heute ist Wundt fast vergessen. Gates, Flexner, Cattell, Russell, sogar Thorndike, sind nur mehr Namen in den Büchern, die ihre Schüler geschrieben haben. Sie scheinen für die heutigen Erziehungsprobleme: Drogenmißbrauch, Analphabetentum, Kriminalität, verringerte Anforderungen, Mangel an Motivation und Selbstdisziplin und dem ganzen Rest irrelevant zu sein.

Trotz der Millionen, die Jahr für Jahr für die scheinbare Entwicklung der Psychologie ausgegeben werden, hat dieses Gebiet bis heute nicht eine funktionierende Lösung für die Probleme der Erziehung geboten, von denen sie viele, wenn nicht die meisten, hervorgebracht zu haben scheint. Es ist Zeit, daß die beiden getrennte Wege gehen.

Am 31. August 1920 starb Wundt in Großbothen nahe Leipzig. John D. Rockefeller senior starb 1937. 1944 starb James McKeen Cattell in Lancaster, Pennsylvanien. 1949 sah den Tod von Edward Lee Thorndike. Dewey verschied 1952. 1959 starb Abraham Flexner in Falls Church, Virginia, nachdem er das Institut für fortgeschrittene Studien an der Princeton Universität, dem Heim der Atombombe, gegründet und betrieben hatte.

Das General Education Board ging 1960 nach dem Tod von John D. Rockefeller junior in der Rokkefeller Foundation auf und existiert nicht mehr als eigenständige Einheit. □

Naher Osten

Kriegswolken brauen sich zusammen

Mark Lane

Feindselige Rhetorik in einer gefährlichen Nachbarschaft. Die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn sind deutlich gestiegen und konzentrieren sich am erkennbarsten auf den Irak. Empfindsame Kreise innerhalb Israels und in Washington sowie New York drücken die Befürchtung aus, daß die Lage leicht zu einem totalen Krieg eskalieren könnte.

Das politische Durcheinander in Israel, das immer verzweifelter werdende interne Gerangel seitens des Likud und der Labor-Partei um eine Regierung unter gegenseitigem Ausschluß zu bilden, werden als Faktoren gewertet, die zu dieser sehr gefährlichen Lage beitragen. Aus einer Quelle des israelischen Nachrichtendienstes verlautet: »Diese Likudniks stehen am Rande des Versuchs einen inländischen politischen Sieg dadurch zu erringen, daß sie das Land in einen Krieg stürzen. Und sie sind verrückt genug zu glauben, sie könnten ihn gewinnen.«

Der rhetorische Krieg hat begonnen

Der rhetorische Krieg machte in der ganzen Welt Schlagzeilen, als eine der Unterströmungen, der geheime Rüstungswettlauf, öffentlich bekannt wurde. Dies war der fehlgeschlagene Versuch des Iraks, verbotene Atomwaffenzünder – Krytonen – aus den USA über England in den Irak zu schmuggeln. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein reagierte auf die Veröffentlichungen und auf die aus Tel Aviv kommenden Drohungen gegen den Irak, indem er seinerseits heftig drohte. Hussein wörtlich: »Bei Gott, wir werden halb Israel Feuer schlucken lassen, wenn es versuchen sollte, auf den Irak einzudreschen.«

Hussein behauptete auch, die gegen irakische Staatsangehörige, die in einer gemeinsamen amerikanisch-britischen Überraschungsaktion in eine Falle geraten waren, erhobenen Beschuldigungen des Schmuggelns seien ein abgekartetes Spiel gewesen. »Wir brauchen keine Atombombe«, erklärte er, weil der Irak »zweifache« chemische Waffen hat – augenscheinlich ein Hinweis auf die sogenannten binären chemischen Waffen, in denen das tödliche Produkt in zwei harmlosen Bestandteilen gelagert wird, die erst dann tödlich werden, wenn sie nach dem Start zusammengefügt werden.

Israel sorgt vor und verteilt Gasmasken

Daß der Irak chemische Waffen besitzt, ist kein Geheimnis. Die Irakis geben zu, daß sie diese in ihrem Krieg mit dem Iran eingesetzt haben. Was Beunruhigung hervorruft ist Iraks Entwicklung von Mittelstreckenraketen, die in Israel einschlagen können. Die Irakis schmollen immer noch über einen israelischen Luftangriff im Jahre 1981 auf einen irakischen Kernreaktor, von dem man glaubte, daß dort Material für Atomwaffen entwickelt wurde, und sie sind daran gebunden und dazu entschlossen, einen weiteren Angriff dieser Art nicht ungestraft geschehen zu lassen.

Obwohl Husseins Ausbruch in den meisten Presseberichten als eine Tirade bezeichnet wurde, die durch die Peinlichkeit um den gescheiterten Schmuggelversuch

Naher Osten

Kriegswolken brauen sich zusammen

hervorgerufen worden sei, war doch mehr an der Sache als dies. Ein hoher israelischer Offizier soll gesagt haben, Israel habe sowohl der irakischen als auch der syrischen Regierung »bekanntgegeben«, daß der Einsatz von Chemie-Waffen zu einem verheerenden Vergeltungsschlag führen würde, der »weit über das hinaus ginge, was diese Länder jemals erlebt haben«. Israel hat bereits an alle seine Bürger, natürlich mit Ausnahme der palästinensischen Einwohner der besetzten Gebiete und Jerusalems, Gasmasken ausgegeben.

In kürzlich stattgefundenen öffentlichen Gesprächen über diese Fragen wurde allgemein die Tatsache übersehen – die jeder westlichen Regierung und Nachrichtendienst bekannt ist –, daß Israel der führende Hersteller und Lagerer von Atomwaffen im Nahen Osten – ja in der ganzen Dritten Welt ist. Der große Scheinwerfer der Publizität, der auf den irakischen Versuch gerichtet war, sich Atomwaffenzündungsvorrichtungen zu beschaffen, ging auch über die Tatsache hinweg, daß erst vier Jahre zuvor Israel selbst versucht hatte, Krytonen aus einer kalifornischen Firma zu schmuggeln. Der einzige Unterschied bestand darin, daß Israels Versuch keine Schlagzeilen in den abendlichen Fernsehnachrichten machten, oder besorgte Leitartikel in den führenden Zeitungen des Landes hervorrief.

Kalter Krieg im Nahen Osten

Das gesamte nukleare Spiel und Gegenspiel, das die Beziehungen zwischen Ost und West im Kalten Krieg charakterisierte, wird jetzt en miniature im Nahen Osten gespielt. Obwohl die Israelis die ersten waren, die Kernwaffen herstellten und aufstellten, holen seine Nachbarn jetzt schnell auf. Syrien zum Beispiel hat höchst präzise sowjetische SS-21-Raketen mit chemischen Sprengköpfen ausgerüstet, die innerhalb von zehn Minuten Wohnviertel in Israel erreichen könnten. Irak hat sowjetische Scud-Raketen mit ähnlicher Einsatzfähigkeit abgeändert. Beide Länder verfügen über sowjetische SU-24-Bomber, die die israelische Luftverteidigung durchdringen und chemische Mittel zur Kriegsführung oder Atombomben abwerfen können.



US-Präsident George Bush wird bedrängt, sich für die eine oder andere der beiden großen israelischen Parteien zu entscheiden.

Dies alles soll jedoch kein stillschweigender Hinweis darauf sein, daß die Atomwaffen und chemischen Waffen des Nahen Osten etwa nur in dieser »bösen Nachbarschaft« eine Bedrohung darstellen. Israel eilt seinen Nachbarn mit einem ehrgeizigen Raumprogramm voraus und hat soeben seinen zweiten Satelliten, Ofek II, einen militärischen Aufklärungssatelliten, gestartet.

Israel bestreitet Berichte in den westlichen Medien, daß Ofek II Spionagekameras mit sich führe, mit denen arabische militärische Aufstellungen genau ausgemessen und die Standorte ausfindig gemacht werden können.

Und Israels Mittelstreckenrakete Jericho II kann potentielle Ziele im Westen, darunter Moskau und Westeuropa erreichen.

Der Start von Ofek II war auf andere Weise bedeutsam. Ofek I wurde mit einer abgeänderten Jericho-II-Rakete in den Raum geschossen. Ofek II benutzte jedoch eine Mehrstufenrakete, die ein deutliches Signal an die Araber sandte, daß Israel seine Reichweite verlängert und seine Raketenbasis verbreitet hat. Schließlich, wenn eine Rakete einen 374 Pfund schweren Satelliten in den Umlaufkreis der Erde schicken kann, dann kann sie ebenso leicht einen Atomsprengkopf auf Bagdad oder Tripoli abschießen.

Israels Enttäuschung über den Westen

Der amtierende Ministerpräsident Jitzhak Shamir drückte seine Enttäuschung darüber aus, daß die Länder des Westens Hussein wegen seiner Drohung nicht schärfer verurteilt haben. »Zu einer Zeit wo die Winde des Friedens durch die Welt wehen, werden im Nahen Osten Drohungen schärfster Art ausgestoßen«, beschwerte er sich.

Der israelische Außenminister gab eine Erklärung folgenden Inhalts ab: »Es ist höchste Zeit für die zivilisierte Welt, vereint zu handeln und dafür zu sorgen, daß Saddam Hussein keine Möglichkeit findet seine unverantwortlichen und verbrecherischen Absichten weiterzuverfolgen.«

Kürzlich sagte der zurückgetretene israelische Verteidigungsminister Jitzhak Rabin: »Israel ist stark, und der Irak liegt nicht jenseits seiner gewaltigen Schlagfähigkeit.«

Es muß doch einmal festgestellt werden, daß die kriegerische Erklärung des irakischen Führers als Reaktion auf das abgegeben wurde, was er als direkte Bedrohung seines Landes durch Israel versteht. Da er 1981 die Demütigung durch den israelischen Angriff erleiden mußte, und da er völlig unfähig war, es den Israelis mit gleicher Münze heimzuzahlen, macht es Hussein klar, daß ein weiterer Angriff dieser Art durch Israel diesem teuer zu stehen kommen könnte. Die Ereignisse, die zu dem Angriff von 1981 führten, finden in diesem jüngsten Fall eine genaue Parallele und geben dem Irak Grund zu der Befürchtung, daß ein Angriff wie damals unmittelbar bevorsteht.

Es gibt einen weltweiten Ausbruch negativer Publizität über Iraks militärische Schlagkraft, genau wie es vor neun Jahren schon einmal der Fall war, begleitet von Verurteilungen seitens des Westens, den Israel als Rechtfertigung für seinen Luftangriff benutzte.

Es herrscht unter kühleren Köpfen auf beiden Seiten der internen politischen Debatte große Besorgnis darüber, daß Krieg unmittelbar bevorsteht, wenn Hitzköpfe die Oberhand gewinnen. Der Führer der Arbeiter-Partei Shimon Peres, einst der Champion der Friedensbewegung, gibt derzeit Versprechungen ab, die Politik der friedlichen Siedlungspolitik am Westufer fortsetzen zu wollen, um die religiösen Parteien auf seine Seite zu ziehen.

Die in Mißkredit geratene Jordanien-Option, nach der der Staat Jordanien als der wahre Palästinenserstaat erachtet wird, ist wieder einmal überall im Gespräch. Die Likud-Partei sagt, sie habe die amerikanisch-jüdische Lobby auf ihrer Seite, und die US-Regierung werde daher einen militärischen Schlag Israels absegnen oder zumindest dulden. Eine wirksame Militäraktion, sogar ein Krieg, wäre Shamir und seinen Likud-Anhängern willkommen, da er die Opposition daran hindern würde eine Regierung zu bilden. □

Naher Osten

Geheimnis um Atomwaffen

Victor Marchetti

Es gibt keinen Zweifel daran, daß Staaten des Nahen Ostens Atomwaffen haben werden. Aber die nächste Phase des Rüstungswettlaufs um Atomwaffen, wenn sie stattfindet, wird das derzeitige Schrittempo so langsam wie die Bewegung eines Eisberges erscheinen lassen. Das ist so, weil amerikanische Technologie – nämlich Supercomputer – die Konstruktion, den Bau und die Erprobung von tödlichen Atomwaffen ermöglicht, die früher nur eine Supermacht mit ungeheuren Hilfsmitteln und riesigen Landflächen sich zu entwickeln leisten konnte.

Das wichtigste Werkzeug für jene, die danach trachten, moderne Hochleistungs-Atomwaffen zu entwickeln, ist der Supercomputer, der zum erstenmal Mitte der siebziger Jahre in den USA gebaut wurde. Die Vereinigten Staaten selbst produzieren keine Atomwaffen, die nicht zunächst in Computer-Simulationen optimiert und erprobt worden sind. Die Fähigkeit dieser Computer, Millionen von Berechnungen in Sekundenschnelle zu tätigen, macht dies alles möglich. Mit einem Supercomputer können Berechnungen, für die man auf geringeren Maschinen acht Jahre benötigen würde, in nur einem Monat getätigt werden.

Lösung von Konstruktionsproblemen

In einem kürzlich in der »Washington Post« veröffentlichten Artikel von Gary Milhollin, Direktor des Wisconsin Project on Nuclear Arms Control, heißt es: »Ein Supercomputer kann die implosive Schockwelle simulieren, die einen Atomsprengkopf zur Detonation bringt, die Multiplikation von Neutronen in einer Sprengstoff-Kettenreaktion berechnen und Gleichungen lösen, die einen Schmelzprozeß in einer Wasserstoffbombe beschreiben. Für die Konstruktion von Raketen kann er den Schub einer Festbrennstoff-Rakete gestalten, die Hitze und den Druck auf einem Sprengkopf berechnen, der in die Atmosphäre eintritt, und praktisch jede andere Kraft simulieren, die auf eine Rakete vom Start bis zum Aufschlag einwirkt. Wegen der Milliarden von Berechnungen, die erforderlich sind, um diese Probleme zu lösen, ist die Geschwindigkeit eines Supercomputers unschätzbar bei der Lösung von Konstruktionsproblemen innerhalb einer praktischen Zeitspanne.«

Die Auswirkung einer Atomexplosion kann ebenfalls an einem Computer getestet werden, was bedeutet, daß kleine Länder ohne Zugang zu Prüfanlagen, die für wiederholte Atomexplosionen geeignet sind, eine simulierte Explosion unter einem angemessenen Grad an Gewißheit durchführen können, daß die Bombe auch wie konstruiert funktionieren wird.

Bevor es Supercomputer gab, waren etwa 180 solcher Versuche erforderlich, um eine neue Waffe zu konstruieren. Jetzt sind weniger als fünf erforderlich.

Israel, ein winziger Staat, der über keinen einzigen geeigneten Standort verfügt, um eine Kernwaffe zu erproben, hat dieses Problem bewältigt, indem es Vereinbarungen mit Südafrika geschmiedet hat, um seine Explosionen vor der Küste Südafrikas zu erproben. Dort traten mehrere bislang ungeklärte Erscheinungen des »Aufblitzens« auf, die in den letzten Jahren von westlichen Satelliten aufgenommen wurden.

Indessen bereiten sich die Vereinigten Staaten vor, diese Computer beinahe jedem zur Verfügung zu stellen, der das Geld hat, dafür zu zahlen. Die Computer werden derzeit von zwei Firmen in den USA, IBM und Cray, hergestellt. Japan ist der einzige andere Staat, der vergleichbare Maschinen herstellt.

Cray trifft zur Zeit Vorbereitungen, um eines seiner Modelle an die Technion University, Israels erstrangige Schule für Ingenieurwesen und Physik und Forschungseinrichtung, mit engen Bindungen zur Regierung, zu verkaufen. Technion konstruiert Israels ballistisches Raumfahrzeug, das zum Wiedereintritt in die Atmosphäre geeignet ist, den einzigen noch nicht verwirklichten Schritt in seinem ballistischen Raketenprogramm. Ballistische Raketen werden in den Raum geschossen, und um die Sprengköpfe zu ihren Zielen zu bringen, müssen die Waffen in einem Fahrzeug getragen werden, das in der Lage ist, der ungeheuren Hitze und der Belastung beim Wiedereintritt in die Atmosphäre zu widerstehen. Technions Physiker bemannen auch den Atomreaktor Dimona, der Plutonium für Kernwaffen produziert.

Israel wird keinem Kriterium gerecht

Die Hebrew University ist ebenfalls für einen Supercomputer vorgesehen. Interessanterweise geht aus einer 1987 erstellten Studie des US-Verteidigungsministeriums hervor, daß die Physiker der Hebrew University in einem Atomwaffenlabor in Soreq an Programmen zur Herstellung von Wasserstoffbomben arbeiten. Wenn auch in der Studie festgestellt wird, daß die Israelis »noch nicht die Fähigkeit haben, die erforderlichen Berechnungen durchzuführen«, der Supercomputer würde diese Lücke stopfen.

Das Weizmann Institute bemüht sich auch darum, einen Supercomputer zu kaufen. Seine Wissenschaftler arbeiten daran, Laser zu verwenden, um angereichertes Uranium herzustellen – der schnellste und fortschrittlichste Weg um Atomwaffenmaterial zu produzieren.

Es liegen derzeit fünf spezifische Kriterien vor, denen solche Länder, die von amerikanischen Firmen Supercomputer kaufen wollen, gerecht werden müssen. Diese besagen, daß sie das Abkommen über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet haben müssen; das betreffende Land muß alle seine Atomeinrichtungen einer internationalen Inspektion unterziehen; es muß Vereinbarungen mit den USA über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Atomwesens getroffen haben; es muß in seinen öffentlichen Verlautbarungen den Wunsch zum Ausdruck bringen, die Verbreitung von Atomwaffen zu begrenzen; und es muß bei den internationalen Bemühungen, die Entwicklung von Atomwaffen im Zaum zu halten, mitarbeiten. Israel wird keinem dieser Kriterien gerecht. Sogar die überaus israelfreundliche Reagan-Regierung lehnte wiederholt Israels Anträge auf Supercomputer ab.

Die USA wollen Geschäfte machen

Japan und die USA trafen 1984 eine Vereinbarung, kooperativ Ländern, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, den Verkauf von Supercomputern zu verweigern. Aber das amerikanische Handelsministerium, das den amerikanischen Vorsprung in der Konstruktion und im Bau von Computern als Schlüssel zur Überwindung des enormen Handelsdefizits gegenüber diesem Land verachtet, drängt bei der Bush-Regierung darauf, die Vereinbarung stufenweise rückgängig zu machen. Es will nämlich den Begriff Supercomputer, über den sich die USA und Japan geeinigt hatten, neu definieren und die Anzahl der Berechnungen pro Sekunde erhöhen, die ein Supercomputer leisten muß, um diese Bezeichnung führen zu dürfen.

So lastet ein starker Druck, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf politischer Ebene, auf der Bush-Regierung, von der Vereinbarung mit Japan abzurücken und die Verkäufe durchzulassen. Druck wird auch ausgeübt durch die Pro-Israel-Lobby, die hinter den Kulissen wirkt – was verständlich ist, denn dies ist eine heikle Angelegenheit bei der es die besten PR-Firmen im Geschäft sehr schwer haben für sie zu werben. Wenn der Verkauf von Supercomputern zugelassen wird, dann wird das sich schnell beschleunigende Wettrennen um Kernwaffen im Nahen Osten gewaltig aus den Fugen geraten. □

Israel

Die Saat des Terrorismus

Mark Lane

Die erwartete Völkerwanderung von Hunderttausenden von sowjetischen Juden nach Israel in den nächsten Jahren ruft unter den einheimischen Palästinensern, bei der jordanischen Regierung und unter den meisten islamischen Staaten des Nahen Ostens große Bestürzung hervor. Es wird befürchtet, daß diese Neuankömmlinge weitgehend am Westufer des Jordans angesiedelt werden, um die dort lebenden Palästinenser dazu zu zwingen, nach Jordanien umzusiedeln.

Wenn das so ist, dann könnte dies ernsthafte Probleme hervorrufen, die die derzeitigen internationalen Bemühungen, in der Region Frieden zu stiften, untergraben – und die Bühne für eine neue Runde eines gewalttätigen Terrorismus gegen den Westen bereiten. Auseinandersetzungen bis zum Letzten über das Problem der sowjetischen Juden brauen sich sowohl in Jerusalem als auch in Washington zusammen, während die mit Emotionen geladene Situationen hier und dort langsam außer Kontrolle geraten.

Der israelische Cäsar

In Israel ist der den harten Kurs verfolgende Führer Ariel Sharon von seinem Ministerposten zurückgetreten, um im Inland wie im Ausland – hauptsächlich unter amerikanischen Juden – gegen die Möglichkeit einer Friedensregelung mit den Palästinensern zu Felde zu ziehen. Sharon will das Westufer formell annektieren und jeden Palästinenser ausweisen, der sich der israelischen Herrschaft nicht unterwirft.

1982 war Sharon als Verteidigungsminister der Hauptarchitekt der israelischen Invasion in den Libanon. Er wurde als »Schlächter von Beirut« bekannt wegen seines Anteils an der Abschlachtung von Hunderten von Zivilpersonen in den Lägern Sabra und Shatila in der Nähe von Beirut. Jetzt besteht sein derzeitiges Ziel darin, den israelischen rechten Flügel, von den Ultra-Konservativen der Likud-Partei bis zu den verschiedenen extremistischen Gruppen auf der äußersten Rechten, zu mobilisieren. Sein Endziel ist es jedoch der israelische Cäsar zu werden, der den jüdischen Staat zu seiner großen Erfüllung, »Eretz Yisrael«, Großisrael führt.

Wie aus israelischen Kreisen verlautet, genießt Sharon in Israel und unter der neokonservativen Bewegung in den USA eine größere Unterstützung als man allgemein glaubt. Sharon und seine Anhänger glauben, daß die Zeit gekommen sei für eine endgültige Abrechnung mit der Frieden-Jetzt-Bewegung und anderen Gruppen, die für die Land-für-Frieden-Abkommen mit den Palästinensern eintreten. Sie haben es darauf angelegt »die Progressiven zu zerschmettern«.

Sharons Einschreiten gegen die israelischen Progressiven wird flankiert durch eine ähnliche Offensive in der amerikanischen jüdischen Gemeinde. Die Stimmen der Vernunft in der Gemeinde werden erstickt, während die Ansichten der Neo-Konservativen des harten Kurses in den Vordergrund geschoben werden.

Eine Bedrohung für Jordanien

König Hussein von Jordanien hat auf die Ereignisse in Israel, besonders auf das wachsende Hineinströmen von sowjetischen Juden, reagiert, indem er seiner Besorgnis darüber Ausdruck verlieh, daß sich die USA anschikken ihre frühere Position der Befürwortung des israelischen Rückzugs vom Westufer und vom Gazastreifen aufzugeben.

Hussein sieht die Ansiedlung von sowjetischen Juden auf palästinensischem Boden als direkte Bedrohung für sein Königreich an. Er glaubt, daß die Umsiedlung ein vorsätzlicher Schritt seitens Jerusalems und Washington ist, die Palästinenser zu zwingen, sich nach Jordanien abzusetzen, um somit eine noch größere palästinensische Mehrheit in seinem Königreich zu schaffen – und sein Land in den Palästinenserstaat zu verwandeln, der er nach israelischer Behauptung schon ist.

Hussein ist besonders bestürzt über Washingtons Zögern, vor allem im Forum der Vereinigten Nationen, Israels neue, härtere Unterdrückung der Intifada in den besetzten Gebieten zu verurteilen. Und er kritisierte ärgerlich Washingtons Bereitwilligkeit, bei der Neuansiedlung von Sowjetjuden am Westufer mit den Israelis an einem Strang zu ziehen.

»Ist dies genehmigt? Ist dies amerikanische Politik?«, fragte Hussein auf einer kürzlichen Pressekonferenz und bezog sich dabei auf Feststellungen des amerikanischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Morris Abram, mit denen er die israelischen Aktionen anscheinend guthieß. Abram ist der ehemalige Vorsitzende der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations. Er wurde von Präsident George Bush zum Botschafter der Vereinten Nationen ernannt.

Zusätzliche Gelder aus den USA

König Hussein hat allen Grund amerikanischen Präsidenten zu mißtrauen. Er wurde von der US-Regierung schon früher in Angelegenheiten, die die israelischen Beziehungen zu seinem Land betreffen, übers Ohr gehauen – obwohl er ein bezahltes Aß des CIA war. Vor dem Sechs-Tage-Krieg im Jahre 1967 wurde Hussein durch den CIA – auf Anweisung des Weißen Hauses – versichert, daß Israel nur Ägypten und Syrien angreifen werde, und daß es keine Offensive gegen die West Bank, damals noch unter jordanischer Herrschaft, geben werde. In diesem Konflikt riß Israel das Territorium der Palästinenser an sich.

Die gleichen Fragen werden im US-Kongreß aufgeworfen, wo eine emotionelle Debatte über den Status der sowjetischen Juden in Israel zu brodeln beginnt. Senator Robert Dole schlug kürzlich eine fünfprozentige Reduzierung der amerikanischen Hilfsleistungen an Israel vor, mit der Begründung, diese Gelder seien besser angelegt, wenn man sie den neuen Demokratien Osteuropas zur Verfügung stellen würde. Unter anderem zielte Doles Empfehlung darauf ab, Israels Forderungen nach zusätzlicher Hilfe für die Ansiedlung sowjetischer Juden abzudrängen. Senator Daniel Inouye, einer der stärksten Unterstützer Israels im Kongreß, machte Dole den Gegenvorschlag, daß die USA dem zionistischen Staat weitere 500 Millionen bis eine Milliarde Dollar zukommen lassen sollten, um die Ansiedlung von sowjetischen Juden abzusichern.

Neue Welle des Terrorismus

Informanten in der amerikanischen jüdischen Gemeinde sind zuversichtlich, daß weitere Gelder für Israel trotz derzeitig vorhandener Engpässe im Staatshaushalt der USA aus dem Kongreß herausgepreßt werden können. Sie glauben, daß der durch ein Wahljahr erzeugte Druck und die Propaganda, die sie in bezug auf den wachsenden Antisemitismus in der Sowjetunion und in den USA verbreiten, bewirken werden, den Kongreß unter Druck zu setzen, Israel gegenüber »noch großzügiger als üblich« zu sein.

»Was niemandem in dieser Stadt klar zu sein scheint«, sagte ein besorgter Kongreßabgeordneter zu CODE, »ist, daß wir dadurch, daß wir den Israelis in der Sache der Sowjetjuden zur Seite stehen die Saat für eine neue Runde arabischen Terrorismus gegen die USA – und vielleicht sogar in den USA – legen«.

Informanten des amerikanischen Geheimdienstes sind auch beunruhigt über den plötzlich mangelnden Willen der Bush-Regierung das Problem der israelisch-palästinensischen Beziehungen energisch anzupacken. □

Israel

Der Status der heiligen Stadt Jerusalem

Mark Lane

Der Status von Jerusalem rückt immer mehr in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Das größte Hindernis für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Streits sind nicht die besetzten Gebiete, nicht die Bildung eines unabhängigen Staates, sondern vielmehr der Status der heiligen Stadt Jerusalem.

Jerusalem – die selbst erklärte, aber wenig anerkannte Hauptstadt Israels – blieb bei allen Verhandlungen in Richtung auf Gespräche zwischen Palästinensern weitgehend unbeachtet und unerwähnt, das heißt bis US-Präsident George Bush auf einer Pressekonferenz in Palm Spring im US-Bundesstaat Kalifornien das Thema unerwarteterweise anschnitt und damit nach Ansicht vieler Beobachter die israelische Regierung stürzte. Bush wird aller möglichen Schandtaten bezichtigt. Er soll die Entgleisung des Friedensprozesses zu einem Zeitpunkt herbeigeführt haben, als der Friede näher als je zuvor herangekommen zu sein schien, die politische Karriere des israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir gefördert und einen Keil zwischen amerikanischen Juden und Republican Party getrieben haben. Eine ziemliche Leistung für eine Bemerkung, die so ganz beiläufig gefallen ist.

Aber in seiner Erklärung über Jerusalem hat Bush nur erwähnt, daß die amerikanische Regierung offiziell gegen neue jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten und Ostjerusalem ist. Das ist eigentlich nichts Neues, abgesehen von der Tatsache, daß Ostjerusalem, das im Sechs-Tage-Krieg von 1967 zusammen mit Gaza und der West Bank annektiert wurde, vorher niemals der Brennpunkt der politischen Differenzen zwischen Israel und den USA war.

Es wurde von beiden Seiten angenommen, daß der Status von Ostjerusalem höflich übergangen werden würde, während gewichtigere Angelegenheiten der besetzten Gebiete und der Selbstbestimmung für Palästinenser geregelt werden.



Yitzhak Shamir hat die Karre im Nahen Osten in den Dreck gefahren und weigert sich, einen Friedensplan zu verwirklichen.

Man kann nicht verlieren, was man nicht gehabt hat

Einige Kritiker erhoben die Anklage, Bushs Bemerkung sei absichtlich erfolgt, daß er über Shamirs Weigerung, nachzugeben oder seinen eigenen Plan zur Herbeiführung von Gesprächen und Wahlen in den besetzten Gebieten weiterzubringen, enttäuscht und verärgert war. Vielleicht, ja sogar sehr wahrscheinlich ist dies der Fall.

Die vorherrschende Einschätzung der Folgen von Bushs Bemerkungen in den Medien – nämlich der anschließende Zusammenbruch der israelischen Regierung und der Machtkampf, der zwischen Likud und Labor tobt, um eine neue Regierung zu bilden – ist jedoch, daß der Friedensprozeß jetzt verloren sei, obwohl er gerade am Rande des Erfolgs stand. Das ist jedoch Unsinn.

Shamir hat die Karre in den Dreck gefahren, ist ausgewichen und hat über ein Jahr lang jede Handlung, seinen eigenen Friedensplan in die Tat umzusetzen, hinausgezögert. Dieser war kurz vor dem Zusammenbruch der Regierung dem Erfolg näher als zu irgendeinem Zeitpunkt, seitdem er zum erstenmal bekanntgegeben wurde. Wie kann man etwas verlieren, was man nie gehabt hat?

Wenn es Bushs Absicht war, den Rücktritt der Likud-Labor-Koalition herbeizuführen, dann konnte er auch zumindest der Arbeiter-Partei, die dafür ist, daß baldmöglichst Gespräche und Wahlen unter den Palästinensern herbeigeführt werden, eine Chance zum Kämpfen geben. Einige Beobachter sagen, die Israelis seien des Kampfes und des ständigen Aderlasses an Israels Hilfsmittel, der ihnen durch die Intifada auferlegt wird, derart überdrüssig, daß die Wähler in Scharen zur Arbeiter-Partei überlaufen und ihr ein Mandat zum Frieden erteilen werden. Diese Auffassung wird untermauert durch den kürzlich erfolgten Übertritt zweier einflußreicher Führer der religiösen Partei, die, normalerweise falkenhaft und konservativ eingestellt, sich bei ihrem Vorstoß zum Frieden der Arbeiter-Partei angeschlossen haben.

Amerikanische Juden sind beweglicher

Andere, vor allem amerikanisch-jüdische standhafte Freunde Israels, behaupten Bush habe den Friedensaussichten Schaden zugefügt, da es der Likud sein wird, der an die Spitze treten wird. In einem Leitartikel in der »Washington Jewish Week« heißt es: »Kein Führer der Arbeiter-Partei, ungeachtet ihrer Drohungen Neuwahlen abzuhalten, wird in der Lage sein, das Argument, das in Jerusalem bereits von Likudniks vorgetragen wird, nämlich, daß eine Stimme für die Friedensinitiative eine Stimme für die Teilung Jerusalems sei, zu überwinden.«

Diese Feststellung kann jedoch durch Tatsachen weder untermauert noch widerlegt werden, da das Thema eines wieder geteilten Jerusalems in Israel nicht groß diskutiert worden ist, vorwiegend deswegen wurde es im Zusammenhang mit dem Friedensplan überhaupt niemals erwähnt.

Aber Bush änderte das alles, und nur die Zeit wird lehren, ob die israelische Öffentlichkeit wirklich so an einem ungeteilten israelischen Jerusalem hängt, wie israelfreundliche amerikanische Juden und andere behaupten.

Was die anderen Anklagen betrifft, die gegen Bush erhoben wurden, so sind dies mehr Drohungen als ehrlich gemeinte Kommentare. Zum Beispiel wird in dem gleichen Leitartikel in der »Washington Jewish Week« behauptet: »Bushs Bemerkung wird auch beim amerikanischen Judentum nicht gut ankommen. Kürzliche Umfragen, aus denen hervorgeht, daß amerikanische Juden taubenhafter als Jitzhak Shamir seien, könnten vom Weißen Haus falsch interpretiert worden sein. Amerikanische Juden mögen beweglicher als Shamir sein, wenn es sich um das Westufer und den Gazastreifen handelt, aber das Weiße Haus würde einen dummen Fehler begehen zu glauben, daß amerikanische Juden irgendwelche Bemühungen unterstützen würden, Juden aus einem Teil von Jerusalem auszusperren oder irgendwelche Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Stadt den Israelis gehört.

Jerusalem ist, wie wir schon sagten, der Schlüssel. Als Mittelpunkt dreier großer Weltreligionen, mit einer Geschichte, die reicher als jede andere in der Welt ist, ist der zukünftige Status der heiligen Stadt zweifellos die Kernfrage bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten. Daß Bush ihre Bedeutung erkannt hat, ist ein Beweis dafür, daß er die anstehenden Probleme mutig anpacken will, und daß er entschlossen ist, eine realistische und dauerhafte Regelung herbeizuführen, ohne Anlaß zu der Befürchtung zu geben, das Schiff der israelischen Regierung zum Kentern bringen zu wollen. □

Harte Kritik über Verhalten der US-Regierung

Trotz wütender Kritik von amerikanischen Kongreß-Abgeordneten und Mitgliedern der amerikanisch-jüdischen, israelfreundlichen Gemeinde, er habe einen dummen Fehler begangen, als er den ungelösten Status von Ostjerusalem erwähnte, trägt die Bemerkung von US-Präsident George Bush alle Kennzeichen einer zeitlich gut abgestimmten Vorbehaltsklausel, die auf dem besten Weg zu sein scheint, ihren beabsichtigten Zweck zu erfüllen.

Da der Friedensprozeß in Israel praktisch zum Stillstand gekommen ist – es gab viel Gerede aber herzlich wenig Handlungen, und es wurde mit der Zeit immer offensichtlicher, daß unter der von der Likud-Partei dominierten Regierung des Ministerpräsidenten Jitzhak Shamir nichts mehr geschehen würde – kam Bush augenscheinlich zu dem Schluß, daß die Israelis wachgerüttelt, nicht beunruhigt werden müßten. Seine Bemerkung über Ostjerusalem und sein Beharren darauf, daß man sie für bare Münze nehmen sollte, und daß Israel sich auf die eine oder andere Weise entscheiden müsse, die Gespräche fortzusetzen, die zu Wahlen in den besetzten Gebieten führen, führte tatsächlich den Sturz der israelischen Regierung herbei. Die Tatsache, daß dies von Anfang an seine Absicht war, wurde durch kürzlich inoffizielle Bemerkungen von Beamten des Weißen Hauses klar, daß sie auf einen Sieg der Arbeiter-Partei hoffen und glauben nur diese, in Koalition mit einigen der kleineren religiösen Parteien, können Israel zu Friedensgesprächen mit den Palästinensern führen.

Bush und Regierungsbeamte haben es abgelehnt, in der Öffentlichkeit zu dem Gerangel Stellung zu nehmen, das derzeit in Israel vor sich geht, wo Kampfhähne miteinander wetteifern, um eine neue Regierung zu bilden. Sie sagen lediglich: »Dies ist eine ausschließlich israelische Angelegenheit, die nur Israelis bewältigen können«, so die Sprecherin des US-Außenministeriums Margaret Tutwiler.

Das allerletzte, was Bush will, ist, daß ein Führer der Arbeiter-Partei, wenn einer hervortritt, sich deswegen Angriffen seitens der Likud-Partei ausgeliefert sieht, weil er von den USA auf den Stuhl des Ministerpräsidenten gehievt wurde, so daß seine Glaubwürdigkeit attackiert würde und ein erfolgreicher Ausgang von Friedensverhandlungen umso schwerer zu erreichen wäre. Daher vermeidet Bush jeden Anschein, sich in die interne Politik Israels einmischen zu wollen.

Nachdem Bush dementiert hatte, daß er weder eine neue Politik in bezug auf Jerusalem angekündigt habe, noch daß er seine Bemerkung bedauere, sagte er: »Im Augenblick gehen in Israel interne Entwicklungen in der dortigen politischen Szene vor sich, und ich will nicht, daß es in irgendeiner Weise so aussieht, als versuchten wir uns in die inneren Angelegenheiten Israels einzumischen, wo es doch derzeit dieses schwierige Problem durchstehen muß. Im Augenblick möchte ich keine diesbezüglichen Fragen mehr beantworten.«
Wenn auch vielleicht nicht so ganz elegant formuliert, war seine Botschaft doch klar und deutlich.

Beamte des US-Außenministeriums sagen, Außenminister Baker habe zur Kenntnis genommen, daß es tatsächlich eine einstweilige Verzögerung im Friedensprozeß geben wird, er sei aber bereit, seine Bemühungen mit ganz gleich welcher Regierung fortzusetzen, die in Israel gebildet wird. Regierungsbeamte sagen, daß er kürzlich in verschiedenen Bereichen beträchtliche Fortschritte gemacht habe, von denen viele noch nicht öffentlich bekannt seien. Einige amerikanische Regierungsbeamte behaupten, Bushs Bemerkung sei nicht der Katalysator zum Sturz der israelischen Regierung gewesen, sondern er sei vorwiegend als Folge des Versagens der Likud-Partei zu verstehen, mit ihrem eigenen Friedensplan voranzukommen.

Ein amerikanischer Regierungsbeamter, der in der »New York Times« zitiert wird, sagte: »Das Wichtigste von unserem Standpunkt aus gesehen war, wie die Regierung zu Fall kam. Zunächst waren es die religiösen Parteien, die ihn herbeiführten, weil sie einen Friedensprozeß haben wollten. Zweitens, die Abstimmung in der Knesset – über die Vertrauensfrage, die zur Auflösung der Regierung führte – erfolgte nicht wegen Bushs Bemerkungen über Jerusalem und auch nicht wegen irgendeiner anderen Sache. Zweck der Abstimmung war: Wollt ihr den Friedensprozeß vorantreiben oder nicht?«

Während Bush und Baker die Entwicklung in Israel beobachteten, sind sie zweifellos in gehobener Stimmung. Es ist ihnen gelungen, das Kartenhaus der Regierung der nationalen Einheit Israels zum Einsturz zu bringen, und sie haben die Karten geschickt zu ihren Gunsten neu gemischt. Sie straften jene Zeitungsenten Lügen, wonach die Bush-Regierung in ihrer Führung der auswärtigen Beziehungen zögerlich vorgehen wird, und sie haben die politische Karte in Israel neu gezeichnet und damit die Friedensaussichten weitgehend verbessert. □

Die Pro-Israel-Lobby in den USA

Es ist erst ein paar Wochen her, seitdem der republikanische US-Senator Robert Dole seine schweren Geschütze auf die Pro-Israel-Lobby richtete wegen ihres dreisten Vorgehens, den US-Senat und später das Repräsentanten-Haus unter Druck zu setzen.

Israels Anspruch auf Jerusalem als Hauptstadt des zionistischen Staates sollten die amerikanischen Politiker unterstützen. Aber seitdem herrscht praktisch ein offener Krieg in Washington zwischen den Freunden Israels und jenen Amerikanern, denen es langsam klar wird, daß Israel und seine fanatische Lobby für die amerikanische Regierung zu einer wachsenden Verbindlichkeit werden. Nicht nur unterlaufen eifrige Zionisten die Bemühungen der Bush-Regierung, im Nahen Osten Frieden herbeizuführen, sie tun dies sogar obwohl ihre Handlungen die Freilassung der schon lange leidenden amerikanischen Geiseln im Libanon gefährden.

Die Pro-Israel-Lobby und deren Anhänger ließen keinen Zweifel darüber, daß sie die Interessen Israels höher als die ihres eigenen Landes einschätzen.

Dies war sogar für langjährige treue Diener Israels zu viel. Thomas Dine, leitender Direktor des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) hielt es für richtig nicht nur an Ministerpräsident Jitzhak Shamir zu schreiben und gegen Israels Versuche, die Christen und Palästinenser aus Jerusalem herauszudrücken, Einspruch zu erheben, sondern ließ sein Schreiben sogar an die Presse gehen. Es braucht nicht gesagt zu werden, Dine befindet sich jetzt in tiefgreifenden Schwierigkeiten mit den pro-israelischen Starrköpfen – vorallem mit der mächtigen Anti-Defamation-League der B'nai B'rith-Loge (ADL), die keine Zeit verlor, um ihn herunterzumachen.

Die für mehrere Zeitungen schreibende amerikanische Journalistin Mary McGrory, eine liberale Linke, die seit langem die israelisch-zionistische Sache unterstützt, machte sich überraschenderweise zur Verteidigung der Bush-Regierung stark. In einer kürzlich veröffentlichten Kolumne schrieb sie: »Die Bush-Regierung, das muß man ihr zugute halten, hat versucht, unsere Politik gegenüber Israel mehr in Einklang mit den nahöstlichen Realitäten zu bringen. Der Kongreß könnte sie anfeuern oder sich zumindest still verhalten, zu einer Zeit, wo Israel zu weit gegangen ist ... Die jüdische Besiedlung in der Altstadt Jerusalems und die Bekämpfung des griechisch-orthodoxen Patriarchen mit Tränengas war eine noch nie dagewesene Provokation. Aber der Kongreß hat eine pathologische Furcht davor, Israel in irgendeinem Punkt Widerstand zu leisten.«

McGrory schloß ihren Kommentar über Israel, indem sie den Abgeordneten David Bonior zitierte, der, während er die Resolution des Hauses über Jerusalem bekämpfte, korrekt die Anklage erhob, daß die »Likud-Regie-

rung ... insgeheim Ansiedlungen im christlichen Sektor Jerusalems unterstützte ... aber über die Aktion gelogen hat.«

Der amerikanische Journalist Jim Hoagland, ein Konservativer und Anhänger Israels und des Zionismus, fühlte sich ebenfalls veranlaßt, die Shamir-Regierung zu kritisieren, indem er schrieb: »Israels Politiker haben endlich einen Gegner gefunden, den sie nicht überwinden können: sich selbst ... Die überstürzte Errichtung von neuen Siedlungen am Westufer und im Gazastreifen sind deutliche Anzeichen einer Breschnewisierung der Führung Israels. An der Macht zu bleiben ist offenbar der einzige Zweck, an der Macht zu sein ... In der jüngsten Auseinandersetzung über Jerusalem ist den Likud-Führern eine Tat gelungen, die fast unmöglich sein sollte, nämlich Israels nachdrücklichen Anspruch auf die Heilige Stadt zu untergraben.«

Am Schluß beobachtete Hoagland: »Shamir vertritt die Ansicht, er könne den Status quo in der Zukunft erweitern, ungeachtet dessen, was um ihn und um Israel herum geschieht. Sein unmittelbares Ziel ist es, die Koalition mit der Arbeiterpartei wiederherzustellen, die er dann wieder beherrschen wird, um sowohl Wahlen als auch Frieden mit den Palästinensern zu vermeiden.«

Sogar die liberale »Washington Post«, die Israel und den Israelismus immer hartnäckig verteidigt hat, nahm in einem kürzlichen Leitartikel eine kühne Haltung gegenüber der zionistischen Regierung ein: »Herrn Shamirs Politik läuft nicht nur den amerikanischen Interessen, sondern auch denen jener Israelis zuwider, die an die Notwendigkeit für eine durch Verhandlungen erzielte Einigung glauben. Die Vereinigten Staaten streben Frieden mit den Palästinensern auf der Grundlage an, deren nationales Recht dem Israels anzupassen; er dagegen bestreitet ihre nationalen Rechte ganz und gar.

Die Vereinigten Staaten treten für einen Austausch von Land gegen Frieden ein; er weist diese Grundformel zurück. Die Vereinigten Staaten wollen den endgültigen Status Jerusalems durch Verhandlungen regeln, Herr Shamir durch israelisches Diktat.

Shamirs Anhänger brüllen, die wahre Bedeutung für das amerikanisch-israelische Verhältnis sei in der Ungeschicklichkeit der Amerikaner begründet. Das ist falsch. Was auch immer die Fehler in den Tätigkeiten der Bush-Regierung im Nahen Osten sein mögen, die wahre Bedrohung für das amerikanisch-israelische Verhältnis liegt in dem Verhalten der Shamir-Regierung begründet.«

Es wird immer offensichtlicher, daß sich das Blatt gegen die fanatische Pro-Israel-Lobby in Amerika wendet, trotz der verzweifelten Bemühungen der Lobby und ihrer Freunde, jeden Bürger zu verdammen, der sich für amerikanische Interessen, sowohl daheim wie auch im Nahen Osten, ausspricht. Aber die meisten Mitglieder im US-Kongreß lassen sich leicht durch die Lobby und deren Anführer in der ADL, die im vergangenen Jahr die Führung des pro-israelischen Aktivismus vom AIPAC in Washington übernommen haben, einschüchtern. Und es muß leider eingeräumt werden, daß die meisten amerikanischen Kongreßmitglieder der nur langsam lernen. □

Sowjets und Arafat sehen Kriegsgefahr im Nahen Osten

In einem in der italienischen Tageszeitung »Il Giornale« veröffentlichten Interview sagte der sowjetische Erste Stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Juli Worontsow, daß die Gefahr eines neuen Konfliktes im Nahen Osten »nicht weit entfernt ist und eine neue Art von Krieg bedeuten könnte. In der Region haben sich die Waffen gefährlich verändert: Raketen und Atomwaffen.«

Worontsow erklärte, daß die Beschuldigungen, der Irak habe Atombomben falsch sind, aber Israel besitzt sie. Worontow bezeichnete das Hineinströmen sowjetischer Juden in die West Bank als eine Gefahr.

»Wir sind dagegen, und wenn Israel darauf beharrt, können die Dinge, soweit gehen, daß ein militärischer Konflikt heraufbeschworen wird. Es ist ein Plan, das ist klar, und das andere Element des Planes ist, eine Konfrontation mit den Arabern zu erreichen.«

Am darauffolgenden Tag klagte der Chef der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) Jasser Arafat in einem Intervierw in der italienischen Zeitung »Avvenire« noch deutlicher an, daß Israel einen neuen Krieg plane.« Sie haben alle Friedensinitiativen zurückgewiesen«, sagte er. Resolution 161 der Vereinten Nationen, die Initiative der Palästinenser, die französisch-sowjetische, die Zehn-Punkte-Initiative der Ägypter und sogar den Banker-Plan. Was gibt es sonst noch für Möglichkeiten? Sie verstärken ihre Militärmacht auf allen Gebieten. Sie haben 200 Atombomben, neben chemischen und konventionellen Waffen.«

Arafat sprach auch von der Gefahr, die das Hineinströmen von jährlich 300000 sowjetischen Juden in die besetzten Gebiete darstellt. Bei dieser Quote werden bis zum Jahr 2000 etwa drei Millionen Juden nach Israel eingewandert sein, speziell aus der Sowjetunion, den osteuropäischen Ländern und Äthiopien.

»Dies entspricht dem Plan für Groß-Israel, wie er auf der Zehn-Agorot-Münze erscheint, die 1989 in Israel geprägt wurde«, meinte Arafat. Auf dieser Münze wird Israel nach einer antiken Karte dargestellt, unter Einschluß des größten Teils von Libanon, Syriens und Iraks, eines Teiles von Ägypten und ganz Jordanien. □

Carter in Nahost-Pendel-Diplomatie

Der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter, der sich augenscheinlich als Wiedergeburt von Henry Kissinger vorkommt, führte Gespräche mit Präsident Hafez al-Assad in Syrien, in denen es unter anderem um die Frage der westlichen Geiseln in Libanon ging. »Es ist für mich offensichtlich, daß die führenden Persönlichkeiten Syriens sehr daran interessiert sind, daß die Geiselfrage gelöst und die Geiseln befreit werden, und ich bin sicher, daß sie diese Bemühungen fortsetzen werden«, sagte Carter. »Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die Führer des Iran auf die Zukunft der Geiseln einen großen Einfluß haben.«

Der syrische Außenminister Farouq al-Shara, der Carter und seine Gattin Rosalyn willkommen hieß, sagte, er trage sich mit der Absicht den Iran zu besuchen, um über die Geiseln zu sprechen, sagte jedoch nicht wann.

Carter besuchte auch Jordanien und berichtete dort, Präsident Assad habe ihn dazu bevollmächtigt zu sagen, daß Damaskus zu direkten syrisch-israelischen Gesprächen unter der Schirmherrschaft einer internationalen Friedenskonferenz bereit sei. »Ich glaube, dies ist eine sehr konstruktive Position, und ich würde ihn nicht darum bitten, das zu ändern«, meinte Carter.

Carter setzte sich auch für die Bildung einer aus einer Partei statt aus einer Koalition bestehenden israelischen Regierung ein. »Meiner Beurteilung nach, wird der Friedensprozeß wahrscheinlich besser verlaufen, wenn es in der politischen Arena in Israel eine klare Definition darüber gibt, welche Partei an der Macht ist.«

Carter sagte, es sei unangemessen für ihn zu sagen, ob er die Likud- oder die Arbeiter-Partei bevorzuge, wenn auch Likud die einzige Partei sei, die solch eine Regierung bilden könne. □



Israel

Geschichte einer großen Schenkung

Victor Marchetti

Von Millionen zu Milliarden, ohne Hoffnung auf Rückzahlung – das ist das Thema. Da die Debatte über Auslandshilfe derzeit im amerikanischen Kongreß und in der breiten Öffentlichkeit der USA behandelt und kontrovers diskutiert wird, ist es sehr lehrreich, den Hintergrund der Hilfe an den einzigen, größten Empfänger von Hilfsleistungen in der Geschichte der Vereinigten Staaten, Israel, einmal näher unter die Lupe zu nehmen.

Die Vereinigten Staaten verhalten sich seit langem Israel gegenüber großzügig. Die erste Zuwendung wurde innerhalb von Stunden nach der Proklamierung des neuen Staates am 15. März 1948 vom amerikanischen Kongreß gebilligt. Ein paar Tage darauf gab die Truman-Regierung Israel ein Darlehen in Höhe von 100 Millionen Dollar und verlieh ihm offiziell die diplomatische Anerkennung.

Die Hilfe wurde immer größer

In den darauf folgenden anderthalb Jahrzehnten war die Verpflichtung der USA Israel gegenüber im wesentlichen darauf abgestimmt, die Unverletzlichkeit der 1948 und 1949 festgelegten Grenzen durch Waffenstillstands-Vereinbarungen mit den benachbarten arabischen Staaten abzusichern. Durch die ganzen fünfziger Jahre hindurch war die amerikanische Finanzhilfe weitgehend Wirtschaftshilfe und in der Hauptsache bescheidener Natur.

Aber in den späteren sechziger Jahren stimmte US-Präsident Lyndon Johnson größeren Erhöhungen der Hilfeleistungen, der Erweiterung von Krediten, direkten Bewilligungen und der Gewährung von Militärhilfe zu, als die amerikanische Regierung in ihren Beziehungen zu ihrem besonderen Verbündeten eine deutliche Wende vollzog.



Als David Ben Gurion die Verwirklichung des zionistischen Traumes, die Gründung Israels verkündete, ahnte niemand, was daraus nach 40 Jahren wird.

Die Entscheidung der Johnson-Regierung, weit größere amerikanische Hilfsmittel für Israel einzusetzen, folgte dem Krieg von 1967, in dessen Verlauf Israel das Westufer und den Gaza-Streifen überrannte und besetzte. Israels Vorgehen gegen den Palästinenseraufstand mit eiserner Faust – eine direkte Folge der Besetzung, wenn die Dinge auch in 20 Jahren heranreiften – hat die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten getrübt und die Bush-Regierung hat etwas verklausuliert angedeutet, daß die US-Hilfe von derzeit drei Milliarden Dollar und darüber hinaus pro Jahr beschnitten werden könnte.

US-Dollar haben Israels wacklige Wirtschaft von Anfang an abgeschirmt. Israels Wirtschaft befindet sich nämlich in ernsthaften Schwierigkeiten, aber seine Bürger erfreuen sich eines hohen Pro-Kopf-Einkommens, das weitgehend von amerikanischen und deutschen Steuerzahlern finanziert wird.

1989 wurde die Ausgabe von Schuldverschreibungen in Höhe von 4,8 Milliarden Dollar, die größte in der ganzen Geschichte der New Yorker Börse, in die Wege geleitet, um Israels überfällige hochverzinsliche Schulden gegenüber den USA zu refinanzieren. Aber wegen Israels schwacher Finanzsituation war dies ein gewagtes Kreditrisiko, so daß die Vereinigten Staaten gezwungen wurden, als Bürge für die Schuldverschreibungen aufzutreten, was effektiv bedeutet, daß amerikanische Steuergelder verpfändet wurden für den Fall, daß Israel seine Verpflichtungen nicht einhalten würde. Dies reichte aus, um den Verkauf der Schuldverschreibungen zu garantieren und Israel sage und schreibe 290 Millionen Dollar an Zinsen zu ersparen, die sonst an das amerikanische Finanzministerium zu zahlen gewesen wären. Jetzt ist die Schuld, dank der Großzügigkeit des amerikansichen Kongresses, effektiv getilgt.

Von der Geburt des neuen Staates im Jahre 1948 an bis 1990 haben die Vereinigten Staaten Israel rund 30 Milliarden Dollar an Militärhilfe und fast 20 Milliarden Dollar an direkter Wirtschaftshilfe gewährt – also insgesamt 50 Milliarden Dollar. Im Gegensatz zu den meisten Empfängern von Auslandshilfe erhielt Israel mehr als 18 Milliarden Dollar an direkten Bewilligungen, während weitere 11,5 Milliarden Dollar in Form von Darlehen gewährt wurden, die Israel, wie wir soeben demonstriert haben, kaum jemals zurückzahlen muß.

Ein weiteres Geschenk der USA war die Entscheidung des Kongresses im Jahre 1984, eine von Senator John Glenn eingebrachte Gesetzesänderung anzunehmen, mit der die USA aufgefordert werden, ihre gesamte Zuteilung von Wirtschaftshilfe an Israel gleich zu Beginn jedes Bundessteuerjahres auf den Weg zu bringen. Alle übrigen Auszahlungen von Auslandshilfe erfolgen vierteljährlich. Durch die Auszahlung in einem großen Paket an Israel fügte die Glenn-Gesetzesänderung den Neuschulden des amerikanischen Finanzministeriums weitere 66 Millionen Dollar pro Jahr hinzu.

Die Amerikaner halfen auch mit Waffen im Krieg

Ebenfalls im Gegensatz zu anderen Empfängern von Auslandshilfe braucht Israel nicht seine ganze Militärhilfe für Bestellungen bei amerikanischen Herstellern aufzuwenden; 400 Millionen Dollar können Israels eigener Rüstungsindustrie zugeteilt werden.

Verschiedene amerikanische Präsidenten haben es auch in den letzten 20 Jahren zur gängigen Praxis gemacht, Israels einzigen Devisenbeschaffer – seine Rüstungsindustrie – durch Vermittlung von lukrativen Militäraufträgen aufzubauen. Diese Praxis wurde fortgesetzt trotz Anklagen und Verurteilungen, die sich aus einem Fall von Bestechung von Beamten des US-Verteidigungsministeriums zur Genehmigung von Verträgen mit der israelischen Rüstungsfirma Mazlat Ltd. zur Beschaffung von unbemannten Zieldarstellungsflugzeugen an das amerikanische Militär ergeben.

Die amerikanische Militärhilfe an Israel wurde Anfang der siebziger Jahre bedeutsam, was zeitlich mit der Errichtung einer aggressiven, falkenartigen Pro-Israel-Lobby in Washington und dem Yom-Kippur-Krieg von 1973 übereinstimmt. Die Nixon-Regierung war nämlich gezwungen, schnell zu handeln, um Israel vor einer Niederlage zu bewahren, als gemeinsame Streitkräfte Ägyptens und Syriens versuchten, die besetzten Gebiete zu erobern. Fortschrittliches amerikanisches Kriegsgerät wurde zusammen mit dem Bau von zwei Luftstützpunkten in der Negev-Wüste durch das US-Army Corps of Engineers (Pioniere) bereitgestellt. Darüber hinaus erhielt Israel kostenlos Vorräte, Baumaterialien und Baugeräte, die vom General Accounting Office (Bundesrechnungshof) wertmäßig auf 173 Millionen Dollar geschätzt wurden.

Die ständige Belohnung der USA für Israel

Die USA haben ihre Hilfsleistungen tatsächlich immer nach einem Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn höhergestuft. Nach dem Krieg von 1967 wurde die Militärhilfe von sieben Millionen Dollar auf 25 Millionen Dollar erhöht, und dann auf 85 Millionen Dollar im Jahre 1969. 1974, nach Israels Fast-Niederlage, wurde die Hilfe steil auf 2,5 Milliarden Dollar hochgeschraubt, eine Steigerung gegenüber der Zuteilung von 307,5 Millionen Dollar im vorhergehenden Jahr um 810 Prozent.

Nach Israels Invasion in den Libanon im Jahre 1982 wurde die Militärhilfe auf 1,7 Milliarden Dollar und 1984 auf 1,8 Milliarden Dollar festgesetzt. Die USA belohnten Israel 1976 außerdem mit 1,7 Millionen Dollar an Kriegsgerät, nachdem es mit Ägypten und Syrien Entspannungsvereinbarungen getroffen hatte. Und Präsident Jimmy Carter genehmigte 1979 weitere vier Milliarden Dollar an Militärhilfe, nachdem Israel das Friedensabkommen von Camp David mit Ägypten unterzeichnet hatte.

1985, nachdem Israels Luftwaffe das Hauptquartier der PLO in Tunesien angegriffen hatte, genehmigte der amerikanische Kongreß eine zusätzliche direkte Zuwendung an Wirtschaftshilfe in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar. Seitdem wurden trotz des Aufschreis über Israels Einsatz von Jonathan Pollard als Spion gegen die USA und des käuflichen Erwerbs von Tausenden von Geheimakten von ihm, Israel lukrative Aufträge zugeschanzt, und es erhielt den größten ausländischen Anteil am amerikanischen Strategic Defense Initiative (SDI)-Programm.

Millionen für die Besiedlung besetzter Gebiete

Im laufenden Steuerjahr erhielt Israel 1,2 Milliarden Dollar an amerikanischer Wirtschaftshilfe und 1,8 Milliarden Dollar an Militärhilfe. Aber dies kaschiert andere Einkommen und Sondervergünstigungen sowie die Tatsache, daß seit 1970 amerikanische Daten über die Entwicklung von zahlreichen Militäranlagen an Israel weitergegeben wurden, wodurch es in einigen Fällen in der Lage ist, die USA bei Waffenverträgen mit anderen Ländern aus dem Felde zu schlagen.

Es wurde Israel auch gestattet bei Verträgen der US-Agency for Economic Contracts in Ländern der Dritten Welt mitzubieten, und ihm wurde eine Freihandelszonenvereinbarung zur Erleichterung von Handelsabschlüssen, Befreiung der israelischen Schuldverschreibungen von bestimmten Steuern sowie zusätzliche Sonderzahlungen von US-Hilfe zugebilligt.

Zum Beispiel zwischen 1971 und 1990 zahlten die Vereinigten Staaten an Israel 400 Millionen Dollar zu dem ausdrücklichen Zweck, Einwanderer heranzulocken und anzusiedeln. Ein Großteil des Geldes wurde jedoch zum Bau von jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten abgezweigt, eine Politik vor der die Bush-Regierung gewarnt hat und die sie nicht dulden will. Der Kongreß scheint jedoch anderer Meinung zu sein, das Repräsentatenhaus hat bereits, und der Senat wird noch, die Zahlung von weiteren 400 Millionen Dollar zur Ansiedlung von sowjetischen Juden in Israel genehmigen, trotz öffentlicher Erklärungen seitens der israelischen Regierung, daß sie beabsichtigt diese Einwanderer in den besetzten Gebieten anzusiedeln.

Die amerikanische Großzügigkeit ist auf soviele weitere Bereiche ausgedehnt worden, daß einmal geschätzt wurde, daß die Gesamtsumme, die Israel in verschiedenen Formen von amerikanischer Unterstützung erhält, sich zusammengefaßt auf mehr als zehn Milliarden Dollar pro Jahr beläuft.

Keiner erwartet eine Rückzahlung

Export-Import Bank-Darlehen, Housing Guarantee Darlehen, amerikanische Zuwendungen für Schulen und Krankenhäuser im Ausland und Darlehen der Commodity Credit Corporation leisten der israelischen Wirtschaft ebenfalls beträchtliche Hilfestellung. Außerdem wurden amerikanische Firmen durch Washington dazu ermutigt, Milliarden von Dollar in israelische Projekte zu investieren. Die amerikanische Regierung selbst gab zwischen 1966 und 1974 mehr als 481 Millionen Dollar für Entwicklung in Israel aus.

Geldüberweisungen an Israel werden jetzt auf insgesamt 6,5 Milliarden Dollar geschätzt, weitgehend in Form von offiziellen und privaten Bewilligungen und Spenden. Schätzungsweise 2,5 Milliarden Dollar kommen über den Verkauf von israelischen Schuldverschreibungen, US-Einlagen in israelischen Banken und direkte Investitionen in seine Wirtschaft sowie über verschiedene andere Darlehen.

Offizielle Darlehen an Israel wurden 1985 eingestellt, da die USA es für zweckmäßiger hielten, einfach Gelder als direkte Zuwendungen bereitzustellen, wobei natürlich nicht einmal daran gedacht wird, daß man eine Rückzahlung erwartet. 1984 erhielt Israel beinahe 952 Millionen Dollar an amerikanischen Darlehen und fast 1,8 Milliarden Dollar an direkten Zuwendungen.

1985 wurden die Darlehen abgeschafft und die Höhe der Zuwendungen wurde fast verdoppelt, auf 3,37 Milliarden Dollar. Die Geldzuwendungen stiegen 1986 auf 3,8 Milliarden Dollar und wurden dann auf 3,05 Milliarden Dollar verringert, eine Zahl, die sich seither bei dem, was jetzt die Zuteilung an Israel ist, auf die es Anspruch hat, jedes Jahr wiederholt hat. Die Zahlung von Geldern an Israel zu rein militärischen Zwecken ist ebenfalls auf fortlaufender Basis festgelegt worden, nämlich auf 1,8 Milliarden Dollar seit 1986, während die jährliche Wirtschaftshilfe sich seit 1987 auf 1,2 Milliarden Dollar beläuft.

Wie lange können die USA noch großzügig sein

Israel ist der größte einzelne Empfänger von amerikanischer Auslandshilfe – drei Milliarden Dollar pro Jahr und mehr –, aber wenn man seine Zuteilung auf einer Pro-Kopf-Basis betrachtet, dann ist diese geradezu umwerfend. Jeder der 4,3 Millionen Einwohner erhält jährlich 628 Dollar an direkter, offizieller amerikanischer Hilfe, zusätzlich zu den beschriebenen Vergünstigungen, die nebenbei laufen.

Im Gegensatz dazu werden Ägypten im Haushalt der US-Auslandshilfe für 1990 2,27 Milliarden zugestanden, aber das verblaßt natürlich im Vergleich, weil Ägyptens 53,3 Millionen Menschen lediglich 43 Dollar pro Kopf von Uncle Sam erhalten.

Pakistan, der an dritter Stelle stehende Empfänger von Auslandshilfe, kommt sogar noch viel schlechter davon. Die Bevölkerung von 101,5 Millionen dieses Landes muß sich 627 Millionen Dollar untereinander teilen. Dabei kommt man auf sechs Dollar pro Kopf.

Der Unterschied tritt noch stärker hervor, wenn die gewaltig unterschiedlichen Pro-Kopf-Einkommen der obersten drei Auslandshilfe-Empfänger berücksichtigt werden: Israel 6210 Dollar; Ägypten 760 Dollar und Pakistan 350 Dollar.

Die amerikanischen Bemühungen zur Stützung der israelischen Wirtschaft haben sicher Wunder bewirkt – in Israel. Aber jetzt, wo die amerikanische Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten gerät, fangen viele Menschen an darüber nachzudenken, wie lange die Amerikaner sich noch leisten können, so großzügig zu sein. □

Revisionismus

Cui bono – oder wem zu Nutzen?

Charles Weber

Laut Cicero ermahnte Gaius Longius Cassius, der 127 vor Christus Konsul der Römischen Republik war, Richter in Strafprozessen, die Frage zu untersuchen, zu wessen Vorteil eine Straftat begangen worden sein kann. Seine berühmte Frage, die seitdem einen Einfluß auf westliche Gerichtspraxis hat, bestand nur aus zwei Wörtern: Cui bono? Oder: Wem zu Nutzen?

Es ist meine Absicht in diesem Beitrag diese Frage zu stellen, um die Beweggründe einzelner nichtjüdischer Gruppen verständlich zu machen, deren Vertreter eine offenkundig fragwürdige historische These nicht nur dulden, sondern wirksam propagieren. Sowohl materielle als auch psychologische Beweggründe sollen hier beleuchtet werden.

Wirtschaftliche und psychologische Beweggründe

Die Ausbeutung und fortgesetzte Verbreitung des »Holocaust«-Materials durch jüdische und besonders zionistische Kreise haben offensichtlich wirtschaftliche und psychologische Beweggründe, die von einer Reihe von Autoren schon früher dargestellt wurden. Aber die seltsame, wenn nicht anscheinend masochistische Duldung und sogar Verbreitung des Materials durch nichtjüdische Gruppen sind bislang noch nicht ausreichend zusammengefaßt und diskutiert worden.

Die Beweise, die gegen die Behauptung sprechen, daß rund sechs Millionen Juden in Arbeits- und Umsiedlungslagern auf Grund einer allgemeinen Vernichtungspolitik seitens Deutschlands und seiner Verbündeten zur Kriegszeit vorsätzlich – weitgehend durch Giftgas – getötet worden sein sollen, stehen jedem, der objektiv und aufgeschlossen genug ist um wenigstens die einfachsten demographischen Daten, die in leicht zugänglichen Nachschlagewerken einzusehen, seit langem zur Verfügung. Schon 1951 wies zum Beispiel Colonel John Beaty in seinem bedeutsamen Büchlein »The Iron Curtain Over America« auf demographische Beweise hin, die jene Behauptungen widerlegen. In jüngeren Jahren sind solche herausragende Untersuchungen der Vernichtungsthese wie die von Professor Arthur R. Butz und Dr. Stäglich und jetzt von Professor Robert Faurisson der Aufmerksamkeit derjenigen Leser zu empfehlen, die objektiv nach der Wahrheit auf diesem Gebiet forschen.

Auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert

Die offensichtlichste Gruppe, die wir hier in Betracht ziehen müssen, sind die Deutschen selbst. Bevor wir uns mit deren derzeitigen Gefühlen und speziell denen ihrer jeweiligen Regierung in bezug auf die Vernichtungsthese befassen, müssen wir zunächst eine flüchtige Analyse der Gefühle vornehmen, die in deutschen Landen 1933 und später vorherrschten, zusammen mit den Bedingungen die diese hervorriefen.

1945 war Deutschland und diejenigen Personen, die zwischen 1933 und 1945 führende Positionen in der nationalsozialistischen Regierung innehatten, den siegreichen und äußerst rachsüchtigen Siegermächten auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert. Sie waren wegen ihrer Versorgung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln auf die Sieger angewiesen. Im Kielwasser einer furchtbaren militärischen Niederlage, mit niederschmetternden Verlusten an Blut, Gebieten und Vermögenswerten sahen sich ehemalige Mitglieder der NSDAP auch beträchtlichen Feindseligkeiten seitens der übrigen deutschen Bevölkerung gegenüber, obwohl sich die NS-Bewegung bis kurz zuvor auf Grund ihrer bemerkenswerten Erfolge in den ersten Jahren nach ihrer Machtübernahme Anfang 1933 einer großen Beliebtheit erfreut hatte.

Eine Maßgabe dieser Popularität war die Volksabstimmung an der Saar am 13. Januar 1935, bei der etwa 90 Prozent der Saarbevölkerung für die Rückkehr nach Deutschland und nur 8,8 Prozent für den Fortbestand des Status quo unter dem Völkerbund stimmten.

Der Nationalsozialismus erfreute sich aber nicht nur großer Popularität in Deutschland selbst, sondern auch in außerdeutschen Landen zumindest einer freundlichen Bewunderung und Zustimmung. Einen Hinweis auf diese Gefühle findet man in den 1936 in Berlin ausgetragenen Olympischen Spielen. Im Gegensatz zu dem massiven Boykott der 1980 in der UdSSR abgehaltenen Olympischen Spiele gab es sicherlich 1936 keinen derartigen Boykott.

Amerikaner wollten keinen Krieg

Vielleicht die bedeutsamste Reaktion der Toleranz auf den Nationalsozialismus im Ausland war die Haltung der breiten Mehrheit der Amerikaner diesem gegenüber. Sie wollte ungeachtet trotz der gewaltigen Anstrengungen mächtiger und einflußreicher Interessengruppen, die dafür waren, nichts mit einem Krieg gegen Deutschland zu tun haben.

Auch vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, besteht sicherlich kein Grund, die Ergebnisse vieler privater Meinungsumfragen anzuzweifeln, die ergaben, daß etwa fünf Sechstel der amerikanischen Bevölkerung sich offiziell nicht an dem in Europa wütenden Krieg beteiligen wollten, und daß sich diese Stimmung trotz der massiven Arbeitslosigkeit, die in Amerika weiter anhielt, und dies sogar beide Jahre 1940 und 1941 hindurch, und trotz der mächtigen Kräfte, die einen formellen Eintritt in den Krieg gegen Deutschland, ein Land das flächenmäßig mit dem Staat Texas vergleichbar war, befürworteten, bis unmittelbar zum 7. Dezember 1941 ziemlich gleichbleibend anhielt.

In den Jahren 1940 und danach traten viele einzelne Personen in den besetzten Ländern freiwillig für die deutsche Sache ein. Einige von ihnen waren ziemlich berühmte Persönlichkeiten, wie der norwegische Schriftsteller Knut Hamsum (1859-1952), der 1920 den Nobelpreis erhalten hatte. Militärpersonen, Marschall Pétain und Admiral Horthy, um nur zwei Beispiele zu nennen, arbeiteten auch mit dem nationalsozialistischen Deutschland zusammen.

Eine paradoxe Erscheinung

Die Waffen-SS bestand zu 40 Prozent aus nichtdeutschen Freiwilligen aus allen Teilen Europas und außerhalb.

Ungeachtet der – oder gerade wegen der – Popularität des Nationalsozialismus in den Jahren bevor sich das Kriegsglück 1942-43 gegen die Deutsche Wehrmacht wandte, haben wir es heute mit deutschen Regierungen zu tun, die die Vernichtungsthese und das »Holocaust«-Material nicht nur dulden, sondern fleißig diejenigen strafrechtlich verfolgen, die es wagen diese Dinge in Frage zu stellen.

Um diese scheinbar paradoxe Erscheinung begreifen zu können, müssen wir die derzeitige Position dieser Regierungen und deren geschichtlichen Hintergrund verstehen. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Deutsche Demokratische Republik, ihr kommunistisches Gegenstück in Mitteldeutschland, sind Staaten, die sich aus den militärischen Besatzungszonen entwickelt haben, die von 1945 bis 1949 bestanden. Das östliche

Viertel des Reiches wie es 1937 bestand wurde Polen und der UdSSR einverleibt.

Innerhalb strenger Begrenzungen und Richtlinien wurde den Deutschen allmählich immer größere Befugnis zuerkannt, sich selbst zu regieren, und schließlich wurden 1949 die beiden Republiken gegründet. Auch wenn diese beiden Staaten heute eine nominelle Souveränität genießen, so bleiben sie doch im wesentlichen Geschöpfe der Besatzungsmächte: Der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs im Falle der Bundesrepublik und der UdSSR im Falle der DDR.

Irgendwie parallele Entwicklungen vollzogen sich, wenn auch auf weit geringerer Basis, in Österreich, dem erst 1955 die volle Souveränität zuerkannt wurde, und dann auch nur mit vielen gesetzlichen Vorbehalten seitens der Siegermächte. Österreich mußte zum Beispiel versprechen, sich niemals wieder mit Deutschland zu vereinigen.

Viele deutsche Politiker der gegenwärtigen Generation begründeten und förderten ihre Karrieren, indem sie vom Nationalsozialismus abrückten oder jede Beziehung, die sie zu ihm gehabt haben mögen, bestritten – wie zum Beispiel Kiesinger –. Nachdem sie sich erst einmal so gebunden hatten, waren sie kaum in der Lage, dem historischen Revisionismus gegenüber empfänglich oder auch nur duldsam zu sein, ganz gleich welche Verdienste oder Überzeugunskraft dieser auch immer haben mag.

Eine überwältigende Propagande-Sintflut

Alle drei bestehenden deutschen Republiken sehen sich schon aus wirtschaftlichen Gründen, wenn aus keinem anderen Grund, heiklen Problemen in bezug auf das Wohlwollen und Anerkennung durch andere Staaten gegenüber. Seit etwa 1870 ist Deutschland nicht mehr in der Lage ausreichend Nahrungsmittel für seine Bevölkerung zu erzeugen, die zwischen 1870 und 1941 besonders expandierte.

Deutschland mußte daher exportieren oder verhungern, ein Umstand der es mit anderen europäischen Nationen in Konflikt brachte, die mit ihm wegen der überseeischen Märkte im Wettstreit lagen. Das Problem wurde nach dem Verlust weiterer Gebiete in den Jahren 1918 und 1945 noch akuter. Ich erinnere mich lebhaft an die Bitte um Gnade mir gegenüber seitens eines ehemaligen Nationalsozialisten im Internierungslager Nr. 75 in Kornwestheim nördlich von Stuttgart. Er wies darauf hin, daß Menschen seines Volkes 30 Jahre lang nicht genügend zu essen hatten.

Als Folge der überwältigenden Propagande-Sintflut des Zweiten Weltkriegs gegen das nationalistische Deutschland wurden die bestehenden deutschen Republiken gezwungen, sich von allem zu distanzieren, was das Deutschland von 1933 bis 1945 darstellte. Es war und ist allgemeine Politik in den drei deutschen Staaten, die Regierung, die sich von 1933 bis 1945 – oder 1938 bis 1945 im Falle Österreichs – an der Macht befand, als eine ungesetzliche Amtsanmaßung und grobe Abweichung in der deutschen Geschichte zu brandmarken. Offiziell herrschte vor allem in der Bundesrepublik die Tendenz vor, die Weimarer Republik zu verherrlichen und sich als Rechtsnachfolger der Weimarer Republik – deren Landesfarben und Motto sie übernahm – zu betrachten, obwohl es zwischen dieser und der Bundesrepublik erhebliche Unterschiede gibt.

Die Deutsche Demokratische Republik auf der anderen Seite stellte sich als etwas ganz Neues, nämlich als erste deutsche Republik der Arbeiter und Bauern dar.

Zerstörung eines gesunden Nationalstolzes

Vielleicht ist der unmittelbare Hauptgrund, warum die Bundesrepublik soviel Aufhebens um die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Nationalsozialisten macht, darin zu sehen, daß sie sich bemüht, sich der These einer Kollektivschuld zu widersetzen, die für die deutsche Nation als Ganzes nachteilig gewesen wäre.

So stark ist die Reaktion gegen die besiegte NS-Regierung, daß sich die Bundesrepublik dabei zu überschlagen scheint, eine Politik zu verfolgen, die auf alle Fälle genau das Gegenteil ist der 1933 und in den darauffolgenden Jahren betriebenen, auch wenn eine derartige Politik das wirtschaftliche, soziale und völkische Gewebe in Gefahr bringt.

Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür ist die massive Assimilierung – auf wirtschaftlicher, aber auch auf kultureller und biologischer Basis – von »Gastarbeitern« in die deutsche Bevölkerung, die sich kulturell deutlich von Deutschen unterscheiden, vor allem Türken und Jugoslawen. Die derzeitige sehr niedrige Geburtenziffer in Deutschland könnte sehr wohl eine Folge der Zerstörung eines gesunden und konstruktiven Nationalstolzes sein.

Sowohl im allgemeinen und im besonderen in bezug auf die Vernichtungsthese muß die Politik der Bundesrepublik auf der Grundlage einer psychologischen Reaktion auf die niederschmetternde militärische Niederlage ihrer Vorgänger-Regierung, die Umstände der Gründung der Bundesrepublik und die wirtschaftlichen Realitäten, denen sich die Bundesrepublik sowohl im Inland als auch im Ausland gegenübersieht, bewertet werden.

Lassen wir einmal die Einstellungen gegenüber dem »Holocaust«-Material, die in den drei bestehenden deutschen Republiken, die sich aus einem Teil des ehemaligen deutschen Reichsgebietes entwickelt haben, vorherrschen beiseite und wenden wir uns der Duldung und Ausbeutung des »Holocaust« durch Gruppen außerhalb Deutschlands zu.

Der gute Krieg heiligt jede Sache

Da die Vereinigten Staaten im Verlauf des Zweiten Weltkriegs zum führenden und stärksten Gegner Deutschlands wurden, wollen wir uns zunächst einmal das Verhältnis der nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen in den Vereinigten Staaten zum »Holocaust«-Material betrachten.

1945 standen die ungeheuren Schäden, die dem deutschen Volk und solchen hervorragenden Denkmälern der europäischen Zivilisation wie Nürnberg und Dresden zugefügt wurden, vor aller Augen, auch vor denen der Millionen junger Amerikaner, die in den amerikanischen Besatzungsstreitkräften gedient hatten. Viele amerikanische Soldaten waren geneigt, sich der deutschen Bevölkerung gegenüber freundlich zu verhalten, besonders die Männer der ehemaligen Südstaaten, deren nicht allzu entfernten Ahnen nach der Niederlage in einem Krieg, der auch weitgehend wegen rassischer Fragen ausgetragen wurde, ebenfalls eine harte Besatzung durch den Feind erlebt hatten.

Andererseits kenne ich einen Veteranen des Zweiten Weltkriegs, der immer noch mit seinen Großtaten in diesem tragischen Konflikt prahlt. Er ist Deutschenfeind und behauptet, bei der Einnahme von Dachau zugegen gewesen zu sein, und er liebt es die dort vorgefundenen Zustände gewaltig zu übertreiben. Er zeigt immer noch stolz ein von seiner Division kurz nach dem Krieg herausgegebenes Propagandabuch. Ein solcher Mann hat offensichtlich ein festbegründetes psychologisches Interesse daran, weiter an die Flut deutschfeindlicher Propaganda zu glauben, in der er 35 Jahre lang freudig gewatet hat. Wie Friedrich Nietzsche in seinem »Also sprach Zarathustra« mit ironischer Genauigkeit bemerkte: »Der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt«.

Die höheren Offiziere, die die Besatzungspolitik auf der Grundlage von Befehlen und Direktiven aus Washington betrieben, waren von der Sympathie gegenüber der deutschen Bevölkerung, die bei vielen Offizieren niedriger Dienstgrade und Mannschaften, die natürlich viel engere Kontakte zum breiten Spektrum der deutschen Bevölkerung unterhielten, vorhanden war, unbeeindruckt. Behauptungen, über von den Deutschen begangene Greueltaten, waren eine höchst willkommene Hilfe, um diese Sympathie seitens der amerikanischen Soldaten zu hemmen, und um die deutsche Bevölkerung, die Lebensmittelrationen erhielt, die kaum über dem Hungerniveau lagen, psychologisch im Zaum zu halten.

Ich erinnere mich an einen Film, der überall in deutschen Kinos aufgeführt wurde – um 1946, glaube ich –, der sich mit den Be-

Revisionismus

Cui Bono – oder wem zu Nutzen

dingungen in deutschen Arbeits- und Konzentrationslagern befaßte. Der deutsche Titel lautete: »Die Todesmühlen«.

Die fragliche Grundlage der Nürnberger Prozesse

Von einen größeren Umfang als die unmittelbaren Probleme der militärischen Besetzung waren die Opfer an Zeit, Blut und Vermögen, die das amerikanische Volk bringen mußte, um einen Feind zu besiegen, der in einem titanischen Ringen gegen den Bolschewismus stand, den viele weitsichtige Amerikaner schon als weit gefährlicher als das nationalsozialistische Deutschland erkannt hatten. Vor Dezember 1941 waren bittere politische Schlachten ausgetragen worden über die Frage des Eingreifens Amerikas in den europäischen Krieg, und einige Zeit nachdem die Feindseligkeiten vorüber waren, brachte keine geringere Persönlichkeit als Senator Taft aus Ohio die Weisheit, Anständigkeit und den Mut auf, die rechtliche Grundlage der Nürnberger Prozesse in Frage zu stellen.

Die Demokratic Party, die ihre Männer von 1933 bis 1953 im Präsidentenamt sitzen hatten und daher die Hauptverantwortung für die Kriegsführung und für die Nachkriegsbeziehungen zur UdSSR trug, begrüßte jedes Mittel zur Rationalisierung und Rechtfertigung ihres Verhaltens in dieser Zeit. Die Demokraten nahmen darüberhinaus jede sich bietende Gelegenheit war, ihre ehemaligen Gegner in der Interventionsfrage zu demütigen und in Mißkredit zu bringen, und um ein Gegengewicht zu der wachsenden Erkenntnis seitens vieler Amerikaner zu schaffen, daß mit der Führung dieses Krieges schreckliche und grundlose Fehler begangen wurden, die nun so ernsthafte Probleme aufwarfen wie die Berliner Blockade und die Beherrschung Osteuropas durch die Bolschewisten.

Es ist in gewissen Kreisen immer noch üblich, die damals neugewonnene Erkenntnis, daß man schwere Fehler begangen hatte und den Zorn der breiten Masse des amerikanischen Volkes abwertend als »McCarthyismus« zu bezeichnen. In Wirklichkeit war das, was wir unter dem Begriff McCarthyismus subsummieren der durchaus verständliche Ärger über die Roosevelt- und Truman-Regierungen wegen deren naiven, wenn nicht verbrecherisch unverantwortlichen Förderung der bolschewistischen Ziele. Viele Gegner des sogenannten McCarthyismus betrachten das »Holocaust«-Material weiterhin als politische Waffe und Mittel zur Rechtfertigung des Verhaltens der Demokratic Party in jenen Jahren.

Der Einfluß der Medien

Sogar heute, mehr als vier Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges, beobachten wir immer noch mit Befremden, die Versammlung von oberflächlichen und denkfaulen Menschen in sogenannten »Holocaust«-Seminaren, die von jüdischen Organisationen in vielen Städten der Vereinigten Staaten, oft auf Universitätsgeländen, organisiert werden. Ein Großteil der Zuhörer besteht aus Nichtjuden, die offenbar die Notwendigkeit verspüren, sich das Wohlwollen von Juden und Zionisten zu ergattern und – in einigen Fällen – glauben, das Verhalten der Democratic Party während des Krieges auf eine Basis der Vernunft stellen zu müssen.

Als Folge des großen jüdischen beziehungsweise zionistischen Einflusses in den amerikanischen Medien, vor allem im Fernsehen, wagen es typische politische Figuren nicht, die gängigen Informationen über den »Holocaust« in Frage zu stellen oder wenigstens offen zu diskutieren, obwohl vielen von ihnen die Gründe, deren Glaubwürdigkeit zu bezweifeln, zweifellos bekannt sind. Die Propagierung des »Holocaust«-Materials war so wirksam und eindringlich, daß nur wenigen erwachsenen Amerikanern die Behauptung nicht bekannt ist, daß während des Zweiten Weltkriegs sechs Millionen Juden in deutschen Konzentrationslagern und Arbeitslagern ermordet wurden, aber es ist zweifelhaft, ob auch nur ein Prozent der amerikanischen Bevölkerung in der Lage wäre, den Begriff »Operation Keelhaul« zu erklären, obwohl er sich auf eine der schändlichsten und bedauernswertesten Episoden der amerikanischen Geschichte bezieht.

Wenn auch nur drei Prozent der amerikanischen Bevölkerung jüdischer Abstammung sind, so hat dieser Anteil einen politischen Einfluß, der in gar keinem Verhältnis zu der Anzahl der jüdischen Mitbürger steht. Der Begriff »Holocaust« ist tief in dem Gewebe des politischen Lebens in Amerika verflochten.

Englands Konkurrent war Deutschland

Schauen wir einmal kurz nach England, das am 3. September den schwerwiegenden Schritt unternahm, Deutschland den Kreig zu erklären und somit seine ganze Existenz auf die Niederlage des Deutschen Reiches setzte. Es kann heute wenig Zweifel darüber bestehen, daß dieser Schritt kaum durch eine idealistische Besorgnis um das Weiterbestehen des polnischen Staates, einer nationalistischen Diktatur, die kaum milder und weniger feindselig gegenüber ihrem großen jüdischen Bevölkerungsanteil war als Deutschland, begründet war.
Zwei Wochen nach Beginn des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht in Danzig und Westpolen begann die UdSSR ihre Besetzung Ostpolen gegen einigen Widerstand seitens der Polen. England und sein weniger begeisteter Waffengefährte Frankreich erhoben kaum einen Muckser des Protestes, ganz zu schweigen von einer Kriegserklärung gegen den zweiten Invasoren Polens.
Die englischen Probleme mit der Besetzung Deutschlands im Jahre 1945 und danach hatten in gewisser Hinsicht eine verschwommene Ähnlichkeit mit denen der Vereinigten Staaten. Aber wir müssen auch im Auge behalten, daß England ein langjähriger Wettbewerber um überseeische Märkte war. Jetzt war England in einer Lage, die es ihm ermöglichte eine bedeutende Rolle dabei zu spielen, deutsche Güter mindestens für ein paar Jahre aus den internationalen Handelskanälen der Welt herauszuhalten. Die Lähmung der deutschen Industrieproduktion konnte durch eine Geldpolitik aufrechterhalten werden, die England mithalf, Deutschland aufzuerlegen, wie zum Beispiel der fortgesetzte, erzwungene Umlauf der alten Reichsbanknoten, der erst im Juni 1948 beendet wurde.

Viele der bedeutendsten Fabriken in der britischen Besatzungszone wurden demontiert und die Maschinen zum Teil nach Rußland geschickt, so grotesk sich das auch heute anhören mag. England hatte starke wirtschaftliche Beweggründe, seinen alten kommerziellen und industriellen Rivalen psychologisch in Verruf zu bringen, und diese Beweggründe wurden sicherlich durch die fortwährende Flut der Haßpropaganda gegen das am Boden liegende Deutschland, einschließlich natürlich des »Holocaust«-Materials unterstützt.

Zur Erleichterung des englischen Gewissens

England hatte sich auch äußerst stark an der fast karthagoanischen Vernichtung der deutschen Städte während des langen Zeitraums nach der Verkündung der Politik der bedingungslosen Kapitulation – durch Roosevelt und Churchill in Casablanca – bis zum Ende des Krieges, also etwa zweieinhalb Jahre lang, beteiligt. Obwohl dem Bombenschaden, den England während des Zweiten Weltkriegs hinnehmen mußte – zum Beispiel Coventry –, in der Publizität stets ein sehr breiter Platz eingeräumt wurde, war dieser nur ein sehr kleiner Bruchteil dessen, was Deutschland erleiden mußte. Wenn die Engländer irgendwelche Schuldgefühle wegen der Zerstörung der deutschen Städte und wegen der Tötung von Hunderttausenden von Zivilpersonen in deren Verlauf in einem echten Holocaust gehegt hätten, was konnte dann besser dazu geeignet sein ihr Gewissen zu erleichtern, als die Berichte über den angeblichen »Holocaust«?

Wir wollen zum Schluß eine Reihe von Staaten betrachten, die das »Holocaust«-Material auf höchst energische Weise ausgebeutet haben, nämlich die UdSSR und ihre Vasallenstaaten in Osteuropa. Wie wir noch sehen werden, hatten die kommunistischen Länder zwingende Gründe

Meinen Füßen geht es gut...
seit ich das neue pediform® verwende

Mit dem neuen PEDIFORM® wurde praktischer Nutzen mit einem überzeugenden Behandlungserfolg und einfache komfortable Handhabung optimal zusammengefügt.

Mit PEDIFORM® erwerben Sie ein neues, ideales Gerät zur Pflege und Behandlung von **Fuß- und Nagelproblemen.**

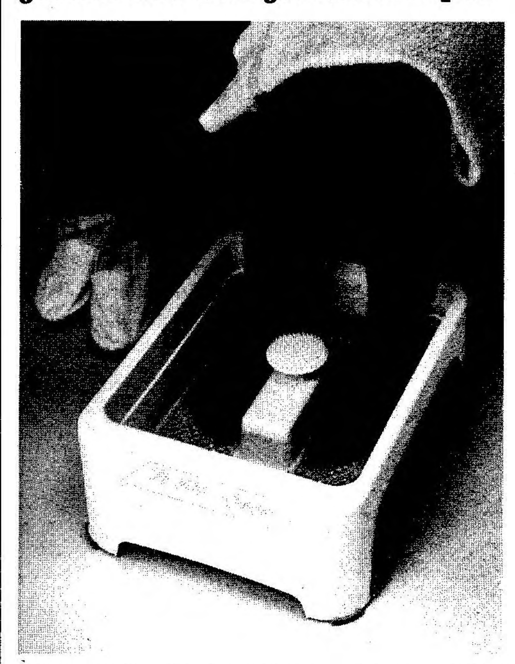
Das leistungsstarke Gerät kann entweder über 220 V Netzstrom, aber auch unabhängig über den integrierten Akku betrieben werden. Mit dem Akku sind Sie also jederzeit auch netzunabhängig und somit mobil, beispielsweise im Badezimmer, Balkon, Terrasse oder anderswo. Zwei Leistungsstufen stehen zur Verfügung.



Die 80 cm lange Kabelwelle erlaubt ein einfaches Hantieren mit den Schleifkörpern. Die Kabelwelle ist außerdem mit einem speziellen Knickschutz versehen. Alle Zubehör-Schleifkörper und die Kabelwelle können praktisch in den Röhren des Gehäuses verstaut werden und mit einem Staub- bzw. Transportdeckel abgedeckt werden.

Fordern Sie dieses praktische Qualitätsgerät für nur 198,– DM deshalb mit untenstehendem Coupon an und freuen Sie sich fortan über gepflegte, gesunde Füße!

Eine Wohltat für strapazierte Füße und Beine...
gesund für den ganzen Körper



Mit dem Fußfit FB 2000 können Sie Körper und Füße in einem leicht vibrierenden Massagebad erholen lassen. Sie bestimmen selbst, mit welcher Wassertemperatur dieses durchgeführt wird. Die sehr angenehme Fußmassage entstaut Füße, Beine und den ganzen Körper!

Dadurch ist man entspannt, schläft besser und hat auch eine bessere Verdauung! Dieses liegt daran, daß die Fuß-Reflexzonen durch die Noppen massiert werden – ein überraschend einfacher Weg zur Beeinflussung der inneren Organe und des Stoffwechsels. Besonders jetzt im Sommer durch die Möglichkeit des Wasserbades sehr effektiv!

Gehen auch Sie diesen einfachen und wirksamen Weg! Das Fußfit FB 2000 erhalten Sie für nur 98,– DM mit untenstehendem Coupon!

Rein-Lecithin ist die ideale Nahrungsergänzung

Stern-Lecithin ist Ihnen aus früheren Ausgaben der „Gesunden Medizin" bekannt.

Die enorme Wirksamkeit dieses 98 % - Granulates wurde und wird immer wieder bestätigt.

Vor allem als Stabilisator für das Gedächtnis und das Konzentrationsvermögen sollte Stern-Lecithin in der täglichen Ernährung nicht fehlen.
Schon 5-7 g decken den Tagesbedarf eines erwachsenen Menschen.

Fordern Sie daher mit untenstehendem Coupon an:

200 g	**DM 23,90**
400 g	**DM 39,80**
1000 g	**Sonderpreis DM 76,90**

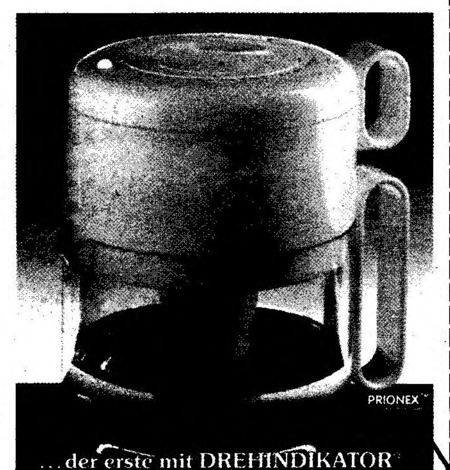
Neuer Wasserfilter schafft bessere Trinkwasser-Qualität

In unserem Leitungswasser werden immer höhere Schadstoffkonzentrationen festgestellt.
Durch einen handlichen, kostengünstigen Wasserfilter kommt man jetzt diesen Schadstoffen bei.
Der 21 cm hohe, 1,8 Liter fassende tragbare Wasserfilter Selector de Luxe befreit Leitungswasser in hohem Maße von Chlor, Carbonathärte, organischen Verunreinigungen und Schwermetallionen.
Entscheidend ist, daß dabei lebenswichtige Mineralien und Spurenelemente erhalten bleiben.

Der neue Wasserfilter-Selector verbessert das Trinkwasser und verschafft Haushaltsmaschinen ein längeres Leben. Durch einen patentierten Drehmechanismus erkennt man, wann die Filterkartusche gewechselt werden muß. Die günstige Kartuschenvorratspackung spart dann noch einmal bares Geld.

(1 Kartusche kostet DM 6,95, die 12er Packung nur DM 69,80)

Jede Kartusche filtert etwa 60 - 100 Liter (je nach Qualität des Wassers) und deckt den Monatsbedarf eines 4-Personen-Haushaltes. Verbessern deshalb auch Sie Ihr Trinkwasser und fordern Sie den „Selector" mit nebenstehendem Coupon noch heute an.



Ja, auch ich möchte die Vorteile Ihrer Angebote in Anspruch nehmen und bestelle daher zur sofortigen Lieferung:

...... Stück	Wasserfilter Selector mit 1 Kartusche	je **DM 34,90**
...... Stück	Kartuschen-Vorratspackung für den Wasserfilter	je **DM 69,80**
...... Stück	Fußfit-Massagebad	je **DM 98,00**
...... Stück	pediform Maniküre- und Pediküregerät	je **DM 198,00**
...... Gramm	Stern-Lecithin 98 %	**DM**

Zahlungsweise:

☐ auf Rechnung, ca. 6,00 DM Versandspesen
☐ per Nachnahme, ohne Versandspesen
☐ Ich habe einen Scheck beigefügt

Vorname ______ Name ______

Straße ______

PLZ ______ Wohnort ______

Einsenden an:
VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11/1, 4460 Nordhorn, Tel. 0 59 21 - 40 74

Revisionismus

Cui Bono – oder wem zu Nutzen

dafür, dieses Material zu propagieren.

Das Verhalten der Sowjets weckte Ängste

Zunächst stehen wir jedoch der Frage gegenüber, zu welchem Ausmaß wir es in diesem Falle mit einer nichtjüdischen Gruppierung zu tun haben. Es kann wenig Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung der UdSSR in ihren Anfangsjahren weitgehend aus Juden bestand. Es gibt sogar eine umfangreiche Literatur über diese Frage und sogar Winston Churchill, der gerissene politische Opportunist par excellence, machte 1920 seine eigenen Beobachtungen über die jüdische Zusammensetzung der sowjetischen Regierung.
Den Mittelklassen Westeuropas war die ethnische Realität des Bolschewismus und dessen Brutalität in der Praxis sehr wohl bekannt. Dieser Umstand verursachte vielleicht in stärkerem Maße als eine Reihe anderer Faktoren die Feindschaft gegenüber den Juden, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in so vielen Ländern westlich der Sowjetunion vorherrschte. Sogar im eigenen Hinterhof der Sowjetunion hinterließ die kurzlebige Regierung von Bela Kun (1919) auf die Mittelklassen in den westeuropäischen Ländern einen ziemlich abstoßenden Eindruck.

Wie auch die Dinge liegen, lassen sie mich einmal die Beweggründe unter die Lupe nehmen, die die UdSSR und ihre Nachkriegs-Vasallen hatten, um in ihrer Propaganda nach 1945 den »Holocaust« und ähnliche Stories besonders hervorzuheben.

Das Verhalten der UdSSR in den letzten Jahrzehnten nach außen hin hat in den Herzen der anständigen, erfolgreichen Menschen überall in der Welt gewisse Ängste erweckt. Vor dem deutschen Einmarsch in Rußland im Juni 1941 hatte die UdSSR durch Gewalt oder Drohungen große Gebiete Osteuropas an sich gerissen, eine Tatsache, an die man sich im allgemeinen heute nicht mehr erinnert.

Vom Norden nach Süden herunter betrachten wir zunächst einmal den Krieg, den die UdSSR gegen Finnland führte. Die Finnen schlugen im Winter 1939-1940 tapfer zurück und gewannen die Sympathie der Welt, wurden aber schließlich gezwungen nachzugeben und schmerzhafte territoriale Zugeständnisse zu machen.

Die UdSSR annektierte 1940 die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen, den östlichen Teil Polens im September 1939 und einen bedeutenden Teil Ostrumäniens im Jahre 1940.

Die Behandlung der Bevölkerungen in diesen Ländern, vor allem in den baltischen Staaten mit ihren deutschen Minderheiten, war zweifellos ein bedeutender Faktor bei Hitlers Entscheidung, in Rußland einzumarschieren, abgesehen von dem erschreckenden Aufbau des Waffenarsenals, vor allem der Panzerwaffe, die im wesentlichen einen offensiven Charakter hat, durch die Sowjets.

Haß gegen ein brutales Regime

Trotz der gewaltigen zahlenmäßigen Überlegenheit der UdSSR hinsichtlich ihrer landesweiten Bevölkerung und der Anzahl von Panzern, über die sie zu Beginn des Krieges verfügte, konnten die deutschen Streitkräfte soweit nach Rußland eindringen – über die baltischen Staaten und Polen hinaus –, daß seine beiden größten Städte, Sankt Petersburg – kommunistischer Name: Leningrad – und Moskau innerhalb weniger Monate bedroht wurden.
Nach Süden hin wurden weite Teile der landwirtschaftlich bedeutsamen Ukraine besetzt.

Zweifellos war diese Katastrophe für die Bolschewisten größtenteils auf den Haß zurückzuführen gegen das brutale Regime, unter dem massive Tyrannei, Hungersnöte, Stagnation der Industrie und Unterdrückung von Minderheiten an der Tagesordnung waren. Es mußte den sowjetischen Führern einleuchten, welche Schwäche ihrem Regime innewohnte und wie nahe sie an der Niederlage vorbeigeglitten sind, obwohl der Krieg seiner inneren Natur eigentlich ein Kampf David gegen Goliath war.

Spätestens 1943 wandte sich das Blatt, weitgehend als Folge der moralischen und materiellen Unterstützung der Sowjetunion von außerhalb, vor allem durch die Vereinigten Staaten.

Der Holocaust wurde ein Teil der Politik

Das Frühjahr 1945 brachte die endgültige Niederlage der zahlenmäßig weit unterlegenen deutschen Streitkräfte, und 1948 beherrschte das neue Sowjetreich fast die Hälfte Europas – außer Skandinavien –, wie es 1938 westlich der sowjetischen Grenzen bestanden hatte, einschließlich genau die Hälfte Deutschlands in seinen Grenzen von 1937.

In der Zeit von Juni 1948 bis Mai 1949 war die ganze Welt erstaunt und ernüchtert über das herausfordernde Auftreten des neuen Sowjetreichs bei seiner Blockade Berlins. 1949 war die Welt erschreckt über die Erkenntnis, daß die Herren des Sowjetreichs jetzt über Atombomben verfügten, nachdem sie von einer Reihe von Spionen auf dem Gebiet unterstützt worden waren, von denen fast alle jüdischer Abstammung waren und von denen zwei 1953 nach einem langen Prozeß hingerichtet wurden.

Auf Grund einer Reihe von Faktoren, aber speziell als Folge der Leichtgläubigkeit, der Unkenntnis in politischen Dingen, und sogar des Verrats seitens Mitglieder der Roosevelt- und Truman-Regierungen wurde die Sowjetunion aus dem Nichts heraus zu einer Position gewaltiger Macht und Sicherheit erhoben.
Ungeachtet dessen haben sich trotz des ausgeklügelten Apparats zur Unterdrückung der Bevölkerungen in den besetzten Ländern und Vasallenstaaten, der umfangreichen Verschleppungen und dergleichen, eine Reihe von revolutionären Bewegungen gegen die Unterdrücker gebildet, eine Entwicklung, die in der sehr bedeutsamen Ungarischen Revolution von 1956, die sogar in der Niederlage gewaltige psychologische und politische Rückwirkungen hatte, ihren ersten Höhepunkt fand.

Geschickte und energische Propagandabemühungen seitens der sowjetischen Herrscher waren zweifellos ein bedeutsamer Faktor beim Aufstieg der Sowjetunion, der von einem Tiefstand ihres Geschicks aus im Jahre 1943 begann. Das »Holocaust«-Material erwies sich wegen einer Reihe von Zielsetzungen für die Sowjetunion als ganz besonders wertvoll.

Es war bestimmt nicht ohne Absicht, daß Gedenkstätten an den angeblichen »Holocaust« überall in der Sowjetunion, wie Pilze aus dem Boden schossen, und daß die Standorte ehemaliger Konzentrations- und Arbeitslager, in denen in den letzten Kriegsjahren eine große Anzahl von Juden interniert war, so übernommen und abgeändert wurden, daß die »Holocaust«-Behauptungen zumindest für den oberflächlichen Betrachter plausibler wurden.
Sogar die über einen langen Zeitraum hinweg von den Vasallenstaaten ausgegebenen Briefmarken hielten den »Holocaust« publizistisch am Leben.
Das »Holocaust«-Material hat sich halt als nützliches zusätzliches Element einer Reihe von anderen sowjetischen Propagandabemühungen erwiesen, so auch bei den Nürnberger »Prozessen« und bei der Auslöschung zahlreicher Verbrechen der Sowjetunion gegen andere Völker, darunter das Massaker von Katyn.
Vergleichsweise sind die ungeheuren Leiden von Nichtjuden kaum bekannt und kommen in den bekannten Werken und Geschichtsbüchern der Vereinigten Staaten praktisch nicht vor. Wir brauchen nur an die Aushungerung ukrainischer Bauern Anfang der dreißiger Jahre, an die umfangreichen Deportationen von ganzen Bevölkerungsteilen aus den baltischen Staaten und an die zum Himmel schreiende Zahl der Todesfälle von Deutschen bei deren Vertreibung aus den ostdeutschen Gebieten in der Zeit von 1945 bis 1946 zu denken. Dabei kamen schätzungsweise 2.000.000 deutsche Menschen um oder wurden auf brutalste Weise niedergemetzelt. □

Der vorstehende Beitrag wurde zum ersten Mal in englischer Sprache in der Zeitschrift »The Journal« des Instituts for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, Kalifornien 90505, USA, veröffentlicht.

Baltische Staaten

Wahrheit über den Hitler-Stalin-Pakt

Fritz Becker

Seit 1989 wird durch deutsche wie nichtdeutsche Medien, Politiker und Diplomaten in verstärkter Weise der Versuch unternommen, in der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als habe das kriegsunterlegene Deutsche Reich die sowjetische Annektion der baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland mit der Regierung der UdSSR im Jahre 1939 abgesprochen und vereinbart. Da dies keineswegs der Wahrheit entspricht, ist die folgende Richtigstellung geboten und veranlaßt.

In den geheimen Zusatzprotokollen vom 23. August 1939 beziehungsweise vom 28. September 1939 als Anlagen zum Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken und zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR sind keine Abmachungen oder Vereinbarungen dahin getroffen worden, daß die Reichsregierung den durch die sowjetische Regierung dann im Folgejahr 1940 durchgeführten Annektionen der drei baltischen Staaten zugestimmt oder sie mitgeplant hätte.

Der Wortlaut entlastet die Deutschen

Namentlich in dem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 ist zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjet-Union eine ab der Nordgrenze Litauens verlaufende Interessenlinien markiert worden, die im wesentlichen den Sicherheitswünschen der UdSSR folgte. Sie besagte nichts anderes, als daß das Deutsche Reich in diesen Staaten und Gebieten keine Außenpolitik verfolgen würde, die die Sicherheits- und Interessenlage der UdSSR gefährden oder beschädigen würde.

Der genaue Wortlaut des Geheimabkommens entlastet das Deutsche Reich eindeutig; denn der entscheidende Satz lautet: »Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschland und der UdSSR.« Sonst nichts.

Umsomehr war die Reichsregierung und namentlich das Auswärtige Amt Berlin überrascht, als die UdSSR nach anfänglich vorgetäuschten Pacht-Stützpunkt-Vereinbarungen mit den drei baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland 1940 während des Frankreich-Feldzuges nach kurzen, scharf formulierten Ultimaten an die drei baltischen Staaten diese unter brutalsten Begleitumständen gewaltsam annektierte. Die Molotow-Note vom 11. August 1940 an die Reichsregierung bestätigt im Grunde den sowjetischen Gewaltakt.

Außenpolitische Desinformation

Den drei westlichen Botschaften der Kriegssiegermächte und deren Regierungen als Verwahrungsmächten der erbeuteten deutschen Staatsakten sind diese geschichtlichen Tatsachen natürlich bekannt. Gleichwohl verschweigen sie die erwiesene Alleinschuld der UdSSR an der gewaltsamen Annektion der drei baltischen Staaten, um in der Weltöffentlichkeit den wahrheitswidrigen Eindruck zu erwecken, das kriegsunterlegene Deutsche Reich sei an Annektion und Versklavung dieser baltischen Staaten mitschuldig.

Durch diese außenpolitische Desinformations-Politik wollen die Kriegssiegermächte des Westens einmal ihre jetzt offenkundig werdende undemokratische Verstrickung in die Völkerrechtsdelikte der Stalin-Diktatur überdecken. Zum anderen wollen sie – besonders bei umerzogenen, uninformierten deutschsprachigen Politikern und bei schlecht ausgebildeten deutschen Journalisten – eine Schuldpsychose erzeugen, um so deutschen Widerspruch bei der erpresserischen Durchsetzung einer Anerkennung der interalliierten Demarkationslinie zwischen Deutschland und Polen ersticken zu können.

Wie aus dem Citissime-Telegramm Nr. 185 des Auswärtigen Amtes Berlin vom 18. August 1939 an die Deutsche Botschaft in Moskau hervorgeht, hatte die Reichsregierung auf sowjetischen Wunsch und sowjetische Anfrage sogar eine Garantierung der drei baltischen Staaten zugestimmt, zumal die Reichsregierung fremdsprachiges Territorium nie zu erwerben suchte.

Erst hinterher ist klar geworden, daß die Reichsregierung durch die Stalin-Molotow-Administration über deren wirkliche, jedoch verheimlichte (Annektions)-Absichten getäuscht worden ist.

Wie stark sich alle vier Kriegssiegermächte mit ihrer außenpolitischen Desinformations-Politik in unauflösliche Widersprüche verwickeln und sich dabei sogar selbst widerlegen, zeigt eine Meldung des ARD-Video-Computer-Textes in der Woche vom 26. bis 31. März 1990. Da wurde nämlich berichtet, daß der sowjetische Staatspräsident und Parteichef Michail Gorbatschow die Unabhängigkeitsbeschlüsse der litauischen Regierung und des litauischen Parlaments mit der Behauptung zurückgewiesen habe, der Staat Litauen sei 1940 dem Staatsverbund der UdSSR freiwillig beigetreten. Nicht nur, daß Gorbatschow damit nachträglich stalinistische Völkerrechtsdelikte legalisieren wollte, brachte er damit auch – wohl ungewollt dank seiner »Berater« – zum Ausdruck, daß die baltischen Staaten eben nicht durch deutsche Mitwirkung annektiert worden sind.

Die Rolle von Churchill und Eden

Wahr hingegen ist, daß die britische Churchill-Eden-Regierung in einem durch sie und die Regierung der UdSSR, und zwar durch Außenminister Eden und Außenkommissar Molotow unterzeichneten britisch-sowjetischen Bündnispakt vom 26. Mai 1942 samt dazu gehörigem Zusatzprotokoll alle osteuropäischen Staaten von Finnland bis Jugoslawien einschließlich Ost- und Mitteldeutschland (unter jeweils wortwörtlicher Aufzählung) der politischen sowie militärischen Kontrolle und Verwaltung der Sowjet-Union unterworfen hat, wie es ab 8. Mai 1945 dann auch tatsächlich gehandhabt worden ist. Damit ist Englands grundlegende Mitschuld am beklagenswerten Schicksal der Völker des Baltikums und Osteuropas vor aller Welt in unbestreitbarer Weise offengelegt.

Die jetzt in Mitteldeutschland aufgefundenen Massengräber sowjetisch-stalinistischer Vernichtungslager belegen in grausiger Weise die britische Mitschuld.

Verschwiegen und vertuscht wird durch die vier Kriegssiegermächte auch, daß die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 einem groß angelegten militärischen Offensivplan Stalins gegen das Deutsche Reich unter dem Decknamen »Gewitter« nur um etwa zehn Tage zuvorkam. Im Zuge dieser Präventivwehr wurden die baltischen Staaten durch deutsche Soldaten vorübergehend befreit. Die deutsche Besatzungsmacht sorgte für die Wiedereinrichtung litauischer Grundbuchämter und gab den Balten ihren, ihnen durch Stalin enteigneten Besitz, zurück.
Nicht Hitler-Ribbentrop, sondern ausschließlich Churchill-Eden haben mit ihrem Bündnisvertrag und Geheimprotokoll vom 26. Mai 1942 die baltischen Staaten und Völker dem bolschewistischen Rußland ausgeliefert. □



Ein Leben für Holland und Europa

Florence Rost van Tonningen

Was hat es für einen Sinn, über die Vergangenheit zu sprechen? Warum sollte Florence Rost van Tonningen die Weltanschauung ihres verstorbenen Ehemannes darstellen, der Nationalsozialist war? Liegt überhaupt irgendein Sinn darin, im liberalen demokratischen Zeitalter, in dem wir leben, über solche Dinge zu berichten? Die Antwort lautet, daß dies ganz gewiß der Fall ist, denn nur durch Aufgeschlossenheit gegenüber der Vergangenheit können wir den Weg zur Zukunft verstehen. Das Wissen über die Geschichte begleitet uns auf diesem Weg.

Mein Mann, Meinhoud Marius Rost van Tonningen, wurde am 19. Februar 1894 in Surabaja, Niederländisch-Ostindien, in einer hoch angesehenen holländischen Familie geboren, von der viele Angehörige Stellungen von großer nationaler Bedeutung innegehabt hatten. Mein Mann würde als Patriot erzogen, und im Alter von 15 Jahren entschied er sich für eine militärische Laufbahn.

Die Weltsicht eines Rates

Sein Vater hatte ebenfalls diesen Weg gewählt und war mehr als einmal für seine treuen soldatischen Dienste ausgezeichnet worden. Auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn wurde der Vater meines Mannes zum Oberkommandeur der Königlich-Niederländischen Armee in den östlichen Kolonien, das heißt für den Bereich, der jetzt als Indonesien bekannt ist, ernannt. Er führte die drei berühmten Expeditionen Balo, Lombok und Atjeh an, wofür er zum Generaladjutanten der Königin ernannt wurde. Er trat jedoch 1909 als Folge der knauserigen Haltung des niederländischen Parlaments gegenüber den bewaffneten Streitkräften zurück.

Als der jugendliche Rost van Tonningen mit seinem Vater über seine militärische Ambitionen sprach, riet dieser ihm mit den Worten davon ab: »Tue das nicht, mein Junge. Dieses Parlament wird die Bedürfnisse unserer Armee niemals anerkennen und sie daran hindern ihre Aufgabe ordentlich zu erfüllen, die vor allem darin besteht, einem Angriff aus dem Ausland standzuhalten. Glaube mir, mein Sohn, alle unsere Bemühungen würden vergebens sein.«

Erst Jahre später begann mein Mann die Weisheit und Weitsichtigkeit in dem Ratschlag seines Vaters zu verstehen, die sich nicht nur als richtig für meinen Mann, sondern als prophetisch für sein Land und für Europa als Ganzes erweisen sollten.

Der Weg in die Politik

1912 entschloß sich mein Mann dazu, Ingenieur zu werden. Aber der Ausbruch des Ersten Weltkriegs trat dazwischen, und er diente stattdessen in der Armee als Offizier in der Königlichen Artillerie. Er lernte sehr viel, indem er in dieser Zeit die heftige Kontroverse innerhalb der niederländischen Armee genau verfolgte. Er kam zu der Ansicht, daß nur eine gründliche Reform des gesamten wirtschaftlichen und politischen Systems den Niedergang Europas verhindern könnte. Und aus dieser Erkenntnis erwuchs sein Interesse an der Politik. Trotz der Proteste seines Vaters nahm er sein Ingenieurstudium nach Ende des Krieges 1918 nicht wieder auf, sondern ließ sich stattdessen in der Universität von Leiden als Jurastudent einschreiben.

Die Revolution, die Deutschland erschütterte, und die gewaltige Wirtschaftskrise, die in den Nachwehen des Weltkrieges drohend über Europa schwebte, verstärkten Rost von Tonningens Entschlossenheit, sich einer idealistischen Laufbahn in der Politik zu widmen, noch mehr. 1921 wurde ihm von der Universität von Leiden die Doktorwürde verliehen. Seine Doktorarbeit über Völkerrecht befaßte sich mit Möglichkeiten der Linderung der wirtschaftlichen und politischen Not in Mitteleuropa, größtenteils die Folge der auferlegten Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

Zu der Zeit seiner Erziehung und während der Ausbildung noch ein Liberaler, glaubte Rost van Tonningen daran, daß Mitteleuropa durch die Vermittlung des Völkerbunds gerettet werden könne.

Die Arbeit im Völkerbund

Eifrig für den Völkerbund tätig, arbeitete Dr. Rost van Tonningen hart daran, seine Fähigkeiten in der französischen, englischen und deutschen Sprache zu verbessern, so daß er sich auf echt europäischer Grundlage mit politischen und wirtschaftlichen Fragen befassen konnte. Seine Kenntnisse des Völkerrechts und sein intensives Studium der Tätigkeiten und Probleme des Völkerbunds machten ihn 1922 zu einem willkommenen Freiwilligen am Hauptsitz des Völkerbunds in Genf.

Im darauffolgenden Jahr wurde Rost van Tonningen zum Assistenten des Generalbevollmächtigten des Völkerbunds in Wien, Dr. Zimmermann, ehemaliger Bürgermeister von Rotterdam, ernannt, der sich bemühte, den zusammengeschrumpften Staat Österreich auf der Grundlage des Balfour-Planes von 1922 wiederaufleben zu lassen. Dr. Zimmermann, der erste Mann mit ausgesprochenen antisemitischen Auffassungen, dem Rost van Tonningen begegnet war, schrieb einen Teil der wirtschaftlichen Nachkriegssorgen Österreichs den Tätigkeiten jüdischer Spekulanten zu, von denen viele nach 1918 nach Wien hineingeströmt waren. Obwohl Rost van Tonningen sich nicht völlig den Standpunkt des Generalbevollmächtigten zu eigen machte, wurde er sich damals zum ersten Male der Judenfrage in Mitteleuropa bewußt.

1928 verließ Rost van Tonningen Wien und den Bund, um als Banker bei Hope & Co. in Amsterdam und New York zu arbeiten, aber die Weltwirtschaftskrise von 1931, die dem New Yorker Börsenkrach von 1929 folgte, veranlaßte ihn dazu, nach Wien zurückzukehren, um dort seine Arbeit für den Völkerbund wiederaufzunehmen. Dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt, Wiens größter Bank, im Frühjahr 1931, folgte die Finanzkatastrophe in Österreich und Deutschland, und Großbritanniens Abfall vom Goldstandard im September.

Dr. Rost van Tonningen wurde der Vertreter des Völkerbunds in Wien, mit einem Mandat, Österreichs wirtschaftlichen Wiederaufbau zu fördern. In den nächsten fünf Jahren versuchte er, eng mit der österreichischen Regierung bei der Erweiterung der Wirtschaftsproduktivität des Landes und dessen Handels mit Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten.

Die Folge des Freihandels

Während dieser Zeit wurde Österreich von politischem als auch von wirtschaftlichem Elend heimgesucht. Die Christlichen Sozialisten, stark klerikal und autoritär in ihrer Einstellung, verboten sowohl die marxistischen Sozialdemokraten als auch die Nationalsozialisten und errichteten einen Einparteien-Staat unter der diktatorischen Herrschaft von Engelbert Dollfuss – bis zu dessen Ermordung bei einem erfolglosen Staatsstreich der Nationalsozialisten im Jahre 1934 – und Kurt Schuschnigg.

Rost van Tonningen, der zunächst eng mit Dollfuss zusammengearbeitet und sich gegen die Nationalsozialisten gestellt hatte, war mehr und mehr über Dollfuss Unterdrückung seiner politischen Feinde entsetzt. Gleichzeitig leistete Dollfuss ei-

ner Vereinigung Österreichs mit Deutschland, die Rost van Tonningen als die einzige Lösung für Österreichs Wirtschaftsprobleme erschien, immer stärkeren Widerstand.

Dr. Rost van Tonningen war inzwischen zu der Schlußfolgerung gekommen, daß wirtschaftlicher Liberalismus und Freihandel für Österreich oder für ein politisch balkanisiertes Europa kleiner unabhängiger Staaten nicht mehr geeignet war. Er war zu der Auffassung gelangt, daß nur die Bildung einer gesteuerten Wirtschaft, basierend auf den rechtmäßigen Bedürfnissen einer Völkergemeinschaft, die in einem Großraum lebte, auf lange Sicht die Europäer in die Lage versetzen könnte, mit derart großen Gebilden wie die Sowjetunion, das britische Weltreich und die Vereinigten Staaten von Amerika zu konkurrieren. Mit seiner Idee brachte er erstmals der Notwendigkeit für eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft zum Ausdruck.

Die Notwendigkeit einer Wirtschaftsgemeinschaft

1935 und 1936 werteten die meisten europäischen Länder ihre Goldwährungen ab und gingen vom Goldstandard herunter, was ein monetäres Chaos heraufzubeschwören drohte. Mein Mann, jetzt überzeugter Nationalsozialist, erkannte, daß die Zweckmäßigkeit des Völkerbundes für Österreich und die übrige Welt nicht mehr gegeben war. Folgerichtig trat Rost van Tonningen von seiner Position in Wien zurück, entschloß sich nach Holland zurückzukehren und sich der nationalsozialistischen Bewegung seines Landes zu widmen.
Vor seiner Rückkehr leitete mein Mann über Deutschlands Botschafter für Österreich, Franz von Papen, ein Zusammentreffen mit Hitler auf dessen Berghof in Berchtesgaden in die Wege. Sie besprachen die Politik des Führers gegenüber England und den germanischen Staaten des Kontinents. Rost van Tonningen erfuhr, daß Hitler eine vereinte europäische Wirtschaft befürwortete, und daß er glaubte, der Wohlstand der Welt könne nur mit der Wiederherstellung der Kaufkraft in Europa, einem Block von über 300 Millionen Menschen mit einem hohen Lebensstandard, wiederhergestellt werden.
In den Niederlanden ernannte Anton Mussert, Führer der Niederländischen Nationalsozialisten (National-Socialistisch Beweging), Rost van Tonningen zum Herausgeber der Zeitung der Bewegung »Het Nationale Dagblad«. Im folgenden Jahr wurde mein Mann in das niederländische Parlament gewählt, wo er an erster Stelle beobachten konnte, wie die Parteipolitiker ihre eigenen Experten und die anderer Parteien bei der Lösung der Probleme des Landes behinderten.

Für einen jüdischen Staat

Innerhalb der Niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung, der N.S.B., herrschte zunächst keine Einigung über die Bedeutung des Wirtschaftsdenkens auf breiter Basis oder der Rasseneinheit. Zum Beispiel waren Juden Mitglieder der N.S.B seit ihrer Gründung im Jahre 1931. Es dauerte jedoch nicht lange, bis niederländische Juden eine konzertierte Kampagne gegen die N.S.B. organisierten, und es wurde unmöglich, die Judenfrage weiter zu ignorieren. Mussert und mein Mann trafen sich, um die Frage zu erörtern, und sie kamen darin überein, daß sie auf ordnungsgemäße und friedliche Weise gelöst werden müsse. Sie waren davon überzeugt, daß die einzige Lösung in einem unabhängigen jüdischen Staat bestehen müsse. Palästina wurde zwar in Erwägung gezogen, aber letztendlich als zu klein verworfen. Man entschied sich stattdessen für Surinam, eine niederländische Kolonie in Südamerika. Unsere Partei legte diesen Plan dem niederländischen Parlament vor, wo er von allen unseren politischen Gegnern zurückgewiesen wurde.
Indessen war Dr. Rost van Tonningen von Mussert nach Deutschland entsandt worden, um die Diskussion über diesen »Mussert-Plan« in der deutschen Presse in Gang zu bringen. Durch Heinrich Himmlers Vermittlung traf mein Mann mit Außenminister Joachim von Ribbentrop zusammen, um den Umsiedlungsplan mit ihm zu besprechen.
Nach anfänglichem Zögern stimmte der Außenminister seiner Veröffentlichung zu. Die Erlaubnis des Dr. Goebbels unterstehenden Propagandaministeriums zur Behandlung der Frage in der Presse wurde ebenfalls eingeholt, aber am Ende wurde der Mussert-Plan kaum erwähnt.

1937 führte mein Mann erstmals ein Privatgespräch mit Heinrich Himmler, dem »Reichsführer SS«, und gehörte bald zu dessem engerem Kreis. Himmler schätzte meinen Mann sehr und stellte ihn den führenden nationalsozialistischen Persönlichkeiten auf den Gebieten der Wirtschaft, Soziologie und Wissenschaft vor.

Gegen eine Invasion der Deutschen

Neben Hitler war Himmler die bedeutendste Persönlichkeit in der Führung des Reiches. Seine grundlegenden Ansichten können wie folgt zusammengefaßt werden:

Einigung aller Deutschen in einem großdeutschen Reich;

Pflege enger Bindungen zwischen allen germanischen Menschen;

Unerschütterliches Vertrauen in die Größe und Fähigkeiten der nordischen Rasse.

Von Anfang 1940 an gingen Gerüchte um, daß Hitler plane unser Land anzugreifen. Mein Mann glaubte, daß eine deutsche Invasion die Aufgabe der niederländischen Nationalsozialisten unmöglich machen würde. Dementsprechend reiste er in jenem Frühjahr nach Berlin, um seine und Musserts Ansichten mit Himmler zu besprechen. Es gelang Rost von Tonningen nicht, mit dem Reichsführer zusammenzutreffen, aber er konnte mit dessen Stabschef, Obergruppenführer Wolff, sprechen. Trotz ihres Verständnisses für die Zwickmühle, in der sich die niederländischen Nationalsozialisten befanden, war es klar, daß die Deutschen Großbritannien und Frankreich mißtrauten und – nicht ohne Ursache – glaubten, daß die Regierung der Niederlande insgeheim mit den Alliierten sympathisierte.

Eine Woche bevor die Deutschen angriffen, wurde Rost van Tonningen von der niederländischen Regierung verhaftet und über den staatlichen Rundfunk des Landesverrats bezichtigt. Niederländische Behörden verlegten ihn von Ort zu Ort, auf der Flucht vor dem deutschen Blitzkrieg. Mein Mann wurde weit nach Süden, nach Calais, gebracht, von wo ihn die niederländische Regierung über den Kanal nach England verfrachten wollte, aber er wurde befreit als die Deutschen die Stadt einnahmen.

Die heikle Lage war gekommen

Rost van Tonningen kehrte Anfang Juni 1940 in die Niederlande zurück. Da nicht nur Königin Wilhelmina, sondern auch die niederländische Regierung nach England geflohen war, überließ General Winkelman, Oberkommandeur der niederländischen Land- und Seestreitkräfte, nicht nur das Heer und die Marine, sondern auch die Zivilverwaltung den Deutschen. Hitler ernannte den Österreicher Arthur von Seyss-Inquart zum Reichskommissar; die heikle Lage die Rost van Tonningen befürchtet hatte, war nun eingetreten.

Ein Jahr lang widmete sich Rost van Tonningen der Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden auf politischer Ebene. Er wurde damit beauftragt, die marxistischen Parteien, darunter die Kommunisten und die Sozialdemokraten, aufzulösen und eine neue Organisation, die Arbeitsfront, aufzubauen. Rost van Tonningen übernahm die Leitung von »Het Volk«, der sozialdemokratischen Tageszeitung; solange die Zeitung davon Abstand nahm die Besetzung zu kritisieren, griff Rost van Tonningen nicht in deren Tätigkeiten ein.

Mehrere Parteien wurden unter der deutschen Besetzung geduldet, darunter Musserts Nationalsozialisten; »De Nederlandsche Unie«, die sich aus Mitgliedern verschiedener Vorkriegsparteien zusammensetzte, und die NSNAP (Nationalsozialistische Holländische Arbeiterpartei), die für eine völlige Eingliederung der Niederlande in das Deutsche Reich eintrat.

Als es meinem Mann, einem niederländischen Patrioten, klar wurde, daß die anfängliche deutsche Politik der freien Entwicklung politischer Parteien – der Besatzung nicht feindlich gegen-

Revisionismus

Ein leben für Holland und Europa

überstehend – aufgegeben worden war, stellte er seine politische Arbeit ein. Als der Krieg gegen die Sowjetunion drohend über unseren Häuptern schwebte, meldete sich Rost van Tonningen freiwillig zur Waffen-SS.
Zu seiner Überraschung stellte sich Seyss-Inquart seinen Plänen entgegen. Der Reichskommissar machte seinen Einfluß bei Himmler geltend, Rost van Tonningens Bewerbung abschlägig zu bescheiden. Zusammen mit Anton Mussert, überredeten Himmler und Seyss-Inquart meinen Mann dazu, den Posten des Präsidenten der Niederlande und Generalsekretärs des Finanzwesens anzunehmen.

Rost van Tonningens Mission war schwierig. Zollgebühren zwischen Deutschland und den Niederlanden waren im Januar 1941 abgeschafft worden; der Rücktritt von Rost van Tonningens Vorgänger Dr. Tripp war durch die Beseitigung der Devisenschranke zwischen den beiden Ländern am 1. April 1941 ausgelöst worden. Obwohl meinem Mann versichert worden war, daß diese beiden Maßnahmen mit dem letztendlichen Ziel einer kontinentalen Freihandelsgemeinschaft getroffen worden seien, kam diese niemals zustande.

Rost van Tonningen vertrat die niederländischen Interessen innerhalb der von den Deutschen beherrschten Wirtschaft des Kontinents zur Kriegszeit nach seinen besten Fähigkeiten. Obwohl Hitler und Himmler dem niederländischen Wunsch nach Autonomie im großen und ganzen wohlwollend gegenüberstanden, trafen die Bemühungen meines Mannes in Verwaltungs- und Geschäftskreisen auf sehr viel Widerstand. Nach der Kapitulation der Niederlande war die Niederländische Bank praktisch zu einer Filiale der Reichsbank geworden.

Verschiedene Besatzungsbehörden stellten hohe Anforderungen an das niederländische Finanzministerium: Göring wollte 500 Millionen Reichsmark pro Monat, und so weiter. Anfang 1942 traf Dr. Fischböck, Seyss-Inquarts Wirtschaftsberater, ein Abkommen mit Graf Schwerin von Krosigk, dem Reichsminister der Finanzen, mit dem die Niederlande verpflichtet wurden, 50 Millionen Reichsmark pro Monat zum Kampf gegen den Bolschewismus beizusteuern.
Trotz dieser Herausforderungen konnte mein Mann eine gründliche Reform des niederländischen Bankwesens in die Tat umsetzen. Er trat für die Interessen der niederländischen Geschäftswelt ebenso wie für die des Arbeiters ein. Er verwandte beträchtliche Energie auf den Aufbau der Netherlands East Company, die sich am deutschen Wiederaufbau und der Entwicklung in den besetzten Ostgebieten im Sommer 1942 beteiligte.

Gefangennahme und Ermordung

M.M. Rost van Tonningen und ich wurden am 21. Dezember 1940 getraut. Reichsführer-SS Heinrich Himmler war Trauzeuge. Unser Ehegelübte gab den SS-Eid wieder: »Unsere Ehre heißt Treue«.
Bevor das Ende für das Deutsche Reich eintrat, wurde meinem Mann und mir die Gelegenheit geboten, nach Brasilien zu entkommen. Er lehnte ab, entschlossen die Dinge bis zum Ende durchzustehen und dazu bereit, die Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen.

Frau eines notorischen »Kollaborateurs«

Nachdem ihm schließlich sein Wunsch erfüllt wurde, nahm er als Angehöriger der niederländischen Waffen-SS die Waffen in die Hand. Obwohl mein Mann mir die Entscheidung überlassen hatte, ob ich nicht mit unseren beiden Kindern nach Südamerika fliehen wollte, lehnte ich dies natürlich ab. Da die Geburt meines dritten Kindes unmittelbar bevorstand, unternahm ich eine gefährliche Flucht vor den vorrückenden polnischen Truppen durch Gebiete hindurch, die die Deutschen weitgehend überflutet hatten, um den Vormarsch der Alliierten zu behindern. Ein deutsches Schiff brachte mich dann zu der Insel Terschelling in Westfriesland, weit von der Front entfernt.

Dort, in einem kleinen Zimmer, ohne Hilfe und allein, brachte ich mein drittes Kind gesund und munter zur Welt. Wie das Schicksal es wollte, hat mein Ehemann niemals etwas von der Geburt dieses Sohnes erfahren.

Bald wußten die Leute im Dorf jedoch Bescheid. Die Ankunft meines Sohnes wurde in das örtliche Geburtenregister eingetragen, und, einem örtlichen Brauch folgend, verkündete der Stadtausrufer, nachdem er in sein großes Horn geblasen hatte, daß das neugeborene Kind der Sohn von Rost van Tonningen sei. Praktisch zur gleichen Zeit erfuhren die Inselbewohner von der amtlichen Verkündung der Befreiung ihres Landes durch die Alliierten, und die Straßen wurden mit kleinen niederländischen Flaggen geschmückt.

Mein Mann war sehr bekannt; sein Name schmückte jede niederländische Banknote. Nachdem die aufgeputschten Massen erkannte hatten, daß sich die Frau eines notorischen »Kollaborateurs« in ihrer Mitte befand, zerrten sie meine Kinder und mich aus unserem Zimmer und hätten uns sicherlich in ihrer wilden Hysterie gelyncht, wäre nicht der Schiffsarzt des deutschen Dampfschiffes, das mich zur Insel gebracht hatte, gerade im richtigen Augenblick mit seinem Wagen vorbeigefahren. Mitten in die Volksmenge hineinfahrend, zog er uns in den Wagen und fuhr mit hoher Geschwindigkeit davon.

Da die Kriegsmarine kapituliert hatte, bestand keine Chance, auf dem Schiff zu entkommen, das mich nach Terschelling gebracht hatte; wie die übrigen deutschen Kriegsschiffe im Hafen stand es unter Embargo. Sogar mein tapferer Retter glaubte nun, es bestünde keine Hoffnung mehr für mich; er bot mir eine Giftkapsel an.

Es lag dort jedoch ein deutscher Dampfer vor Anker, der nicht beschlagnahmt worden war, denn es war kein Kriegsschiff. Ich bat den Kapitän, meinen Kindern und mir zur Flucht zu verhelfen. Ohne auch nur ein Wort zu verschwenden, lichtete er den Anker und wir fuhren in die Nordsee hinein, an gefährlichen Minenfeldern vorbeilavierend, bis wir Cuxhaven an der Elbemündung erreicht hatten.

Ich war begierig, Deutschland zu erreichen, weil ich glaubte, daß nach dem Tode Adolf Hitlers am 30. April die Alliierten ihre Feindseligkeiten gegen das Reich einstellen und mit den verbleibenden Streitkräften der Waffen-SS gegen die Rote Armee marschieren würden. Himmler hatte nämlich über den Grafen Bernadotte gerade ein solches Angebot an die Briten und Amerikaner gemacht, und mein Mann, der dem Kreis des Reichsführers nahestand, hatte Wind davon bekommen.

Wie meine Kinder war ich halbtot vor Hunger und Erschöpfung, aber ich hoffte immer noch, daß ich meinen Mann irgendwo in Deutschland treffen würde. Wie ich bald erfahren sollte, starb M.M. Rost van Tonningen auf brutale Weise durch die Hand seiner Gefangennehmer.

Kurz nachdem ich in Cuxhaven angelangt war, wo meine Kinder und ich in ein Krankenhaus eingeliefert wurden, erfuhr ich, daß ich von den Briten verhaftet und ausgewiesen werden sollte. Mit Hilfe einer Krankenschwester konnte ich aus dem Krankenhaus entkommen, und auf der Flucht zu Fuß mit meinen Kindern über Landstraßen gelangte ich nach Goslar in den Harz, wo ich mich meiner Familie zugesellte. Ein paar Tage später wurde ich jedoch von den Briten verhaftet und in die Niederlande zurückgebracht. Und erst nach meiner Rückkehr erfuhr ich etwas über das Schicksal meines Mannes.

Mein Kampf um die Wahrheit

Zunächst wurde ich in den unterirdischen Verliesen der Festung Honswijk gefangengehalten, wo ich von den verbitterten und rachsüchtigen sogenannten niederländischen »Demokraten« eine furchtbare Behandlung erdulden mußte. Nach meiner Freilassung konnte ich den Aufenthaltsort meiner drei Söhne ermitteln und sie wieder in meine Obhut nehmen, aber unser ganzer Besitz war beschlagnahmt worden.

Ich war dann gezwungen den Lebensunterhalt für mich und meine Familie zu verdienen, keine leichte Aufgabe für die Witwe eines prominenten niederländischen NS-Anhänger im Nachkriegsholland. Vor dem Kriege hatte ich unter dem großen Verhaltensforscher Konrad Lorenz Biologie studiert, und meine Studien hatten mich nach China und Niederländisch-Ostindien gebracht. Wie andere »Kollaborateure« wurde mir jedoch die Arbeit auf meinem eigenen Gebiet verwehrt.

Zunächst versuchte ich den Unterhalt für meine Söhne durch das Bemalen von Lampenschirmen zu verdienen. Sobald meine Verfolger davon erfuhren, wurde das Gerücht verbreitet, die Lampenschirme seien aus Menschenhaut gefertigt – die gleiche Lüge die über Ilse Koch verbreitet wurde –. Danach machte ich ein Geschäft für Elektrogeräte auf. Als Biologin ausgebildet, machte ich mich nun zur Geschäftsfrau und zum technischen Experten. Angefangen mit 100 Gulden, baute ich mein Geschäft im Verlauf von 34 Jahren zu einer Fabrik mit einer Belegschaft von 25 Mann auf.

Seit meiner Befreiung aus dem Gefängnis habe ich mich unermüdlich darum bemüht, die Wahrheit über den Tod meines Mannes festzustellen, von dem ich während meiner Gefangenschaft erfahren hatte. Wegen der Weigerung des angeblich »humanen« und »demokratischen« Regimes, das die Alliierten in den Niederlanden wiederhergestellt hatten, mir Auskunft zu erteilen, konnte ich bislang nur sehr wenig erfahren.

Die Akten sind bis 2069 unter Verschluß

Im April 1945 wurde M.M. Rost van Tonningen von kanadischen Truppen während der Invasion der Niederlande gefangengenommen. Zunächst wurde er zusammen mit anderen niederländischen Offizieren in einem Konzentrationslager in Elst gefangengehalten. Nach einen Besuch von Prinz Bernhard, Gemahl der späteren Königin Juliana, wurde mein Mann nach Utrecht und dann, am 24. Mai, in ein Gefängnis in Scheveningen in der Nähe von Den Haag verlegt. Dreizehn Tage später wurde er von seinen Kerkermeistern in Scheveningen ermordet.

Ich habe niemals eine amtliche Mitteilung über den Tode meines Mannes erhalten, den die Behörden später als Selbstmord erklärten. Man hat jedoch niemals irgendwelche Beweise vorgelegt, um diese Behauptung zu untermauern; die sich auf meinen Mann beziehenden Akten werden bis zum Jahre 2069 unter Verschluß gehalten.

Mir wurde jedoch vom städtischen Gesundheitsdienst von Den Haag eine Rechnung vorgelegt, denn am 6. Juni 1945, dem Todestag meines Mannes, wurde seine sterbliche Hülle zunächst vom Gefängnis zu einem Krankenhaus und dann mit einem Müllwagen zu einem Friedhof transportiert. Die Rechnung wurde mir von einem Polizeibeamten namens Gross überreicht, der ein Dossier mit schrecklichen Einzelheiten über die Mißhandlung meines Gatten bei sich führte.

Als ich das Krankenhaus aufsuchte, wohin mein Mann gebracht worden war, bekam der Chefarzt einen Schrecken, als er erfuhr wer ich war. Als ich ihn über den Tod meines Mannes befragte, stammelte er: »Nein, nein, Frau Rost van Tonningen, ich kann darüber nicht reden.« Dann legte er seinen weißen Kittel ab und führte mich aus dem Krankenhaus heraus, rief nach einem Taxi und wies den Fahrer an, mich zum Friedhof Witte-Brug zu fahren.

Papst Pius XII. wollte vermitteln

Als ich dort eintraf, war es die gleiche Geschichte. Der Direktor war ängstlich, denn ihm war aufgetragen worden, nichts über meinen Mann zu sagen. Er wies einfach auf eine Reihe von Aktenordnern mit dem Vermerk »geheim«, die auf einem Regal standen, und teilte mir mit, einer von ihnen enthalte den Bericht über den Tod meines Gatten, über den er nichts weiter sagen könne. Dann zeigte er mir ein Grab, ein Massengrab an der Friedhofsmauer für die Armen, in dem die Leiche meines Mannes ohne Sarg verscharrt worden war.

Obwohl ich jahrelang versuchte die Genehmigung dafür einzuholen, meinen Mann in unsere Familiengruft umzubetten, hatte ich keinen Erfolg damit. Mein Antrag wurde zwar vom Staatsrat in Erwägung gezogen, der die Sache für eine Weile hinausschob und mich dann darüber in Kenntnis setzte, daß das Grab inzwischen geräumt worden sei.

1950, dem Jahr, das Papst Pius XII. zum Heiligen Jahr erklärt hatte, besuchte ich den Papst in Rom. Er wußte über die Mißhandlung und die Ermordung meines Mannes Bescheid und versprach, mir zu helfen. Nach meiner Rückkehr nach Holland suchte ich den päpstlichen Nuntius auf, um eine Unterlage über den Tod meines Mannes zu bekommen. Ich hatte jedoch keinen Erfolg damit, da der Justizminister, ein Katholik der mit dem Nuntius kooperierte, plötzlich nach Westindien versetzt und dort zum Gouverneur ernannt wurde. Sein Nachfolger, ein Jude, war meiner Sache gegenüber nicht sehr freundlich gesinnt. Meine Versuche, meinen Fall dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen, scheiterten auf ähnliche Weise.

Pressekampagnen und Bombendrohungen

Als ich 70 Jahre alt geworden war, wurde ich krank und benötigte zwei Operationen. Meine Söhne waren nicht daran interessiert, die Leitung meiner Fabrik zu übernehmen, und während meiner Genesung gelang es einigen meiner Feinde, angeblich ehemalige Widerständler, durch verschiedene Tricks in den Besitz meiner Firma zu gelangen.

Während der letzten fünf Jahre erhielt ich über einhundert Bombendrohungen, und meine Fenster wurden viele Male eingeschlagen. Die Presse verstärkte ebenfalls ihre Kampagne gegen mich. Da mein Mann Mitglied des Niederländischen Parlaments gewesen war, steht mir gesetzlich eine kleine Pension zu. 1984 fand ein holländisches Magazin dies heraus, und es gelang den »Antinazis« von Beruf, eine Anhörung darüber zu inszenieren, ob meine Pension annulliert werden sollte. Bis jetzt ist ihnen dies nicht gelungen.

Nichtsdestoweniger bin ich zu einem juristischen »Muskelmesser«, »die Schwarze Witwe« genannt, geworden, an der Streithähne und Rechtsanwälte ihre Kraft messen können. Nachdem meine Zeitschrift »Manuscripten« das Bild einer unbekannten Frau in der Kleidung einer Fischerfrau veröffentlicht hatte, war ich erstaunt, ein Schreiben von einem Anwalt zu erhalten, der 50.000 Gulden für seine Mandantin, eine Schauspielerin verlangte. Da wir völlig unbewußt ihr Bild ohne Genehmigung verwendet hatten, wurde ich schließlich gezwungen, ihr 2.500 Gulden zu zahlen und außerdem die Kosten des Verfahrens, weitere 10.000 Gulden, zu übernehmen.

Mein Haus wurde zweimal von der Polizei durchsucht, die nach angeblich judenfeindlicher Literatur fahndete. Bei ihrer ersten Durchsuchung fanden sie eine Broschüre, in der die Echtheit des Holocaust in Frage gestellt wird. Das Gericht befand, daß es judenfeindlich sei, den Holocaust in Frage zu stellen, und mir wurde eine dreimonatige Haftstrafe auf Bewährung aufgebrummt. Die zweite Durchsuchung führte zur Beschlagnahme von Hitlers »Mein Kampf« und der Broschüre »The Great Holocaust Trial« durch die Polizei.

Mein Prozeß wegen des Besitzes dieser Bücher begann am 9. März 1989. Ich wurde später wegen des Besitzes dieser Bücher verurteilt.

Ich glaube, nicht nur weil Rost van Tonningen ein holländischer Nationalsozialist war, sondern weil er zu viel über jene seiner Landsleute wußte, die am Anfang mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten und dann als niederländische Patrioten und »Helden des Widerstands« zu den Alliierten übergelaufen waren. Hätte mein Mann vor Gericht gestanden, dann hätte sich seine Verteidigung für viele Niederländer in hohen Stellungen unter Umständen als sehr peinlich erwiesen. □

Florence Rost van Tonningen hat den vorstehenden Beitrag als Vortrag auf der neuen Konferenz der Revisionisten in Kalifornien gehalten. Der Vortrag wurde zum ersten Mal in englischer Sprache in der Zeitschrift des Instituts für Historical »The Journal« veröffentlicht.

Medizin

Impfungen ein Irrtum?

Simone Delarue

Impfungen gehören zu unserem täglichen Leben, sie sind wie Gebrauchsgegenstände, die man anschaut, ohne sie wirklich zu sehen; und eines Tages, anläßlich eines Umzugs oder einer Änderung der Umgebung, erscheinen sie völlig unerwartet in einem neuen Licht. Bei Impfungen ist es meist ein Schock, ein Schadensfall in der Familie oder in der Umgebung, der die Frage nach der Schwere und der Häufigkeit solcher Schäden aufwirft, das heißt, letzten Endes fragt man sich, welches Risiko man eingeht, wenn man sich impfen läßt.

Die Existenz der Impfschäden wurde ganz einfach geleugnet. denn, so unglaublich es auch scheinen mag, niemand hat sich je die Mühe gemacht, die verhängnisvollen Folgen von Impfungen auch nur zusammenfassend zu veranschlagen. Nicht einmal die unmittelbaren, sichtbaren, nicht zu bezweifelnden Schäden wurden öffentlich gemeldet oder registriert.

Der gefährliche Charakter der Impfungen

Es mußten erst zahlreiche Prozesse gegen den Staat angestrengt werden, bis sich eine Rechtsprechung ergab, so daß insbesondere der gefährliche Charakter der Impfungen nicht vertuscht werden konnte. Der spektakulärste Schaden ist natürlich die Gehirnentzündung nach einer Pockenimpfung. Sie kann nur schwer bestritten werden, da ihre dramatischen Folgen fast unmittelbar nach der Impfung sichtbar werden.

Aber es wäre falsch, zu glauben, daß die Gehirnentzündung das traurige Privileg der Pockenimpfung ist. Sie tritt auch nach der Diphtherie-, Tetanus- und insbesondere nach der Keuchhustenimpfung auf.

Und in welchem Ausmaße? Es ist unmöglich, sich davon eine Vorstellung zu machen, nicht einmal eine ungefähre, denn die Fälle sind zahlenmäßig nicht erfaßt worden. Der Bericht des bundesdeutschen Gesundheitsministers zeigt für den Zeitraum 1950 bis 1956 ein Verhältnis von 1 : 11705. Der Professor für Pädiatrie Hermann Doose aus Kiel, schätzt den Anteil der Gehirnentzündung auf 250 : 1 Million Impfungen!

Für die Behörden beschränkt sich die Zahl der Schäden auf die Zahl der Prozesse, die zu Schadensersatzzahlungen geführt haben, was grotesk ist, wenn man die Schwierigkeiten derjenigen berücksichtigt, die solche Schritte unternommen haben. Ausgeschlossen sind alle die, die verstorben sind und für die die Eltern nichts zu verlangen wagen, und auch die, die aus den verschiedensten Gründen ihr Recht nicht in Anspruch nehmen können.

Reaktionen auf Impfungen können gutartig sein: Fieber, Schmerzen oder Entzündungen an der Einstichstelle, aber sie können auch Komplikationen hervorrufen. Diese können vorübergehend auftreten oder von Dauer und mehr oder weniger schwer sein und sogar zum Tod führen. Sie können unmittelbar auf die Impfung folgen oder nach einigen Tagen, Wochen und sogar erst nach Monaten auftreten.

Es ist also sehr schwer, mit Sicherheit zu sagen, ob die Beschwerden eines Geimpften tatsächlich auf die Impfung zurückzuführen sind, und noch schwieriger ist es, festzustellen, ob die Impfung eine Krankheit verursacht hat, die erst mehrere Monate oder Jahre nach einer Impfung auftritt.

Bei Säuglingen und Kleinkindern sind Impfschäden, die geistige Behinderung zur Folge haben, schwer erkennbar.

Einerseits geben die Statistiken über das Auftreten von Gehirnerkrankungen bei Geimpften und Nichtgeimpften nur einen globalen Überblick über ein kollektives Risiko, andererseits erbringen sie jedoch nicht den Beweis, daß gerade die Impfung die Gehirnerkrankung eines geimpften, bisher gesunden Kindes hervorgerufen hat. Das Gebiet ist von einer solchen Komplexität, daß alle Untersuchungen nur annähernd und völlig relativ sein können. Diese Komplexität kam bei einer Untersuchung zutage, die auf Veranlassung des britischen Gesundheitsministeriums durchgeführt wurde, um Hunderte von Opfern zu entschädigen, die eine Wiedergutmachung gefordert hatten.

Niemand kann den wissenschaftlichen Beweis erbringen, daß ein Schaden tatsächlich der Impfung zuzuschreiben ist, doch ebensowenig kann das Gegenteil bewiesen werden.

Zur Impfstoffgewinnung werden Tiere beziehungsweise deren Organe verwendet, obwohl von vielen Forschern immer wieder auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen wurde. So sind beispielsweise Affen Träger zahlreicher Viren, die besonders virulent sind, wenn andere Gattungen damit infiziert werden. Die zur Herstellung des Polioimpfstoffes verwendeten Affennieren beherbergen das Simian-40-Virus (SV40), während die zur Produktion der Masernvakzine verwendeten Hundenieren immer Erreger der Hundehepatitis enthalten.

Die mögliche Übertragung des AIDS-Virus

Millionen von Kindern wurden mit dem Polioimpfstoff geimpft, der das Virus Simian enthielt, bevor man sein Vorkommen bemerkte. Löst dieses bei Hamstern krebserregende Virus auch bei Menschen Krebs aus? Die Impfstoffhersteller versuchen uns zu beruhigen, aber Untersuchungen dieses Impfstoffs bei geimpften schwangeren Frauen haben gezeigt, daß der Anteil krebskranker Kinder bei ihnen höher war als der bei den nicht geimpften Frauen.

Heißt es nicht, daß die grüne Meerkatze aus Afrika Träger eines Virus ist, das mit dem erst kürzlich entdeckten AIDS-Virus verwandt ist? Genau jene grüne Meerkatze wird bei der Herstellung von Impfstoffen verwendet. Wer kann uns garantieren, daß nicht das AIDS-Virus direkt oder indirekt von den Laboraffen und von den Affenzellen übertragen wird, auf denen seit 30 Jahren der Polioimpfstoff kultiviert wird? Diese Hypothese ist durchaus plausibel, denn Viren ändern bei der Übertragung von einer Gattung auf eine andere leicht ihre Form.

Ein Berater der Weltgesundheitsorganisation bestätigte der engli-

schen Tageszeitung »The Times«, daß die AIDS-Epidemie in den afrikanischen Ländern die Folge der allgemeinen Pockenimpfkampagnen ist: »Die Theorie, die AIDS und Pockenimpfungen miteinander in Verbindung setzt, trifft auf alle sieben mittelafrikanischen Länder zu, die die meisten AIDS-Fälle zählen. Sie erklärt auch, warum Brasilien das in Lateinamerika am stärksten betroffene Land ist, und warum AIDS auf dem Wege über Haiti in die USA verbreitet wurde.

Die hohe Zahl der AIDS-Fälle in den USA entspricht den dort durchgeführten intensiven Impfkampagnen. Auch in Brasilien, dem einzigen Land Lateinamerikas, in dem eine Kampagne zur Bekämpfung der Pocken durchgeführt wurde, ist die Zahl der AIDS-Fälle am höchsten.«

Diese Bestätigung, daß die AIDS-Epidemie die Folge von Pockenimpfungen ist, ist eine Tatsache, die von der Weltgesundheitsorganisation bestritten wird. Es ist jedoch nicht zu vergessen, daß die gegen Tetanus, Keuchhusten oder Röteln eingesetzten Gammaglobuline Blutderivate sind. Das italienische Gesundheitsministerium hat die verseuchten Immunglobuline gegen Tetanus vom Markt genommen. Bestimmte Impfstoffe, insbesondere gegen Hepatitis B, werden auf der Grundlage von menschlichem Plasma hergestellt, und der Masernimpfstoff wird auf menschlichen fetalen Zellen kultiviert.

Das mysteriöse Syndrom des Kindestods

Erinnern wir uns an den Impfskandal des Institut Pasteuer im Jahre 1981, wo Impfstoffe auf der Grundlage von importiertem Blut aus den USA hergestellt wurden, das möglicherweise verseucht war. Uns wurde versichert, daß dies nicht der Fall sei, aber können wir das wirklich glauben? Das erste AIDS-Virus wurde erst zwei Jahre später entdeckt, während die letzten Viren erst in den allerletzten Monaten entdeckt wurden.

Das mysteriöse Syndrom des plötzlichen Kindstods, das früher als »Tod in der Wiege« oder als »Krippentod« bezeichnet wurde, ist in den Industrieländern einer der Gründe für die Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr sowie in den folgenden dreizehn Jahren. Die Sterblichkeitsrate reicht von 0,6 bis 3 auf 1000 Geburten.

Untersuchungen haben ergeben, daß 30 bis 40 Prozent der Opfer zum Zeitpunkt des Todes an einer leichten Infektion litten. Einige Risikofaktoren konnten herauskristallisiert werden, so daß gewisse Vorsorgemaßnahmen getroffen werden können. Trotzdem ist bislang unklar, wodurch das Syndrom hervorgerufen wird.

Zu den Risikofaktoren zählen Impfungen und insbesondere die kombinierte Impfung gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten (DTK).

Eine amerikanische Untersuchung behauptet, daß die DTK-Impfung beim plötzlichen Kindstod offensichtlich kein bedeutsamer Faktor sei. Die Tatsache, daß sich unter den Todesfällen weniger Geimpfte befanden als unter den Lebenden, veranlaßte die Autoren, die diese Studie im April 1987 in Pediatrica veröffentlichten, zu der Schlußfolgerung, daß die Impfungen nicht mit dem Syndrom des plötzlichen Todes zusammenhängen.

In der Schlußfolgerung können wir mit Erstaunen lesen, es sei schwierig, eine zeitliche Beziehung zwischen der DTK-Impfung und dem Syndrom des plötzlichen Kindstods herzustellen, da weniger als zwei Prozent der Kinder innerhalb von 24 Stunden nach der Impfung dem plötzlichen Kindstod zum Opfer fallen. Der Studie ist jedoch zu entnehmen, daß prozentual die meisten Reaktionen auf die DTK-Impfung nach zwei Wochen eintreten. Trotzdem bezieht sich die Schlußfolgerung ausschließlich auf die Reaktionen, die innerhalb von 24 Stunden eintreten sowie auf eine andere Untersuchung, die von 48 Stunden nach der Impfung ausging.

Die schlechte Qualität der Impfstoffe

Die Autoren begnügen sich mit der Feststellung, daß die Impfung beim Syndrom des plötzlichen Kindstods kein bedeutender Faktor zu sein scheint; man hätte zumindest erwarten können, daß sie uns einen Beweis für diese Aussage liefern.

Äußerst selten wirksam, wenig sicher, manchmal durch fremde Viren verseucht: die schlechte Qualität der Impfstoffe wird uns heute nicht mehr verheimlicht, auch wenn uns früher jahrelang ihre hervorragenden Eigenschaften gepriesen wurden. Ein neuer, äußerst lukrativer Markt schreibt alle herkömmlichen Impfstoffe als veraltet ab.

Die synthetischen oder künstlichen Impfstoffe enthalten nur kleine, durch chemische Synthese hergestellte Moleküle, die nur das besondere Antigen enthalten, gegen das immunisiert werden soll. Bei diesem Verfahren werden keine ganzen Mikrobenkörper verwendet, die bisher für die anormalen Impfreaktionen verantwortlich gemacht wurden.

Trotzdem erfüllen sie nicht die Erwartungen, die die Forscher in sie gesetzt hatten. Diese Impfstoffe sind nur wenig wirksam, und um ihre Wirksamkeit zu verstärken, müssen Substanzen, sogenannte Immunitätsadjuvantien, hinzugefügt werden, die nicht spezifisch die Immunabwehr stimulieren. Unglücklicherweise sind die meisten dieser Adjuvantien für den Menschen schädlich. Deshalb wendet man sich gegenwärtig der Entwicklung hybrider, lebender Impfstoffe zu.

Durch Impfungen wird das empfindliche ökologische Gleichgewicht unseres Organismus schwer gestört. Diese Störungen kommen bei jedem Menschen anders zum Ausdruck, denn jeder Mensch ist eine besondere biologische und psychische Einheit, die auf verschiedene Weisen auf Angriffe reagiert.

Schleichende Schäden sind unheilbar

Es wurde vergeblich versucht, einen bestimmten Impfschaden festzustellen, und noch vergeblicher waren die Bemühungen, einen bestimmten Reaktionstyp auf Impfungen festzulegen. Reaktionen können sofort auftreten, insbesondere wenn sie allergischer Art sind oder wenn sich der Patient vorübergehend in einer gesundheitlich schlechten Verfassung befindet, was selten der Fall ist. Impfschäden sind den großen Proteinen, den Verdünnungsmitteln und den Immunitätsstimulatien zuzuschreiben. Die Laboratorien behaupten, Impfstoffe sicherer zu machen.

Aber schleichende Schäden im Inneren unserer Zellen sind unheilbar. Sie treten erst Jahre später oder sogar erst bei den Nachkommen der Geimpften auf und nehmen unterschiedlichste Formen an. Die wiederholte Injektion von Immunstimulantien verstärkt exponentiell das Ungleichgewicht. Die Person wird geschwächt, und es treten neue Krankheiten auf, denen wir machtlos gegenüberstehen.

In Deutschland sind Impfungen bei der heutigen günstigen Seuchensituation selbst bei Aufrechterhaltung der Behauptung, Impfungen seien die Ursache dieser günstigen Seuchenverhältnisse, unnötig. Glaubt man dennoch, impfen zu sollen, könnte dieses trotzdem ohne Risiko in ein Lebensalter verlegt werden, in dem Impfschäden erkennbar sind. Im dritten Lebensjahr können Kinder sprechen. Sie können sagen, ob sie sich krank fühlen und ob sie Kopf- und Gliederschmerzen haben. Deshalb sind Impfschäden sicher zu diagnostizieren und können nicht abgestritten werden. Beschämende Tatsachen, daß 1988 von 241 eingereichten Impfschadensanträgen 161 abgelehnt wurden, wären dann unmöglich.

Bei Säuglingen und Kleinkindern sind nämlich Impfschäden, die geistige Behinderung zur Folge haben, in der Regel schwer erkennbar, weil in diesem Lebensalter Krankheitszeichen nicht geäußert werden können. Von später deutlich werdenden Schäden kann behauptet werden, sie seien zufällig und impfunabhängig entstanden. So kommt es zu den eben erwähnten Ablehnungsziffern. Aus diesem Grund ist zu vermuten, daß sich unter geistig behinderten Kindern unerkannte Impfschäden befinden. □

Simone Delarue ist Autorin des Buches »Impfungen der unglaubliche Irrtum« mit einem Vorwort des Arztes Dr. med Gerhard Buchwald. Das Buch ist erschienen im Hirthammer-Verlag, Frankfurter Ring 246, D-8000 München 40.

Vertrauliches

Afghanistan

Najibullah-Regime wird zusammenbrechen

Afghanistans kürzlich entlassener Verteidigungsminister Shahnawaz Tanai traf in einer Höhle außerhalb von Kabul mit Journalisten zusammen und sagte den Zusammenbruch der Najibullah-Regierung voraus. »Ich sehe eine sehr kurze Lebensspanne für das Najib-Regime«, meinte er. »Wir werden das Regime von innen auseinanderbrechen, während wir es von außen angreifen.«

Flankiert vom ehemaligen Luftwaffenchef Abdul Qadir-Agha und zwei anderen Verschwörern sagte Tanai zu den Reportern, die meisten Angehörigen der afghanischen Streitkräfte seien ihm gegenüber loyal geblieben, darunter große Garnisonen in den östlichen Städten Jalalabad und Khost.

Tanai schob den Fehlschlag des Putschversuches vom 6. März dieses Jahres auf das, was er als Luftangriffe durch fremde Flugzeuge und die Zerstörung von Verbindungslinien durch afghanische Raketen bezeichnete. In auf Tonband aufgezeichneten Botschaften hatte er vorher die Sowjetunion beschuldigt, Flugzeuge entsandt zu haben, um seine Streitkräfte zu bombardieren.

Tanai erklärte seine Allianz mit der Hezb-i-Islami-Partei, indem er sagte, es sei im nationalen Interesse, das »abscheuliche Najib-Regime« zu stürzen.

»Daß wir hierhergekommen sind, uns den Mujahideen angeschlossen haben und uns gegenseitig helfen, beweist, daß wir Fehler gemacht haben und das müssen wir akzeptieren«, sagte er. Er bestritt jedoch, seinen Staatsstreichversuch mit den Mujahideen-Guerillas koordiniert zu haben.

Tanai hob deutlich hervor, daß er sich immer noch als Teil der regierenden Volksdemokratischen Partei von Afghanistan betrachte und kein Problem darin sehe, sowohl ein Moslem als auch ein Mitglied der den harten Kurs verfechtenden Khalq-Fraktion der Partei zu sein. »Ich bin ein Moslem, mein Vater und meine Mutter waren Moslems. Wir sind alle Moslems. Das ganze Volk besteht aus Moslems. Sogar Najib betrachtet sich selbst als Moslem.« □

Japan

Ziehen die Sowjets sich von den Kurilen zurück?

Ein höherer sowjetischer Regierungsbeamter meinte, daß Moskau seine Streitkräfte auf den umstrittenen Kurilen nördlich von Japan verringern oder ganz zurückziehen könnte, um die regionale Abrüstung zu beschleunigen. Der stellvertretende Außenminister Wladimir Petrowsky rief auch zum Gedankenaustausch zwischen sowjetischen und japanischen Offizieren und Militärexperten als »vertrauensbildende Maßnahmen« auf.

»Wir müssen nach Lösungen zur Frage der Verringerung oder des Abzugs der sowjetischen Militär-Präsenz auf Sakhalin und den Kurilen-Inseln suchen«, soll Petrowsky in einem Interview geäußert haben. Petrowsky hielt sich in Tokio zu Gesprächen mit japanischen Offizieren über einen geplanten Besuch des Außenministers Eduard Schewardnadze noch in diesem Jahr auf.

Japan sagt bislang nein zu jeder Art eines offiziellen Dialogs mit Moskau über militärische Angelegenheiten. Der Sprecher des japanischen Außenministeriums, Taizo Watanabe, sagte zu Journalisten, Japan habe nicht die Absicht den sowjetischen Vorschlägen zur Bildung neuer Formen für Gespräche über »vertrauensbildende Maßnahmen im asiatisch-pazifischen Raum zuzustimmen«.

Akira Hiyoshi, Generaldirektor der Dienststelle für Verteidigungspolitik des japanischen Verteidigungsministeriums, meinte vor einem Parlamentsausschuß, daß die Sowjets ihre Streitkräfte in der Region weiter qualitativ verbessern und quantitativ nur geringfügig verringern werden. Staatsminister Uozo Ishikawa, Leiter des japanischen Verteidigungsministeriums, sagte vor dem gleichen Ausschuß, daß Japan nicht die Absicht habe, seinen Verteidigungshaushalt, der im Steuerjahr 1990 um 6,1 Prozent anstieg, einzufrieren.

Japans Verteidigungsministerium gab Zahlen bekannt, aus denen hervorgeht, daß sowjetische Flugzeuge immer noch die große Mehrheit der Verletzungen des japanischen Luftraums ausmachen. Die Zahlen belegen, daß sowjetische Flugzeuge für etwa 80 Prozent der 812 Alarmbefehle der Luftverteidigungsstreitkräfte Japans im Jahr 1989 verantwortlich waren. □

Israel

Tempelberg-Fanatiker lösen Schießerei in Jerusalem aus

Eine Gruppe von »Siedlern« der fanatischen Sekte Ateret Cohanim setzte am 12. April dieses Jahres während einer Prozession am heiligen Donnerstag zur Kirche des heiligen Grabes in Jerusalem eine Provokation in Szene, die zu Unruhen, dem Einsatz von Tränengas und Schußwaffengebrauch durch israelische Truppen führte.

Die Ateret Cohanim ist ein Teil des international gesteuerten Tempelberg-Projektes, die die moslemische Moschee des Felsengewölbes in Jerusalem zerstören und den Tempel Salomons an gleicher Stelle neu entrichten will. Die Sekte unterhält einige Verbindungen zur Quatuor Coronati Loge der Freimaurer in London.

Der Vorfall begann, als die Ateret Cohanim die Pacht für ein Gebäude in der Nähe der Kirche des heiligen Grabmals erwarb, das sich im Besitz der Griechisch-Orthodoxen Kirche befand. Das Gebäude befindet sich in einem von Palästinensern bewohnten Viertel. Die Siedler setzten 150 Juden in das Gebäude hinein, als Teil ihrer Politik, soviel wie möglich von Jerusalem zu besetzen. Als das Komplott entdeckt wurde, forderte die Kirche die Siedler auf das Gebäude zu verlassen, aber israelische Gerichte erließen eine einstweilige Verfügung mit der ihnen gestattet wurde über das Osterwochenende hinweg zu bleiben.

Die Dinge eskalierten während einer Prozession, die vor dem Gebäude vorbeiführte, als ein griechisch-orthodoxer Priester einen Judenstern herunterriß, der an der Frontseite des Gebäudes über ein Kruzifix gestülpt worden war. In dem daraus entstehenden Tumult ging die israelische Polizei gegen die Menge vor, feuerte Tränengas ab und verletzte den griechischen Patriarchen Diodoros.

Noch am gleichen Tag hißten arabische Jugendliche auf dem Dach der Kirche eine verbotene palästinensische Flagge, und erneute Zusammenstöße mit der Polizei führten zu Steinwürfen durch Jugendliche und zum Abfeuern von Tränengas und Gummikugeln durch die Polizei. □

Israel

Ein Ende der politischen Lähmung gefordert

Die größte Demonstration in Israel seit acht Jahren fand am 7. April dieses Jahres in Tel Aviv statt, in der ein Ende der politischen Lähmung gefordert wurde, die das Land ergriffen hat. Bis zu 100000 Menschen, die größte Beteiligung seit den Protesten gegen die israelische Invasion in den Libanon im Jahre 1982, verlangten eine Reform zur Einführung der direkten Wahl des Ministerpräsidenten durch das Volk.

Das Land befindet sich seit der Auflösung der Arbeiter-Likud-Koalition im März in einer Krise, und eine Aufeinanderfolge von Hinterzimmer-Abkommen, die darauf abzielten eine neue Regierung zu bilden, haben das Land in Aufruhr versetzt. Israel wurde einer Prozedur ausgeliefert, bei

der winzig kleine religiöse Parteien große regierungsseitige Zuwendungen für ihre Sektenschulen und andere Projekte, im Austausch für politische Unterstützung verlangten.

Eine Splittergruppe forderte als Gegenleistung für ihre Stimme, daß der Likud-Block die Paktbedingungen mit einer Banknote von 2,5 Millionen Dollar garantieren müsse.

An der Demonstration nahm eine breit gestreute Vertretung verschiedener politischer Fraktionen teil, und sie wurde durch einen von zwei Armee-Veteranen außerhalb des Knesset-Gebäudes zehn Tage zuvor unternommenen Hungerstreiks ausgelöst.

Seitdem ist die Zahl der Hungerstreikenden auf Dutzende angeschwollen, und 70000 Israelis haben Petitionen zur Unterstützung der Reform unterzeichnet. □

USA
Probleme mit den Super-Tankern

Das System, das die Super-Tanker im Hafen regelt, ist bis zur Zerreißprobe angespannt, heißt es in einer internen Studie der amerikanischen Küstenwache.

Aus der Studie mit dem Titel »Report of the Tanker Safety Study Group« (»Bericht der Studiengruppe für Tankersicherheit«) geht hervor, daß die heutigen Öltankschiffe länger, breiter und tiefer aber mit 18 Prozent weniger Stahl gebaut werden. Sie werden außerdem länger im Dienst gehalten und unter härteren Bedingungen sowie schneller betrieben als geplant, wodurch viele im Rumpf Risse entwickeln. Aber die Eigner zwingen die Kapitäne dazu, die Schiffe nach immer dichter werdenden Zeitplänen in Betrieb zu halten.

Die Tankerbesatzungen wurden in der Mannschaftsstärke verringert, wodurch ihnen eine erhöhte Arbeitslast und mehr Streß auferlegt werden. In der Studie wird über wiederholte Vorfälle berichtet, bei denen erschöpfte Obermaats einschliefen, als Inspektoren der Küstenwache sie nach der Ankunft im Hafen interviewten. 75 bis 90 Prozent der Unfälle mit Tankern sind wie berichtet auf menschliches Versagen zurückzuführen.

Der Bericht besagt weiter, daß die Küstewachen nicht über die Hilfsmittel verfügt, um Tankschiffe in ausreichendem Maße zu inspizieren, so daß weniger als 20 Prozent des Inneren der Tanklaster inspiziert werden können. Ausländischen Tankern wird noch weniger Aufmerksamkeit zuteil.

Der Bericht, der von einer Gruppe von fünf Offizieren der amerikanischen Küstenwache unter Leitung von Konteradmiral a. D. Bell erstellt wurde, stellt fest: »Die Küstenwache kooperiert mit den Eignern und Betreibern, indem sie zulassen, daß Schiffe nicht zur Inspektion vorbereitet werden, mit der alten Entschuldigung, daß wir damit den Handel erleichtern. Obwohl es zugestandenerweise zum Auftrag der Küstenwache gehört, den Handel zu erleichtern, besteht ihre wichtigere Mission darin, die Sicherheit des Schiffes und der Mannschaft zu gewährleisten.« □

Sowjetunion
Lob für das Wirtschafts-modell Taiwan

Die sowjetische Wochenzeitung »Neue Zeit« druckte einen Reißer ab, in dem mitgeteilt wird, daß »es langsam Zeit wird, daß wir einen objektiven und näheren Blick auf den enormen Durchbruch werfen, den Taiwan vor unseren Augen vollzogen hat«.

Der Verfasser Alexander Chudodeyew lobte die intellektuellen Kreise von Tschiang Kai-scheks Kuomintang und sagte, daß sie, als sie Ende der vierziger Jahre vom Festland entflohen, »dazu entschlossen waren, die Zivilisation und die Kultur zu retten und gegen alle Schwierigkeiten durchzuhalten«. Heute, schreibt Chudodeyew, ist Taiwan eine »dynamisch wachsende Gesellschaft auf einer Stufe mit den asiatischen Industrie-›Tigern‹«.

»Ohne die traditionellen Werte der alten chinesischen Kultur aufzugeben, haben sich die Taiwanesen die neuesten Errungenschaften des westlichen Wirtschaftsdenken zueigen gemacht und wenden sie für ihre eigenen Bedürfnisse an.«

Chudodeyew hob hervor, daß »sogar ›das tägliche Brot‹ in den fünfziger Jahren knapp war, aber da die Landreform die Bauern zu ›Herren des Landes‹ machte, deckten sie den Nahrungsmittelbedarf des Landes ab. Eine komplette Lösung der Nahrungsmittelprobleme wurde in den achtziger Jahren möglich, als die Landwirtschaft zu einem höchst lukrativen Zweig der Wirtschaft mit einer weit verzweigten Infrastruktur wurde.« □

Irak
Keine Absicht Chemie-Waffen einzusetzen

Die Regierung des Irak teilte mit, daß sie einen amerikanischen Diplomaten ausweisen werden – ein weiteres Anzeichen der sich verschlechternden Beziehung mit dem Westen –, versuche aber, den Befürchtungen entgegenzutreten, daß der Irak Israel mit Chemiewaffen angreifen werde.

Die amtliche irakische Nachrichtenagentur INA teilte ferner mit, daß Bagdad einen nicht namentlich genannten US-Diplomaten des Landes verweisen werde als Vergeltung für Washingtons Ausweisung eines bei den Vereinten Nationen stationierten irakischen Diplomaten.

INA zitierte Präsident Saddam Hussein, der gesagt haben soll, die Absichten seines Landes seien friedlicher Natur und seine Drohung, halb Israel mit Chemiewaffen zu verbrennen, sei als Reaktion auf israelische Drohungen erfolgt. »Jede Waffe, die wir besitzen... wird nur zur Selbstverteidigung benutzt... Friede ist ein feststehender Slogan in unserer Politik und in unserem Programm«, soll Hussein gesagt haben.

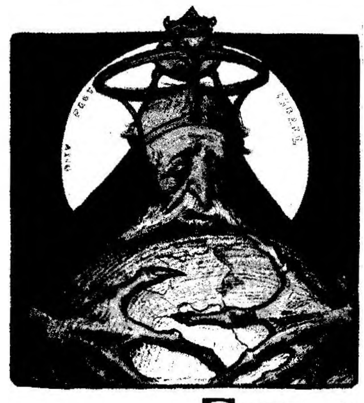
Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak, die Hauptverbindungsbrücke zwischen den Arabern, Israel und dem Westen, traf zwei Tage zuvor mit Saddam Hussein in Bagdad zusammen, um zu versuchen, die Spannungen im Nahen Osten beizulegen. □

Korea
Exilkoreaner wollen Il-sung stürzen

Innerhalb der ausgebürgerten koreanischen Gruppierungen in Japan ist eine Bewegung in Erscheinung getreten, die historisch Nordkorea-freundlich war, um den nordkoreanischen Diktator Kim Il-sung zu stürzen. Die »Korea Times« berichtete, daß 855 der koreanische Ausgebürgerten, die sich der Pjongjang-Organisation, Chongnyon, angeschlossen haben, planmäßig Heimatbesuche in den Norden unternehmen sollten.

Nach einem Bericht in »Tongil Ilbo«, einer von Koreanern in Japan herausgegebenen Tageszeitung, hielten etwa 30 Mitglieder der Chongnyon eine Sitzung ab und beschlossen, eine gewaltige »Massenversammlung von Koreanern in Japan zur Förderung der nationalen Wiedervereinigung und zum Sturz der Diktatur Kim Il-sungs zu veranstalten«.

Ha. Su-to, Direktor des Forschungsinstituts zur Wiedervereinigung Koreas, erklärte dazu, daß »was Kim Il-sung angestrebt hat, ist weder nationale Wiedervereinigung noch die Zufriedenheit des nordkoreanischen Volkes. Um die Wiedervereinigung zwischen dem Norden und dem Süden zu erreichen, muß Kim Il-sungs diktatorisches System überwältigt werden«. □



Briefe

Betr.: Historiker Streit »Antwort auf den ›Leuchter-Report‹«, Nr.4/90

Professor Nolte begann seinen Artikel zum Leuchter-Gutachten mit den Worten: »Der Stellungnahme des Instituts für Zeitgeschichte ist in der Sache kaum etwas hinzuzufügen.« Und Nolte hätte gut getan, sich auch daran zu halten.

Wenn er glaubt, sämtliche Aussagen des Leuchter-Berichts seien mit der Bemerkung abgetan, daß Wind und Wetter in 45 Jahren etwaige Zyklon-B-Rückstände aus dem Mauerwerk eliminiert hätten, so macht es sich der Herr Professor doch sehr, sehr leicht.

Haben denn Wind und Wetter und Zeitablauf Naturgesetze außer Kraft gesetzt? Gilt nicht mehr, daß dieses Gas hochexplosiv ist und daß seinerzeit angesichts aller fehlenden Sicherheitsvorkehrungen und der Nähe der Krematorien sämtliche Personen und Bauwerke der Umgebung unweigerlich in die Luft geflogen wären? Ist der Umgang mit dem Gas ohne die erforderlichen Schutzvorrichtungen und -maßnahmen nicht bedingt tödlich?

Hätte damals bei der behaupteten leichtfertigen Handhabung nicht das gesamte »Bedienungspersonal« zu Tode kommen müssen? Waren ohne entsprechende Entlüftungsanlagen und Entlüftungszeiten »Rund-um-die-Uhr-Vergasungen« überhaupt möglich? Geben die schon von allem Anfang an fehlenden Abdichtungen der nach innen sich öffnenden Gaskammertüren (aus Holz und überdies mit mehreren Zentimetern Luft zum Boden) nicht ebenso zu denken wie der Bodenablauf in der Gaskammer, der direkt dem Kanalisationssystem des Lagers angeschlossen war?

Waren die Krematorien in Auschwitz, Birkenau und Majdanek technisch in der Lage, die behauptete Anzahl Ermordeter in der behaupteten Zeit zu »bewältigen«? War das Ausheben von Gruben und Gräben für Massengräber in Birkenau überhaupt möglich oder ist der Grundwasserspiegel dort seit 45 Jahren tatsächlich um mehrere Meter angestiegen, so daß er heute 60 cm unter Bodenniveau liegt? Konnten Tausende von Leichen in diesen Gruben mit Benzin in wenigen Stunden eingeäschert werden? ...

Fragen über Fragen, auf die Nolte keine Antwort geben kann – oder will –. Mit Abschweifungen über Katyn und die Untaten der Einsatzgruppen, mit dialektischen Gratwanderungen und Begriffsverrenkungen und dem Gerede von Interpretationsvielfalt, Intentionalisten und Funktionalisten ist es bei Gott in dieser ernsten Sache nicht getan. Es hilft nicht, auf »Nebenkriegsschauplätze« auszuweichen und die »Eliminierung des Weltfeindes« mit der »Liquidierung des Klassenfeindes« zu vergleichen oder in diesem Zusammenhang die Frage aufzuwerfen, ob denn nun der historische Antisemitismus oder die neuere Erfahrung des Antibolschewismus Ursache der Verbrechen an den Juden sei.

Gefragt war: »Wie stehe ich zu den eindeutigen Aussagen des Leuchter-Berichtes?« Was Professor Nolte hier abgeliefert hat, war keine Antwort hierauf, sondern vielmehr das Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit, aus altgehegten und altgepflegten Denkschablonen auszubrechen, um völlig unbelastet und aus vollständig neuer Sicht und von anderer Warte aus diese Dinge zu betrachten.

Offensichtlich kann nicht sein, was nicht war sein darf. Eine solche Festlegung eines Wissenschaftlers zu einem Zeitpunkt, der allenfalls den Beginn einer jahrelangen Auseinandersetzung und Klärung markieren kann, ist schlicht und einfach unzulässig. Nolte ist offensichtlich nicht bereit, seinen eigenen einmal eingenommenen Standort auch nur zu prüfen.

Das einzige Brauchbare an diesem Artikel ist für mich die Erkenntnis, daß die treffenden Worte von Madame de Stael nach wie vor – heute sogar verstärkt – ihre Gültigkeit haben:

»Wenn den Deutschen noch so großes Unrecht angetan wird, findet sich immer ein obskurer deutscher Professor, der so lange an der Objektivität herumbastelt, bis er bewiesen hat, daß die Deutschen Unrecht getan haben.«

Herr Professor Nolte, ersparen sie sich und uns weitere Äußerungen zum Leuchter-Gutachten. Bleiben Sie, was Sie nach eigener Aussage sind, nämlich ein »exterminationistischer Internationalist«. In diesem Sinne, Herr Professor!

Wolfgang Bauer, Karlsruhe

Betr.: Deutschland »Völkerrechtlich souverän«, Nr. 4/90

Über die polnische Westgrenze ist in letzter Zeit wohl genug geredet worden, und Sie haben gewiß die Meinungen aller prominenten deutschen Politiker und Journalisten erfahren.

Wie aber sind diese Äußerungen zu bewerten? Stellen sie so etwas dar wie eine »Meinung der Deutschen«? Gewiß nicht, denn Deutschland ist kein souveränes Land, trotz der aufwendigen Betriebsamkeit seiner Politiker. Es befindet sich vielmehr noch immer in einem Zustand, in dem jeder politisch Aktive rasch genug herausfindet, daß es vorteilhafter für ihn ist, die Angelegenheiten der Stärkeren zu vertreten als die seines geschlagenen Volkes.

Die Stärkeren aber sind hier seit 1945 die Siegermächte; und sie sorgen dafür, daß sie es auch weiterhin bleiben werden, nicht zuletzt durch eine ausreichende Truppenstärke.

Das alles aber hat zur Folge, daß solche Meinungen die Karriere der deutschen Politiker am nachhaltigsten fördern, die auf die Wünsche der Sieger abgestimmt sind.

Und genau diese Meinungen werden von den Medien hierzulande auch bevorzugt veröffentlicht und dominieren im politischen Klima.
Sollten die Sieger aber irgendwann einmal die Absicht haben, Deutschland das Selbstbestimmungsrecht ebenso zuzugestehen wie dies zuletzt in einer ehemaligen Kolonie geschah – was allerdings nur möglich ist, wenn alle fremden Truppen deutschen Boden verlassen haben – dann wird sich das politische Klima hierzulande grundlegend ändern. Zwar bleiben die vielen Opportunisten auch dann noch Opportunisten, doch ihr Eifer richtet sich nun nicht mehr ausschließlich auf die Wünsche der Sieger.
Wie wird man dann wohl über die polnische Westgrenze reden? Wenn der bisherige »Erfüllungsgehilfenbonus« fortfällt? Wenn die Medien deutsche nationale Belange nicht mehr wie heute kurzerhand ignorieren oder als »rechtsextrem« und »neofaschistisch« verteufeln können?
Hier nun eine mögliche Beurteilung der vieldiskutierten Grenzfrage, bei der den zur Zeit gerade Mächtigen nicht nach dem Munde geredet wird.

Nur ein Staat, der die Macht hat, seine Grenzen erfolgreich zu verteidigen, kann diese Grenzen seinen Nachbarn gegenüber auch garantieren.

Und nur dann hat so eine Garantieerklärung einen Sinn, wenn dieser Staat stark genug ist, seine Grenzen möglicherweise mit Gewalt zu verändern.

Dies alles aber trifft für die BRD nicht zu, die – auch zusammen mit der DDR – mit ihren winzigen militärischen Mitteln nicht imstande ist, irgendetwas zu unternehmen, das den Interessen der Sieger mit deren gewaltigem Kriegspotential zuwiderläuft.

Warum dann aber dieses fortwährende Drängen nach einer deutschen Garantieerklärung? Und zwar möglichst sogleich und noch vor der Wiedervereinigung?

Nun, die Sieger wissen, daß die gewaltsame Abtrennung der deutschen Ostgebiete eine Rechtsverletzung darstellt; und daß Macht zwar das Recht vorübergehend ausschalten aber niemals neu zu erschaffen vermag.

Was diese Macht einmal gegen das Recht erzwungen hat, das muß sie für alle Zukunft durch fortwährende Anstrengung aufrechtzuerhalten suchen, und der von ihr auf diese Weise geschaffenen Zustand besteht und verfällt mit einer ausreichend großen Übermacht, die immer bereitgehalten werden muß.

Recht dagegen soll einem Zustand Dauer verleihen ohne fortwährende Machtausübung.

Jetzt möchten die Sieger, daß die Deutschen den von den Siegern begangenen Rechtsbruch durch eine deutsche Unterschrift in dauerndes Recht verwandeln. Ein geradezu ungeheuerliches Ansinnen!

Und doch werden sie diese Unterschrift möglicherweise früher oder später auch erhalten; dafür sorgt schon die große Anzahl von politischen Handlangern, die ihnen überall in der SPD zu Diensten sind.

Doch was ist so eine Unterschrift dann wohl wert? Die Unterschrift eines Landes nämlich, in dem hunderttausende von Soldaten der Siegermächte für die »Aufrechterhaltung der Stabilität« sorgen? In dem die Medien derart konditioniert sind, daß sie reflexartig jeden verteufeln, der es wagt, deutsche nationale Belange öffentlich auch nur zu erörtern?

In dem ein Politiker, der von deutschen Interessen sprechen möchte, jedesmal langarmige Erklärungen abgeben muß warum er dies ausnahmsweise einmal tut?

Wenn eine Einzelperson ein Vermächtnis unterschreiben soll, dann wird jedesmal sorgfältig geprüft, ob sie sich zum Zeitpunkt der Unterschrift auch im vollen Besitz ihrer geistigen Kräfte befunden hat.
Eine Unterschrift aber, die z.B. mit Hilfe von Drogen, Einschüchterung oder arglistiger Täuschung zu Wege gebracht, die dem Unterzeichnenden im Zustand der Senilität oder einer schweren Krankheit abgelistet wurde, die kann in einem Rechtsstaat jederzeit angefochten werden.

Ebenso anfechtbar aber ist eine deutsche Verzichtserklärung zum heutigen Zeitpunkt, in dem sich die Deutschen – wohlgemerkt, als Volk – von ihrer schweren Niederlage noch immer nicht erholt, ihre Identität noch immer nicht wiedergefunden haben.

Die Erklärung der damaligen DDR zur Grenzfrage steht daher auch nicht allzu hoch im Kurs, war doch die Unterworfenheit dieses Regimes unter den Zwang der Sieger gar zu offensichtlich.

Die BRD dagegen gibt sich wie ein souveräner Staat, der in der Lage zu sein scheint, selbständige Entscheidungen zu treffen. Das aber ist eine Täuschung; denn im Grunde genommen ist auch die BRD ein – wenn auch mit subtileren Mitteln – unterworfenes Land, auf dessen Boden fremde Truppen stationiert sind und das politische Klima zwar nur mittelbar aber doch nachdrücklich beeinflussen.

Und erst Jahre nach dem Abzug dieser Truppen werden die Deutschen in der Lage sein, ihre Identität wiederzufinden; erst dann wird sich ein politisches Klima gebildet haben, in dem nicht nur Opportunisten gedeihen können sondern auch Politiker, die deutsche Interessen öffentlich zu vertreten den Mut haben.

Eine Verzichtserklärung zum jetzigen Zeitpunkt also würde lediglich die Zahl der »ungleichen Verträge« um eins erhöhen.

Doch ich finde, es gibt genug »ungleicher Verträge«.

Richard Helm, München